Heft 2 Februar 1997 8,– DM

G 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Belgrader Demonstranten-Stadl
- Bosnien: Deutsche Waffen, deutsches Geld
- Streit: Wie global ist Kapital?
- Literatur: Was taugt die Avantgarde?
- Die Zone im Museum
- Seeßlen: Bilderfälscher, Kinderschänder

Roman Herzog: Vom Anpasser zum Aufpasser

in konkret Februar 1997

hier Konkret von Gian Trepp

Zweimal haben Schweizer Bankhäuser von den Taten der Nazis profitiert: Bis 1945 verwahrten sie als Hitlers willige Hehler das den Juden geraubte Geld. Und nach 1945 nahmen sie das Geld, dessen jüdische Einleger von den Nazis umgebracht worden waren, stillschweigend an sich. Das hat sie jetzt in Kalamitäten gebracht. KONKRET fragte Gian Trepp, Autor des Buches »Swiss Connection« (Unionsverlag) nach dem Stand der Dinge

von Konkret

an Konkret

Kurzer Abriß der neueren Geschichte von Hermann L. Gremliza

Und nun, meine Herren, sprach Friedrich der Große zu seinen Offizieren, auf in den Siebenjährigen Krieg.

Herrschaftszeiten

Der Anpasser von Joachim Rohloff

Jovial, gemütlich und stramm rechts: Bundespräsident Herzog ist der Prototyp des gewöhnlichen deutschen Opportunisten

Im Kriegszustand von Otto Köhler

Die deutsch-tschechische Aussöhnungs-Erklärung ist in Wahrheit eine tschechische Verzichtserklärung

Die Schlappe von Dublin von Jürgen Elsässer

Eine kleine Freude in großer Zeit: Auf dem EU-Gipfel von Dublin, der über die Einführung des Euro verhandelte, haben die Europa-Pläne der Deutschen einen empfindlichen Rückschlag erlitten

Abschied von der Realität von Robert Kurz

Die wiederholte Heimsuchung der Kapitalismuskritik durch Milchmädchenrechnungen. Eine Entgegnung auf den Beitrag »Die neue Heimsuchung« von Thomas Ebermann und Rainer Trampert in KONKRET 1/97

Fleisch von ihrem Fleische von Holger Becker

Ein »Lexikon des DDR-Sozialismus« versucht sich als Gegengift gegen die »DDR-Nostalgie«

Zu Protokoll

Verurteilen ja - aber wie? Aus Anlaß der Präsentation des Buches »Die Beweisaufnahme im Politbüroprozeß« diskutierten der Autor Dietmar Jochum, Heinrich Graf von Einsiedel (MdB, PDS), Dr. Heinrich Kintzi (Generalstaatsanwalt Braunschweig), Heinrich Lummer (MdB, CDU), Prof. Dr. Wolfgang Richter (Friedensforscher), Wolfgang Templin (Bürgerbüro e.V.) und Prof. Dr. Uwe Wesel (FU Berlin) zum Thema: »Offene oder verdeckte Amnestie. Über Wege strafrechtlicher Vergangenheitsbewältigung«. KONKRET dokumentiert Auszüge der von Radio Brandenburg gesendeten Diskussion

»Auf der Flucht erschossen« von Oliver Tolmein

Basierte das DDR-Grenzregime auf »gesetzlichem Unrecht«? Überlegungen zur Legitimität einer Verurteilung der »Mauerschützen«

Afrikanische Angelegenheiten von Bernhard Schmid

Stamokap at it's best: Wie der französische Ölkonzern Elf in Afrika Politik macht

Belgrader Auflauf von Werner Pirker

Fanatische Nationalisten, Kriegshetzer und gewendete Parteistrategen: Die serbische Opposition wird von den gleichen Leuten angeführt, vor denen die westlichen Medien unlängst noch warnten

Waffenbrüderschaften von Thomas W. Klein

Noch kein UN-Waffenembargo ist so systematisch gebrochen worden wie das gegen die kriegführenden Parteien im ehemaligen Jugoslawien. Mit tätiger Unterstützung der Deutschen

In diesem Sinne - Das wahre Wort von Georg Fülberth

In diesem Sinne - Schade von Boris Gröndahl

In diesem Sinne - You MUST Love Me von Kay Sokolowsky

Kunst & Gewerbe

Vögeln für die Einheit? von Jürgen Roth

Kinderschänder, Bilderfälscher von Georg Seeßlen

Der Fall des Reportagenerfinders Born enthüllt, daß im Fernsehen keine Lüge tabu ist, wenn sie nur ein »authentisches« Bild produziert - der Fall des mutmaßlichen Mörders Dutroux offenbart das letzte Bildverbot des Mediums

Erledigt und abgehakt von Otto Köhler

SS beim »Spiegel«: Noch immer leugnet Rudolf Augstein die frühen Beziehungen seines Blaues zu Nazi-Führern

Herrliches Morgen von Mathias Wedel

In der Berliner Ausstellung »Parteiauftrag: Ein neues Deutschland« erscheint die Ikonographie der frühen DDR-Jahre als Fortsetzung der Nazipropaganda mit den gleichen Mitteln

Freier Fall von Karl-Heinz Hansen

Der Bremer Bürgermeister Scherf (SPD) hat sich an einer Diskussion darüber beteiligt, ob die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über die Verbrechen der Wehrmacht im Rathaus gezeigt werden dürfe. Karl-Heinz Hansen hat ihm daraufhin einen Offenen Brief geschrieben

Buch & Deckel von Jens Hoffmann

Simha Rotem: Kazik. Erinnerungen eines Ghettokämpfers. Verlag der Buchladen Schwarze Risse/Rote Straße, Berlin 1996, 207 Seiten, 25 Mark

Buch & Deckel von Erwin Riess

Hannah Arendt/Heinrich Blücher: Briefe 1936-1968. Piper Verlag, München 1996, 597 Seiten, 49,80 Mark

Buch & Deckel von Anja Krüger

Frigga Haug: Frauen-Politiken. Argument-Verlag, Hamburg 1996, 264 Seiten, 27 Mark

Buch & Deckel von Jens Hoffmann

T. C. Boyle: América. Deutsch von Werner Richter. Carl Hanser Verlag, München 1996, 389 Seiten, 45 Mark

Buch & Deckel von Ischrak Kamaluldin

Katrin de Vries/Anke Feuchtenberger: Die Hure H. Comic. Jochen Enterprises, Berlin 1996, 19,80 Mark

Buch & Deckel von Christel Dormagen

James Hawes: Ein weißer Mercedes mit Heckflossen. Deutsch von Wolfgang Mittelmaier. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1996, 304 Seiten, 39,80 Mark

Buch & Deckel von Jürgen Roth

Mario Moretti/Carla Mosca/Rossana Rossanda: Brigate Rosse - Eine italienische Geschichte. Verlag Libertäre Assoziation/Verlag der Buchläden Schwarze Risse und Rote Straße, Hamburg/Berlin 1996, 284 Seiten, 29 Mark

Provokation LiteraturHerr Kurz, in den OP, bitte von Stefan Ripplinger

Was taugt die Avantgarde? Stefan Ripplinger und Michael Scharang entgegnen auf Robert Kurz' Beitrag »Der Kollaps der Kommunikation« (KONKRET 1/97)

Provokation LiteraturHand aufs Herz, Herr Kollaps, von Michael Scharang

Was taugt die Avantgarde? Stefan Ripplinger und Michael Scharang entgegnen auf Robert Kurz' Beitrag »Der Kollaps der Kommunikation« (KONKRET 1/97)

Melodie & Rhythmus von Rayk Wieland

Volker Kühn, Roland Schneider: Politparade; 4 CD; Bear Family Versch.: Die Schalmei hat immer Recht; Hansa Music (BMG)

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf

Les Claypool And The Holy Mackerel: Highball With The Devil; MCABig Olifr M. Guz: In Guz We Trust; TOM Produkt

Heine Über alles, von Carsten Otte

Über die bizarren Aktivitäten der Stadt Düsseldorf zum 200. Geburtstag Heinrich Heines

Film & Theater von Kay Sokolowsky

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/97, S. 3

Gian Trepp

hier Konkret

Zweimal haben Schweizer Bankhäuser von den Taten der Nazis profitiert: Bis 1945 verwahrten sie als Hitlers willige Hehler das den Juden geraubte Geld. Und nach 1945 nahmen sie das Geld, dessen jüdische Einleger von den Nazis umgebracht worden waren, stillschweigend an sich. Das hat sie jetzt in Kalamitäten gebracht. KONKRET fragte Gian Trepp, Autor des Buches »Swiss Connection« (Unionsverlag) nach dem Stand der Dinge

konkret: Der Jüdische Weltkongreß hat verlangt, daß die Schweiz einen Fonds von 250 Millionen Dollar einrichtet, um überlebende Juden für die Rolle zu entschädigen, die Schweizer Banken als Kollaborateure und Profiteure der Nazis und ihres Holocaust gespielt haben. Worauf gründet sich diese Forderung?

Trepp: Soweit bekannt geworden, stützt der Jüdische Weltkongreß seine Forderung auf drei Elemente: Zum ersten auf die nachrichtenlosen jüdischen Guthaben auf Schweizer Banken aus der Zeit vor 1945. Zum zweiten auf die Gewinne der Schweizerischen Nationalbank bei der Übernahme von Nazi-Raubgold aus den Beständen der Deutschen Reichsbank. Und drittens auf die Kriegsgewinne, die andere Schweizer Banken und Finanzdienstleister damals im Dienste der nazideutschen Kundschaft erzielten.

konkret: Der amtierende Wirtschaftsminister und letztjährige Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz hat einen solchen Fonds als »Lösegeld-Erpressung« bezeichnet. Wie haben die Schweizer Politik und die Schweizer Öffentlichkeit darauf reagiert?

Trepp: Die Schweizer Regierung, der Bundesrat, konnte sich nicht zu einer offiziellen Entschuldigung für die böse Entgleisung ihres abtretenden Präsidenten Delamuraz entschließen. Die führenden Parteipolitiker von Links bis Rechts haben auf öffentliche Schelte des Liberalen Delamuraz verzichtet. Sehr kritisch war dagegen die Reaktion sowohl der elektronischen als auch der gedruckten Medien.

konkret: Die Schweizer Regierung hat zwei Kommissionen eingesetzt. Die eine soll prüfen, wie die Banken mit dem sog. »herrenlosen« Geld auf ihren Konten bisher umgegangen sind, die andere soll untersuchen, welche Rolle der Finanzplatz Zürich zur Nazizeit gespielt hat. Vor dem Abschluß der auf mehrere Jahre konzipierten Kommissionsarbeit wollte die Regierung eigentlich nichts entscheiden. Jetzt hat sie ihre Meinung geändert. Warum?

Trepp: Streng genommen hat der Bundesrat seine Haltung nicht geändert. Der internationale Druck zwang die Schweizer Regierung lediglich zu einer letztlich kosmetischen Änderung. Während Delamuraz noch erklärt hatte, ein Fonds würde die versprochene Aufarbeitung der historischen Wahrheit durch die zwei Kommissionen erschweren, will der Bundesrat jetzt die Einrichtung eines Fonds mit in der Schweiz deponierten und identifizierten nachrichtenlosen Geldern prüfen lassen, bevor die Kommission ihren Schlußbericht abgeliefert hat.

konkret: Nach der Boykott-Drohung waren die Aktien der Schweizer Großbanken gefallen. Schadet die ganze Affäre dem Finanzplatz Schweiz?

Trepp. Ob der Finanzplatz Schweiz durch Holocaust-Geld und Nazi-Gold einen nachhaltigen Imageschaden erlitt, der sich über kurz oder lang in sinkende Erträge umsetzen müßte, ist heute schwer zu sagen. Am wahrscheinlichsten sind negative Auswirkungen im institutionellen Großkundengeschäft von Schweizer Banken in den USA, wo »Political Correctness« wichtig ist. Während sich allfällige Schäden auf dem deutschen Markt sowie im globalen Vermögensverwaltungsgeschäft für reiche Einzelpersonen eher in Grenzen halten dürften.

konkret: Schweizer Zeitungen, unter ihnen der Berner »Bund«, haben angedeutet, daß die Forderung des Jüdischen Weltkongresses zu einer Belebung antisemitischer Ressentiments in der Schweizer Bevölkerung geführt habe.

Trepp: Auch in der Schweiz hat der Antisemitismus eine mörderische Tradition. Auf Drängen der Schweizer Regierung führte das Deutsche Reich 1938 in den Pässen deutscher Juden den berüchtigten »J«-Stempel ein, damit diese an der Schweizer Grenze sofort erkannt und zurückgewiesen werden konnten. Bis Mitte 1944 galten Juden in der Schweiz nicht als politische Flüchtlinge, sie wurden in der Regel an der Grenze abgewiesen, was damals einem Todesurteil gleichkam. Mehr als 30.000 Abweisungen jüdischer Flüchtlinge sind dokumentiert, dazu kommt die unbekannte Zahl von nicht registrierten Abgewiesenen. Auf diesem Hintergrund sind die Befürchtungen des »Bund« leider realistisch. Die Forderungen des Jüdischen Weltkongresses nach einem Fonds für überlebende Holocaust-Opfer für ein Ansteigen des Antisemitismus in der Schweiz verantwortlich zu machen, hieße, die Juden selbst für den Antisemitismus verantwortlich zu machen.

Konkret 02/97, S. 4

von Konkret

Nun hat er es sich doch noch überlegt: Nachdem der Historiker Hans Mommsen zunächst per Leserbrief (s. KONKRET 1/97) erklärt hatte, Otto Köhlers Beitrag über seine, Mommsens, Untersuchung zur Geschichte des VW-Werks im Nationalsozialismus (s. KONKRET 12/96) nicht weiter kommentieren zu wollen, hat er der Redaktion nun ein Gegendarstellungsbegehren geschickt, das wir an dieser Stelle veröffentlichen, obwohl es weder inhaltlich noch formal die Kriterien einer Gegendarstellung erfüllt.

In dem mit >Mommsens warme Dusche< überschriebenen Artikel von Otto Köhler vom Dezember 1996 wirft er mir vor, die Lage der ungarischen Jüdinnen in der Halle I des Volkswagenwerks, die als KZ umfunktioniert war, verfälschend geschildert zu haben. Insbesondere sucht er die Angaben im Buch, wonach die Häftlinge wenigstens die Möglichkeit hatten, warm zu duschen, zu bestreiten und ins Lächerliche zu ziehen. Die Zeitzeugen haben übereinstimmend ausgesagt, daß »die zahlreichen Duschnischen« in der Halle I »mit Kalt- und Warmwasser ausgestattet« waren (s. Julia Kertesz: Von Auschwitz ins Volkswagenwerk. Erinnerungen an KZ-Haft und Zwangsarbeit, in: Dachauer Hefte 8 (November 1992), S. 80). Auch Malvin und Gizella Leitner erinnern sich. »... there was hot and cold water here all the time. We also took a shower after work« (Interview mit Therkel Straede vom 28.12.1989, VW-Sammlung Bochum).

Otto Köhler erweckt ferner den Eindruck, als sei das Handeln des Werksarztes Dr. Körbel bezüglich des Massensterbens im Kinderheim Rühen von mir gerechtfertigt worden, was nicht der Fall ist.

Von den 3 Millionen DM, die die Volkswagen A. G. (zur Finanzierung der Mommsen-Studie, d. Red.) aufgewandt hat, sind Mitarbeiter finanziert und Sachkosten bestritten worden. Der Honoraranteil liegt bei zwei Prozent. Insoweit ist die irreführende Angabe von Herrn Köhler zu korrigieren.

Die Redaktion hat Otto Köhler gebeten, zu Mommsens Vorwürfen Stellung zu nehmen. Köhler antwortete wie folgt:

Ich empfehle dem Historiker Mommsen den Besuch eines historischen Proseminars, damit er den korrekten Umgang mit Quellen lernt. Das muß er endlich begreifen: Für die »ausgesprochen komfortablen« Unterbringungsbedingungen bei VW samt Warmwasserduschen kann er nicht, wie er in der Fußnote getan hat, eine Quelle angeben, die das Gegenteil feststellt, nämlich jene Häftlingsärztin die auf der von ihm genannten Seite der Dokumentation des Stadtarchivars Klaus-Jörg Siegfried schreibt: »Als Folge der äußerst erbärmlichen Lebensbedingungen der Mädchen, d. h.: Sie lebten in einem Keller, in dem das Wasser von der Decke tropfte und Wasserlachen auf dem Fußboden bildete, bekamen viele Tuberkulose, und mehrere starben. «

Mommsen hätte sich leicht damit herausreden können, daß er versehentlich die Fußnoten durcheinander gebracht habe. Das hat er nicht getan. Er zieht es vor, der von ihm angegebenen Quelle vom 23. Mai 1945, die nicht hergibt, was er geschrieben hat, andere - mindestens 44 Jahre später niedergeschriebene - unterzuschieben.

Damit er es endlich versteht: Wie würde er reagieren, wenn ich schriebe: Alle Zeitzeugen stimmen darin überein, daß die Nazis 1933 den Reichstag angezündet haben; wenn ich dann als Quelle für meine Behauptung in der Fußnote lediglich ein Buch von Hans Mommsen angäbe, in dem das Gegenteil steht. Und wenn er sich dagegen wehrt, mich damit verteidige, daß ich aber über zwei (andere) Quellen verfüge, die von einer Täterschaft der Nazis ausgehen. Wenn ich so vorginge, müßte man mich einen Quellenfälscher nennen.

Was den Dr. Körbel und das Massensterben im Kinderheim betrifft, so bin nicht ich es, der den Eindruck erweckt, Mommsen habe ihn gerechtfertigt. Ich zitiere vielmehr Mommsen. Wenn er meint, daß Körbel durch diese Zitate gerechtfertigt werde, will ich nicht widersprechen.

Verunstaltungshinweis: Am 15. Februar um 20 Uhr liest Hermann L. Gremliza im Waldheim Gaisburg, Obere Neue Halde 1, 70186 Stuttgart, aus »Herrschaftszeiten« und aus seiner Damen-Trilogie.

Konkret 02/97, S. 6

an Konkret

Larmoyanz

KONKRET 1/97: »Der Internet-Mythos« von Karl Pawek

Ich erinnere mich noch gut an das **KONKRET EXTRA** »Chip, Chip, Hurra« in Heft 1/84. Programmatisch zum Beginn des Orwelljahres erschien dort Paweks Artikel »Wer hat Angst vor dem Computer?«, in dem gut materialistisch die damals grassierende Technologiefeindlichkeit der Linken kritisiert wurde. Ich weiß noch, wie ich mich damals über den Text gefreut hatte, über Sätze wie »die elektronische Revolution bedroht die Vorherrschaft der Gebildeten und stößt daher besonders beim Bildungsbürgertum, bei den Intellektuellen, auf Widerstand« oder die Anekdote von der Frau, die über die schrecklichen Computer jammert, die ihre Benutzer konditionieren würden, um in der nächsten Sekunde stolz von den Fortschritten des Sohnes beim Klavierspielen zu berichten.

Nun schreiben wir 1997, und viel ist inzwischen passiert. 1984 war der IBM-PC gerade anderthalb Jahre alt, und der Apple Macintosh kam erst vier Wochen nach Erscheinen von Paweks Artikel auf den Markt. Private Computernutzer schlugen sich noch mit Commodores herum, der Modembausatz des CCC - die erste erschwingliche Verbindung zu den schon vorhandenen Computernetzen - existierte noch nicht. Die Schwellen vor der privaten Nutzung von Computern und der durch sie möglichen Kommunikation, zusammengefaßt unter dem Begriff Internet, sind in der Zwischenzeit immer niedriger geworden.

Man kann die Entwicklung der Computer- und Informationstechnologie in den letzten zwei Jahrzehnten nicht anders als eine Demokratisierung nennen, ein Begriff, der unter Materialisten ja erstmal nur beschreibt und allenfalls ganz sachte positiv wertet. Und nun lese ich in KONKRET unter Paweks Namen, das Internet, jenes Netzwerk, in dem durch die Technik ein neues Medium entsteht, sei bloß ein Mythos.

Pawek, der vor 13 Jahren von der »elektronischen Revolution« sprach, ist dieser Begriff heute nur noch für eine läppische Polemik gut. Wäre das Internet eine Revolution, sagt er, »würden wir die erste Revolution in der Menschheitsgeschichte erleben, die Aktienkurse explodieren läßt, von Regierungen subventioniert und von den bürgerlichen Medien hochgejubelt wird«. Das ist einfach Unsinn. Der Bau der ersten Bahnlinien, Schiffskanäle und Telegrafenleitungen etwa läuft auch in meinem *Wörterbuch der Geschichte,* Berlin/DDR 1986, unter »Industrielle Revolution«. Die damit verbundenen Börsenspekulationen, Regierungsprogramme und Medienhypes sind schon Stoff .ur Romane und Filme gewesen. Sie sind geradezu charakteristisch für technische Revolutionen im Kapitalismus, und genau in diesem Sinne ist das Internet Teil einer Revolution.

Pawek, der sich vor 13 Jahren über die selbstgerechte Technikfeindlichkeit des Bildungsbürgertums mokierte, ist heute keine elitäre Binsenweisheit zu blöd, um sie gegen das Internet in Anschlag zu bringen. Der »weit überwiegende Anteil der privaten Internetkommunikation«, schreibt er, seien »Banalitäten«, ausgetauscht von Menschen, nein, von »>Bild<oder >Focus<-Lesern«, die zuweilen den »traurigen Schutz der Anonymität« bräuchten. Private Kommunikation besteht also aus Banalitäten. Was für eine Neuigkeit.

Und im übrigen, erklärt er uns, sei das Internet, bei Lichte besehen, doch eigentlich gar nichts Neues: Schließlich konnten wir alles, was das Internet kann, »schon vor seiner Entstehung mittels Brief, Bildern, Telefon, Fax, Video«. Ich will nicht näher darauf eingehen, daß diese, Behauptung nur dann stimmt, wenn man so weit von der Realität abstrahiert, daß die Notwendigkeit jedes kommunikationstechnologischen Fortschritts seit den von Kurieren transportierten beschrifteten Tontäfelchen der Mesopotamier fragwürdig wird.

Genau die Eigenschaften, die es zu einem demokratischen Medium mit geringen und abnehmenden Schwellen vor der Benutzung machen, machen das Internet auch zu einem Massenmarkt. Es wäre auch eine völlige Illusion, unter kapitalistischen Bedingungen etwas anderes zu erwarten, als daß die Demokratisierung einer Technologie gleichbedeutend ist mit der Entstehung eines Massenmarktes. Den Massenmarkt kann man in den kommerziellen Onlinediensten wie AOL, T-Online oder Compuserve und zum Teil im World Wide Web studieren, und er sieht ungefähr so aus wie das, was Pawek uns als das Internet verkaufen will.

Das Besondere am Internet aber ist, daß es aus technologischen Gründen (anders als Radio, TV und Presse) eine so kleinteilige Fragmentierung des Marktes zuläßt, daß er selbst für Kleinstnischen wie die der radikalen Linken (nicht nur die der organisierten Nazis und Pädophilen, wie Pawek »Focus«-kompatibel suggeriert) zugänglich ist. Darum ist es schlicht eine Tatsache, daß das Internet eine neue Form der Öffentlichkeit ist. Das neue an dieser Form gründet in den geringen Kosten des Mediums, in seiner Schnelligkeit und in der als »many-to-many«-Kommunikation beschriebenen

Eigentümlichkeit, daß in bestimmten Zusammenhängen die Grenzen zwischen Sender und Empfänger tatsächlich nicht mehr existieren. Hinzu kommen die zur Zeit noch technologisch bedingte Dezentralität und Zensurfreiheit.

Wenn irgend jemand deshalb den Mythos verbreiten würde, dies bedeute das Ende des Kapitalismus oder neue Chancen für die Linke, dann wäre das in der Tat ein Mythos, gegen den es sich lohnen würde vorzugehen. Ich persönlich halte es für einen Mythos, daß es Leute gibt, die so etwas behaupten. Ich kenne keine. Was ich kenne und was mich nervt, ist die abgeklärte Larmoyanz, mit der Leute wie Pawek, die es eigentlich besser wissen müßten, unvermittelt auf Neil-Postman-mäßigen Kulturpessimismus einschwenken, sobald es um das Internet geht.

Boris Gröndahl

Berlin

Tip

KONKRET 1/97: »Das Imperium schlagt zurück« von Karl Rössel

Ich muß Ihren Mut bewundern. Ken Saro-Wiwa deckte die üblen Machenschaften von Shell im Nigerdelta auf und mußte mit dem Leben büßen. Sie stellen die verlogene PR-Desinformationskampagne des Imperiums bloß, die die deutsche Presse und das öffentliche Bewußtsein überrollt hat, und sollten daher fortan gut auf sich aufpassen.

Dr. Willfried Feuser

(ehemaliger Lehrer Ken Saro- Wiwas),

Mönchengladbach

Hostebolchers

KONKRET 1/97: »Die Verteidigung Goethes« von Hermann L. Gremliza

Sir, fully agreeing with your witty essay I wonder whether you know, that beside the Marxist and narcistic parts of his works there is a pharmacistic one in Dr. Peter Hacks' production as well. Enclosed as hard and sweet evidence - found on board of a Stena-Line-boat - a bag of Dr. Hacks Hostebolchers.

Hermann Kant

Cambridge

In Ihrer Auswahl von Zitaten aus Peter Hacks *Die Maßgaben der Kunst* findet sich auch das folgende: »Dichter haben einen feinen Sinn für das Kommende. Der Dichter riecht die Zukunft wie das Schwein die Trüffel. «

Unter dem Datum 27. Juli 1943 notiert Carl Seelig in den *Wanderungen mit Robert Walser:* »Robert: >Ja, die Dichter haben oft unheimlich lange Rüssel, mit denen sie die Zukunft vorausfühlen. Sie riechen die kommenden Ereignisse wie Schweine die Champions.(«

Es scheint so, daß Dichter gelegentlich auch einen feinen Sinn für das schon Geschriebene haben, oder hat Robert Walser 1943 nur vorausgefühlt, was dem Dichter Peter Hacks einige Jahrzehnte später einfallen wird?

Otto Kreye

Starnberg

Klarstellung

KONKRET 1/97: Leserbrief von Markus Wende / AG Sekten

Mit ist zwar unklar, warum Markus Wende dieses Detail für so wichtig hält, daß er sich genötigt sieht, es nachträglich und öffentlich abzustreiten, aber es verleitet mich dennoch zu einer Klarstellung. Markus Wende hat in meinem Beisein Peter Kratz gegenüber geäußert und auf dessen Nachfragen hin mehrfach bestätigt, daß sich die sektenpolitische Sprecherin der SPD, Renate Rennebach**,** und der Funktionär der rechtsextremen Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft, Ralf Bernd Abel, duzen.

Oliver Geden

Berlin

Konkret 02/97, S. 9

Hermann L. Gremliza

Kurzer Abriß der neueren Geschichte

Und nun, meine Herren, sprach Friedrich der Große zu seinen Offizieren, auf in den Siebenjährigen Krieg.

Professor Galletti

Die Geschichte macht ihre Epochen nicht selbst. Es sind Männer (in neuerer Zeit auch Frauen), die keine Geschichte machen dürfen und sich dafür revanchieren, indem sie gemachte Geschichte nachmachen, sie interpretieren, einteilen, zurichten. So entstand das finstere Mittelalter.

Eric Hobsbawm, beispielsweise, hat die Geschichte dieses Jahrhunderts in drei Teile zerlegt: das Zeitalter der Katastrophen (1914 bis 1945), das Goldene Zeitalter (1945 bis 1990) und die Krisenjahrzehnte - eine wehmütige Sicht von links unten, aus dem Blickwinkel der Verlierer, zu denen der Menschenfreund Hobsbawm gehört. Von rechts oben findet der »FAZ«-Haushistoriker Baring »gute Gründe« die Jahre von 1917 bis 1989 als *eine* historische Epoche zu verstehen: des Kampfs der Systeme.

Mit noch besseren Gründen läßt sich die Geschichte dieses Jahrhunderts als ein Zeitalter verstehen, das bereits 1914 begann und 1989 nicht zu Ende gegangen ist: das Zeitalter des Krieges der internationalen Bourgeoisie gegen den Kommunismus *und* des Kampfes der deutschen Bourgeoisie um die Weltmacht. Dieser doppelte Kampf hat über die Jahre alle denkbaren Formen angenommen, er war Eroberungs- und Vernichtungskrieg, militärische und konspirative Intervention, Einschüchterung wie Erpressung, technologischer wie ökonomischer Boykott, Zuckerbrot und Peitsche.

Schon der Beginn dessen, was Fritz Fischer den deutschen Griff nach der Weltmacht genannt hat, war zugleich der vielleicht folgenreichste Schlag gegen die Revolution. Er brach im Sommer 1914 dem Internationalismus des europäischen Proletariats das Kreuz (oder offenbarte, daß er keins hatte).

So geschah es, daß die überfällige Revolution nur noch dort und ausgerechnet dort ausbrach, wo ihre Voraussetzungen die schlechtesten waren - einer der Gründe dafür, daß nach dem Ende des Kriegs keine Revolution im Westen sich anschloß und der deutsche Versuch mit Rosa und Karl von einem SPD-»Rat der Volksbeauftragten« ohne größere Gegenwehr liquidiert werden konnte. Dennoch war der Umsturz im jämmerlich armen und rückständigen Rußland noch so attraktiv, daß er die Klassenverhältnisse in den kapitalistischen Staaten nach dem Krieg labil genug hielt, die Westmächte zugunsten der weißen Garden auf alle denkbare Weise intervenieren und zu Zeiten zwei Drittel des russischen Staatsgebietes besetzen zu lassen.

Mit viel Sympathie verfolgte die westliche Bourgeoisie deshalb die Versuche erst ihrer italienischen, dann ihrer deutschen Brüder, die immer noch gefährdete Klassenherrschaft durch handfestere Methoden als die des Parlamentarismus zu sichern. Das änderte sich, als Nazi-Deutschland seine. Rolle beim gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus dadurch in Mißkredit brachte, daß es für sein, das völkische, schaffende Kapital Dominanz über das jüdisch-plutokratische, raffende des Westens reklamierte.

Noch in dieser Lage aber ließen die Westmächte den Nazis Zeit und Luft, eine ganze Generation von Sowjetbürgern auszurotten und alles zu zerstören, was zwischen Smolensk und Moskau vor und nach der Revolution entstanden war. Erst dann eröffneten sie im Westen eine zweite Front, als gewiß war, daß die Sowjetunion von diesem Krieg sich in vielen Jahren nicht (und vielleicht nie mehr) erholen würde. Den bei Kriegsende angestellten Überlegungen und ersten Versuchen (Korea), nach Churchills »falschem Schwein«, den Deutschen, doch noch das richtige zu schlachten, setzte die Entwicklung der sowjetischen Atombombe ein Ende.

Zweimal war die deutsche Bourgeoisie bei ihrem Kampf um die Weltmacht, um einen »Platz an der Sonne« oder einen für das »Volk ohne Raum«, in das *friendly fire* geraten, das die westlichen Bourgeoisien gegen die Revolution richteten. Dann hatten sie verstanden, daß sie ihren Krieg nur gewinnen konnten, wenn sie den der Klassenbrüder zu ihrem eigenen machten. So kam es zum Europa-»Gedanken« und zum atlantischen »Gedanken«, zum Verzicht auf eine eigene Armee (bis 1954) auf außenpolitische Souveränität und die Wiederherstellung Gesamtdeutschlands (bis 1989), auf Kriegführung außerhalb des Landes (bis 1993), auf eigene Atomwaffen und auf die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 (bis?).

Die Kriegsziele sind in all der Zeit die alten geblieben. Die von 1914/18 wurden, abzüglich der Träume einiger Radau-Nazi von arischen Wehrdörfern in Sibirien, die von 1939/45 und sind die von 1997: Die »Randvölker« jenseits der Ostgrenze werden Rohstofflieferanten und Hilfsarbeiter, die zu geringstem Lohn jene inferioren Arbeiten verrichten, für die der deutsche Facharbeiter zu kostbar (1914, 1941) oder zu teuer ist (1997). Osteuropa sollte und wird für die Deutschen ein Hinterhof werden, wie die USA in Lateinamerika einen haben.

Die Rezepte, das herzustellen, bedurften nur geringer Redaktion: Die Zerschlagung in möglichst kleine Ethnien, deren jede einen eigenen Staat bekommen sollte, wie Himmler das empfohlen hatte, läuft jetzt unter Selbstbestimmung, Demokratisierung und Befreiung (aus den Völkergefängnissen Jugoslawien und Sowjetunion). Die Mahnung, welche die deutsche »Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft« 1940 ihrer Reichsregierung erteilt hatte: aus außenpolitischen Gründen grundsätzlich immer nur von Europa zu sprechen, »denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und technischen Schwergewicht Deutschlands«, konnte wortwörtlich befolgt werden.

Noch gibt es zu tun, ist Jugoslawien nicht völlig zerhauen, sind Montenegro und Kosovo nicht befreit, muß Kinkel Tag und Nacht sich plagen, den Bürgerkrieg auch dort in Gang gesetzt zu kriegen. Auch müssen die letzten sogenannten »kommunistischen Regime« beseitigt werden, die so heißen, weil sie zwar allesamt frei gewählte Regierungen sind, aber unter Führung ehemals kommunistisch firmierender, längst autoritär-sozialdemokratischer Parteien, die freilich, anders als Freund Boris, versuchen, einige, etwas euphemistisch »Errungenschaften« geheißene soziale Minima zu verteidigen. Derartiger Widerstand gegen die Deregulierung kann natürlich nicht geduldet werden, weshalb alles, was ihn bricht, belobigt und gefördert wird, sogar eine »demokratische Opposition«, der sich Frau Plavsic, die Freundin des »Völkermörders« Karadzic, angeschlossen hat. Auch in Sofia darf es keine Ladenschlußzeit mehr geben, und die Serben müssen den Deutschen so bei Fuß gehen wie die Polen und Tschechen, die ihre Grenzen für Flüchtlinge so dicht machen, wie sie es einmal waren, aber frei passierbar für Waren, Händler und Touristen aus dem Westen.

Um auch ein bißchen dabeizusein und die eigene Bedeutung zu markieren, machen die USA den Deutschen den Hiwi und erlauben ihnen Reden, die man fünfzig Jahre lang nicht mehr gehört hat. »Vernunft und Moral« geböten den westlichen Mächten, »zu zeigen, daß sie in Belgrad den Machtwechsel wollen, und darüber nicht mit sich verhandeln lassen«, schreibt das Frankfurter Zentralorgan in einem Ton, der zur Zeit der Emser Depesche umstandslos als Kriegserklärung verstanden worden wäre, und der außenpolitische Sprecher der SPD spricht es fast wörtlich nach: Milosevic verdiene »keine Rücksichtnahme mehr«, dazu sei die Bundesrepublik »politisch und moralisch verpflichtet«.

Militär oder Mob stürmt ein ziemlich frei gewähltes Parlament? Geschieht das in Moskau oder Sofia, ist es Freiheitskampf. Autofahrer blockieren den Verkehr? Geschieht es im Rheinland, ist es Kurdenterror. Wer kein höheres Menschenrecht kennt als den staufreien Straßenverkehr, schnalzt mit dem Textverarbeitungsprogramm, wenn Autosperren die serbische Hauptstadt blockieren. Eine »Charme-Offensive« nennt es der »Spiegel«, »originell und phantasievoll« die »Frankfurter Allgemeine«, von »Einfallsreichtum und Chuzpe« schwärmt die »Tageszeitung«.

Gegenreden, Einwände: null. Wäre noch schöner, daß der Kampf nun, da er draußen entschieden ist, daheim wieder eröffnet würde. Der Krieg, der 1914 begonnen hat, ist gewonnen, aber nicht zu Ende. Weil er keine der Fragen lösen kann, auf welche die notwendige Antwort die Revolution gewesen wäre, kann er nicht zu Ende gehen.

Konkret 02/97, S. 10

Herrschaftszeiten

Rassenkunde 1

Zur Fahndung nach Straftätern benutzt die deutsche Polizei bundesweit den computergerechten Vordruck »Erfassungsbeleg KP 8«, in dem Polizisten ankreuzen, ob die gesuchte Person »asiatisch, negroid, nordländisch/mitteleuropäisch, orientalisch, südländisch, slawisch« aussieht. Eine Arbeitsanleitung gibt den Beamten hilfreiche Hinweise: »Negroid = dunkle Haut- und Haarfarbe, Kraushaar, wurstige Lippen. Slawisch ~ breites Gesicht, betonte Wangenbeine ... « Bei gesuchten Frauen dürfen die Beamten zwischen »vollbusig« und »flachbrüstig« wählen.

Rassenkunde 2

Im Vierten Reich werden wieder Köpfe vermessen. Einer der Experten für minderwertige Physiognomien ist Marc Werthmann von der »Bild«-Zeitung:

Das FBI. Die Steckbriefe der zehn meistgesuchten Männer. Ich sehe Brutalo-Gesichter.

Ein anderer ist Klaus Geitel von der »Welt«, Abteilung »Geistige Welt«:

Er (Franz Schubert) sah nicht aus wie ein Genie.

Ein dritter ist Johann Georg Reißmüller, Herausgeber der »FAZ«:

*Walter Ulbricht sitzt mit lauerndem Blick_*

Ulbricht schaute in diesen frühen Jahren immer bedrohlich aus... Es ist das Gesicht eines Staats- Terroristen... Auf einem Plakat hat Ulbrichts Gesicht gar einen Zug von Stalin... Der SED-Justizminister Fechner mit dem satten Grinsen des Arrivierten...

Ein vierter heißt Reinhard Mohr, hat früher seine Schuldigkeit bei der »Tageszeitung« getan und tut sie jetzt beim »Spiegel«:

Reinhardt zeigt sein strahlendes Egon-Krenz-Gebiß und lächelt sich in Stimmung.

Diskursethik

Die »Hamburger Morgenpost« berichtete über das »Hurenhaus in der Pagenfelder Straße«: »Gequält, vergewaltigt - 17jährige Polin in Hamburg monatelang zur Prostitution gezwungen«. Das Hamburger Stadtmagazin »HH 19« fand heraus, daß die »Morgenpost« exakt für dieses Hurenhaus geworben und damit auch nach dem Erscheinen dieser Story nicht aufgehört hatte. Jährlich zehn Millionen Mark, so hat »HH 19« errechnet, verdient die Zeitung, die dem Verlag Gruner & Jahr (»Stern«, »Brigitte«, »Geo«, »TV-Today«, »Spiegel«) gehört, an solchen Zuhälter-Anzeigen. Chefredakteur Matthias Döpfner: »Redaktion und Anzeigenteil sind bei uns strikt getrennt.« Hier wie dort: in Prostituierte und Zuhälter.

Big spender

In einer ganzseitigen Anzeige dankt der Verlagskonzern Gruner & Jahr (»Hamburger Morgenpost«) »allen Sponsoren, die zum Gelingen des Gruner + Jahr Weihnachtsbasars 1996 aktiv beigetragen haben, herzlich«. Unter den Bedankten finden sich Avis, Black & Decker, Deutsche Lufthansa, Duscholux, Fissler, Gardena, Holsten Brauerei, Ikea, Melitta, Otto Versand, Quelle Versand, Remington, Rosenthal, Schöller Mövenpick, Schwartau, Siemens, Silit, Soehnle Waagen, Wolf-Geräte, Zwillingswerk Henkels und hundert weitere. In wieviele Millionen also durften sich die Begünstigten, das Mutter-Kind-Haus der Theodor-Wenzel-Einrichtung und der Verein Dunkelziffer e.V. (Hilfe für sexuell mißbrauchte Kinder), teilen? In exakt 90.000 (in Worten: neunzigtausend) Mark.

Wiedergutmachung 1

Von den ehemals 18.000 italienischen SS-Männern der 29. SS-Division »Waffengrenadier Italien« leben noch 152. Sie erhalten (wie bis zu ihrem Tod ihre verstorbenen Kameraden auch) eine monatliche Rente von 600.000 Lire, das sind ca. 600 Mark.

Wiedergutmachung 2

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will die Bundesregierung durch einen Parlamentsbeschluß dazu bewegen, die ehemaligen Häftlinge, größtenteils osteuropäische Juden, zu entschädigen, die in deutschen Konzernen zu Arbeit unter KZ-Bedingungen gezwungen worden waren. Ohne Rücksicht auf die angespannte Finanzlage sollen die wenigen bis heute Überlebenden sage und schreibe einmalig bis zu 10.000 Mark erhalten.

Intermezzo

Anstatt jede für sich einzugehen, ist die Berliner »Wochenpost« zum Jahreswechsel in der Hamburger »Woche« aufgegangen. Aber auch das wird danebengehen.

Träne auf Reisen

Vorher hieß sie Wollenberger und mußte Schwerter zu Pflugscharen schmieden. Jetzt heißt sie Lengsfeld und ist von den Grünen zu der Partei gegangen, die gerade beschlossen hat, für weitere zwanzig Milliarden Mark Pflugscharen zu Eurofightern zu machen. Am Abend des Parteiwechsels hat Frau Lengsfeld vor Fernsehkameras versichert, sie habe mit der CDU schon deshalb keinerlei Abrede über einen künftigen Listenplatz treffen können, weil ihre neue Partei von ihrem Übertritt erst am selben Tag erfahren habe. Arnold Vaatz wiederum, der CDU-Umweltminister von Sachsen, der Frau Lengsfelds Erzählung nicht mitgekriegt hatte, berichtete ein paar Stunden später, daß die neue Parteifreundin ihn schon »vor einigen Wochen... ins Vertrauen gezogen« habe, er seitdem ständig mit ihr im Kontakt geblieben sei und sich bemüht habe, »diesen Übertritt logistisch zu begleiten«. »Zum gegebenen Zeitpunkt habe ich mich dann bei der Parteizentrale der CDU gemeldet und vermittelt.« Die »Hamburger Morgenpost« nannte Frau Lengsfeld aus diesem Anlaß »wahrheitsfanatisch«. Auch bei ihr sind Redaktion und Anzeigenabteilung streng getrennt.

Schalom 8. Mai

In Israel wird der Tag der deutschen Kapitulation offizieller Gedenktag. Der Grund dafür ist, daß die Weltkriegsveteranen, die in den letzten Jahren aus der ehemaligen Sowjetunion nach Israel eingewandert sind, ihren Landsleuten eine bisher weniger beachtete Form des jüdischen Widerstands gegen die Nazis zu Bewußtsein gebracht haben: 1,5 Millionen jüdische Soldaten hatten in den Armeen der Anti-Hitler-Koalition gekämpft, die weitaus meisten von ihnen in der Roten Armee. Häufiger als bei den Westalliierten haben es Juden dort zu hohen Dienstgraden gebracht, so daß es in der Roten Armee schließlich 305 jüdische Generäle gab. Insgesamt sind im Zweiten Weltkrieg mehr jüdische Soldaten gefallen als in allen von Israel geführten Kriegen zusammen. Der »Frankfurter Allgemeinen« ist der neue jüdische Feiertag nicht recht: »Bedenklich stimmt, daß die Einführung des Gedenktages am 8. Mai den Anschein erwecken könnte, als habe Israel Anteil am Sieg über das Dritte Reich.«

Kanthers Ostarbeiter

Polen hat 2.000 neue Stellen geschaffen, um die Landesgrenzen besser kontrollieren zu können. Die Wanderungsbewegung, deren Ziel Deutschland ist, soll bereits an der Ostgrenze aufgehalten werden. Ein Teil der Beamten werde jedoch auch an der Westgrenze eingesetzt, an der von Januar bis Oktober letzten Jahres 9.200 Personen beim illegalen Grenzübertritt nach Deutschland aufgegriffen worden seien.

Kanthers Frontbericht

Die Zahl der politischen Flüchtlinge, die in der BRD Asyl suchen, ist 1996 noch einmal um neun Prozent auf 116.367 zurückgegangen. Der Anteil der Bewerber, denen Asyl gewährt wurde, sank gegenüber dem Vorjahr von neun auf 7,4 Prozent. Die Zahl der nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland Gefolterten und Getöteten wird nicht erhoben. Es darf davon ausgegangen werden, daß sie sich zu der anderen umgekehrt proportional verhält.

Blüm

»das traurige Denkmal eines auslaufenden Politikmodells« (»FAZ«), hat sich noch einmal zu voller Manneshöhe erhoben, um mit wütenden Rufen unter dem Kabinettstisch hin und her zu laufen: »Verbrecherische Geldwäscheorganisation«, rief er, »menschenverachtendes Kartell der Unterdrückung«, »Gehirnwäsche«. Meinte der alte »Herz-Jesu-Marxist« (F.J. Strauß) die Deutsche Bank, den Arbeitgeberverband und den Springer-Konzern? Ach nein, bloß eine Aberglaubensgemeinschaft, der er nicht angehört.

Liebl

der »Weltanschauungsbeauftragte des Erzbischöflichen Ordinariats von München«, hat die Scientologen eine »totalitäre Organisation« genannt, die »nur auf Geld und Macht aus« sei. Der Konkurrenzbeobachter hat gewiß recht. Von totalitären Organisationen, die nur auf Geld und Macht aus sind, verstehen Erzbischöfliche Ordinariate was.

Dank vom Hause Habsburg

Aloijzij Sustar, Erzbischof von Ljubljana und Metropolit Sloweniens, ist vom Österreichischen Bundespräsidenten mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen mit Stern dekoriert worden. »Für Verdienste um die Republik Österreich.« Am Tag nach dieser Meldung nannte der Wiener Korrespondent der »Frankfurter Allgemeinen« Ljubljana in einem dreispaltigen Artikel nur noch »Laibach«.

Nationale Anfrage

Die Abgeordnete Angelika Graf (SPD) hat die Bundesregierung apropos Lärmschutz gefragt:

Ist an eine Einkapselung des deutschen Teils der Brennerautobahn gedacht, und welche Kosten würden hierfür anfallen?

Der parlamentarische Staatssekretär Manfred Carstens (CDU) mußte die völkische Ökologin enttäuschen. Nicht, daß er etwas gegen Lärmschutz hätte, aber

die Brennerautobahn befindet sich in ganzer Länge auf österreichischem bzw. italienischem Hoheitsgebiet.

Perestrojka

Es war nicht alles vergebens, und umsonst auch nicht. Michail Gorbatschow hat in seiner Steuererklärung für 1995 folgende Einnahmen angegeben: für Vortrags- und Autorentätigkeit aus Deutschland DM 692.000, aus Japan, den USA und Italien DM 1.500.000. Hinzu kommen eine Rente, die sein alter Genosse Jelzin auf DM 3.000 pro Monat erhöht hat, ein Landsitz mit Hauswirtschafterin, Leibarzt und sieben Leibwächtern und eine Wohnung in Moskau.

Hängematte 1

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist in Berlin zwischen 1991 und 1996 um 46 Prozent auf 191.000 Personen gestiegen. In Ost-Berlin hat sich die Zahl mehr als verdoppelt. Die Sozialhilfe für Ostberliner Kinder und Jugendliche ist seit 1994 um fast 30 Prozent gestiegen.

Hängematte 2

Anfang des Jahres meldete die »Hamburger Morgenpost«: »8.386 Mark!. Hamburger sind Deutschlands Top-Verdiener. Nirgendwo wird so gut verdient wie an der Elbe.« Von den letzten treuen Lesern der ehemals sozialdemokratischen Zeitung, die zuerst einen Blick auf ihren Lohnstreifen geworfen und sodann der Redaktion telefonisch ein schönes neues Jahr gewünscht hatten, sah das Blatt sich genötigt, tags darauf seine frohe Botschaft ein wenig zu korrigieren: »Karriere-Stadt Hamburg: Aber 8.386 Mark Gehalt kriegen nur wenige.« Nachdem sie tags zuvor alles ganz genau gewußt hatte, wurde die Redaktion jetzt geradezu investigativ: »Wir wollten wissen: Was verdienen die Hamburger wirklich.« Wirklich, so stellte sich heraus, bekommt ein Lagerarbeiter in der Karriere-Stadt 2.381 Mark im Monat, ein Schlosser 3.700, ein Briefträger, verheiratet, zwei Kinder, 3.780, ein Maurer 4.228, ein Filialleiter im Einzelhandel 4.309, ein Schifffahrtskaufmann 4.290, ein Assistenzarzt 5.796, ein Polizeihauptkommissar 4.505 (alles brutto). Wie aber war es zu dem durchschnittlichen Monatseinkommen von 8.386 Mark gekommen? Man hatte die 6.000 Einkommens-Millionäre der Stadt eingerechnet.

Auf der Couch

Ich habe in den letzten Monaten mein Leben völlig umgekrempelt. Durch die Trennung von meiner Frau im August bin ich in eine tiefe Lebenskrise geraten. Wir waren 13 Jahre zusammen - für mich ging ein ganzer Lebensabschnitt zu Ende. Mir wurde plötzlich klar, daß ich meinen bisherigen Lebensstil ändern mußte. Ich hatte viel zuviel in mich hineingestopft. Zuletzt wog ich 108 Kilogramm, und es ging mir gesundheitlich richtig schlecht. Da hab ich die Krise zu einem Neuanfang genutzt: Weniger essen, kein Alkohol, viel Sport, Terminmüll abwerfen. Ich habe mich auf das Wesentliche konzentriert.

Joschka Fischer, exklusiv zur »Bild«-Zeitung. Das Private wird immer politischer.

Im Doppelbett

Und das Politische immer familiärer. Fischer, der sich endlich auf das Wesentliche konzentriert, hat »über neue Ansätze« nachgedacht. Diesmal ist aber nicht noch eine Kampftruppe in noch ein Kriegsgebiet herausgekommen, sondern eine »kombinierte Lösung« des Rentenproblems: »Geringere Renteneinkommen. Steuerliche Privilegierung von Paaren mit Kindern. Einbindung der Alten in den Arbeitsprozeß - wenn es geht, auf freiwilliger Grundlage.« Und wenn nicht, dann eben unter Zwang, von dem Väter und Mütter von vier oder mehr Kindern, die ihr Kreuz schon getragen haben, ausgenommen werden können.

Adam Riese

Rauchen schadet nach Ansicht von Jean Comolli, Chef des französischen Tabakmonopols »Seita«, zwar der Gesundheit, nutze aber der Volkswirtschaft. Die Belastung, die den Krankenkassen durch die Malaisen der Raucher entstünden, sei viel geringer als die Entlastung der Rentenkassen durch die kürzere Lebenserwartung der Raucher. Comolli: »Insgesamt bringt der Tabak der Gemeinschaft mehr, als er kostet.«

Eva Riese

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau kommt gut voran. Eine neue Studie, so wird gemeldet, habe ergeben, daß in den USA 73 Prozent der Frauen im gleichen Job genausoviel verdienen wie ihre männlichen Kollegen. 1970 seien es nur 59 Prozent gewesen. Bevor die deutsche Bürgerinnenbewegung in Jubel ausbricht, ein kleiner Dämpfer: Zwei Drittel der Arbeitnehmer, die zum US-Mindestlohn von 4,25 Dollar arbeiten, sind Frauen. Woraus folgt...

Man lese das kreuzbrave Buch des früheren SDS-Kümpfers Joscha Schmierer, das bei jedem Aufsatzwettbewerb der Jungen Union gute Chancen hätte

---

Peter Gauweiler, Münchner CSU-Vorsitzender

Erich Böhme: Herr Strauß, Ihr Vater hat mal gesagt: »Der >Spiegel< ist die Gestapo im Deutschland unserer Tage.« Hat er damit recht gehabt? Max Strauß: Ja, also, für Stasifragen bin ich eigentlich nicht kompetent

---

Talk im Turm, 12.1.97

Da werden CIA, Mossad und BND in die gleiche Kategorie eingereiht mit dem KGB, als ob die drei Erstgenannten jemals politisch Andersdenkende umgebracht hatten

---

Ignatz Bubis, FDP-Politiker

Konkret 02/97, S. 14

Joachim Rohloff

Der Anpasser

Jovial, gemütlich und stramm rechts: Bundespräsident Herzog ist der Prototyp des gewöhnlichen deutschen Opportunisten

Während die Präsidentschaft des Nobelmanns Weizsäcker von Stil und Stimmung geprägt war, nämlich von schlechtem Stil und elegischer Stimmung, verdient die Ära Herzog, folgt man dem einmütigen Urteil aller maßgeblichen Kolumnisten, schon am Ende ihrer ersten Halbzeit das Etikett »Wahrheit und Klarheit«. Denn »der ziselierte, völlig durchgefeilte Stil, den mein Amtsvorgänger gepflegt hat und den ich immer bewundert habe«, sagt der erste Präsident der »Berliner Republik«, »ist nicht meine Art«. Vielmehr müsse »Wahrheit und Klarheit herrschen in unseren öffentlichen Äußerungen«. Weizsäckers Vermögen, etwas wie »kritische Freude« zwar nicht zu empfinden, aber doch mit preußischer Anmut vorzutäuschen, qualifizierte ihn zum Supervisor einer bundesweiten Selbsterfahrungsgruppe. Von Herzog darf man einen solchen Schmarren nicht erwarten. Ähnlich aber wie mit Weizsäckers überlegener Geistigkeit und seinem rhetorischen Genie verhält es sich mit Herzogs Unabhängigkeit und Wahrheitsliebe: Da, sie keiner kritischen Prüfung standhalten, müssen sie täglich aufs neue behauptet werden.

Das Bedürfnis, das sich in den achtziger Jahren zur eigenen Befriedigung einen Weizsäcker schuf, ist inzwischen beim Pastor Fliege bestens aufgehoben. Herzogs einziges öffentliches Sentiment wirkt entsprechend halbherzig und nutzlos: »Ich liebe auch das deutsche Volk, aber das ist bei mir eine sehr nüchterne Angelegenheit.« Trotzdem wird seine Neigung erwidert; laut Umfrage kommt in der Kategorie »Mannsbilder, bescheiden, humorvoll, über 100 Kilo« niemand, in allen anderen Kategorien einzig Uschi Glas dem amtierenden Bundespräsidenten an Beliebtheit gleich.

Da die bürgerliche Gesellschaft sich neuerdings nicht mehr für einen Wohltätigkeitsbasar anschaut, muß Politik wieder weh tun, sonst ist sie keine. Wer ihr dient, findet nicht sich selbst, sondern im ungünstigsten Fall, der nicht länger der Verteidigungsfall sein muß, den Tod. Dieses factum brutum den Bürgern beizubiegen, sagt Herzog, sei seines Amtes: »Das Ende des Trittbrettfahrens ist erreicht ... Wenn wir nicht Objekt der weltpolitischen Entwicklung werden wollen, müssen wir als Subjekt der Weltinnenpolitik handeln.« Woraus folge, »daß das Scheckbuch nicht immer ausreicht, sondern daß möglicherweise auch einmal der Einsatz von Leib und Leben gefordert ist. Dazu gehört es aber auch, daß es in Fragen von nationaler Bedeutung kein parteipolitisches Klein-Klein geben darf und daß darüber nicht nach Kassenlage, nach dem politischen Meinungsbarometer, auf Parteitagen oder durch Gerichte entschieden werden kann.« Wahrer und klarer als der ehemalige Präsident des Verfassungsgerichts hätte es auch ein Wilhelm III nicht formulieren können.

Zu den Obliegenheiten eines Bundespräsidenten zählt Herzog »das theoretische und moralische Begleiten der Politik«. Ein Deutschland, das, sich erneut zum Subjekt der Weltpolitik aufschwingt, weckt ungute Erinnerungen und braucht deshalb auch historische Begleitung. Keiner wäre für dieses Amt besser geeignet als der »Hobby-Historiker« Herzog. Seine Darstellung des Nationalsozialismus im *Evangelischen Staatslexikon* verdeutlicht schon 1966 die wichtigste Eigenschaft der Vergangenheit: daß sie vergangen ist und die meisten Deutschen schuldlos zurückläßt. Als 1978 der Ministerpräsident Filbinger wegen seiner Mitwirkung an Todesurteilen der Nazijustiz zurücktreten mußte, sprang sein Kultusminister Herzog ihm mit einem Zeitungsartikel bei: »Wenn immer nur der eine die Vergangenheit des anderen >bewältigt(und wenn er ihm dabei nicht zu helfen, sondern nur ihn anzuprangern, ihn >fertigzumachen(versucht, wird die Vergangenheit zwar immer wieder aufgerollt, aber sie wird nicht einmal im Ansatz bewältigt ... Bewältigung unserer Vergangenheit, wie ich sie verstehe und wie ich sie vor allem für notwendig halte, muß etwas ganz anderes sein: die gemeinsame Anstrengung, aus der Geschichte zu lernen und ihre Wiederholung - in welcher Form auch immer - unmöglich zu machen. Dazu bedarf es größerer und ernsthafterer Anstrengungen als der Enthüllung individueller Schuld.« Die »Geschichte des Nationalsozialismus und des dt. Volkes mit ihm« erfordert also - um einen heutigen Ausdruck zu verwenden - nicht juristische, sondern politische Aufarbeitung. Diese aber ist seit 1949 in der alten Bundesrepublik und seit 1989 in ganz Deutschland vollständig und vorbildlich gelungen.

Der Chefredakteur der »Woche«, Bissinger (»Herr Bundespräsident, Sie sind unter dem Motto)Klarheit und Wahrheit< angetreten«), fragte Herzog im September 1994, wie er das bevorstehende große Gedächtnis- und Bewältigungsjahr zu bewältigen gedenke: »Mit Wahrheit und Klarheit, mit schonungsloser Wahrheit und mit klaren Worten.« Trotzdem fürchtete Peter Glotz, Herzog werde, obwohl er »an der entscheidenden Front, bei der Ablehnung des Geschichtsrevisionismus«, bisher stets »die richtigen Auffassungen« vertreten habe, »vielleicht das Jahr 1945 nicht als das Jahr der Befreiung bezeichnen«. Nun könnte man sich vielleicht darauf einigen, der 8. Mai 1945 sei für alle damaligen und heutigen Nazis der Tag der Niederlage und für alle anderen - zumal außerhalb Deutschlands - der Tag der Befreiung, und jeder, der die deutsche Kapitulation durchaus als seine Niederlage empfinden wolle, müsse sich halt das entsprechende Parteiabzeichen ans Revers heften lassen. Damit jedoch widerspräche man den Erfahrungen eines Alfred Dregger, der den zweiten Weltkrieg zwar verloren haben, aber trotzdem kein Nazi sein will. »Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung«, hatte Weizsäcker 1985 gesagt. Zehn Jahre später hielt Herzog die Frage, ob Niederlage oder Befreiung, für »schon deshalb nicht sehr fruchtbar, weil sie den verschiedenen Erfahrungen verschiedener Menschen nicht ausreichend Raum gibt«, und

formulierte einen Kompromiß. Der 8. Mai 1945 solle fürderhin gewürdigt werden als ein Tag, »an dem ein Tor in die Zukunft aufgestoßen wurde. Nach ungeheuren Opfern und unter ungeheuren Opfern, aber doch ein Tor in die Zukunft. Die dieses Tor - in allen Völkern - aufgestoßen haben und von deren Opfern, deren Mühen und deren Weisheit wir heute profitieren, sind zum Teil längst dahingegangen, zum Teil leben sie als alte Leute unter uns. Ich will sie nicht noch einmal alle aufzählen: die Überlebenden der KZs, die die Kraft zum Verzeihen gefunden haben, die Soldaten, die sich über die Gräber hinweg die Hände gereicht haben, und vor allem die Millionen, die in allen Ländern Europas schweigend und beharrlich an den Wiederaufbau gegangen sind und ihn geschafft haben ... Und ich meine wieder nicht nur die Deutschen.«

Wenn Herzog von denen spricht, die am 8. Mai 1945 KZs überlebt hatten, und von Soldaten, die einander die Hände reichten, dann meint er nicht etwa nicht die Deutschen, sondern er meint ausdrücklich »nicht nur die Deutschen«. Denn nicht nur haben die Deutschen am 8. Mai Tore aufgestoßen, nach und unter ungeheuren Opfern KZs überlebt und Hände gereicht, sondern »nicht nur die Deutschen« haben Tore aufgestoßen, KZs überlebt und Hände gereicht - woran deshalb besonders erinnert werden muß, weil man, wenn vom Toreaufstoßen, vom Überleben nach und unter vielen Opfern und vom Händereichen am 8. Mai die Rede ist, gemeinhin und »zumal in Deutschland« vor allem an die Deutschen denkt. Die sich aber, etwa an der Elbe, die Hände reichten, waren gar »nicht nur die Deutschen«, sondern alle Völker.

Dennoch gab es am 8. Mai einige, die niemandem die Hand reichen konnten, weil sie beide Hände heben mußten. Leider kommen sie in sämtlichen Reden des amtierenden Bundespräsidenten nur ein einziges Mal vor: »Nicht die Wehrmacht von 1933 bis 1945, wohl aber einzelne, ja viele Soldaten der Wehrmacht können durchaus traditionsbegründend sein«, sagte Herzog im November 1995 den versammelten Kommandeuren der Bundeswehr. Und er meinte ausdrücklich nicht die Männer des 20. Juli, auf die noch jeder Verteidigungsminister sich berufen hatte; denn viele, »ja viele Soldaten der Wehrmacht können durchaus traditionsbegründend sein, genauso wie Blücher und Yorck, Scharnhorst und Gneisenau und natürlich die Männer vom 20. Juli 1944«. Gäbe es in Deutschland eine kritische Presse und hörte sie dem Präsidenten zu, hätte er die vielen Hitlersoldaten, deren Tradition die Bundeswehr fortsetzt, inzwischen namhaft machen müssen.

Selbst wenn man Herzogs These zustimmt, am 8. Mai 1945 hätten alle Völker einander die Hände gereicht, »läßt sich die Feststellung nicht umgehen«, daß irgendwelche Politiksubjekte den zweiten Weltkrieg doch angefangen haben. Diese aber in Herzogs Reden auszumachen, braucht es einigen philologischen Spürsinn. »Mit Wahrheit und Klarheit, mit schonungsloser Wahrheit und mit klaren Worten« wies Herzog in seiner bereits zitierten Gedenkrede zum fünfzigsten Jahrestag des Kriegsendes die Geschichtslegende zurück, die Deutschen seien spätestens am 9. Mai 1945 aufrechte Demokraten gewesen: »Es soll niemand behaupten, daß die Deutschen im Frühjahr 1945 von einer Stunde zur anderen glühende Anhänger von Rechtsstaat und Demokratie geworden wären. Natürlich hatten viele überlebt, die diese Überzeugungen schon vor 1933 verfochten hatten, natürlich hatten sich viele andere unter dem Eindruck des NS-Regimes und seiner Taten stillschweigend dazu bekehrt. Ebenso ist es aber richtig, daß der Aufbau von Demokratie und Rechtsstaat ohne die starke Hand der Besatzungsmächte nicht so vor sich gegangen wäre, wie wir es erlebt haben. Doch das andere ist eben auch wahr: daß die Deutschen in dieser Frage bereitwillige Schüler wurden, daß sie den Geist der westlichen Demokratie, der Gewaltenbeschränkung und vor allem der Menschenrechte in sich aufnahmen, daß die allermeisten von ihnen treue und überzeugte Anhänger der Demokratie geworden sind.«

Hinter den vielen, die bereits vor 1933 Demokraten waren, den vielen anderen, die sich zwischen 1933 und 1945 bekehrten, und den allermeisten, die heute treue Anhänger sind, verbirgt sich der »unbefriedigende Rest« im Satz von der starken Hand. Zu der Erkenntnis aber, daß am Aufbau des Rechtsstaats die Alliierten nicht unbeteiligt waren, wurde Herzog erst in der jüngsten Vergangenheit bekehrt, vielleicht erst infolge der Rücksichten, die das höchste Staatsamt gebietet. Denn noch 1987, im selben Jahr, als er zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts gewählt wurde, schrieb Herzog in der dritten Auflage des *Evangelischen Staatslexikons* von der »Siegerjustiz« der Alliierten und davon, »daß die >Bewältigung der Vergangenheit(auch heute noch weithin unter dem Leitmotiv der Anprangerung, Abrechnung und Rache« stehe. 1966 hatten die Deutschen ihre demokratische Läuterung gerade nicht der Besatzungsmacht, sondern ausschließlich sich selbst verdankt: »Die Überwindung des Nationalsozialismus im dt. Volk ist nicht als Folge, sondern trotz der Entnazifizierung im engeren Sinne eingetreten: einmal durch den Anschauungsunterricht der Jahre 1933-45, zum anderen durch die großen Leistungen des demokratischen Staates in den Jahren seit 1949.« In der erfolgreichen Selbstentnazifizierung des »dt. Volkes«, resümierte Herzog 1987, liege auch »die eminente staatspolitische Bedeutung der vielgeschmähten >Wohlstandspolitik<. Aber wenn es nicht gelingt, den dadurch provozierten primitiven Materialismus aus dem Volk und vor allem aus den Vorstellungsbildern der Parteiführer (Gefälligkeitsdemokratie!) zu bannen, wird die größte Gefahr unverändert fortbestehen: daß das Volk beim Eintritt wirtschaftlicher Schwierigkeiten erneut dem Totalitarismus - möglicherweise östl. Prägung - zum Opfer fällt ... An jede politische Partei und an jeden einzelnen Politiker muß unentwegt die Anfrage gerichtet werden, ob sie in der Gefahr des Abgleitens zum Totalitarismus stehen. Gefährl. Ideologien müssen kompromißlos entlarvt und nötigenfalls radikal bekämpft (1966: radikal ausgemerzt) werden ... Ähnl. Anfragen sind ständig an jede Außenpolitik gegenüber schwächeren Völkern zu richten (Versailles!).« Das antiwestliche Ressentiment ist

in dieser Tirade kaum zu überhören. Ob Herzog aber 1966 oder 1987, als er das deutsche Schicksalswort »Versailles« mit dem bedeutungsschweren Ausrufezeichen versah, bereits an Jugoslawien dachte, bleibt ungewiß.

Zwar begründen »viele Soldaten der Wehrmacht« inzwischen wieder eine positive Tradition - und Herzog überläßt es stets seinen Zuhörern, ob sie unter »vielen Soldaten, vielen Deutschen, vielen anderen« eine große Mehrheit oder eine belanglose Minderheit verstehen wollen -, dennoch wäre es nicht opportun, ihre Untaten zu verschweigen oder gar zu leugnen. Herzog verurteilt sie, wenn es der Anlaß erfordert, in bewegenden Worten, ohne dabei aber auch nur ein einziges Mal von der »fürchterl. Rache der Kriegsgegner (schweigen zu können. Sein Wille, unermüdlich an des »dt. Volkes« Leid zu erinnern, verursacht manche Fehl- bzw. Meisterleistung: »Wir verwahren uns dagegen, daß irgend jemand unsere Trauer so auslegt, als wollten wir die Verbrechen, die Deutsche an den Menschen anderer Völker - aber auch an ihren eigenen Mitbürgern - begangen ha ben, gegen die eigenen Kriegs- und Vertreibungsopfer aufrechnen.« Keinem Berufsschlesier, nur dem Präsidenten Herzog fällt es ein, den Polen auch noch die von den Nazis ermordeten Deutschen in Rechnung zu stellen - denn ein Verbrechen ohne deutsche Opfer kann er sich einfach nicht vorstellen.

Mit exemplarischer Wahrheit und Klarheit demonstrierte Herzog die Methode seiner Geschichtsbewältigung am fünfzigsten Jahrestag des Warschauer Aufstands. Zunächst die übliche Präambel: »In aller Offenheit und ohne Vorurteile. Mit dem Mut zur vollen Wahrheit. Nichts hinzufügen, aber auch nichts weglassen, nichts verschweigen und nichts aufrechnen.« Dann: »Der 1. August ruft uns in Erinnerung, welch unermeßliches Leid von Deutschen über Polen gebracht wurde.« Aber: Der »Einzug von Krieg, Leid, Tod und Vertreibung auch in Deutschland«. Und: Das polnische Volk mußte »nach dem Warschauer Aufstand ... noch volle vier Jahrzehnte um seine Freiheit und Würde« kämpfen. Das macht: »Wir trauern um die Toten des Warschauer Aufstands und um alle Menschen, die durch den Zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren.« Und: »Im Bewußtsein, der Vergebung bedürftig zu sein«, sind wir »zur Vergebung bereit.« Als ehemaliger Vorsitzender des »Evangelischen Arbeitskreises« der CDU weiß Herzog genau, wie man moralisches Oberwasser gewinnt.

Keiner, der selbst kein Nazi war, entwickelte je auf der Suche nach Entschuldigungsgründen für die Nazis eine solch abseitige Phantasie, wie Herzog sie von 1966 bis, 1987 im *Evangelischen Staatslexikon* bewies. Es scheint ihm, da die Entnazifizierung des »dt. Volkes« in seinem Sinne überzeugend gelungen ist, nunmehr um die Entnazifizierung der deutschen Geschichte zu gehen. Dabei hat es wirkliche Nazis kaum gegeben, Herzog jedenfalls kennt nur einen einzigen, und der ist halb so schlimm: »Die Firma, in der mein Vater beschäftigt war, gehörte einer Familie, deren geschäftsführendes Mitglied Blutordensträger war. Der war also ein entschlossener Nationalsozialist. Allerdings nicht böswillig, das muß man auch sagen ... Ich habe zum Beispiel noch als Kind in der Volksschule (also ab 1940, J.R.) gelernt - und zwar von ganz vernünftigen Lehrern, das waren keine Nazis -, daß die Franzosen unsere Erbfeinde seien.«

In seiner Rede zum 125. Geburtstag des Auswärtigen Amts mochte Herzog sich mit dessen Geschichte, in der u.a. 1 Kolonialismus, 1 Holocaust und 2 Weltkriege zu Buche stehen, verständlicherweise nur ungern beschäftigen. »Zwei Punkte will ich aber doch ansprechen. « Zweitens den erfreulichen Umstand, daß heute alles prima ist, erstens aber »die Zeit des Nationalsozialismus, in der es, wie bei vielen anderen Behörden, fast zu einer vollständigen Entmündigung auch des Auswärtigen Amtes kam und in der - fast möchte man sagen: natürlich - auch viele Angehörige des Auswärtigen Amtes ihre Prüfung nicht bestanden haben«. Denn was wäre das für eine Prüfung, wenn jeder sie bestände? »Nicht alle Deutschen und auch nicht alle Angehörigen des Auswärtigen Amtes waren so weitsichtig und so mutig wie etwa unser Botschafter in Washington«, der im März 1933 von seinem Posten zurücktrat. »Aber das ist doch auch richtig: Auch viele andere Angehörige des Amtes haben sich die Unabhängigkeit ihres Denkens bewahrt. Einige - und das waren nicht die Schlechtesten - schlossen sich dem Widerstand an und gaben ihr Leben hin.« Damit war der historische Rückblick beendet. Vielleicht wird Herzog demnächst im neuen Berliner Außenministerium eine Gedenktafel für Ribbentrop enthüllen, der von der »Siegerjustiz« nur deshalb hingerichtet wurde, weil er nach seiner Entmündigung die Prüfung nicht bestanden hatte und nicht so weitsichtig und so mutig gewesen war wie viele andere. Aber das ist doch auch richtig: Dieser Präsident bildet das allergeringste Hindernis auf dem Weg zum kalten Büfett.

Herzogs akademischem Lehrer, dem Staatsrechtler Theodor Maunz, kam es in seinen *Grundlagen des Verwaltungsrechts* 1934 »weniger darauf an, unangreifbare Ergebnisse zu liefern, als im Ringen um die Neugestaltung Waffen zu liefern«, und so lieferte er dem Führer die juristische Rechtfertigung der »Schutzhaft« und des Verbots für Juden, öffentliche Einrichtungen wie Parkbänke und Badeanstalten zu benutzen. Nach dem Ende seiner politischen Karriere in mehreren bayerischen Kabinetten beriet er jahrelang den DVU-Vorsitzenden Frey. Doch auch Maunz bleibt für Herzog über jeden Zweifel erhaben: »Maunz war kein Nazi, das hat auch sein Sohn immer wieder gesagt, er hat seine Kompromisse geschlossen im Dritten Reich, aber er war viel zu katholisch, um Hitler-Nazi zu sein.«

Nun wissen wir aber, daß Hitler selbst katholisch war, und der Historiker Hans Mommsen belehrt uns neuerdings, Hitler habe nicht aus freiem Willen gehandelt, sondern unter dem »Zugzwang« seiner eigenen antisemitischen Rhetorik. Müßte man deshalb nicht nach fünfzig Jahren endlich die Frage stellen: War Hitler ein Nazi? Und wenn ja, war er auch ein »Hitler-Nazi«? Wird man nicht auch ihm »den guten Glauben unterstellen dürfen, daß >schon nicht so heiß gegessen wie

gekocht werden würde(«? Konnte nicht auch er »leicht die Hoffnung schöpfen, es werde auch diesmal bei den rabiaten Reden bleiben«? Und bestanden nicht seine eigenen Reden zum überwiegenden Teil aus »vor-nationalsozialistischer Phraseologie«? »Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig, per Blutbad, und dann Krieg nach außen. Dann kommt der Kampf der Germanen gegen Russo-Gallien um ihre Existenz« - das hatte schließlich schon Wilhelm II. gesagt. Und daß die »Rasseneigenschaften des jüdischen Volkes sich mit den Rasseneigenschaften der Germanen für die Dauer nicht vertragen«, stand schon im Reichstagsprotokoll von 1895. Die historische Wissenschaft gewährt Hitler inzwischen die »Rechtswohltat« des Zugzwangs. »Trotz allem wird freilich, wie fast überall beim Problem des Nationalsozialismus, ein unbefriedigender Rest bleiben.«

Seite 17

Roman Herzog

Dokumentation

Aus dem Artikel »Nationalsozialismus«. In Siegfried Grundmann, Roman Herzog u.a. (Hg.): »Evangelisches Staatslexikon«. Stuttgart 1966

Im Vorwort zur zweiten Auflage von 1975 heißt es: »Jeder einzelne Artikel ist daraufhin geprüft worden, ob er unverändert oder mit leichten Ergänzungen übernommen werden konnte, oder ob er neugeschrieben werden mußte.« Umso erstaunlicher, daß Herzog seinen Artikel nahezu unverändert noch in die dritte Auflage von 1987 übernahm. Die wenigen Korrekturen, die er für nötig hielt, sind in den Anmerkungen wiedergegeben.

Es bedarf keiner bes. Begründung, daß der Nationalsozialismus, seine Entstehung und Machtergreifung, seine Taten und der Anteil jedes einzelnen an ihnen nach einer Auseinandersetzung verlangen, der das dt. Volk, ja die gesamte Menschheit, nicht ausweichen darf. Allerdings will es scheinen, als ob die Öffentlichkeit *- und zwar gerade auch jener Teil, der immer wieder lautstark eine »Bewältigung der Vergangenheit« fordert - sich diese Aufgabe viel zu einfach macht. Einmal wird in der* öffentl. *Auseinandersetzung zu sehr mit den Mitteln der primitiven* Schwarz-Weiß-Malerei gearbeitet (jeder PG ein Mit-Mörder von Millionen Menschen, jeder Nicht-PG ein aufrechter Widerstandskämpfer usw.), während die Geschichte des Nationalsozialismus und des dt. Volkes mit ihm in Wirklichkeit ein sehr komplexer Vorgang mit einem unentwirrbaren Geflecht von naiver Rechtschaffenheit und mißbrauchter Ahnungslosigkeit, widerl. Überheblichkeit und diabolischer Gemeinheit ist. Zum andern steht die »Bewältigung der Vergangenheit« heute noch** weithin unter dem Leitmotiv der Anprangerung, Abrechnung und Rache. Selbstverständl. darf keiner der wirkt. Verbrecher seiner Strafe entgehen. Aber man darf darüber andere, vielleicht noch wichtigere Aspekte des Problems nicht übersehen. Insbes. ist zu berücksichtigen, daß ein großer Teil des heute lebenden Volkes beim Ende der NS-Herrschaft noch im Kindesalter stand* * * und daher unter keinem denkbaren Gesichtspunkt eine Vergangenheit in dem heute übl. Sinne zu »bewältigen« hat...*

** das Wort fehlt in der 3. Auflage*

*** 2. und 3. Auflage: »auch heute noch« - also noch 1987!*

** * * 3. Auflage: »der größte Teil noch nicht geboren war oder zumindest im Kindesalter stand«*

*

Auch bei einer unbefangenen und das heute weithin übt. Klischeedenken meidenden Art der Betrachtung läßt sich die Feststellung nicht umgehen, daß offensichl. bedeutende Teile des dt. Volkes die Gefahr einer Realisierung der nationalsozialistischen A ndrohungen sehenden Auges in Kauf genommen haben, sei es in der vagen Hoffnung, daß sie »schon nicht so ernst gemeint« seien, sei es in der Überbetonung eigenen Unglücks, die sie für die Belange der Bedrohten und für die Rechtsidee unempfindl. machte - sei es schließt. auch in ursprüngl. oder unter dem Einfluß der Propaganda zustandegekommener Übereinstimmung mit den proklamierten Zielen ... Bei jenen Wählern der NSDAP, die das Programm und die Drohungen ihrer Führer in Umrissen kannten, wird man weithin den guten Glauben unterstellen dürfen, daß »schon nicht so heiß gegessen wie gekocht werden würde«. Man darf nicht übersehen, daß gerade die antisemitischen Thesen der »Partei« seit Jahrzehnten gebräuchl., aber bisher noch nie in das Stadium der Verwirklichung getreten waren. Gerade der gutgläubige, zum Wunschdenken neigende Mensch konnte daraus leicht die Hoffnung schöpfen, es werde auch diesmal bei den rabiaten Reden bleiben. Dem kamen teilweise recht maßvolle Erklärungen aus der NSDAP entgegen, von

denen sich heute kaum mehr feststellen laßt, ob sie zielbewußte Lügen waren oder dem ehrl Willen gemäßigterer Personen entsprachen...*

** 3. Auflage: NS-Führer*

*

Die strafrechtl. Aufarbeitung der unter dem Nationalsozialismus begangenen Verbrechen leidet bis zum heutigen Tage an der Instinktiosigkeit und Inkonsequenz, die nach 1945 von alliierten und dt. Stellen in dieser Frage an den Tag gelegt wurden. Gerade das dt. Volk, dessen Ansehen durch die entsetzt. Untaten beschmutzt worden war und das in den Bombennächten und bei der Austreibung die fürchterl. Rache der Kriegsgegner zu erdulden hatte, hatte in seiner Mehrheit wohl das größte Interesse an einer Aburteilung der wirkt. Verbrecher gehabt. Statt dessen wurde das Dogma von der Kollektivschuld verkündet, eine Siegerjustiz etabliert, in deren Mühlen auch Unschuldige gerieten, und schließt. in einer unsinnig gehandhabten Entnazifizierung eine »Bewältigung« versucht, der fast jedermann unterworfen wurde und der es zu verdanken war, da gerade der urprüngl. irregeführte, aber längst in »innere Emigration« gegangene Bürger mit jenen auf eine Bank gesetzt und solidarisch »gemacht«** wurde, die er jahrelang gefürchtet, verabscheut, ja gehaßt hatte. Es ist unzweifelhaft, daß viele Verbrecher nur in dieser Atmosphäre untertauchen konnten.*

** das Wort fehlt in der 3. Auflage*

*** »undsolidarisch >gemacht<« fehlt in der 3. Auftage*

*

Im übrigen sollte kein Zweifel darüber gelassen werden, daß etwa auch polnische oder russische KZ-Schergen in Deutschl. schonungslos abgeurteilt werden müssen, sobald man ihrer habhaft wird; durch die Aburteilung der dt. Verbrecher muß sich das dt. Volk gerade diesen selbstverständl. Anspruch moralisch offenhalten«... In der Tat handelt es sich bei den Verbrechen gegen die Menschlichkeit um etwas grundlegend anderes als bei vereinzelten Gewaltverbrechen im Rahmen einer intakten Rechtsordnung. Aber diese Erkenntnis darf nicht verhindern, daß die Verbrecher wenigstens nach diesen Vorschriften ihrer Strafe zugeführt werden (wobei allerdings zu sagen ist, daß die Rechtswohltat des Befehlsnotstandes ernstgenommen werden muß)***...*

** das Wort fehlt in der 3. Auflage*

*** »durch ... offenhalten« fehlt in der 3. Auflage*

**** »(wobei ... muß)« fehlt in der 2. und 3. Auflage*

*

Das dt. Volk, das wie kein anderes in solche Verbrechen verstrickt ist und unter ihnen auch unsagbar gelitten hat, ist wie kein zweites dazu berufen, hier der übrigen Menschheit mit einem entschlossenen gesetzgeberischen und judikativen Beispiel vorauszugehen und den Boden für einen überzeugenden völkerrechtl. Schutz der primitivsten Menschenrechte vorzubereiten.*

** 3. Auflage. »durchaus« statt »wie kein zweites«*

*

Daß gleichwohl die Bewertung des einzelnen und seines Verhaltens im »Dritten Reich« in vielen Fallen unumgängl. ist, liegt auf der Hand. Sie wird aber sehr oft bruchstückhaft bleiben müssen, weil eine letzte Erforschung der Motive praktisch unmögl. ist. Bei der Würdigung der äußeren Umstände (vor allem von Äußerungen, Veröffentlichungen usw.) muß bes. in Betracht gezogen werden, daß es neben fast unangefochtenen auch ausgesprochen »gefahrengeneigte« Gruppen gab, die sich ohne eine beträchtl. Gefährdung ihrer Existenz dem Anspruch des Regimes kaum entziehen konnten (Pädagogen, Juristen usw.),daß zahlreiche, heute kaum mehr verständl. Äußerungen im Schrifttum einer zwar nationalistischen, aber durchaus vor-nationalsoziatistischen Phraseologie entstammten, daß.es bei vergleichsweise unwichtigen Fragen zweckmäßig sein konnte, »dick aufzutragen«, um eine Unnachgiebigkeit in wesentl. Punkten erträglicher erscheinen zu lassen; daß unverantwortl. Handeln in den ersten Jahren des »Dritten Reiches« durch eine klare Abwendung in späterer

Zeit überholt sein kann. Trotz allem wird freilich, wie fast überall beim Problem des Nationalsozialismus, ein unbefriedigender Rest bleiben ...

Konkret 02/97, S. 18

Otto Köhler

Im Kriegszustand

Die deutsch-tschechische Aussöhnungs-Erklärung ist in Wahrheit eine tschechische Verzichtserklärung

Am letzten »Tag der Heimat« im September 1996 geschah 'es Roman Herzog, daß er von einem Zwischenrufer als »Vaterlandsverräter« attackiert wurde. Doch der Schreier entschuldigte sich später beim Bundespräsidenten. Warum? Hat der Mann eingesehen, daß er seinem höchsten Repräsentanten Unrecht tat? Aber wie sah denn die allgemein als »klare Absage« an Gebietsansprüche empfundene Rede des erfahrenen Juristen aus der Schule von Theodor Maunz tatsächlich aus? Herzog hielt sich an zur Zeit noch geltendes Recht und formulierte in diesem Sinne seine Absage an deutsche Gebietsforderungen sehr genau. Diese Gebiete, sagte er, seien »heute völkerrechtlich unbestritten« polnisches bzw. russisches Staatsgebiet.

Heute. Völkerrechtlich. Diese Gebiete - sie wurden von den Todesschwadronen des Deutschen Ordens mit deutschem Blut erobert, viele der Ureinwohner, der Pruzzen, ausgerottet - »gehören«, sagte der Bundespräsident, »zu unserem geschichtlichen und kulturellen Erbe, aber nicht mehr zu unserem Staat«. Er rekapitulierte: »Das wiedervereinigte Deutschland erhebt keine Gebietsansprüche.« Und präzisierte: »Die Verschiebung der Grenzen ist auch gar nicht das Thema unserer Zeit.«

Nicht unserer Zeit. Was also soll geschehen, bis - vielleicht schon morgen - eine Zeit kommt, in der die Verschiebung der Grenzen wieder Thema sein wird? Herzog: »Wir haben die Chance, bestehende Grenzen niedriger und durchlässiger zu machen als Generationen vor uns.« So sprach der Bundespräsident und verlangte: »Darauf müssen wir unsere Kraft konzentrieren.«

Die Grenzen durchlässiger machen, das bedeutet zuallererst, der D-Mark freien Lauf zu lassen. Niemand weiß, wieviel polnisches Land und wieviel russisches Land in der Region Kaliningrad mit Hilfe von Strohmänner schon in deutsche Hand gelangt ist - gewiß ist nur, es wird täglich mehr. Und was für die Mark gilt, gilt erst recht für die Nachfolger der Hitler-Wehrmacht. So wie sie längst schon wieder durch Paris paradieren, dringen Bundeswehrsoldaten zu gemeinsamen Manövern mit der polnischen Armee über die durchlässigen polnischen Grenzen. Und deutsche Neonazis, die in polnischen Sportstadien nach einem neuen Auschwitz schreien, folgen ihnen auf den Fuß.

Herzog allerdings sprach nur von den polnischen und russischen Westgebieten, also dem, was er Hinterpommern, Ostpreußen und Oberschlesien nannte. Vom sogenannten Sudetengebiet der Tschechischen Republik sprach er ausdrücklich nicht, als er von den heutzutage völkerrechtlich unbestrittenen Grenzen sprach. Und das, obwohl seine Partei vom Streit der ehemaligen Sudetendeutschen um ihr »Recht auf Heimat« geschüttelt wird.

Der erfahrene Jurist sagte nur dies: »Mit Recht hat der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel festgestellt, die Vertreibung der Deutschen sei keine Strafe gewesen, sondern Rache. Vor allem aber war sie ein Instrument der sowjetischen Expansionspolitik, die Völker und Staaten auf der Landkarte hin- und herschob, um in der Mitte Europas die Herrschaft des Sowjetregimes zu etablieren. « Kann aber eine Grenze, die Instrument einer sowjetischen Expansionspolitik war, nach dem Endsieg über die Sowjetunion weiterbestehen? Das ist die unausgesprochene Frage, die hinter Herzogs Worten steht und ihre klare Antwort schon in sich schließt.

In dieser von Herzog gezeichneten Lage drang die deutsch-tschechische Erklärung Ende 1996 an die Öffentlichkeit, in der zwar von einer »Verantwortung Deutschlands« die Rede ist, die dann aber doch von einer abstrakten »historischen Entwicklung« spricht, »die zum Münchner Abkommen von 1938, der Flucht und Vertreibung von Menschen aus dem tschechoslowakischen Grenzgebiet sowie zur Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakischen Republik geführt hat«.

Zwar »bedauert« die »deutsche Seite« das »Leid und das Unrecht, das dem tschechischen Volk durch die nationalsozialistischen Verbrechen von Deutschen angetan wurde«. Doch völlig gleichberechtigt hat auch die tschechische Seite zu bedauern, »daß durch die nach dem Kriegsende erfolgte Vertreibung sowie zwangsweise Aussiedlung aus der damaligen« - ja, damaligen: die Nachkriegsordnung von 1919 und 1945 ist durch die Kriegsordnung von 1939 aufgehoben - »Tschechoslowakei unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde«.

Unschuldigen Menschen. Heim ins Reich, schrien die, als sie noch in der Tschechoslowakischen Republik lebten. Wer mit diesen Henlein-Deutschen nichts zu tun haben wollte, war spätestens geflohen, als die Wehrmacht einmarschierte. Die anderen haben ihr Los von 1945 selbst gewählt. Sie haben mit ihrem Jubel für Hitler auch noch den kleinen Teil der Wehrmachtsgeneralität übermütig gemacht, der bis zum Sieg über die »Tschechei« noch widerständige Überlegungen pflegte. Jetzt waren sie alle bereit zum bald auch totalen Krieg.

Die Sudetendeutschen, die während des Krieges weitgehend von Bombenangriffen verschont blieben, mußten erst nach dem Krieg zahlen, wofür die Heilschreier in Deutschland selbst schon in den Bombennächten des Krieges Anzahlung

geleistet hatten. Als sie 1945 endlich heim ins Reich durften, war ihnen das natürlich auch nicht recht. Obwohl sie dort mit offenen Armen aufgenommen wurden. Im bayerischen Freistaat hat man sie sogar als neuen Volksstamm anerkannt. Ganze Stadtteile wurden für sie gebaut - Neu-Gablonz etwa in Kaufbeuren. Sie leben schon lange im Wohlstand, ganz anders als ihre tschechischen Opfer, die sich jetzt vor ihnen verbeugen sollen.

Aber gut. Die deutsch-tschechische Erklärung glaubt daran: »Beide Seiten stimmen darin überein, daß das begangene Unrecht der Vergangenheit angehört, und werden daher die Beziehungen auf die Zukunft ausrichten.«

Auf die Zukunft ausrichten? Die Zukunft ist deutsch, da kann sich der Tscheche keine Illusionen mehr machen. Es war schon bezeichnend, wie der Text dieser tschechischen Kapitulationserklärung bekannt geworden ist. Durch eine Indiskretion, über die die »Süddeutsche Zeitung« berichtete: »Ministerpräsident Vaclav Klaus und sein Außenminister Josef Zieleniec beschränkten sich darauf, die Echtheit der Dokumente zu bestätigen. Präsident Vaclav Havel wurde der Text im Krankenhaus vorgetragen, sein nach wie vor ernster Krankheitszustand verbot ihm aber eine Stellungnahme.« Sie schwiegen dazu, daß den tschechischen NS-Opfern nach wie vor jede individuelle Entschädigung für die erlittene Zwangsarbeit vorenthalten wird. Die sogenannte überindividuelle Hilfe, eine Almosenzahlung, die seit Professor Mommsens VW-Bemühungen um sekundäre Korruptionserscheinungen Schule gemacht hat, soll sie abspeisen. Nur der Verband der tschechischen Widerstandskämpfer kritisierte: Die Mittel aus dem vorgesehenen »deutsch-tschechischen Zukunftsfonds« könne man den NS-Opfern zukommen lassen - oder auch nicht.

Trotzdem schlugen die sudetendeutschen Funktionäre, die ihre Ansprüche in der Erklärung nicht voll befriedigt sahen, Krach. Hinter den Kulissen mühte man sich, sie zu beruhigen. Franz Neubauer, der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft - als Präsident des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes nicht gerade ein Außenseiter unter den Extremisten die sich immer noch in diesem Verein zusammenschließen - , verriet im Gespräch mit der »Süddeutschen Zeitung«, daß er mit Kanzler Kohl ein Gespräch geführt habe, über das »Vertraulichkeit vereinbart« sei. In einem Interview mit dem »Neuen Deutschland« ließ Neubauer ein paar Tage später etwas mehr heraus. Befragt, ob die Sudetendeutschen »Entschädigungsansprüche gegen Tschechien« stellen wollten, antwortete er: »Die Bundesregierung hat diese Frage bisher offen gelassen. Auch jetzt wird kein Schlußstrich gesetzt. Wir sind der Meinung, daß die Bundesregierung auf privatrechtliche Ansprüche von Sudetendeutschen nicht verzichten kann. Das ist Sache des einzelnen.«

Die im vertraulichen Gespräch mit Kohl sicherlich befriedigend beraten wurde. Andererseits nimmt der Sudeten-Führer den gedemütigten Tschechen übel, daß sie noch nicht auf alles verzichtet haben. Neubauer auf die Frage nach Entschädigungszahlungen an tschechische Naziopfer verärgert: »Eine Abschlußquittung ist von tschechischer Seite her ja nicht erteilt worden. Sie hält sich ja die Möglichkeit für individuelle und kollektive Entschädigungsansprüche offen.«

Neubauers Kampfgenosse, der rechtsextremistische Klaus-Rainer-Röhl-Verleger und Zitelmann-Patron Herbert Fleissner, machte mit einem Leserbrief an die »Süddeutsche Zeitung« deutlich, daß für seinesgleichen die Erklärung nur ein Fetzen Papier sei: »Geschichtliche Erfahrungen und Tatsachen können aber nicht durch die Formulierungskunst von Diplomaten relativiert werden. Die Völker haben das bekannte lange Gedächtnis.« Er orientierte sich an Herzogs Sprachregelung vom »Tag der Heimat« und sprach von einem »bis in die Gegenwart fortwirkenden Unrechtstatbestand«.

Doch der wird grenzübergreifend überwunden. Gerade rechtzeitig erschien zum Jahresende eine Broschüre von Walter von Goldendach, Hans Rüdiger Minow und Martin Rudig, zum Teil unter Pseudonym schreibende Insider des Auswärtigen Amtes. Titel: Von *Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas* (Berlin, Verlag 8. Mai). Zwei der Autoren hatten sich schon in dem Buch *Deutschtum erwache!* eingehend mit der Untergrundtätigkeit des von Bonn geförderten Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA) beschäftigt.

Auch in der neuen Broschüre wird deutlich, wie in ganz Europa zahlreiche mehr oder weniger öffentliche Organisationen nach der Zerschlagung Jugoslawiens, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei im engen Einvernehmen mit der Bundesregierung und einzelnen Landesregierungen weiter daran arbeiten, Europa ethnisch zu zersplittern - mit einem wieder groß gewordenen Deutschland als starkem Magneten in der Mitte. 1977 etwa wurde unter starker Anteilnahme früherer NS-Funktionäre ein »Internationales Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus« (Intereg) gegründet, das offiziell als »privates internationales Instrument wissenschaftlich-politischen Charakters« fungiert, in Wirklichkeit aber mit einer Anschrift, die »vorläufig noch bei der Bayerischen Staatskanzlei« liegt, »praktisch vom Freistaat Bayern getragen« wird.

So heißt es im internen Schriftverkehr seiner Initiatoren. Zu ihnen gehört unter zahlreichen Altnationalsozialisten der einstige FDP-Abgeordnete Siegfried Zoglmann, hoher HJ-Funktionär, 1939 Abteilungsleiter beim Reichsprotektor für Böhmen und Mähren im frischeroberten Prag, später Mitbegründer der National-Liberalen Aktion, stellvertretender Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft und seit 1984 Träger des Bayerischen Verdienstordens. Oder der einschlägige Karl Raschhofer, der 1941 von Adolf Hitler zum Prager Professor berufen worden war - verdientermaßen.

Im Intereg gingen die Funktionäre des Sudetendeutschtums schon unmittelbar vor der Wende in Stellung; -1988 plante Intereg, »die Schaffung einer grenzüberschreitenden Region ... auf den Weg zu bringen, sobald sich Möglichkeiten dafür bieten würden«. Als sie sich bald darauf boten und die Grenzen völlig durchlässig wurden - viele tschechische Medien sind fest in deutscher Hand -, beschloß das Intereg 1991 auf einer Mitgliederversammlung die Übernahme eines Regionalgebiets der CSR. »Böhmen«, das »Gebiet Eger«, die »Regio Egrensis«, wie das aus der damals noch bestehenden Tschechoslowakei herauszubrechende Gebiet benannt wurde. Die Universität Bayreuth, die zu dieser Zeit den Nazi-Regisseur Arthur Maria Rabenalt (»... reitet für Deutschland«) zum Honorararprofessor machte, war - wie der Verein zur Förderung der Volksgruppen- und Minderheitenrechte hervorhob - mit dabei: »Auf deutscher Seite wurde die Universität Bayreuth eingeschaltet, die ein Gutachten zur Abgrenzung und zur Priorität der Aufgaben erstellt. Intereg hat einen organisatorischen Fahrplan ausgearbeitet, der beiden vorgesehenen Kontaktbüros in Marktredwitz und Eger zur Verfügung gestellt wurde. Die tschechische Seite hat den Plan voll übernommen.«

1993 machte das Intereg auf einem »Nationalitätenkongreß« in Budapest klar, wohin die Reise der Resttschechei - die Slowakei, der alte Kollaborationspartner Nazideutschlands, war seit Jahresbeginn bereits separiert - gehen soll. Jede Region, verlangte Intereg, soll über das Recht verfügen, »sich mit Nachbarregionen (auch grenzüberschreitend) zu autonomen Gemeinschaften zusammenzuschließen«. So kann man Nordschleswig aus Dänemark herausbrechen, das Elsaß aus Frankreich, Südtirol aus Italien, Schlesien aus Polen, Kaliningrad aus Rußland. Zuallerst aber geht es um »Böhmen«. »Im Mittelpunkt wird weiter die Euregio Egresni stehen ... «, heißt es in einem Intereg-Protokoll von 1992.

Widerstand wird von den tschechischen Kollaborateuren der Deutschen - vorläufig nur publizistisch - niedergemacht. Der Schriftsteller Ota Filip, der gern betont, seit 1981 deutsch zu schreiben, und dem deutschen PEN (West) angehört, klärte die Leser der »FAZ« in gesetzten Worten über die Prager Opposition auf: »Als ich in den vergangenen Wochen und noch am Tag der Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Erklärung das aggressive Gerede der tschechischen, marxistisch-faschistoid-sozialdemokratischen Front hörte und las, gewann ich den Eindruck, daß sich das Häuflein aus pensionierten tschechischen Kommunisten, Prager faschistoiden Republikanern und dem politisch rückständigsten Teil der tschechischen Sozialdemokratie unbedingt immer noch im Kriegszustand mit den Sudetendeutschen sehen will.«

»Wir Deutschen sind höchst interessiert, den Prozeß der Einigung Europas voranzutreiben«, sprach Helmut Kohl und meinte schon 1984, »jetzt sind wir die Nummer Eins in Europa«. Inzwischen sind wir es tatsächlich. Doch Europa wird es bald nicht mehr geben. An seine Stelle tritt ein in viele Regionen zersplitterter Kontinent, beherrscht vom Neuen Großen Deutschland: DEUropa.

Konkret 02/97, S. 20

Jürgen Elsässer

Die Schlappe von Dublin

Eine kleine Freude in großer Zeit: Auf dem EU-Gipfel von Dublin, der über die Einführung des Euro verhandelte, haben die Europa-Pläne der Deutschen einen empfindlichen Rückschlag erlitten

Wann hat die deutsche Politik nach ihrem Zweiten Weltkrieg je ein ähnliches Desaster erlebt? Vielleicht 1988, als die USA und die Sowjetunion die deutsche Forderung, die hierzulande stationierten Pershing-I-Raketen als »Drittstaatensystem« zu betrachten und also der Souveränität der BRD zu unterstellen, in seltener Einigkeit zurückwiesen? Oder 1954, als die französische Nationalversammlung die »Europäische Verteidigungsgemeinschaft« platzen ließ und das deutsche Militär auf eine inferiore Rolle im Rahmen der Nato verwies, gefährlich genug zwar, aber längst nicht so gefährlich wie das, was Franz Josef Strauß und seine Nazi-Generäle geplant hatten?

Das Desaster, das der Dubliner EU-Gipfel im Dezember 96 der deutschen Politik bereitet hat, besteht in der Bestätigung der Maastrichter Beschlüsse. Die vier Jahre währenden Versuche der Deutschen, die Europäische Union zu spalten und auf der Basis der neuen Euro-Währung ein von Deutschland beherrschtes Kerneuropa zu schaffen, sind fürs erste gestoppt.

Maastricht war als Tauschgeschäft zwischen Mitterrand und Kohl zustandegekommen: Paris wollte seinen Widerstand gegen die Wiedervereinigung aufgeben, wenn Deutschland im Gegenzug auf sein gefährlichstes Machtinstrument, die Deutschmark, verzichtete. Bonn beugte sich, doch kaum waren die Verträge geschlossen, begann die Bundesregierung, sie zu torpedieren.

Im »Ersten europäischen Geldkrieg« (»Süddeutsche Zeitung«) von 1993 zerstörten die Deutschen das Europäische Währungssystem (EWS), das seit Ende der siebziger Jahre die Wechselkurse stabilisiert hatte und darum eine ideale Vorstufe für das geplante Einheitsgeld gewesen wäre. Insbesondere Lira und Pfund wurden durch die deutsche Hochzinspolitik geschwächt und - trotz verbindlicher Abmachungen - nicht durch Stützungskäufe der Bundesbank aufgefangen.

1994 formulierten Wolfgang Schäuble und Karl Lamers, der Außenpolitiker der Unionsfraktion, zum monetären Rambo-Kurs das politische Konzept: Das künftige »Kerneuropa« solle nur einen Teil der EU umfassen, ohne so wichtige Länder wie Italien und Großbritannien. Die Finanzmärkte reagierten prompt und sorgten für weitere Abwertungen.

Im Herbst 1995 wiederholte Waigel seine Ansicht, daß Italien bei der gemeinsamen Währung nicht mit von der Partie sein werde. Die Commerzbank, die drittgrößte _deutsche Geschäftsbank, ließ wissen, daß sie sich eine Währungsunion auch ohne Frankreich vorstellen könne, und die Bundesbank agierte so, daß Ex-Kanzler Helmut Schmidt sie beschuldigte, der Euro-Währung »politisch und psychologisch den Boden zu entziehen«.

Durchsetzen wollte Waigel die Spaltung der EU und die Schaffung eines germanisierten Kerneuropa durch einen »Stabilitätspakt«. Der sah vor, daß die Staaten, die beim Euro-Europa dabeisein wollten, ihre Haushaltsautonomie praktisch an die Europäische Zentralbank abgeben, das heißt auf die ökonomische Substanz ihrer Staatlichkeit verzichten sollten. Vorbild war die Politik der BRD gegenüber der Noch-DDR 1990: Mit Einführung der gemeinsamen Währung machte das überlegene BRD-Kapital die Konkurrenz im Anschlußgebiet platt, während es der Regierung de Maiziere zugleich verboten war, ihre VEBs und LPGs durch Subventionen, Strukturhilfen oder Konjunkturprogramme zu verteidigen.

Ein ähnliches Verbot hätte den Regierungen der Euro-Zone gedroht, wenn der »Waigel-Pakt« (»Neue Zürcher Zeitung«) durchgekommen wäre: Hätten sie sich - zum Beispiel durch Förderprogramme für Branchen, die von deutschen Anbietern in den Ruin konkurriert worden wären : über die magische Marke von drei Prozent der Jahreswirtschaftsleistung (Bip) verschuldet, hätten sie automatisch eine Strafe von 0,25 Prozent des Bip pro angefangenem weiteren Prozent zu entrichten gehabt - mit nach oben offener Skala. Am Beispiel des Jahres 1995 gerechnet, hätte Frankreich 18 Milliarden Mark Strafe zahlen müssen - das war etwa der Betrag, der im selben Jahr in der französischen Sozialversicherung fehlte und ge: gen dessen Gegenfinanzierung aus den Pensionsfonds sechs Wochen lang gestreikt wurde.

Waigels Drohungen förderten separatistische Bestrebungen in den hoch verschuldeten Staaten Belgien und Italien. Während die flandrischen Nationalisten noch nicht über eine hegemoniefähige Partei verfügen, fühlte sich die Lega Nord im September 1996 bereits stark genug für eine erste Kraftprobe. Ein unabhängiger Staat Padania, so ihre Parole, wäre die mit der Alimentierung des Mezzogiorno entstandene Schuldenlast Italiens auf einen Schlag los und könnte die deutschen Euro-Kriterien spielend erfüllen.

Kein Wunder also, daß die traditionellen Nationalstaaten Europas den Stabilitätspakt als »hysterische Überreaktion der Deutschen« (der britische Finanzminister Clarke) ablehnten - natürlich in diplomatisch gemessener Form. Zunächst erhielt Waigels Kind einen anderen Namen: »Pakt für Stabilität *und Wachstum«.* Von Waigels mittelfristigem Verschuldungsziel von einem Prozent des Bip ist nun gar nicht mehr die Rede (es bleibt beim Maastricht-Kriterium von drei Prozent), statt

Waigels offener Strafskala wurde eine maximale Buße von 0, 5 Prozent des Bip festgelegt, und von Sanktionen völlig freigestellt ist ein Land schon dann, wenn es eine Rezession von 2 Prozent (Waigel: 3 Prozent) zu bekämpfen hat.

Da auch diese Bußen eine Volkswirtschaft noch empfindlich treffen würden, kam es nun darauf an, ob die Bestrafung der Budget-Sünder automatisch wirksam würde - aber diese »abstruse Idee« (Oskar Lafontaine) fiel durch. Ober Strafen entscheidet der Ministerrat der EU, und zwar nicht nur im Fall einer minderen Rezession (zwischen 0,75 und 2 Prozent des Bip), sondern selbst wenn eine noch geringere oder gar keine Rezession vorliegt. Die Mitgliedsstaaten sollen sich lediglich verpflichten, »in der Regel« die straffreie Ausnahme nur bei einem Konjunkturrückgang von mehr als 0,75 Prozent geltend zu machen. Zwischen die Feststellung der Defizit-Überschreitung und den Beschluß des Ministerrates wird eine Frist von zehn Monaten gelegt, in denen das betroffene Land nicht unbedingt schon wieder unter der Drei-Prozent-Marke sein, sondern lediglich erfolgreiche Bemühungen auf dem Weg dorthin zeigen muß. Die letzte Entscheidung für eine Bestrafung fällen schließlich die Euro-Staaten mit Zweidrittel-Mehrheit - ein Quorum, das die Deutschen erst mal zusammenkriegen müssen.

Last but not least: Die Europäische Zentralbank (EZB), von Deutschland als Gegengewicht zum Ministerrat gedacht, hat nach den Dubliner Beschlüssen bei Sanktionen nichts mitzureden. Nach französischen Wünschen soll ihre Autorität weiter geschmälert werden, indem ihr ein Stabilitätsrat zur Seite gestellt wird.

Die Schlappe von Dublin ist nicht die einzige, die das deutsche Finanzkapital im letzten Jahr einstecken mußte. Schon vorher fand Waigel keine Unterstützung für sein Vorhaben, den angestrebten Stabilitätspakt gar nicht mehr im Rahmen der EU, sondern nur noch von den Staaten der Euro-Zone verabschieden zu lassen. Noch wichtiger war die Wiederaufnahme Italiens in das Europäische Währungssystem (EWS), aus dem es 1993 auf deutschen Druck verschwunden war. Schließlich setzte Frankreich seinen Plan durch, das 97er-Budget mit einem kleinen Trick zu frisieren - Pensionsgelder der französischen Telecom wurden in den Staatshaushalt umgebucht und halfen dort die gröbsten Löcher stopfen. In allen diesen Fragen hat die überwiegende Mehrheit der EU-Staaten die politische Kompetenz ihrer Gremien gegen den deutschen Versuch verteidigt, die Geldmarktgesetze arithmetisch zu exekutieren.

Bleibt die Mehrheit von Dublin standhaft, könnte es so weitergehen:

· Der Euro startet pünktlich zum 1. Januar 1999 und wird nicht in den Staaten des fiktiven Kerneuropas eingeführt, sondern fast in der gesamten EU. Deutschland und seine monetaristischen Vasallen sind in der Minderheit.

· Die Mehrheiten im EU-Ministerrat erlauben den Euro-Staaten eine flexible Konjunkturpolitik.

· Deutschland verliert seine schärfste außenpolitische Waffe, die Deutschmark, was seine Rolle gegenüber Österreich, Ungarn, dem Baltikum sowie den jugoslawischen Nachfolgestaaten schwächt, deren Währungen bisher an die Deutschmark angekoppelt sind bzw. wo die Deutschmark die einheimische Währung teilweise substituiert hat.

Die deutsche Politik hat in Dublin erst eine Schlacht verloren, noch keinen Krieg. Bis zur endgültigen Fixierung der Euro-Teilnehmerländer und der jeweiligen Euro-Paritäten im Frühjahr 1998 wird sie gewiß noch manchen Gegenangriff versuchen. Sowohl Gerhard Schröder als auch Edmund Stoiber könnten versucht sein, die monetäre Neurose des deutschen Prämiensparers in politische Macht umzusetzen und das Bundesverfassungsgericht anzurufen, das im Oktober 1992 festgestellt hat, daß die BRD der Währungsunion nicht beitreten dürfe, wenn diese »die bei Eintritt vorhandene Stabilität nicht kontinuierlich im Sinne des vereinbarten Stabilitätsauftrages fortentwickeln« könne.

Richtig ist, daß die Einführung der Euro-Währung auf der Grundlage der Dubliner Beschlüsse in eine heftige Wirtschaftskrise führen wird, weil Kapital in großem Stil in härtere Währungen abfließen wird (teilweise hat der Prozeß schon begonnen, ein Grund für den kleinen Höhenflug des Dollar). Zu befürchten ist leider, daß die parlamentarische Linke diese Turbulenzen zum Anlaß nimmt, zusammen mit den Rechten auf Deutschmark-Chauvinismus zu machen, wie die gleichermaßen von Republikanern und PDS erhobene Forderung nach einem Volksentscheid zeigt, anstatt die Verlierer der neoliberalen Politik, das europäische Proletariat, statt gegen den Euro gegen das »Modell Tietmeyer« (Pierre Bourdieu) zu mobilisieren. Ein europäischer »welfare state« (ebenfalls Bourdieu) wäre auch damit nicht zu schaffen, vielleicht aber eine erste klassenmäßige Voraussetzung, den revolutionären Bruch neu zu denken.

Konkret 02/97, S. 22

Robert Kurz

Abschied von der Realität

Die wiederholte Heimsuchung der Kapitalismuskritik durch Milchmädchenrechnungen. Eine Entgegnung auf den Beitrag »Die neue Heimsuchung« von Thomas Ebermann und Rainer Trampert in KONKRET 1/97

Die historisch abgelebte Linke meldet sich zurück, aber nur um sich aus dieser Welt zu verabschieden. Sie hat sich endgültig dafür entschieden, die Realität von Krise, Kasinokapitalismus und Globalisierung nicht mehr zu analysieren, sondern ebenso schlicht wie beharrlich zu leugnen. Hatte der historische Arbeiterbewegungs-Marxismus wenigstens noch Strukturveränderungen und Entwicklungsstadien des Kapitalismus diskutiert, so haben sich die aussterbenden Reste dieses Stammes theoretisch auf die Sphäre der puren bürgerlichen Willensverhältnisse zurückentwickelt. Die Marxsche Akkumulations- und Krisentheorie ist nun gänzlich vom linksbürgerlichen politischen Aberglauben verschluckt worden. Der Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, die Dialektik überhaupt, erscheint als stillgestellt.

Am extremsten repräsentiert diese Haltung nach wie vor das Duo Ebermann/Trampert (E.T.). Auffällig ist, daß die beiden hartnäckig Argumentation durch Denunziation ersetzen. Ihr denunziatorisches Vorgehen ist allerdings derart, daß es nur auf ein Publikum mit dem Intelligenzgrad von Crash-Test-Dummies berechnet sein kann. Die gesamte seit zehn Jahren weltweit geführte Debatte über die Globalisierung und die Entkoppelung von Geld- und Realakkumulation löst sich dabei vollständig in die verschwörungstheoretische Wahnvorstellung auf, sie »solle« nur hinterlistig »dem nationalen Kapital neue Profitmöglichkeiten eröffnen«.

War ich vor knapp zwei Jahren in den Augen von E.T. noch ein Freund des »nationalen Kapitals«, weil ich die flächendeckende Investitionswelle des deutschen Imperialismus von Dresden bis Wladiwostok bezweifelte, so soll ich es nun umgekehrt um so mehr sein, weil ich abstreite, daß das BRD-Kapital mit seinen Investitionen schön bodenständig daheimbleibt. Als Krönung meines wilden »Nationalismus« trauere ich angeblich auch noch »echten deutschen Unternehmern« mit »qualitativen Zielbestimmungen« nach wie z.B. dem Erfinder-Kapitalisten Edison. Ja, das waren noch Zeiten, als Edison im Sold des deutschen Imperialismus stand! Natürlich verweist dieser ganze Unsinn nur darauf, daß E.T. Wahrnehmungsschwierigkeiten haben.

Die absurde Widersprüchlichkeit der sich gegenseitig ausschließenden Vorwürfe von E.T. rührt daher, daß sie heute so wenig wie damals die neue Qualität der Globalisierung begreifen. »Der Welthandel entwickelt sich seit Jahren dynamischer als die großen nationalen Volkswirtschaften. Die grenzüberschreitenden Investitionen nehmen noch stärker zu als der Welthandel« (»Handelsblatt«). Dahinter steht eine Erscheinung, die im VWL-Jargon »transnationale Wertschöpfungsketten« genannt wird. War bis zum 1. Weltkrieg der Warenexport durch den Kapitalexport erweitert worden, so tritt nun die betriebswirtschaftliche Globalisierung hinzu, d.h. die Unterscheidung von Weltmarkt und Binnenmarkt wird sukzessive hinfällig. An die Stelle national-imperialistischer Annexions-Strategien tritt die globale betriebswirtschaftliche Diversifikation. Das bedeutet, daß das BRD-Kapital weder die ehemaligen Ostblock-Länder altimperialistisch einkassiert noch mit seinen Investitionen daheimbleibt, sondern eben nach Kostengesichtspunkten transnationale betriebswirtschaftliche »Inseln« sucht (z.B. die arbeitsintensiven Teile der Produktion in Polen und die Betriebsabrechnung in Indien machen läßt). Daß diese betriebswirtschaftliche Globalisierung ungleichmäßig verläuft und sich auf die bereits industrialisierten Weltregionen konzentriert (also die Sachanlagen nicht gerade »nach Tibet verschoben« werden, wie E.T. altklug anmerken), ändert gar nichts an der Sache.

Umwerfend komisch ist es, wie E.T. ihren Abschied von der Realität ausgerechnet mit empirischem Zahlenmaterial und im Brustton von positivistischen Faktenhubern vortragen. Unter Berufung auf Jörg Huffschmid behaupten sie, daß die Außenverflechtung der OECD-Nationalökonomien heute mit etwa 15 Prozent auf dem Stand von 1913 wäre. Erstens bleibt diese Angabe wertlos, da E.T. nicht eindeutig ausweisen, ob sie sich auf die Verflechtung der OECD-Ökonomien untereinander, auf das Verhältnis zu den Ländern außerhalb der OECD oder auf den Durchschnitt der Außenverflechtung der einzelnen OECD-Länder bezieht. Zweitens sagt diese Quote nichts Entscheidendes aber die neue Qualität der betriebswirtschaftlichen Globalisierung (bei Siemens z.B. überstieg in den 90er Jahren die ausländische Beschäftigung erstmals die inländische). Drittens ist die Behauptung in Bezug auf Deutschland eindeutig falsch: Der Exportanteil am Sozialprodukt lag 1913 bei 17 Prozent, sank bis 1938 drastisch auf 5,2 Prozent (daher die Blüte eines autarkistischen National-Imperialismus in der Epoche von 1914-1945) und stieg in der BRD bis auf 29,1 Prozent im Jahr 1985. Und weil die Außenverflechtung eine wechselseitige ist, kann sich nicht die BRD isoliert in diese Richtung entwickelt haben. Wenn der Exportanteil der BRD seit 1991 wieder etwas gesunken ist, so vor allem durch die Einverleibung der DDR und das Wegbrechen von deren Exportmärkten im Osten. Das ist aber kein Argument gegen die Globalisierung, sondern eines für die Krise des warenproduzierenden Systems.

Genauso unseriös ist das sonstige angeblich neue Zahlenmaterial gegen die Globalisierung. Wenn E.T. etwa betonen, daß allein die USA 27 Prozent des Weltsozialprodukts herstellen und das für einen Beweis nationalökonomischer

Bodenständigkeit halten, dann ignorieren sie geflissentlich, daß ein erheblicher Teil dieses Sozialprodukts direkt und indirekt durch die Außenverschuldung der USA (mittlerweile die größte der Welt) gefüttert wird und insofern durchaus Bestandteil der Globalisierung ist. Offenbar haben sie immer noch nicht mitbekommen, daß überhaupt ein wesentliches Moment der Globalisierung darin besteht, daß sich transnationale Finanzmärkte herausgebildet haben, die den nationalen Notenbanken die Kontrolle über das Geld- und Kreditsystem entziehen. Diese Entwicklung fällt umso stärker ins Gewicht, als nicht bloß die USA, sondern die meisten Staaten dieser Welt ihre Verschuldung nicht mehr aus den Sparquoten des eigenen Landes bedienen können, sondern auf den Zufluß transnationalen Geldkapitals angewiesen sind.

Aber auch hinsichtlich der Warenproduktion verfälschen E.T. in grober Weise das Datenmaterial, um es für ihre ideologischen Präferenzen zurechtzubiegen. 1995 stiegen die Realinvestitionen des deutschen Kapitals im Ausland auf die Rekordhöhe von 48 Milliarden DM. E.T. versuchen diese Zahl damit herunterzuspielen, daß sie auf 751 Milliarden DM Anlageinvestitionen in der BRD während dieses Zeitraums verweisen. Sie verschweigen, daß darin nicht nur die Sachinvestitionen des Staates (1994: 88,67 Milliarden DM), sondern auch die aller nicht-kommerziellen Organisationen (vom Roten Kreuz bis zum Technischen Hilfswerk, privaten Stiftungen etc.) sowie der Wohnungsbau, der Verkehr usw. enthalten sind. Daß die Stadt München keine U-Bahn in Nizza baut, das leuchtet sicher ein. Das Dumme ist nur, daß der Großteil dieser Investitionen gesamtgesellschaftlich gar nicht in die Kapitalakkumulation eingeht, sondern in Form von Staatskonsum oder anderen Formen unproduktiver Verausgabung herausgerechnet werden muß. Ein signifikanter Wert, der einen seriösen Vergleich erlaubt, wären die Sachanlagen-Investitionen des produzierenden Gewerbes, die das Herzstück des Realkapitals darstellen. Diese sind innerhalb der BRD 1995 zum vierten Mal in Folge absolut zurückgegangen, und zwar von 169 Milliarden DM (1993) und 162,7 Milliarden DM (1994) auf 159 Milliarden DM (brutto). Dabei ist der Kapitalstock der BRD zum ersten Mal absolut gesunken (d.h. die Abschreibungen waren höher als die Neuinvestitionen). Demgegenüber nimmt sich die Rekordmarke von 48 Milliarden DM Auslands-Investitionen erheblich aus, zumal dieses Kapital vor allem vom produzierenden Gewerbe (Elektro-, Automobil- und Textilindustrie, Chemie etc.) investiert wurde.

Noch grotesker sind die Manipulationen von E.T., um die historisch beispiellose Aufblähung des »fiktiven Kapitals« wegzuzaubern. Als Beweis, daß die kasinokapitalistische Entkoppelung von Geld- und Realakkumulation gar nicht existiere, bieten sie z.B. folgendes an: 1995 gab es in der BRD 230 Milliarden DM Vermögenseinkommen und 743 Milliarden DM Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen insgesamt. Flugs ziehen sie das erste als »Couponschneiderei« (was offenbar das »fiktive Kapital« vorstellen soll) vom zweiten ab und kommen somit auf 513 Milliarden DM Gewinne »aus der Mehrwertproduktion«. Diese Rechnung ist so närrisch, daß man sich geniert, ernsthaft darauf einzugehen. Weder stellen Vermögenseinkommen per se Einkommen aus »fiktivem Kapital« dar noch stammen umgekehrt Unternehmensgewinne per se »aus der Mehrwertproduktion«. Über die »Couponschneiderei« hat sich der gute alte Engels als arbeits- und funktionsloses Einkommen erregt, aber mit Spekulationsgewinnen hat das gar nichts zu tun; vielmehr handelt es sich gerade um den Teil des Vermögenseinkommens, der in Form von Dividenden normalerweise »aus der Mehrwertproduktion« resultiert.

Auf diese »reellen« Gewinnanteile pfeift jedoch mittlerweile das Konzept des »Shareholder value«. Vielmehr soll (notfalls durch Substanzverschleuderung) für die »Shareholder« (Aktienbesitzer) auf Biegen und Brechen der »value« (Wert der Aktien als Eigentumstitel) spekulativ gesteigert werden. Und da diese Bewegung des »fiktiven Kapitals« schon seit einem Jahrzehnt anhält, ist laut New Yorker Finanzanalysten z.B. der US-Aktienmarkt so überteuert wie noch niemals zuvor seit seiner Gründung im Jahr 1800 (»Wirtschaftswoche« 52/96). Weltweit sind die Aktienindizes seit den 80er Jahren im Vergleich zur Realakkumulation um einen vielfachen Prozentsatz gestiegen, der deutsche Dax allein 1996 mit 28 Prozent um mehr als das Zwanzigfache der Steigerungsrate des Sozialprodukts. Und weil das so ist, mischt auch das Management von Siemens usw. bei diesem Kasinokapitalismus kräftig mit, was wiederum bedeutet, daß die Unternehmensgewinne selber zu großen Teilen gar nicht mehr »aus der Mehrwertproduktion«, sondern aus rein spekulativen Finanzmarktgeschäften stammen. E.T. haben in dieser Frage alles durcheinandergebracht, was man überhaupt durcheinanderbringen kann.

Und was ist nun die Konsequenz der Analyse? Die schon seit Jahren betriebene Denunziation anderer als »verkappte Nationalisten« ist eine Vorwärtsverteidigung von E.T. in eigener Sache. Sie selber sind nämlich stur auf das nationalökonomische Bezugssystem fixiert und bescheinigen deshalb dem »deutschen Kapitalismus« eine wunderbare nationale Realakkumulation, die »an der hohen Kapitalintensität und der entsprechenden Produktivität, also an der gewaltigen Ausbeutungsrate« in der »deutschen Mehrwertproduktion« (!) liege. Dieser Begriff könnte von Hoffmann von Fallersleben stammen (»deutscher Wein und deutsches Geld«). Offenbar haben E.T. bei der »Kapitalschulung« ziemlich oft geschlafen, sonst wüßten sie, daß es einen »deutschen Mehrwert« ebensowenig gibt wie einen »Mehrwert von Siemens«. E.T. fallen auf den verkürzten Begriff der »Wertschöpfung« in der bürgerlichen VWL herein. Die Marxschen Begriffe beziehen sich dagegen auf das »Kapital im allgemeinen«, also auf die abstrakte Logik des Verwertungsprozesses, die noch nicht die Vermittlungsebenen von (Welt-)Markt und Staat enthält (das geplante Buch darüber konnte Marx nicht mehr schreiben). Der Mehrwert ist eine gesamtkapitalistische Kategorie. Das einzelne Unternehmen und die einzelne Nationalökonomie realisieren nicht den Mehrwert, den unmittelbar »ihre« Lohnarbeiter produzieren, sondern denjenigen

Anteil am gesamtkapitalistischen Mehrwert, den sie auf dem Markt qua Konkurrenzfähigkeit mitnehmen können. Das Mittel dafür, die steigende Kapitalintensität, ist wiederum der tiefste Grund für die Krise der gesamtkapitalistischen Reproduktion, weil auf diese Weise lebendige Arbeit (die Substanz des Werts) auf historisch wachsender Stufenleiter durch totes Sachkapital ersetzt wird. Früher einmal nannte man das den inneren dialektischen Selbstwiderspruch des Kapitals.

Die implizite Logik der Theorie von E.T. wäre also bestenfalls, daß die noch in Lohn und Brot befindlichen »deutschen Arbeiter« einen größeren Anteil an der Weltmarkt-Beute »ihres« Kapitals einklagen sollen. Das war im übrigen immer schon der Kern der alten nationalökonomischen Verteilungskämpfe in den Metropolen, mit den bekannten Konsequenzen. Und das ist es auch, worauf die neuerdings bemühten linksakademischen Gewährsleute von E.T. (Memorandum-Gruppe, WSI-Institut etc.) mit ihren kontrafaktischen Verzweiflungsbehauptungen hinauswollen. In der Krise des warenproduzierenden Systems rücken der alte Linksradikalismus und der alte Linksreformismus zusammen, weil sie Ober die fetischistischen Kategorien nicht hinausdenken können und sich einreden wollen, das nationalökonomische Bezugssystem könne und »dürfe« einfach nicht wegbrechen. Das ist nicht Marx, sondern Keynes. Und in der Tat reduziert sich auch die Reichweite der Kapitalismuskritik von E.T. inzwischen darauf, daß sie dem BRD-Regime vorwerfen, es wolle ohne Not »den Keynesianismus ein für allemal beerdigen«. Ihre ganze Argumentation ist bloß eine Begleitmusik zum (übrigens auch in Frankreich) sozialnationalistischen Todeskampf des reformistischen Linkskeynesianismus.

Um diesen Zusammenhang zu vertuschen, müssen E.T. mir und anderen zum wiederholten Mal vorwerfen, die Analyse von Kasinokapitalismus und Globalisierung liefe auf die Favorisierung eines »schaffenden« Kapitals und auf einen sozialen Quietismus hinaus. Das genaue Gegenteil ist wahr. Es sind gerade die Keynesianer bis tief in die Gewerkschaften hinein, die in der Krise mit zusammengekniffenen Hinterbacken (aber mit verdächtig wenig Berührungsängsten gegenüber der einschlägigen rechtspopulistischen Demagogie) das »schaffende« Kapital beschwören und gegen die Spekulation wettern, weil sie diese als bloße »Verirrung« mißverstehen und nicht begreifen wollen, daß der Kasinokapitalismus gesetzmäßig aus der Akkumulationskrise des Realkapitals resultiert. Das aufgeblähte »fiktive Kapital« per politischem Eingriff investiven oder sozialen Zwecken zuführen zu wollen, würde den Entwertungsschock oder die angestaute Inflation auslösen. Die soziale Konsequenz aus dieser Erkenntnis muß aber kein Stillhalten sein, sondern kann auch in Forderungen münden, die dem System des »Geldverdienens« und seiner »Stabilität« gegenüber guten Gewissens nihilistisch sind. Das wäre ungefähr eine Haltung, wie sie einst die Bolschewiki an den Tag legten, als sie in den »heißen« Jahren der Revolution durch das bewußte Herbeiführen einer Hyperinflation das Geld als solches diskreditieren wollten. Heute würde dies allerdings auch, der Entwicklungsstufe der Globalisierung entsprechend, eine transnationale Organisation der sozialen Kämpfe erfordern, die etwas anderes als der behäbige diplomatische Verkehr der nationalen alten »Arbeiterparteien« wäre.

E.T. und ihre theoretisch wie analytisch abgetakelten altreformistischen Gewährsleute dagegen möchten sich auf traumtänzerische Weise ausdrücklich nationalökonomisch rückversichern, daß man doch wie einst im Mai des Wirtschaftswunders keynesianisch umverteilen könne, weil es gar keine Krise und keine Globalisierung gibt, das altnationale Kapital bestens real akkumuliert und »die Ökonomie in Deutschland Jahr für Jahr immer mehr abwirft«. In der strukturellen Krise der »auf dem Wert beruhenden Produktionsweise« (Marx) kann man jedoch system-immanente Forderungen nur dann unbekümmert stellen, wenn man gleichzeitig ein neues Programm radikaler Kritik ausarbeitet, das mit der Überwindung der Ware-Geld-Beziehungen ernst macht. Dazu muß man wiederum wissen, was der Fetischismus des ökonomischen Werts überhaupt ist. E.T. haben das ebensowenig wie ihre reformpolitischen VWL-Freunde jemals verstanden, und sie werden es, fürchte ich, in diesem Leben nicht mehr lernen.

Konkret 02/97, S. 25

Holger Becker

Fleisch von ihrem Fleische

Ein »Lexikon des DDR-Sozialismus« versucht sich als Gegengift gegen die »DDR-Nostalgie«

Diktatur, so meint Ernst Jünger, verfeinert den Stil. Wenn es ein gewichtiges Argument gegen diese ansonsten nicht rundweg abzulehnende These gibt, dann heißt es Lutz Rathenow. Das wissen zumindestens jene Redakteure diverser Zeitungen und Zeitschriften, die dieses bedauernswerte Opfer fehlgeleiteten Geltungsdrangs mit seinen Bekanntmachungen des eigenen Unvermögens belästigt. Auch das hier anzuzeigende *Lexikon des DDR-Sozialismus* verschont den Rezensenten nicht, eine neue Folge der Serie »Lutz greift ein« lesen zu müssen. Das allerdings war zu befürchten, da schon der Waschzettel drohte, an diesem Werk hätten auch »führende Bürgerrechtler« mitgeschrieben. Zu denen gehört der Terminator vom Prenzlauer Berg allemal. Er, der sich überall mit dem Spruch »Ich bin fünf Teller Eisbein« vorstellen könnte und der trotzdem jedwedem Journal Lutz-Rathenow-Fotos aufdrängt, übernahm für diese »erste Bilanz des DDR-Sozialismus« das Stichwort »Selbstzensur«.

Hinter der Einladung, gerade ihn zu diesem Thema schreiben zu lassen, könnte man Chuzpe der Herausgeber wittern. Doch die heißen u.a. Rainer Eppelmann und Dorothee Wilms, was die Vermutung selbstverständlich sofort erledigt. Der Mann ist ja quasi »Fleisch von ihrem Fleische«, nur eben vier Portionen mehr. Und so trägt er auch dicker auf als die andern, die mit ihm zusammen verhindern wollen, daß - laut Herausgeber-Vorwort - »die DDR-Vergangenheit verharmlost und ihr totalitärer Charakter verschwiegen wird«. Nein, Lutz wird nichts verschweigen, nicht den totalitären Charakter von Vergangenheiten und schon gar nicht die schockierende Erkenntnis, nach der »das gesamte Leben in der DDR ... ein Leben in staatlich verordneten bis tolerierten Regelsystemen« gewesen sein soll. Wenn das denn wahr ist, stellt sich die Frage: Hat die Stasi diesen Spätkybernetiker zwangsweise mit Nackensteak, Letscho und Sahnetorten gemästet und ihm so das Dasein in einem biologischen Regelsystem der Marke Mops rüde verordnet, oder hat sie sein eigenes Streben nur toleriert? Eine von beiden Varianten muß die richtige sein.

Wahrscheinlich gehört es auch zu den Verbrechen der Stasi, daß Rathenow nichts von den Segnungen der Selbstzensur weiß. Immerhin hatten Mielkes Schergen ja mal damit gedroht - er hat es im »Rheinischen Merkur« selber berichtet -, ihm solange Lutz-Lyrik vorzutragen, bis er selbst um ein Ende der unmenschlichen Folter bitten würde. Denen aber hat er selbstverständlich gar nichts geglaubt, nicht mal den bestgemeinten Wink mit dem Zaunpfahl. Und so haben wir den Salat, jetzt lesen zu müssen, Selbstzensur beginne dort, wo der »einzelne Bürger ... bestimmte Absichten des Staates politisch und mental ... verinnerlicht« hat. Darf's nicht ein doppelter Bürger oder ein Doppelkornbürger oder gar ein Hambürger sein, der einen Plattklops verinnerlicht hat, politisch oder mental, ganz egal?

Und wer auf dieser Welt hat noch Mitleid mit unschuldigen Bäumen? Die Auftraggeber dieses Werkes - es sind Christdemokraten aus St. Augustin, die Rathenow erst unlängst mit dem Konrad-Adenauer-Preis beschenkten - jedenfalls haben es nicht. Sie denken tatsächlich, ein Lexikon im Stile des früheren *Kleinen Politischen Wörterbuchs* aus dem SED-eigenen Dietz Verlag könnte gegen die diagnostizierte »DDR-Nostalgie« helfen, deren Grund nach Meinung des Pfarrers Erhart Neubert u.a. in einem »Zurückbleiben der mentalen Ausstattung« von »diktaturgeschädigten Ich-Schwachen« liegt. Dafür mußte sich Wolfgang Schäuble auf dem Weg zum Schreibtisch von Vera Lengsfeld die Reifen neu aufpumpen lassen, mußte Joachim Gauck seine Pornos weglegen, Wolfgang Templin die Hände mit Kernseife waschen und Rainer Eppelmann, der ohnehin selten Zeit hat, weil er den Film »Lenin kam bis Lichtenberg« dreht, sein Evchen vertrösten? Zusammen mit rund 120 anderen Autoren haben sich nämlich auch diese Vier als Mentalausstattungsbeihelfer versucht.

Was dabei herauskam - eine alphabetisch geordnete Zusammenfassung volkspädagogischer Bemühungen der letzten sechs Jahre D-Mark - , ist für den Ostler zu teuer, taugt also höchstens als Vademecum für berufsmäßige Propagandisten und Agitatoren. Schließlich sind die Berichte der Enquete-Kommissionen zur »SED-Diktatur« zum Auswendiglernen zu lang. Doch diese Leute reden sich nun schon seit langem die Mäuler zu Fusseln und Streifen - vollkommen nutzlos: Im Westen weiß ohnehin jeder, wie schlimm die DDR war, und die »dikaturgeschädigten Ichschwachen« im Osten, die das ganze Elend ertragen mußten, wollen undankbarerweise gar nicht täglich bestätigt bekommen, wie schlecht es ihnen früher mal ging. Auch nicht von einem Lexikon, das dazu den Nachteil hat, daß es ein Staubfänger ist. Im Notfall kann ohnehin jeder mindestens drei jener Verbrechen des DDR-Sozialismus aufsagen, auf die dieses Kompendium hinweist. Etwa:

· Der DDRler ist 40 Jahre nicht nur belogen und betrogen, sondern auch gezwungen worden, mit Händen und Füßen bzw. albanisch zu reden, was er aber nicht konnte. Denn die SED hat »das Volk zum Verstummen gebracht« (Rainer Eppelmann/Gerd Poppe). Erst durch das mutige Wirken der Bürgerrechtsbewegung hat das Volk »seine eigene Sprache wiedergefunden«.

· Außer dem Schwangerschaftsabbruch wurde in der DDR bedenkenlos auch der »kulturelle Traditionsabbruch« (Erhart Neubert) praktiziert, beides gegen den Widerstand der evangelischen Kirche. Mit dem »kulturellen Traditionsabbruch«

ging die »Verknappung von nichtideologischem Wissen« einher. So wurden »Alltagsvollzüge als sozialistisch umdefiniert«. Außerdem fehlte Toilettenpapier.

· Die Todesstrafe wurde 1987 nur abgeschafft, um die Russen zu ärgern. Es war »ein Affront Honeckers gegenüber Gorbatschow« (Friedrich-Christian Schröder), der sich gerade dafür ausgesprochen hatte, Meister Hanf weiter in Ehren zu halten. »Die Freiheitsräume, die der KPdSU-Generalsekretär seinen Landsleuten zunehmend gewährte, delegitimierte die von der SED nach wie vor ausgeübte Repression« (Gerhard Wettig).

Und damit wollen wir den Sums um diese Schwarte denn auch beenden. Für sich genommen ist sie die Flaschen Rotwein nicht wert, die jeder zum Durchhalten der 806-Seiten-Lektüre unbedingt braucht. Empfehlen muß man das als »Sachlexikon« schon wegen seiner willkürlichen Stichwortauswahl weitgehend wertlose Werk aber all denen, die heute schon wissen wollen, was morgen in den Schulbüchern steht. Es wird bald in jeder Bibliothek zu haben sein. Dafür kann die Bundeszentrale für politische Bildung ganz sicher sorgen.

Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): *Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik.* Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn/München/ Wien/Zürich 1996, 806 S., 128 Mark

Konkret 02/97, S. 27

Zu Protokoll

Verurteilen ja - aber wie? Aus Anlaß der Präsentation des Buches „Die Beweisaufnahme im Politbüroprozeß“ diskutierten der Autor Dietmar Jochum, Heinrich Graf von Einsiedel (MdB, PDS), Dr. Heinrich Kintzi (Generalstaatsanwalt Braunschweig), Heinrich Lummer (MdB, CDU), Prof. Dr. Wolfgang Richter (Friedensforscher), Wolfgang Templin (Bürgerbüro e.V.) und Prof. Dr. Uwe Wesel (FU Berlin) zum Thema: „Offene oder verdeckte Amnestie. Über Wege strafrechtlicher Vergangenheitsbewältigung“. KONKRET dokumentiert Auszüge der von Radio Brandenburg gesendeten Diskussion

Moderator: Sind Sie der Ansicht, Herr Jochum, daß diejenigen, die beispielsweise im Politbüroverfahren jetzt angeklagt sind, verantwortlich sind für das, was geschehen ist? Und sind Sie auch der Ansicht, daß sie zu Recht auf der Anklagebank in Moabit sitzen?

Jochum: Ich denke, wenn wir das Ganze jetzt nach westlichen Rechtsmaßstäben bewerten, Tatbestandsmäßigkeit, Rechtswidrigkeit, Schuld, westlichen Rechtsmaßstäben, komme ich zu dem Ergebnis: Tatbestandsmäßigkeit objektiver, subjektiver Tatbestand erfüllt. Mit irgendwelchen Straftatbeständen, sei es nun Mord, Totschlag, sei es Freiheitsberaubung oder was auch immer. Rechtswidrig würde ich das nach westlichem Recht auch bezeichnen, und schuldunfähig sind meines Erachtens die Angeklagten nicht. Also käme man hier zu dem Ergebnis, sie sind alle schuldig. Aber es ist hier nicht nach westlichen Rechtsmaßstäben zu messen, sondern, laut Vereinigungsvertrag, mit den Maßstäben des DDR-Rechts. Und da müßte man nun die Frage stellen: Ist hier nach DDR-Recht die Tatbestandsmäßigkeit gegeben? Und das scheint mir im Moment eine unbeantwortete Frage zu sein. Die Staatsanwaltschaft sagt, die Angeklagten haben nicht in einem luftleeren Raum gehandelt, also waren sie souverän. Sie hätten die Toten und Verletzten an Mauer und Grenze verhindern können. Die anderen sagen, die DDR war abhängig von der Sowjetunion. Das, denke ich, stimmt.

Für mich ist die Frage noch nicht restlos beantwortet, ob nun hier DDR-Recht verletzt ist. Auch in der Bundesrepublik Deutschland wird nicht nur nach Gesetzen gehandelt. In der Verwaltung beispielsweise geht es auch nach Bestimmungen, Ausführungsvorschriften. Ich habe im Moment noch keinen Standpunkt dazu, ob sie nach DDR-Recht schuldig sind. Nach vorgelagertem Recht sicherlich, sie haben Menschenrecht verletzt. Und hier kommen wir zur Frage des Rückwirkungsverbotes. Ich weiß nicht, ob das Rückwirkungsverbot jetzt übergeordnet angewendet werden darf.

Moderator: Wir haben für diese Veranstaltung einen Titel gewählt: Offene oder verdeckte Amnestie? Es gibt ja Leute, die eine Amnestie, besser gesagt eine Straffreiheit oder ein Straffreiheitsgesetz für Taten, die im Auftrage der DDR-Regierung oder der -Verwaltung begangen worden sind, gefordert haben und auch heute noch fordern. Es gibt Leute, die ganz vehement immer dagegen waren und die beklagt haben, daß es durch die Rechtsprechung bereits eine verdeckte Amnestie gibt. Halten Sie in der heutigen Situation eine Amnestie für angemessen, für nötig, oder hätte es vielleicht 1990 eine Amnestie, ein Straffreiheitsgesetz geben sollen oder, wenn nicht, warum nicht.

Richter: Ich bin der Meinung, daß Amnestie immer Schuldanerkenntnis voraussetzt. Und daß eine solche Schuld nicht festgestellt werden kann. Also Rechtsnormen können nicht außerhalb von Kontexten und von historischen Sachverläufen interpretiert werden, und sie können nicht unabhängig, also nicht nur nach dem Buchstaben des Gesetzes der DDR beurteilt werden, sondern müssen natürlich auch nach der Rechtswirklichkeit, nach der Interpretation der Gesetze usw. beurteilt werden. Und wir wissen, daß ja schon Gorbatschow in seinen Memoiren bedauert hat, daß es nicht zum Gegenstand der Verhandlungen geworden ist, daß man hier eine Klärung herbeiführt. Daß also hoheitliches Handeln für die DDR im vereinten Deutschland nicht strafbar ist. Für mich ist überhaupt das Problem der Amnestie mit Exzeßtaten oder dgl. verbindbar, aber nicht mit diesem hoheitlichen Handeln. Hinzu kommt, daß also historische Vergangenheitsbewältigung mittels des Strafrechts ohnehin nicht möglich ist.

Lummer: Die Entscheidung darüber, ob Amnestie oder eine bestimmte Regelung, hätte ich zunächst einmal denen zugemutet, die in der Volkskammer der DDR gesessen haben in der Phase de Maiziere oder so. Und dort ist ja entschieden worden, und zwar nicht zugunsten einer Amnestie oder Straffreiheit, sondern einer Strafverfolgung. Das muß ich dann akzeptieren. Denn dort haben die Täter und die Opfer gewohnt. Und das respektiere ich auch, obwohl, wie ich auch weiß - Herr Schäuble hat das ja angeboten - die Frage einer Amnestie durchaus eine der denkbaren Möglichkeiten gewesen ist. Aber eines kann ich jedenfalls nun partout überhaupt nicht vertragen. Wenn man anfängt, sich bei Verbrechen von Staaten in der internationalen Politik zu verstecken, schlechterdings hinter positivem Recht oder hinter einem bestimmten System. Das, finde ich, geht nicht. Zwar sind wir in einer wirklich unangenehmen Situation, weil die internationale Gemeinschaft bis heute noch nicht eindeutig solches übernationales Recht in diesen Fragen formulierte. Aber dennoch kann ich doch all diese Dinge nicht hier einfach so laufen lassen, die da geschehen sind. Weder was in Jugoslawien war, noch was in Burundi ist oder sonst irgendwo, und auch in der DDR. Und insofern muß eine Möglichkeit gefunden werden, und ich sage: Das eine ist DDR-Recht, das zweite ist das internationale Recht, das der DDR und ihren obersten Zehntausend sehr wohl bekannt war, das sie auch zum Teil übernommen haben. Die haben sich berufen auf Menschenrechtspakte. Da stehen ja

auch bestimmte Regeln drin, was die Flucht und Reisemöglichkeiten anbetrifft. Und danach kann man, finde ich, sehr wohl urteilen, auch verurteilen. Und ich finde, wenn die Opfer das so wünschen, dann soll man das auch tun.

Templin: Für mich hat die Diskussion über eine mögliche Amnestie erst dann Sinn, wenn ich von der Voraussetzung einer Amnestie ausgehen kann, nämlich von anerkannten Straftaten, von Tätern, die sich der Last dieser Taten bewußt sind und von einem öffentlichen Bewußtsein, das auch hier zu klaren Einschätzungen gekommen ist. So leid mir das tut, Professor Richter: Die Weißbücher und andere Publikationen von Ihnen, die ich mir zumuten durfte, enthalten eine oder dokumentieren eine Entwicklung, die in den letzten Jahren immer weiter um sich gegriffen hat, nämlich dem, was ich 1990 vielleicht noch an relativer Offenheit in dieser Frage und an Ansätzen zu einem solchen Schuldbewußtsein wahrnehmen konnte, die Grundlage zu nehmen und systematische Entschuldung der Täter und von Taten in der DDR zu betreiben. Bei einer solchen Entwicklung, wo ein Großteil der Öffentlichkeit West wie Ost sich allzu gern in diese Formen flüchtet - sie konnten gar keine Verantwortung tragen, weil sie alle ins System eingebunden waren ... Teile der Hierarchie ... im übrigen die Außenumstände und alles - ist für mich die Grundlage einer Diskussion über Amnestie überhaupt nicht gegeben. Was hier gemacht wird, ist, den wirklichen Opfern dieses Systems in seiner jahrzehntelangen Existenz auch noch den Rest an Anspruch und Würde zu nehmen - und so damit umzugehen, das ist für mich überhaupt nicht möglich.

Kintzi: Ich bin nicht der Auffassung, daß es eine verdeckte Amnestie gibt, und ich spreche mich dagegen aus, daß es eine offene Amnestie geben sollte. Die Gründe, die aufgeführt werden für die Vorstellung, es gebe eine verdeckte Amnestie, sind bereits angesprochen worden: Die Spionageentscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Entscheidung des Bundesgerichtshofs zur Rechtsbeugung, die begangen worden sein soll durch DDR-Richter und -Staatsanwälte; auch wird die Verjährung angesprochen, die zu erwartende Verjährung, und es wird angesprochen, daß sehr viele Verfahren, die wir in der »Zentralen Erfassungsstelle« gesammelt haben, nunmehr von den Staatsanwaltschaften eingestellt werden. Ich meine, daß alle diese Rechtsprechungen ja nicht ein Ausdruck einer verdeckten Amnestie sind, sondern eine Manifestation einer unabhängigen Rechtsprechung und einer Ausprägung des Rechtsstaates. Ich stoße manchmal auf Unverständnis, gerade in meiner Funktion als derjenige, dem die Aufsicht über die »Zentrale Erfassungsstelle« zugesprochen worden ist, wenn ich sage: Wenn Freisprüche erfolgen, wenn Einstellungen erfolgen, so begrüße ich das. Ich akzeptiere das nicht nur, sondern ich begrüße das ausdrücklich, weil ich darin eben sehe, daß wir keine gelenkte und gleichgeschaltete Justiz haben, keine Drehbücher für den Verlauf des Strafverfahrens und kein Durchstellen von Weisungen oder von Standpunkten des Obersten Gerichts oder des Generalstaatsanwalts. Und solange Rechtsprechung nicht vom System, nicht vom Apparat und auch nicht von den politischen Gruppierungen vollzogen wird, solange Rechtsprechung von Menschen für Menschen gemacht wird, wird es immer diese Ungeschicklichkeiten, diese Mißgriffe und sogar auch Ungerechtigkeiten geben. Aber zur Unabhängigkeit der Richter, zur Eigenverantwortung der Staatsanwälte, zu unterschiedlichen Auffassungen in der Justiz gibt es nach meiner Auffassung eben keine Alternative.

Zur offenen Amnestie: Ich bin der Auffassung, daß sie mehr schadet als nützt. Der Zweck der Durchführung von Strafverfahren ist ja nicht der, die Vergangenheit zu bewältigen. Er ist auch nicht darin zu finden, Systemunrecht, Regierungskriminalität, wie es so schön heißt, oder vielleicht auch Staatskriminalität zu verfolgen, sondern Zweck des Strafens, des Strafverfahrens ist die Ermittlung und die Bewertung von individuellem Verhalten verantwortlicher Individuen nach strafrechtlichen Kriterien. Und das ist auch ein Problem, das in dem Politbüroprozeß zu lösen ist. All das, was dort abgesprochen wird, läßt sich meines Erachtens nach bewährten strafrechtlichen Kriterien, nach Fragen der Verantwortung zufriedenstellend bewerten, aber nicht im Sinne einer Vergangenheitsbewältigung, sondern im Sinne eines uns vorgegebenen Legalitätsprinzips. Wir sind zur Strafverfolgung verpflichtet. Nicht mehr und nicht weniger. Wir haben die Aufgabe, nicht ein Systemunrecht zu verfolgen, sondern individuelle Schuld. Und bei einer Amnestie besteht die Gefahr der Gleichmacherei, des Rasenmäherprinzips und Über-einen-Kamm-Scherens.

Graf von Einsiedel: Also zunächst mal möchte ich sagen, ich sitze hier nicht als PDS-Vertreter, ich bin nicht von der PDS delegiert, sondern ich sitze hier, weil ich gefragt worden bin, ob ich dazu Stellung nehmen will. Also vertrete ich hier keinen Parteistandpunkt. Aus meiner Biographie geht hervor, daß ich die Mauer nicht gewünscht habe, daß ich sie gehaßt habe, daß ich mich gefreut habe, wie sie niedergefallen ist. Aber ich möchte verschiedene Grundsätze, nach denen mein Denken vor sich geht, erklären. Wir haben ja alle so eine klassische Schulbildung, da war der Schiller, der gesagt hat: »Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.« Und nun ist es eben: Das Weltgericht hat entschieden, daß die Deutschen diesen fürchterlichen Vernichtungs- und Feldzug, den sie durch Europa geführt haben, verloren haben, den Kampf um mehr Lebensraum. Diesen Prozeß, den sie vor dem Weltgericht angestellt haben, haben sie verloren, und die Deutschen haben es nicht fertiggebracht, sich selbst von Hitler zu befreien. Wir haben das den Alliierten überlassen. Wir haben uns das in den letzten neun Monaten nach dem 20. Juli 4,8 Millionen Tote kosten lassen - unsere Befreiung. Das heißt, wir haben uns dagegen gewehrt, und es haben sich die damaligen Machthaber dagegen gewehrt und die damaligen Generäle und die Justizbeamten und die Ärzteschaft und alle, die diesem unglaublich verbrecherischen Staat so effizient und so gehorsam und so pflichttreu bis zum Schluß gedient haben. Und dann ist eben die Weltgeschichte über uns gekommen und hat Deutschland geteilt. Und dann sind Staaten entstanden. Und diese Menschen, die dort gelebt haben, und auch die, die da Verantwortung hatten, sind in einem bestimmten Wertekanon aufgewachsen, erzogen worden und haben diesen Staat

versucht in Gang zu halten nach bestem Wissen und Gewissen, so wie sie erzogen waren, wie ihnen ihre Weltanschauung beigebracht worden ist - wie andere Menschen, die in einem katholischen Umfeld aufwachsen oder in einem islamischen Umfeld oder im indischen Umfeld, in bestimmten Kulturbegriffen und Wertbegriffen und Rechtsbegriffen aufgewachsen sind. Und sie haben es für richtig gehalten, daß man die DDR erhalten mußte, die am Kollabieren war, und deshalb hat man diese Mauer gebaut, weil sie sonst zusammengebrochen wäre. Die Mauer war eine Bankrotterklärung, wenn man will, des DDR-Regimes. Das konnte ohne diese Mauer nicht überleben, nicht existieren. Die Bundesrepublik, die Politiker der Bundesrepublik haben unendlich viel dazu getan, auch nach dem Mauerbau, um diese DDR zu stabilisieren. Sie haben ihr x extra Rechte eingeräumt auf wirtschaftlichem Gebiet. Also das gehörte zu den staatlichen Notwendigkeiten. Ich bin der Meinung, wenn es Schuld gegeben hat, dann soll man die amnestieren. Ich halte das für absolut vernünftig, und das würde dem Zusammenwachsen der beiden Deutschlands sehr viel nützen.

Wesel: Wir unterscheiden Amnestie und Gnade. Und in beiden Fällen handelt es sich dann um Straffreiheit. Gnade setzt eine Verurteilung voraus. Eine Amnestie bedeutet, daß man ganz allgemein eine größere Zahl von unbestimmten Fällen, die auch noch nicht verurteilt sind, für straffrei erklärt ... Amnestie heißt also, es wird ganz allgemein, unabhängig davon, ob jemand schon verurteilt ist oder nicht, Straffreiheit gewährt. Und darüber ist in der Tat 1990 auch verhandelt worden in der DDR, in der Volkskammer, und es ist auch im Einigungsvertrag darüber gesprochen worden. Und ich glaube, ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß größere Teile der CDU, zu denen auch Herr Schäuble gehörte, der Meinung waren, man sollte eine allgemeine Straffreiheit erklären, also eine Amnestie für die Zukunft ohne Prozesse. Daß die Amnestie gescheitert ist, lag nicht an der Haltung der CDU, auch nicht an der Haltung der FDP, sondern an der Haltung der Sozialdemokraten.

Also, wir sind verpflichtet zu urteilen nach dem Recht der DDR. Da liegt das eigentliche, Problem. Für mich erst mal als Jurist. Ich sehe einen guten Willen bei den Richtern, und zwar nicht nur beim Landgericht Berlin, wo meistens verhandelt wird, sondern auch bei den Richtern des Bundesgerichtshofes, die sich schon irgendwo bemühen, nach DDR-Recht zu urteilen. Aber meine Beobachtung ist: Sie sind unfähig, sie können es nicht. Nehmen Sie nur jetzt das Honecker-Verfahren, also der Prozeß gegen Keßler, Strelitz und Albrecht. Die sind verurteilt vom Bundesgerichtshof als Täter von Totschlag, nicht von Mord. Das ist eine juristische Konstruktion, die nach DDR-Recht unmöglich gewesen wäre. Nach DDR-Recht konnte man als Täter nur verurteilt werden, wenn man unmittelbar die Tat selber wirklich begangen hat. Jemand anders, der im Hintergrund ist, der als Anstifter oder Gehilfe, wie wir das nennen, tätig war, der konnte nach DDR-Recht unmöglich als Täter verurteilt werden. Und ich will Ihnen noch ein Beispiel nennen. Der Rechtsanwalt Vogel ist verurteilt worden wegen Erpressung. Erpressung von ausreisewilligen DDR-Bürgern, die gezwungen worden sind, ihre Häuser zu verkaufen. Erpressung ist nach DDR-Recht ungefähr dasselbe wie nach dem Strafgesetzbuch der Bundesrepublik. Das ist eine Nötigung zum Zwecke von Vermögensvorteil. Nötigung heißt, jemanden mit Gewalt oder Drohung, mit einem empfindlichen Übel, wie wir es sagen, nach DDR-Recht heißt das schwerer Nachteil, dazu zu bringen, Vermögensvorteile aufzugeben usw. So. Gewalt hat der Rechtsanwalt Vogel nicht angewendet. Er hat nur gesagt, ihr müßt eure Häuser verkaufen. Wenn ihr euer Haus nicht verkauft, dann müßt ihr in der DDR bleiben, dann kommt ihr nicht raus. Womit hat er also gedroht?: Ihr müßt in der DDR bleiben. Und nun soll mir mal jemand sagen, daß nach DDR-Recht der Zwang, in der DDR leben zu müssen, ein schwerer Nachteil ist. Da lachen sämtliche juristischen DDR-Hühner. Das ist eine typisch westliche Vorstellung. Dieses Urteil des Landgerichts Berlin ist meines Erachtens unmöglich und zeigt, daß es einfach nicht so ist, Herr Dr. Kintzi, wie Sie sagen: Hier sind Straftaten, und die beurteilen wir nun als Juristen. Sondern hier sind immer Wertungen dahinter. Und was wir hier machen, sind westliche Wertungen.

Die Radbruchsche Formel sagt, daß man staatliches Recht, und das heißt hier Recht der DDR, nicht anerkennen kann, wenn es in unerträglichem Maße gegen allgemeine Überzeugungen von Gerechtigkeit und Menschenrechte verstößt. Das ist eine Formel, die ich immer für richtig gehalten haben, gerade auch bei der Verfolgung von NS-Unrecht, obwohl sie da fast gar keine Rolle gespielt hat und jetzt in erster Linie eine Rolle spielt bei der Verfolgung von DDR-Unrecht, und zwar im wesentlichen bei den Mauerschützen, weil es nämlich einen Paragraphen im Grenzgesetz der DDR gab, nach dem die Schüsse an der Grenze gerechtfertigt waren. Ich habe diese Formel im Prinzip immer für richtig gehalten.

Kintzi., Wenn wir verfolgen, dann verfolgen wir nicht aus politischen Gründen, dann verfolgen wir auch nicht einen Apparat und ein System, sondern dann verfolgen wir individuelles Unrecht nach strafrechtlichen Kriterien. Und da stellt sich, Herr Professor Wesel, in der Tat die Frage, ob wir nun auch tatsächlich nach den richtigen strafrechtlichen Kriterien verfolgen. Und da gehen unsere Meinungen wie so häufig bei Juristen auseinander. Ich meine, daß wir hier nicht verpflichtet sind, Interpretationen, die das DDR-Recht vorgenommen hat, uns zu eigen zu machen, sonst hätten wir möglicherweise überhaupt gar keine Möglichkeit, DDR-Unrecht zu verfolgen, sondern wir haben die gesetzlichen Bestimmungen. Und es gab Totschlag, und es gab Erpressung, und es gab Körperverletzung und andere Vorschriften in der ehemaligen DDR. Und diese Vorschriften werden unter Hinzuziehung unserer Interpretation, unserer Auslegung angewandt, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Richten Wenn vorhin solche Dinge wie Täterschutzgesetz gefallen sind ... Also wissen Sie, mein Vater hat selber gesessen in der DDR, und ich hätte fast nicht studieren können, was ich wollte. Und ich sage Ihnen nur eins: Als er nämlich aus dem

Gefängnis kam, da haben alle zu ihm gesagt: Gustl - so hieß er -, jetzt gehst du nach dem Westen, da bist du politischer Flüchtling und wirst anerkannt. Da brauchen deine Kinder nicht mehr sich um alles mögliche zu kümmern. Und da hat er gesagt - das war Ende der 50er Jahre - : Ja gut, ich verstehe bloß eins nicht. Ich habe hier gesessen, weil ich einen besseren Sozialismus wollte. Und das war ein Irrtum, daß man mich hier eingesperrt hat. Und nun sage mir mal bitte, warum soll ich in ein Land gehen, in dem die Kommunisten mit Absicht eingesperrt werden. - Ich glaube, man darf diesen Teil der Geschichte der Bundesrepublik auch nicht ganz vergessen.

Moderator: Herr Lummer, hatte die DDR als souveräner Staat, mit dem man ja gemeinsam in die Uno eingezogen ist, nicht das Recht, ein Grenzregime festzulegen, so wie sie es für richtig hielt? Denn jeder souveräne Staat legt Bestimmungen fest für seine Grenze. Ist es völlig abseitig zu sagen, daß die DDR dieses Recht auch gehabt habe?

Lummer: Natürlich hat die DDR ein Recht gehabt, Grenzschutzmaßnahmen zu ergreifen. Aber diese Maßnahmen müssen im Einklang stehen mit internationalem Recht, von dem in der Konvention des Europarates genauso die Rede ist wie auch seine Relevanz durch die Tatsache deutlich wird, daß die DDR den Vereinten Nationen irgendwann beigetreten ist nach der Anerkennung und damit auch einen bestimmten Teil des internationalen Rechts akzeptiert hat. Und zu diesem Recht gehört auch das Recht auf Freizügigkeit, das heißt, sein eigenes Land zu verlassen. Und Sie, Herr Professor Richter, hätten dann also vorher dafür eintreten müssen, daß die Leute nicht an der Mauer abgeknallt werden als Menschenrechtler, sondern das Recht haben, ihr eigenes Land zu verlassen. Das heißt, die Tatsache der Anerkennung eines Staates bedeutet nicht die Legitimation der gesamten Rechtsstrukturen und ihrer Folgen. Das gilt genauso für andere totalitäre oder verbrecherische Staaten, ob sie nun China heißen oder im Moment Ruanda, Burundi oder Jugoslawien oder was weiß, ich wie. Das geht nicht, sondern mein Petitum ist, daß endlich in den Vereinten Nationen überstaatliches Recht zustandekommt, das all diesen Staaten und denen, die sie leiten, von vornherein klar macht, was sie erwartet, wenn sie das internationale Völkerrecht, die Menschenrechte und die Bürgerrechtspakte mißachten. Für Jugoslawien hat man ein eigenes Gesetz gemacht, bei Nürnberg war es bis zu einem gewissen Grad juristisch problematisch, es sei denn, man rechtfertigt das mit der Radbruchschen Formel oder so etwas. Aber richtiger ist natürlich, hier ein klares Recht zu haben und auch ein zuständiges Gericht. Das, finde ich, muß da sein, dann brauchen wir hier nicht so rumzueiern.

Wesel. Herr Lummer, wir sind uns da leider einig, daß ein Internationaler Strafgerichtshof die beste Instanz wäre, um dieses Problem zu lösen. Das ist ja das, was ich gesagt habe. Das Problem liegt im Grunde darin, daß hier der eine Teil, nämlich die Justiz, aus dem einen Teil des Landes kommt und der andere Teil, nämlich die Angeklagten, aus dem anderen. Da liegt das Problem. Und wenn wir einen Internationalen Strafgerichtshof hätten, würde dieses Problem nicht existieren. Da sind wir uns einig. Aber ich darf Sie auch hier wieder darauf hinweisen: Diese internationale Strafrechtskommission arbeitet seit 1946. Der Internationale Strafgerichtshof ist seit 1946, das heißt seit 50 Jahren, im Gespräch. Und bisher, Herr Lummer, und gerade auch weil das Straftatbestände sind wie Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, haben die großen Staaten, und zwar nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Vereinigten Staaten, die Bildung eines solchen Gerichtshofs bisher immer verhindert. Und die Bundesrepublik war immer auf der Seite der Vereinigten Staaten. Das heißt, wir, die Bundesrepublik, sind mit daran schuld, daß es noch keinen Internationalen Strafgerichtshof gibt. Man hat vermieden, daraus ein Gericht zu machen, weil Kriegsverbrechen nicht verjähren. Denken Sie an Vietnam, denken Sie an die Atombombe auf Hiroshima und Nagasaki. Das sind Kriegsverbrechen gewesen, und man will verhindern, daß das noch mal zur Sprache gebracht wird. Die Bundesrepublik jedenfalls hat immer dagegen gestimmt, daß ein solcher Internationaler Strafgerichtshof errichtet wird, und sie hat auch immer mit dafür gesorgt, daß dieser Entwurf eines Internationalen Strafgesetzbuches von der Vollversammlung der Vereinten Nationen nicht beschlossen wird.

Konkret 02/97, S. 29

Oliver Tolmein

»Auf der Flucht erschossen«

Basierte das DDR-Grenzregime auf »gesetzlichem Unrecht«? Überlegungen zur Legitimität einer Verurteilung der »Mauerschützen«

I

Der PDS-Bundestagsabgeordnete Manfred Müller gibt sich ein wenig ratlos: »Man kann doch nicht sagen, es gibt ein Naturrecht auf Leben, das wird eingeschränkt durch Krieg, und diese Einschränkung ist erlaubt. Wir sind doch angetreten, eine Zivilgesellschaft zu entwickeln, in der Gewalt überflüssig gemacht wird.« Und einen wichtigen Schritt hin auf dieses Ziel sind in seinen Augen die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland gegangen, die, zuletzt das Bundesverfassungsgericht, die Strafbarkeit des Tuns der sogenannten »Mauerschützen« bejaht haben.

Was dem linken Gewerkschafter und PDS-Abgeordneten richtig und notwendig erscheint, hält der eher konservative Strafrechtswissenschaftler Günther Jakobs von der Universität Bonn für fatal falsch: Um den schlimmen »Kulturverlust«, der die »gelebte Rechtsordnung der DDR« in seinen Augen bestimmte, deutlich zu machen, schlägt er vor: »Im Verzicht auf Strafverfahren läge die Aussage, dieser Staat werde als politisch schlechthin indiskutabel, als überwunden begriffen, damit wäre diese Vergangenheit bewältigt.«

Mit gleichem Ergebnis, jedoch aus anderen Motiven argumentiert neben dem Berliner FU-Professor Uwe Wesel auch der Moralphilosoph Ernst Tugendhat. Beide stellen, wie auch Jakobs im Rahmen seiner Argumentation, auf das Rückwirkungsverbot des Grundgesetzes ab, nach dem eine Tat nur bestraft werden kann, wenn ihre Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor sie begangen wurde. Tugendhat beharrt zudem darauf, Moral und Recht strikt voneinander zu trennen: »Auch wenn ein vermeintlicher Verbrecher in einer moralisch unmöglichen Ordnung moralisch unmöglich gehandelt hat, darf ich ihn nicht rechtlich, sondern nur moralisch verurteilen.«

Dagegen hat sich der sonst als Abolitionist profilierte Frankfurter Strafrechtskritiker Klaus Lüderssen in mehreren Veröffentlichungen für eine Verfolgung der in der DDR begangenen »schweren Verletzungen« des Rechts, damit meint er die sogenannten »Exzeßtaten«, ausgeprochen: Das Strafrecht der DDR minus der politischen Opportunität, die die Strafverfolgung zur Tatzeit verhindert hat, bietet seiner Meinung nach dafür eine ausreichende Basis, eine, die mit dem Rückwirkungsverbot nicht kollidiert.

Die Fronten dieser Auseinandersetzung, die durch die Urteile des Bundesgerichtshofes und des ähnlich argumentierenden Bundesverfassungsgerichts allerdings eher abgeschlossen als intensiviert worden ist, verlaufen, wie man sieht, nicht einfach entlang der Linien eines Rechts-Links-Koordinatenkreuzes. Das liegt auch daran, daß die Perspektiven, aus denen die Taten und deren Bestrafung betrachtet werden, ganz unterschiedlich sind.

Die einen beschäftigen sich vor allem mit dem Strafanspruch der BRD: Die Verfolgung der Mauerschützen läßt sich als Konsequenz des traditionellen Alleinvertretungsanspruchs der BRD verstehen, als Abrechnung mit dem verhaßten Regime, dessen Legitimität nachträglich noch einmal dadurch zerstört wird, daß gerade Handlungen im Rahmen des Grenzregimes, also jener Einrichtung, in der die Konfrontation der beiden deutschen Staaten am deutlichsten sichtbar und am schärfsten ausgetragen wurde, als Verbrechen verfolgt werden. Gleichzeitig, und das erweist sich als Problem für diejenigen Rechtswissenschaftler, die nicht nur das Ressentiment gegen den real existierenden Sozialismus treibt, sind die Grenzschützer der DDR aber als staatliche Machtorgane in Aktion getreten - sie im Nachhinein dafür zu bestrafen, stellt staatliche Autorität an sich in Frage. Die Debatte um die Möglichkeiten, die tödlichen Schüsse an der DDR-Staatsgrenze abzuurteilen, wird so auch zu einer Auseinandersetzung darüber, welche Rolle dem Recht in einer staatlichen Ordnung zugewiesen wird, wie das Verhältnis von Staat, Recht und Gesellschaft beschaffen sein soll.

Statt des Strafverfolgungsanspruchs der BRD kann die Debatte aber auch auf das Handeln der Täter und auf ihre Opfer konzentriert werden: Dann geht es vor allem um die Frage, wie strafwürdig die Mauerschüsse tatsächlich jeweils waren, wie bedeutsam es erscheint, den Opfern und ihren Angehörigen wenigstens im Nachhinein Gerechtigkeit widerfahren zu lassen (wenn man die Schüsse denn für Unrecht hält). Mit so einem Ansatz begründet beispielsweise der Rechtsphilosoph Robert Alexy anhand einer der vom Bundesverfassungsgericht entschiedenen Fälle, warum der Paragraph 27 des DDR-Grenzgesetzes, der tödliche Schüsse auf Flüchtlinge rechtfertigt, »gesetzliches Unrecht« darstellt, das einer Verurteilung der »Mauerschützen« nicht entgegenstehen kann: »Es gab in der DDR zu Zeiten der hier zu beurteilenden Schüsse keine freie öffentliche Diskussion politischer Fragen und schon gar keine freie öffentliche Diskussion über die richtige Lösung des Ausreiseproblems. Für das Opfer S. (einen beim Fluchtversuch erschossenen jungen Mann, O.T.) bedeutete dies, daß er sich nicht mit öffentlich vorgetragenen Argumenten dagegen wehren konnte, in eine Gemeinschaft eingebunden zu sein, die es nicht ändern konnte. Die DDR war eine nicht-diskursive Gesellschaft. Auch das ist für sich genommen kein extremes Unrecht. Wenn aber alles zusammenkommt: Ein ganzes und einziges Leben, das man führen soll, wie man nicht will, die Unmöglichkeit, sich mit Argumenten dagegen zu wehren, das Verbot, dem zu entfliehen, und der Todesschuß für

den, der das nicht hinnimmt, dann kann an dem Urteil, daß extremes Unrecht geschah, als das Leben der zumeist jungen Menschen ausgelöscht wurde, die ihre Konzeption des guten Lebens, selbst um den Preis ihres Todes, realisieren wollten, kein Zweifel sein.« Alexy reflektiert auch die Seite der Grenzsoldaten, denen er attestiert, daß sie, die ihr ganzes Leben »in einem auf Indoktrination angelegten System verbracht (haben)«, von einer »moralischen Blindheit«, die sie das »extreme Unrecht« verkennen ließ, geschlagen waren, so daß sie in der Regel nicht schuldig gesprochen werden dürften.

II

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 24. Oktober 1996 die Möglichkeit und Notwendigkeit, einige Angehörige der Grenzschutztruppen zu bestrafen, und zwar sowohl für das Grenzregime verantwortliche hohe Offiziere als auch Soldaten, die Flüchtlinge getötet haben, damit begründet, daß sie »gesetzliches Unrecht« begangen hätten, das zu ahnden das Rückwirkungsverbot des Grundgesetzes teilweise außer Kraft gesetzt werden müsse: »Das strikte Rückwirkungsverbot des Art. 103 Abs. 2 GG findet seine rechtsstaatliche Rechtfertigung in der besonderen Vertrauensgrundlage, welche die Strafgesetze tragen, wenn sie von einem an die Grundrechte gebundenen demokratischen Gesetzgeber erlassen werden. An einer solchen besonderen Vertrauensgrundlage fehlt es, wenn der Träger der Staatsmacht für den Bereich schwersten kriminellen Unrechts die Strafbarkeit durch Rechtfertigungsgründe ausschließt, indem er über die geschriebenen Normen hinaus zu solchem Unrecht auffordert, es begünstigt und so die in der Völkerrechtsgemeinschaft allgemein anerkannten Menschenrechte in schwerwiegender Weise mißachtet. Der strikte Schutz von Vertrauen durch Art. 103 Abs 2 GG muß dann zurücktreten.«

Der Gedanke geht auf Gustav Radbruch, Rechtshistoriker und in der Weimarer Republik kurzzeitig Justizminister, zurück. Radbruch, den Carl Schmitt ein »geisteswissenschaftliches Pin-Up des befreiten Deutschland« nannte, begründete 1946/47, warum Nationalsozialisten bestraft werden sollten, obwohl sie im Rahmen bestehender Gesetze gehandelt hatten: »Wenn sich in der Regel die Geltung positiven Rechts durch die Rechtssicherheit rechtfertigen läßt, so bleibt in gewissen Ausnahmefällen horrend ungerechter Gesetze die Möglichkeit, solchen Gesetzen ihrer Ungerechtigkeit wegen die Geltung abzusprechen.« Gesetzliches Unrecht sieht Radbruch dort, wo »der Widerspruch des positiven Gesetzes zur Gerechtigkeit ein so unerträgliches Maß erreicht, daß das Gesetz als >unrichtiges Recht< der Gerechtigkeit zu weichen hat. « Für die meisten vom NS-Regime neugeschaffenen Gesetze hatte der sozialdemokratische Professor, der 1933 aus dem Staatsdienst entlassen wurde, allerdings eine andere Qualifikation bereit: »Wo die Gerechtigkeit nicht einmal erstrebt wird, wo die Gleichheit, die den Kern der Gerechtigkeit ausmacht, bewußt verleugnet wurde, da ist das Gesetz nicht etwa nur >unrichtiges Recht<, vielmehr entbehrt es überhaupt der Rechtsnatur. Denn man kann Recht gar nicht anders definieren, als eine Ordnung und Satzung, die ihrem Sinn nach bestimmt ist, der Gerechtigkeit zu dienen.« Radbruch hat kurz nach Veröffentlichung seiner Thesen zum »gesetzlichen Unrecht« in einer Auseinandersetzung mit dem von den West-Alliierten verkündeten Kontrollratsgesetz Nr. 10, das die Bestrafung von Humanitätsverbrechen ermöglichte, auch wenn diese durch NS-Recht zur Tatzeit gedeckt waren, festgestellt, daß die von ihm gebrauchten Begriffe - »gesetzliches Unrecht«, »übergesetzliches Recht« - »ihre Grenze in den völlig singulären Verhältnissen der zwölf Nazi-Jahre (finden), in Ereignissen, die wir wegen ihrer Einzigartigkeit auch jetzt noch kaum zu fassen vermögen und deshalb als dämonisch, als apokalyptisch zu deuten geneigt sind«.

In der bundesdeutschen Rechtsprechung hat Radbruchs Position anfangs nur scheinbar eine Rolle gespielt, später verschwand auch der Schein noch. Immerhin: 1968 setzte sich das Bundesverfassungsgericht mit einer Rechtsvorschrift aus der Zeit des Nationalsozialismus im Sinne Radbruchs auseinander: Den Nachkommen eines erst ausbürgerten und später aus Amsterdam in ein KZ deportierten jüdischen Rechtsanwaltes war von den Instanzgerichten verwehrt worden, einen deutschen Erbschein zu erhalten. Das Bundesverfassungsgericht entschied dagegen im Sinn der Erben: »Diese Regelung f 2 der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 (RGBL I S. 722)1 kann nur so verstanden werden, daß sie dazu beitragen sollte, die zur Emigration gezwungenen Juden ins Elend zu stürzen und zugleich der Fürsorge des Auslandes zu überlassen. Die 11. Verordnung war ein Mittel, die verfolgten Juden nach Möglichkeit auch jenseits der Grenzen des nationalsozialistischen Machtbereichs zu vernichten. Der Versuch, nach >rassischen(Kriterien bestimmte Teile der eigenen Bevölkerung mit Einschluß der Frauen und Kinder physisch und materiell zu vernichten, hat mit Recht und Gerechtigkeit nichts gemein. Recht und Gerechtigkeit stehen nicht zur Disposition des Gesetzgebers. Die Vorstellung, daß ein Verfassungsgeber alles nach seinem Willen ordnen kann, würde einen Rückfall in die Geisteshaltung eines wertungsfreien Gesetzespositivismus bedeuten, wie sie in der juristischen Wissenschaft und Praxis seit längerem überwunden ist. Gerade die Zeit des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland hat gelehrt, daß auch der Gesetzgeber Unrecht setzen kann.«

III

Im Mauerschützenverfahren hat das Bundesverfassungsgericht argumentiert: »Ein Rechtfertigungsgrund (muß) bei der Rechtsanwendung unbeachtet bleiben, wenn er die vorsätzliche Tötung von Personen deckte, die nichts weiter wollten, als

unbewaffnet und ohne Gefährdung allgemein anerkannter Rechtsgüter die innerdeutsche Grenze zu überschreiten. Die Unterordnung des Lebensrechtes der Einzelnen unter das staatliche Interesse an der Verhinderung von Grenzübertritten führte zur Hintansetzung des geschriebenen Rechts gegenüber den Erfordernissen politischer Zweckmäßigkeit. Sie war materiell schwerstes Unrecht.« Die jeweils knappe Beschreibung, wie hier auf unbewaffnete junge Männer, die versuchten, die Grenzanlagen zu überwinden, geschossen wurde, wie sie von Splitterminen schwer verletzt wurden, ohne daß umgehend lebensrettende Hilfe zur Stelle war, macht in der Tat beklommen: In der Bundesrepublik haben Linke schon in weniger brutal wirkenden Fällen Polizeiattacken als »faschistisch« bezeichnet. Und selbst wenn man, anders als es das Bundesverfassungsgericht und der Bundesgerichthof tun, die Gründe, die die DDR hatte, ihre Grenzen zu schließen und das Recht auf Ausreise nicht als allgemeines Menschenrecht zu praktizieren, akzeptiert, widerspricht es dem Rechtsgefühl, daß Menschen für den Verstoß gegen diese gesetzlichen Normen getötet wurden ' daß diese Variante des »Auf der Flucht erschossen« als legitim gelten soll.

Gleichzeitig aber ist auch in den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts selber der Unterschied zwischen dem, was an der DDR-Grenze geschehen ist, und der systematischen Verfolgung und Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen, die die Staatspraxis des Nationalsozialismus geprägt haben, evident. Daß der Paragraph 27 des Grenzgesetzes der DDR von der Bundesrepublik auch keineswegs einfach als »gesetzliches Unrecht« qualifiziert werden kann, macht schon ein kurzer Blick in die bundesdeutschen Gesetze deutlich: Der Wortlaut ist fast identisch mit den Paragraphen 15 und 16 des »Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwangs und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr« bzw. mit den Paragraphen 10 und 11 des »Gesetzes über unmittelbaren Zwang«. Und auch die Auslegung ist kaum anders. In einem Urteil des 5. Strafsenats des BGH ist deswegen die denkwürdige Passage zu lesen: »Der Senat findet es befremdlich, daß im Schrifttum bei der Auslegung des Paragraphen 16 UzwGBw ein bedingter Tötungsvorsatz als von der Vorschrift gedeckt bezeichnet worden ist, und pflichtet Frowein darin bei, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Schußwaffengebrauch gegen Menschen angesichts seiner unkontrollierbaren Gefährlichkeit auch im Grenzgebiet auf die Verteidigung von Menschen beschränkt bleiben sollte. Der Umstand, daß die derzeitige Auslegung der Schußwaffenvorschriften des geltenden Rechts im Lichte des Verhältnismäßigkeitsprinzips nicht in jeder Weise befriedigend ist, rechtfertigt indessen kein Verständnis für den Schußwaffengebrauch durch die DDR-Grenztruppen.«

Neben den unbedingt guten Vorsätzen des BGH hilft der gegenwärtigen Rechtsprechung über die Runden, daß sie keine Argumente braucht, um das aktuelle Grenzregime mit dem alten, verbrecherischen in Beziehung zu setzen: Schließlich kommen heute Menschen nur noch ums Leben, weil die »offenen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland« (so der 5. Strafsenat des BGH) nach außen abgeschottet sind und nicht nach innen. Auch sind keine Todesschüsse und Minen mehr nötig, es reicht die starke Strömung der Oder. Statt tätig einem blutigen Geschäft nachgehen zu müssen, können sich die Grenzschützer und die politisch Verantwortlichen damit begnügen, nichts zu tun: kein aktiver Rettungsdienst, keine medizinische Notversorgung, statt dessen Nachtsichtgeräte und scharfe Hunde.

Wenn es ernst wird, wenn ein Autodieb durch die Lappen zu gehen droht oder ein illegaler Plakatierer nicht schnell genug den Pinsel fallen läßt, dann schießt allerdings auch die bundesdeutsche Polizei - und sie trifft tödlich: im Durchschnitt ein gutes Dutzend Mal im Jahr. Manchmal sind die Opfer bewaffnet, oft genug sind sie es nicht. Da fragt es sich schon, ob man die gegenwärtige Todesschußpraxis der bundesdeutschen Polizei und das gegen die nach Deutschland drängenden Flüchtlinge gerichtete gegenwärtige Grenzregime in besseren Zeiten oder, sollten diese, wie zu erwarten, ausbleiben, wenigstens im Prinzip ungesühnt lassen möchte, nur weil es den Strafverfolgern heute kein nennenswertes Engagement wert zu sein scheint. Oder, mit Blick auf den »Euthanasie«-Befürworter Ernst Tugendhat gefragt, der Recht und Moral strikt voneinander getrennt wissen will und weiterhin daran arbeitet, einer praktischen Ethik zum Durchbruch zu verhelfen, die auch die Tötung von neugeborenen Behinderten oder Menschen im Koma beinhaltet: Hat es mehr als taktische Bedeutung, wenn heute, angesichts der Verfolgung der »Mauerschützen«, das Rückwirkungsverbot so engagiert verfochten wird? Oder, andersherum, hat auch für Linke die Rechtssicherheit im Staat einen so hohen Stellenwert, daß sie eine Durchbrechung des Rückwirkungsverbots nur angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen akzeptabel finden?

IV

Die »Mauerschützen«-Verfahren und ähnliche Prozesse gegen 1 V Menschen, die ehemals Träger der DDR-Staatsgewalt waren, stehen in engem Zusammenhang mit dem Uno-Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag und den Bemühungen, ein internationales Völkerstrafrecht zu schaffen. Daß parallel zu diesen juristischen Projekten Überlegungen an Terrain gewinnen, internationale »Polizeieinsätze« durchzuführen oder Sondertruppen aufzustellen, die z.B. in Bosnien Verdächtige verhaften, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden, ist, wie ein Blick in die Elendsviertel, Kriegsgebiete, auf die Listen der zum Tode Verurteilten oder in die Labors der Kriegswaffen-Hersteller leicht klarmacht, nicht etwa Ausdruck einer allgemeinen Zivilisierung der Welt. Es ist Ausdruck eines gesellschaftlichen Rollbacks in den westlichen Industrienationen (die diesen Trend vorantreiben) und Zeichen ihrer unangreifbarer gewordenen, von außen kaum noch in Frage gestellten Macht. Die auf internationaler Ebene bzw. im zwischenstaatlichen Verhältnis zu verzeichnende Kriminalisierung von Politik korrespondiert dabei mit einer Renaissance und Verschärfung des

Sanktionsstrafrechts im Inneren: Daß mit der Ausdehnung des Verfolgungsanspruchs rechtsstaatliche und formale Garantien ausgehöhlt werden und man dabei ist, vom Legalitäts- zum Opportunitätsprinzip überzugehen und dessen autoritäre Komponente zu verstärken, zeigt, daß es hier nicht um die Fortschreibung rechtsstaatlicher Prinzipien geht, sondern um die Indienstnahme eines bewährten Kontrollinstruments für neue Aufgaben. Strafrecht wird so, angesichts der scheinbaren Objektivität und Legitimation dessen, der es anwendet, für die Zukunft zum bevorzugten Ordnungsinstrument der neuen Weltordnung: Mit Zivilgesellschaft, Gleichheit und Freiheit hat das ungefähr so viel zu tun wie Knast mit allgemeiner Emanzipation.

Konkret 02/97, S. 32

Bernhard Schmid

Afrikanische Angelegenheiten

Stamokap at it's best: Wie der französische Ölkonzern Elf in Afrika Politik macht

Am 5. Juli 1996 wurde Loic Le Floch-Prigent, der ehemalige Direktor des größten französischen Konzerns Elf, in Untersuchungshaft genommen. Am 23. Dezember ist er, in Erwartung seines bevorstehenden Prozesses, vorläufig entlassen worden - unter der Auflage, Frankreich nicht zu verlassen, und gegen eine Kaution von 500.000 Francs. Dem ehemaligen Chef des Erdölkonzerns wird Veruntreuung von Firmenvermögen vorgeworfen, insbesondere wegen der 787 Millionen Francs (rund 250 Millionen DM), die er auf Nimmerwiedersehen dem maroden Textilunternehmen seines Freundes Maurice Bidermann borgte, bei dem er gleichzeitig Vorstandsmitglied war. Zudem geht es um internationale Immobiliengeschäfte im Wert von 900 Millionen Francs, für die Elf 600 Millionen als Provisionen an z.T. unbekannte Vermittler bezahlte und von denen 162 Millionen »verschwunden« sind, mutmaßlich in geheime Kassen.

In einer zehnseitigen handschriftlichen »Beichte«, welche er vor seiner Verhaftung einem Angehörigen übergab und die nun, am 12. Dezember, in dem konservativen Wochenmagazin »L'Express« publiziert wurde, beschreibt Le Floch mit staunenswerter Offenheit die Funktion des Elf-Konzerns als Agentur parastaatlicher Machtpolitik in aller Welt. Über die Motive der Veröffentlichung läßt sich nur spekulieren; vermutlich aber ging es Le Floch darum, durch die »Politisierung« des Falles Elf den eigenen Kopf aus der Schlinge zu ziehen bzw. durch den Hinweis auf die quasistaatlichen Operationen des Konzerns seine eigene Rolle zu verkleinern. Sei dem, wie es sei: Le Flochs »Beichte« zeigt anschaulicher als ein marxistisches Lehrbuch der politischen Ökonomie es könnte, wie Imperialismus in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts geht.

Der Fall Le Floch offenbart die enge Verzahnung zwischen Staat, Parteien und großen Industriegruppen unter den spezifischen Bedingungen eines Kapitalismus mit hohem Anteil an staatlicher Intervention. Seit 1969 Beamter der DGRST (Generaldirektion für wissenschaftliche und technische Forschung), tritt Le Floch in deren Gründungsjahr 1971 der Sozialistischen Partei (PS) bei; er gehört ihrem linken Flügel an und wird Berichterstatter der Arbeitsplätze-Kommission. Gleichzeitig aber - der Mann sichert sich ab - arbeitet er als Wirtschaftsexperte Raymond Barre zu, dem wirtschaftsliberalen Premierminister der Jahre 76 bis 81. Nach dem PS-Wahlsieg 1981 wird er Kabinettsdirektor unter seinem alten Bekannten Pierre Dreyfus, dem neuen Wirtschaftsminister, und fordert, »jetzt, wo wir gewählt sind«, die Nationalisierungspolitik aufzugeben. 1982 befördert Dreyfus' Nachfolger, Jean-Pierre Chevénement (Vordenker des marxistischen Theoriezentrums in der PS, »CERES«), Le Floch an die Spitze des nationalisierten Chemiekonzerns Rhône-Poulenc. Der »rosa Floch« besitzt aus seiner Zeit im Dreyfus-Ministerium gute Kontakte zur Gewerkschaft CGT. Mit ihrer Hilfe gelingt es ihm, ohne großes Aufsehen zwölf Firmensitze zu schließen, die Sektoren Textil und Dünger aufzugeben und Rhône-Poulenc zu »sanieren«. Als nach zweijähriger Pause die Sozialisten 1988 wieder die Regierung übernehmen, wird Le Floch am 20. Mai 89 von PS-Industrieminister Fauroux zum Vorstandsvorsitzenden des Ölkonzerns Elf, der größten Industriegruppe Frankreichs, ernannt. Rechtzeitig vor der Rückkehr der Rechten an die Macht (1993) nimmt Le Floch jedoch bereits Verbindungen zur gaullistischen RPR auf. Operationen von Elf in Afrika (Gabun und Kongo) dienen der Finanzierung der RPR, während über die südamerikanische Filiale die Finanzierung der PS läuft. 1993 muß Le Floch dennoch gehen, wird aber zum Ausgleich Chef des öffentlichen Unternehmens Gaz de France. Als während der Streiks im Dezember 95 der Direktor der Bahngesellschaft SNCF, Bergounioux, zurücktritt, macht die neue konservative Staatsspitze Chirac/Juppe Le Floch zum Vorstandsvorsitzenden der SNCF - gegen den Willen von Transportminister Pons, da zu der Zeit bereits das Ermittlungsverfahren gegen den Konzernmanager läuft.

Le Flochs Ausführungen zu den internationalen Operationen des Elf-Konzerns beginnen mit der Gründungsgeschichte der Gesellschaft: »1962 hätte de Gaulle sich auf eine Konzentration der Ölpolitik um Total orientieren können.« In jenem Jahr geht der Algerienkrieg zu Ende und Frankreich des Herzstücks seines Kolonialreichs verlustig - aus Algerien stammte der Großteil des französischen Öls -, was eine gründliche Neuorientierung der französischen Erdölpolitik erforderlich machte. Der französische Staat hält zu dieser Zeit 35 Prozent des Kapitals am Ölkonzern Total. De Gaulle entscheidet sich jedoch für den Aufbau eines zweiten Erdölriesen. Grund: Die regierenden Gaullisten wünschen sich sowohl einen Ölkonzern, der nicht nur Handelsgesellschaft ist, sondern zugleich verlängerter Arm der Staatsmacht und Instrument der Außenpolitik (Le Floch: »eine Art Ölministerium«) als auch, so der frühere Elf-Chef, »eine Art Nachrichtendienst in den Erdölländern«. Total »verstand diese Rolle nie zu spielen«.

Erster Direktor der neugeschaffenen Gesellschaft wird Pierre Guillaumat, ein alter Hase in Sachen Geheimdiensttätigkeit: Er war Gründer des Amts SDECE, aus dem später der französische Auslandsgeheimdienst DGSE (Generaldirektion Äußere Sicherheit) wurde, und des staatlichen Atomenergie-Kommissariats CEA. Guillaumat »bestückt Elf mit Ehemaligen der Dienste«, so daß sich in dem Konzern bald »eine Anzahl von wirklichen Spezialisten in direktem Kontakt mit den Diensten« tummelt. Eine Schlüsselrolle spielen hier die »Foccart-Netze« - Foccart ist der ehemalige »Monsieur Afrika« der Gaullistenpartei RPR. Ein anschauliches Beispiel für die Aktivität der von Le Floch beschriebenen »Netze« läßt sich einem

Artikel der linken Wochen- und Satirezeitung »Charlie Hebdo« vom 15. Mai 1996 entnehmen, der die Umtriebe französischer Söldner und Neofaschisten in Afrika zum Gegenstand hat: Maurice Robert ist zunächst Afrikaverantwortlicher beim SDECE (der späteren DGSE) und hat alle französischen Spitzel auf dem afrikanischen Kontinent unter sich. Da sich im Staatsdienst jedoch zu wenig verdienen läßt, tritt er Mitte der 70er Jahre zum Nachrichtendienst des Elf-Konzerns über - zur Belohnung macht Paris ihn zum Botschafter in Frankreichs erdölreichstem Land, Gabun. Dort halt er seine Hand über rechtsextreme Söldner wie Bob Denard, damals Militärausbilder in Gabun, der Ende 1995 nach einem Putschversuch auf den Komoren verhaftet wurde.

Le Floch konstatiert: »Nichts läuft in den Erdölländern, besonders in Afrika, wo Elf nicht an der Quelle säße. « Die staatlichen Geheimdienste kommen an Elf nicht vorbei; als die sozialistische Regierung in den 80er Jahren ohne Beteiligung des Konzerns mit Hilfe der DGSE Informationen sammeln will, erhält sie nur unbrauchbares Material. Le Floch: »Entweder hat die DGSE die Deppen von Elf rekrutiert, oder die Rekrutierten desinformierten bewußt im Auftrag von Foccart. ... Ich habe Mitterrand gesagt, daß er alles zerreißen kann, was von der DGSE über Afrika kommt.«

Elf sorgt gleichzeitig dafür, daß unter egal welcher Regierung der Sektor der Energie- und Erdölpolitik in den Händen der Gaullisten bleibt. Als der liberal-konservative Präsident Giscard d'Estaing in den 70er Jahren einen unliebsamen Elf-Präsidenten - Chalandon - ernennt, wird dieser einfach kaltgestellt, indem die »afrikanischen Angelegenheiten« bei André Tarallo - Gaullist und Präsident der mächtigen Länderabteilung Elf-Gabun - konzentriert werden. Gleichzeitig nimmt d'Estaings Industrieminister Andre Giraud - »Gaullist und Verteidiger der Politik Guillaumats« - Elf unter seine Fittiche und untersagt dem Konzern die Übernahme von Ker McGee, »was Elf dazu bringen wird, anschließend den Fehler zu begehen, Texas Gulf zu kaufen«. Diese Rollenaufteilung ist ungewöhnlich, so Le Floch, »da die Gewohnheit in die entgegengesetzte Richtung geht, daß nämlich Elf dem Industrieministerium seine Wünsche diktiert und nicht umgekehrt«.

Der Konzern betreibt eine Parallelaußenpolitik neben der offiziellen des französischen Staates. So »ernennt Elf Omar Bongo«, den Präsidenten von Gabun und wichtigsten Mann des frankophonen Afrika, und in Kamerun »übernimmt Paul Biya die Macht nur mit Unterstützung von Elf«. Neben (erdöl-)ökonomischen spielen Le Floch zufolge dabei freilich auch machtpolitische Interessen eine wichtige Rolle: »Elf ist bekannt als Unternehmen im Dienste des Staates für seine Außenpolitik, denn die gemeinsame Stimmabgabe der afrikanischen Länder mit Frankreich in der Uno ist Bestandteil seiner Position als Großmacht.« Auch in nichtfrankophone afrikanische Länder wie die ehemalige portugiesische Kolonie Angola oder das anglophone Nigeria »tritt Elf auf Verlangen der französischen Regierung hin ein, die ihre Einflußzone erweitern und sie mit soliden ökonomischen Bindungen absichern will«. Im Bürgerkriegsland Angola, wo sich die postmarxistische Regierung unter Eduardo Dos Santos und die vom Westen und vom Apartheids-Regime Südafrikas unterstützte Unita-Guerilla Savimbis gegenüberstehen, ist es Aufgabe von Elf, »das Gleichgewicht zwischen Dos Santos und Savimbi aufrechtzuerhalten, damit keiner von beiden gewinnen kann«. Was dies konkret bedeutet, ist einem Artikel der linkskatholischen Wochenzeitschrift »EDJ« (»Evénément du Jeudi«) vom 5. Dezember 96 zu entnehmen, der unter der Überschrift »Waffenhändler im Dienste von Elf« über einen Vertrag informiert, den zwei Mittelsmänner des damaligen Innenministers Pasqua einfädelten und der Waffenlieferungen im Wert von 47 Millionen Dollar (»von der Kalaschnikow über Raketenwerfer und Sturmpanzer bis zu schweren Kanonen«) von der russischen Mafia an die angolanische Regierung Dos Santos zum Gegenstand hat.

Pasqua, Rechtsaußen der bürgerlichen Parteien, ist eine der Schlüsselfiguren der Geheimdienst- und »afrikanischen Netze« der Republik; das schreibt auch Le Floch in seiner »Beichte« Ober »das System Elf-Afrika«: »Die beiden Brückenköpfe waren Jacques Chirac und Charles Pasqua.« »EDJ«: »Im Sommer 1993 wechselten die USA ihren Bündnispartner und unterstützten fortan Dos Santos«, der nach dem Fall der Berliner Mauer »brav geworden« sei. »Frankreich bevorzugte weiterhin die Unita. Der ehemalige Präsident von Elf, Loic Le Floch-Prigent, hat sich sogar zweimal diskret mit Jonas Savimbi getroffen. Ein schlechtes Kalkül: Der starke Mann war Dos Santos. Im Oktober 1993 nimmt die Unita, die ihre Wahlniederlage nicht akzeptiert, die Waffen wieder auf und besetzt zwei Drittel des Landes ... Dos Santos benötigt Waffen und wendet sich an die französische Regierung, die sehr verunsichert ist. Dos Santos zu Hilfe zu kommen, heißt, mit Savimbi einen Verbündeten gegen sich aufzubringen, den man lange Jahre mit militärischem Material beliefert hat. Nichts zu tun heißt, den Amerikanern das Feld zu überlassen, die mit Vergnügen Dos Santos militärischen Beistand leisten werden ... Wenn man aber Dos Santos diskret hilft, ohne daß Frankreich offiziell in Erscheinung tritt, kann man auf beiden Spielfeldern gewinnen.« Wie gut, daß es neben dem »offiziellen« französischen Staat auch noch Elf und seine Parallelnetze gibt.

Konkret 02/97, S. 34

Werner Pirker

Belgrader Auflauf

Fanatische Nationalisten, Kriegshetzer und gewendete Parteistrategen: Die serbische Opposition wird von den gleichen Leuten angeführt, vor denen die westlichen Medien unlängst noch warnten

»Zajedno« (Gemeinsam) sind sie unausstehlich: Vuk Draskovic, Zoran Djindjic und Vesna Pesic. Der eine ist ein Blut-und-Boden-Poet ohne poetische Begabung, der andere dissertierte über die »Dialektik im Herbst«, die dritte singt mit schriller Stimme das Lied von der Zivilgesellschaft.

Als Sich der »Zajedno«-Block Ende Oktober zu den Parlamentswahlen stellte, lautete das Urteil der Stimmbürger: »Gewogen und für zu leicht befunden.« Die regierende Sozialistische Partei Serbiens (SPS) zog daraus die fatale Konsequenz, ihr Wählerpotential für die zwei Wochen später stattfindenden Kommunalwahlen gar nicht mehr zu mobilisieren. Daraus ergab sich - bei einer Wahlbeteiligung von 35 Prozent - ein erdrutschartiger Sieg der Opposition in Belgrad, Nis und anderen größeren Städten, was die serbische Machtpartei nicht minder irritierte als die westlichen Schirmherren über die jugoslawische Nachkriegsordnung. In Washington und Bonn war man stillschweigend übereingekommen, der als Lachnummer eingestuften serbischen Opposition keine Bedeutung mehr beizumessen und die Machtverhältnisse in Serbien als gegeben hinzunehmen.

Heute spricht niemand mehr vom überzeugenden Sieg des Milosevic-Lagers bei den Parlamentswahlen. Wären die Oppositionssiege in den wichtigsten Kommunen für die Machtpartei noch verkraftbar gewesen, ihre gerichtliche Annullierung war es nicht. Die von den serbischen Erben des jugoslawischen Selbstverwaltungs-Sozialismus stets mit großem Geschick ins Abseits geschickte Systemopposition hatte mit ihrem Zufallstreffer die Regimeverteidigung durcheinandergewirbelt und damit die strategische Initiative erobert. Die Erhebung gegen den »Totalitarismus«, die Serbien bislang erspart geblieben war, ist mit großer Verspätung doch noch über die Belgrader Bühne gegangen, obwohl das kommunistische Einparteiensystem längst nicht mehr präsent ist. Man feiert die Feste nun einmal, wie sie fallen.

Am »Ende der Geschichte« bedarf der Kapitalismus um so mehr der historischen und ideologischen Rechtfertigung, je mehr er den sozialen Antagonismus verschärft. Serbien ist zum Schauplatz eines ideologischen Bürgerkrieges geworden. So sieht das auch die bürgerliche Belgrader Wochenzeitung »NIN«: »Wieder haben wir an einem historischen Wendepunkt zwei einander gegenüberstehende und antagonisierte Serbien. Das eine stellt den Beginn von Demokratie und bürgerlicher Gesellschaft dar, das andere ist die letzte postkommunistische Festung in Europa. « Daß nach dem Kommunismus auch der Postkommunismus vor den Richterstuhl der Geschichte gezerrt wird, ist allein semantisch ein interessanter Vorgang: Es ist, als wollte ausgerechnet die bürgerliche Opposition die postkommunistische Situation wieder aufgehoben sehen.

Gerade weil die postkommunistische Situation aber von »Postkommunisten« hergestellt wurde, fällt die moralische Abrechnung zu spät gekommener Umstürzler mit dem Kommunismus um so unbarmherziger aus. Dabei ist auch das, was sich als das bürgerliche Serbien dünkt, keineswegs ein Kind der unbefleckten Empfängnis. Abgesehen von Vuk Draskovic, der direkt vom orthodoxen Kommunismus zur serbischen Orthodoxie konvertierte, entstammt ein großer Teil der oppositionellen Elite dem Kreis der neomarxistischen »Praxis-Philosophen«, die auf den »jungen Marx« rekurrierten und während ihrer Sommerseminare auf der Adria-Insel Koreula in bester internationaler Gesellschaft einen besonders emanzipatorischen, mehr selbstverwalteten als sozialistischen Selbstverwaltungssozialismus predigten. Darunter der Habermas-Schüler Zoran Djindjic, Chef der Demokratischen Partei (DP), Vojislaw Kostunica und Ljubomir Tadic von der Demokratischen Partei Serbiens (DPS), der ehemalige jugoslawische Präsident Dobrica Cosic und sein engster Mitarbeter Svetozar Stojanovic. Den Weg von Korcula zum Belgrader Terazija-Platz zurückgelegt haben auch die meisten Bürgerrechtler um Vesna Pesic, die im Balkan-Krieg eine defätistische Position bezogen und dem Traum von einem - nach dem monarchistischen und kommunistischen - »dritten Jugoslawien« anhingen.

Djindjic und Kostunica hingegen hingen seit Beginn der neunziger Jahre der Idee der »nationalen Emanzipation des serbischen Volkes« an - anfangs keineswegs in Opposition zu Milosevic, dessen »antibürokratische Revolution« (1989) eben dieses auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Die damals von der serbischen Führung durchgeführte Massenmobilisierung zur Lösung der »serbischen Frage« bildete den Anfang vom Ende Jugoslawiens. Vordergründig ging es damals um die Wiederherstellung der Souveränität der Republik über ihr Territorium, die durch die Existenz zweier autonomer Republiken in Serbien (Kosovo und Vojvodina), die den Status von Subjekten der Föderation hatten, in der Tat nicht mehr gegeben war. Die Stärkung des serbischen Faktors, auch gegenüber der föderalen Bürokratie, gab dem slowenischen und kroatischen Sezessionismus erst entsprechend Auftrieb.

Die strategische Konfusion der Belgrader Führung, die sich 1991 nicht zu entscheiden wußte zwischen der Verteidigung Jugoslawiens, das heißt der Abwehr der sezessionistischen Aggression und der Herstellung eines Staates für alle Serben, sollte sich - neben der westlichen Einmischung - als kriegsentscheidend erweisen. Djindjic, Kostunica, aber auch

Draskovic (»Wo ein serbisches Grab, da ist Serbien«) waren hingegen von Beginn an entschiedene Befürworter der großserbischen Option.

Während Draskovic den serbischen Geschichtsmythos - die Serben als von Gott auserwählte Verteidiger der Christenheit - ebenso bediente, wie er dem serbophoben Westen huldigte, war Djindjic auch schon mal ein entschiedener Kritiker der »Neuen Weltordnung«, in der er die Hauptursache der antiserbischen Aggression sah. Inzwischen ist der Frankfurter Schüler zum erklärten Repräsentanten des westlich-liberalen Spektrums in der Opposition geworden, der die Serben in die Gemeinschaft zivilisierter Völker zurückführen will. Kostunica vertritt hingegen das national-konservative Spektrum, das unbeirrbar den »Verrat von Dayton« anprangert.

Unerbittlich gehen die einstigen Sänger der autonomen Selbstverwaltungsrepublik auch mit Titos Jugoslawien ins Gericht, das sie als Verschwörungswerk zur Zerstörung Serbiens bezeichnen. Die von den Kommunisten betriebene Schwächung Serbiens, so Ljubomir Tadic (DPS) in einem Interview mit der »jungen Welt« (13.5. 95) habe letztlich auch zum Untergang Jugoslawiens geführt. Auch die Selbstverwaltung als »partizipatorisches Projekt« findet heute keine Gnade mehr. Wobei Tadic kaum zu widersprechen ist, wenn er feststellt: »Die Selbstverwaltung hat den jugoslawischen Staat zerstört, weil sie durch die Freisetzung partikularer Interessen zur Feudalisierung der Staatsmacht geführt hat.«

Im Grunde wird Slobodan Milosevic nämlich von den Geistern seiner »antibürokratischen Revolution« von 1989 heimgesucht, als er auf dem Amselfeld die »serbische Wiedergeburt« verkündete. »Niemand darf Euch vertreiben«, versicherte er damals den Serben, die nun in Belgrad und Nis ihr Stehvermögen unter Beweis stellen. Die diffuse, vom antijugoslawischen Ressentiment geprägte Massenbewegung ist in ihrem sozialen Kern die gleiche geblieben. So erfuhr 1989 die chauvinistische Mobilmachung massiven Widerstand nicht von den Bürgerbewegten, sondern von der serbischen Arbeiterbewegung. Zehntausende demonstrierten damals in Belgrad unter Losungen wie »Die Bürokratie will uns spalten« und: »Arbeiter aller Republiken vereinigt Euch! « Es war die letzte Willensäußerung selbstverwalteter Arbeitskollektive, die im Dauerkonflikt zwischen betrieblicher Partizipation und Managerherrschaft unterlegen waren. Daß die Arbeiterschaft wenig Neigung zeigte, sich mit der bürgerlichen und studentischen Opposition gemein zu machen, mag unterschiedliche Gründe haben. Einerseits hat die Embargoökonomie die Deklassierungstendenzen befördert und damit das gewerkschaftliche Widerstandspotential weitgehend zerstört. Andererseits dürfte die Streikabstinenz in einem tiefen Unbehagen der Industriearbeiterschaft gegenüber den monetaristischen Reformvorstellungen der oppositionellen Eliten begründet sein. Miroljub Labus, Wirtschaftsexperte und stellvertretender Vorsitzender der Demokratischen Partei, glaubt die Rezepte für den Aufschwung bereits griffbereit in der Tasche zu haben: Schnelle Privatisierung der Staatsbetriebe, Bekämpfung des grauen Marktes und Abbau der Staatsausgaben, lautet sein neuliberales Credo, dessen Realisierung noch nirgendwo den grauen Markt eliminiert und die Expansion der kriminellen Schattenwirtschaft aufgehalten hat. Dem Bannfluch der Reform würde auch das nicht auf Profiterwirtschaftung ausgerichtete »soziale Eigentum« zum Opfer fallen.

Den linksreformististischen Gegenentwurf zur monetaristischen Enteignung der Bevölkerung formulierte Mihailo Markovic in seinen Thesen zum Programm der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS). Der ehemalige Praxis-Philosoph und bis zur Unterzeichnung des Dayton-Abkommens stellvertretende SPS-Vorsitzende sieht das soziale Eigentum als Kernpunkt einer »modernen Sozialismus-Konzeption, als Gesellschaft gemischten Typs, die politischen Pluralismus und Marktwirtschaft mit ökonomischer Emanzipation und einer rationalen Koordinierung des sozialen Lebens verbindet«. Die allen modernen Gesellschaftstypen eigene makroökonomische Regulierung müsse ihre über eine reine Geld-, Kredit- und Finanzpolitik hinausgehende sozialistische Spezifik erhalten.

Gleichzeitig bezieht sich Markovic positiv auf die »nationale, demokratische und patriotische Bewegung in Serbien Ende der achtziger Jahre«, was ihn in einen scharfen Gegensatz zur Milosevic-Gattin Mirjana Markovic brachte. Die jugoslawistische Hälfte des regierenden Ehepaares und Vorsitzende der Vereinigten Jugoslawischen Linken (JUL) warf ihrem Doktorvater großserbischen Nationalismus vor, was diesen in der »Borba« zu einem Rundumschlag gegen Leute ausholen ließ, die einst »das Schwert der Kommunistischen Partei führten, dann zu den führenden Kapitalisten des Landes wurden, um in dieser Eigenschaft unbeirrbar die sozialistischen Werte zu predigen«. Ob zu Recht oder Unrecht - der von Herrn Markovic gegen Frau Markovic vorgebrachte Vorwurf prägt das Image der Präsidentengattin: Vorsitzende einer Privatisierungsagentur für die aus sozialistischen Höhen abgestürzte Jugo-Elite zu sein.

In Kroatien dagegen durfte die Transformation frei von ideologischen Zwängen über die Bühne gehen. Da wurde das Ober die Selbstverwaltungs-Kollektive realisierte gesellschaftliche Eigentum kurzerhand verstaatlicht und dann einem Privatisierungsfonds überantwortet, der unter der ausschließlichen Kontrolle der Tudjman-Partei steht. Immerhin geht es dort um die Festigung der kroatischen Staatlichkeit. Da macht es auch wenig aus, daß Tudjman sich seit mehr als einem Jahr weigert, den Sieg der Opposition bei den Kommunalwahlen in Zagreb anzuerkennen.

Gerechtigkeit für Serbien? Die netten Jungs von Belgrad brauchen sich jedenfalls nicht länger brüskiert zu fühlen. Slobodan Milosevic aber bleibt eine Karriere als marktwirtschaftlicher Reformer versagt. Mehr noch: Auch im Westen immer mehr Gehör findet die Forderung, ihn, den »kommunistischen Bluthund«, anstelle des Tschetniks und geheimen

Verbündeten der Belgrader Opposition, Radoslav Karadzic, vor das Den Haager Kriegsverbrechertribunal zu zerren. Allein die bosnischen Medien lassen Milosevid Gerechtigkeit widerfahren - weil ihnen nichts suspekter scheint als »gute Serben«. So schreibt die »Nova Bosna«: »Wenn man die Bilder aus Belgrad sieht, wissen alle, was sich in den besoffenen und vernebelten Köpfen der Serben abspielt, und es fallen einem nur die Worte ein: verrückt, unverfroren, blutrünstig, kriminell, wild, gewalttätig.«

Konkret 02/97, S. 36

Thomas W. Klein

Waffenbrüderschaften

Noch kein UN-Waffenembargo ist so systematisch gebrochen worden wie das gegen die kriegführenden Parteien im ehemaligen Jugoslawien. Mit tätiger Unterstützung der Deutschen

Im August 1996 deckt »Monitor« auf, daß ein BND-Mitarbeiter bei illegalen Waffenlieferungen während des Kriegs auf dem Balkan mitgewirkt hat. Die für das ARD-Magazin durchgeführten Recherchen bringen zwar interessante Details ans Tageslicht, aber die zentrale Information - deutsche Stellen haben sich bei dem Bruch des UN-Waffenembargos beteiligt - ist bisher kaum Gegenstand öffentlicher Debatten. Vor dem Hintergrund der Entscheidung zur deutschen Beteiligung am Ifor-Nachfolgemandat in Bosnien muß es verwundern, daß diesem Thema bisher keine ausführliche Betrachtung zuteil geworden ist. Immerhin offenbart ein genaues Hinsehen eine beachtliche Dimension illegaler Aufrüstung und offensichtlich bestehende Rückendeckung durch höchste Stellen. Das Argument: Deutschland hat lange nur zugeschaut und muß endlich »eingreifen«, ist nachweislich falsch. Aber Verdrehungen der Tatsachen auf dem Weg in eine angebliche »Normalität« sind ständiger Bestandteil der sog. »Bosnien-Debatte«.

Im Oktober 1991 entführt ein kroatischer Ingenieur aus Serbien ein Kampfflugzeug vom Typ MiG-21. Während ein UN-Waffenembargo über Ex-Jugoslawien besteht und die Lieferung jeglicher Waffen untersagt ist, kommen zu dieser einen MiG-21 sehr schnell weitere hinzu. Vier Jahre später, im Sommer 1995, beginnt Kroatien seinen Blitzkrieg in der Krajina: hochgerüstet und mit einer schlagkräftigen Luftwaffe. Zu der einen Mig-21 sind etwa vierzig Transport- und Kampfhubschrauber und rund zwanzig weitere MiG-21 hinzugekommen. In dem »Monitor«-Bericht vom August 1995 sind MiG-21 Flugzeuge auf dem kroatischen Flugplatz Zagreb-Pleso zu sehen. Die Filmaufnahmen zeigen technische Einzelheiten am Rumpf und im Cockpit, die ehemalige Wartungstechniker der Nationalen Volksarmee (NVA) als spezifisch deutsche, nur an NVA-Flugzeugen zu findende Modifikationen identifizieren.

Dagegen ist nach Angaben der Hardthöhe der Verbleib »der 41 von der Nationalen Volksarmee ... der DDR übernommenen Maschinen dieses Typs ... buchhalterisch« geklärt, die kroatische Luftwaffe hat danach keine Flugzeuge aus ehemaligen NVA-Beständen erhalten. Fest steht: Es ist bis heute weder »buchhalterisch« noch faktisch geklärt, wie Kroatien während des Waffenembargos in den Besitz so vieler Kampfflugzeuge kommen konnte. Und daß Spezialisten des ehemaligen NVA-Jagdgeschwaders acht technische Details wiedererkennen, die eindeutig auf NVA-Herkunft schließen lassen, läßt erhebliche Zweifel an dem Wahrheitsgehalt der Dementis aus Bonn aufkommen.

Auch bei anderen auf dem Balkan eingesetzten Waffen stellt sich die Frage nach deren Herkunft. Nach Ausbruch des Krieges auf dem Balkan ist schon bald sehr viel Kriegsgerät aus ganz Europa und aus Obersee dabei. »Es ist klar, daß das Waffenembargo nicht funktioniert. Waffen kommen aus vielen verschiedenen Gebieten«, stellt bereits im Herbst 1991 der UN-Sonderbeauftragte Cyrus Vance fest.

Ab 1991 häufen sich Meldungen von Waffenlieferungen, die offiziell nicht bestätigt werden, aber oftmals gut belegbar sind. Von den beteiligten Seiten nicht einmal abgestritten wurden die Waffenlieferungen der Christenmilizen Libanons. Umfangreiches Kriegsmaterial ist nach Angaben libanesischer Sicherheitskräfte über Südafrika und Deutschland (ausdrücklich genannt wird Frankfurt am Main) nach Slowenien und Kroatien gegangen. Deutschland und Südafrika sind nicht nur nach Angaben der libanesischen Sicherheitskräfte bei der Verschiebung von Waffen von zentraler Bedeutung: Als im August 1991 in Zagreb ein Flugzeug aus Uganda landet, hat es fast 20 Tonnen Waffen aus Südafrika an Bord. Ein im Flugzeug befindlicher Emigrant hat nach eigenen Angaben zusammen mit Österreichern und Deutschen den Kauf organisiert.

Grundsätzlich gilt bei dem Krieg auf dem Balkan: Es ist bisher wohl noch kein UN-Waffenembargo von den führenden Rüstungsexportländern so wenig befolgt worden wie dieses. Alle Kriegsparteien haben trotz Embargo aus dem Ausland Waffenlieferungen in großem Ausmaß erhalten und Deutschland hat nach den vorliegenden Informationen zumindest bei der Aufrüstung Kroatiens eine führende Rolle gespielt. Der renommierte Friedensforscher Johann Galtung spricht davon, daß 75 Prozent der serbischen Waffen aus Rußland und 75 Prozent der kroatischen Waffen aus Deutschland und Österreich stammen. Bei diesen Zahlen handelt es sich zwar nur um eine grobe Schätzung, von Bedeutung ist aber die Grundaussage, die mit den Beobachtungen von Menschen vor Ort und den vorliegenden Informationen übereinstimmt: Kroatien ist in den zurückliegenden Jahren in den Besitz von modernstem Kriegsgerät und Großwaffen gelangt, die zu einem großen Teil deutschen Ursprungs sind. Nach einer Statistik, die bereits 1994 im »Spiegel« erschienen ist und sich auf die Recherchen der Militärexperten von der britischen »Jane's Information Group« stützt, wird das deutlich. Von den trotz UN-Embargo durchgeführten Waffenlieferungen nach Kroatien im Zeitraum April 1992 bis April 1994 entfällt danach fast die Hälfte auf Deutschland. Insgesamt hat allein in diesem Zeitraum Kroatien Waffen im Wert von 660 Millionen Dollar erhalten, davon aus Deutschland Waffen im Wert von 320 Millionen Dollar. Die nächstgrößeren Posten betragen 90 und 61 Millionen Dollar und entfallen auf die Schweiz und Österreich. Nach Serbien sind laut »Jane's« aus Deutschland keine

Waffenlieferungen erfolgt. Bei dieser Kriegspartei entfallen auf die GUS-Länder 360 Millionen, die Slowakei 100 Millionen und China 10 Millionen Dollar. Der bosnisch-muslimischen Seite sind bei der vergleichsweise geringen Gesamtsumme von 162 Millionen Dollar aus Deutschland Waffen im Wert von 10 Millionen Dollar geliefert worden. Hier machen Saudi-Arabien mit 35 Millionen und nicht weiter aufgeschlüsselte, »andere« Länder (dazu gehören u.a. die Türkei und der Iran) mit 54 Millionen Dollar das Gros aus).

Die relativ kleine Summe auf der bosnisch-muslimischen Seite steigt im Lauf der nächsten Jahre rapide an. Parallel zu der enormen Aufrüstung Kroatiens mit deutschen Waffen, kommt es auf Druck der USA zu einer Zusammenarbeit zwischen Kroaten und muslimischen Bosniaken, die eine feste Grundlage erhält: Im März 1994 wird die muslimisch-kroatische Föderation in Bosnien ausgerufen und spätestens seit diesem Zeitpunkt ist ebenfalls eine erhebliche Zunahme an Waffenlieferungen an die bosnisch-muslimische Seite zu verzeichnen. Zuvor haben die Transportwege die massive Aufrüstung dieser Kriegspartei schwierig gemacht. Ein Beispiel: Der kroatische Hafen von Rijeka gilt als zentrale Anlaufstelle unzähliger Waffenlieferungen, u.a. der Lieferung von Panzern im Dezember 1991, der Lieferung von Nachtsichtgeräten für Scharfschützen, Ferngläsern, großer Mengen Munition und anderem Kriegsgerät im Januar 1992, oder auch der Lieferung von leichten Waffen im März 1992. Die im März eingetroffenen Waffen werden über Sibenik nach Bosnien weitertransportiert. Doch daß vom kroatischen Rijeka Waffen weiter an die bosnisch-muslimische Seite geliefert werden, ist zu jener Zeit eher selten. Eine Vielzahl der für diese Kriegspartei bestimmten Waffen wird zu Beginn des Kriegs von Kroaten konfisziert. Ein Mittelsmann, der für die bosnische Seite Waffen besorgt hat, bestätigt, daß Geld und Kanäle vorhanden seien und das einzige Problem der Transport sei. So ist es nicht verwunderlich, daß zu dieser Zeit der bosnische Präsident Izetbegovic sich mehrfach bei Kroatiens Präsident Tudjman darüber beschwert, daß kroatische Truppen sich »seinen« Nachschub an Waffen einverleiben.

Doch seit Frühjahr 1994 sind die Sammlungen in vielen islamischen Ländern von sog. »Komitees für die heimgesuchten Brüder in Bosnien-Herzegowina«, so der saudische König Fahd, die mit mehreren hundert Millionen Mark eine beachtliche Summe zusammenbringen, nicht länger unbeabsichtigte Aufrüstungshilfen für kroatische Truppen, sondern dienen Waffenkäufen, die ihr Ziel auch tatsächlich erreichen. Der britische Militärexperte Paul Beaver geht davon aus, »daß seit Bestehen der moslemisch-kroatischen Föderation der Waffenschmuggel insbesondere zugunsten der moslemischen Kriegsseite stark zugenommen hat«. Nach seinen Angaben sind bei dieser Kriegspartei große Mengen modernes US-amerikanisches Kriegsgerät, u.a. Stinger-Raketen, Nachtsichtgeräte, 20.000 Sturmgewehre, Granaten und Mörser eingetroffen. Das Geld für die Waffenkäufe stammt aus dem Iran, Saudi-Arabien, der Türkei und anderen islamischen Staaten. Außerdem erklärt Beaver, »die Finanzhilfen ermöglichten es der bosnischen Regierung auch, in der Türkei und in Deutschland Militärberater anzuwerben«.

Was Deutschland für Kroatien, sind ganz offensichtlich der Iran und die Türkei für Bosnien gewesen. Schon zu Beginn des Konflikts hat Izetbegovic sich diesbezüglich unmißverständlich geäußert: »Wenn Deutschland das Recht hat, sich um Jugoslawien zu sorgen - warum nicht auch der Iran? «, und die Türkei hat von sich aus zu einem frühen Zeitpunkt erklärt, bei einem Scheitern diplomatischer Bemühungen »das Selbstverteidigungsrecht von Bosnien zu unterstützen«, womit ausdrücklich Waffenlieferungen gemeint gewesen sind. Der Iran und die Türkei spielen dann tatsächlich die herausragende Rolle bei der Aufrüstung der »Glaubensbrüder in Bosnien«. Mit Duldung der USA erfolgen ab Ende 1994 massive iranische Waffenlieferungen, die »Hunderte von Tonnen« Waffen umfassen und, wie die »Washington Post« im April 1995 berichtet, die muslimische Regierung in die Lage versetzt, das militärische Gleichgewicht mit den bosnischen Serben zu erlangen. Dem Bild der Moslems als wehrlose Opfer, wie es sich in der deutschen Öffentlichkeit auch nach der Verschiebung der Kräfteverhältnisse noch lange gehalten hat, widerspricht US-General Boyd, der im European Command tätig war, in der »International Herald Tribune« vom 10. August 1995: »Es ist eine bemerkenswerte Leistung der bosnischen Diplomatie, daß die Moslems das militärische Gleichgewicht zu dem Serben erreicht haben und dennoch ihr Image als unglückliches Opfer aufrechterhalten konnten. Serbische Exzesse sind wohlbekannt und gut dokumentiert. Weniger bekannt ist die Tatsache, daß die serbische Bevölkerung in Bosnien nur noch auf der Hälfte der Vorkriegshöhe sein dürfte. Aber ethnische Säuberungen werden nur dann verdammt, wenn sie von Serben begangen werden.«

Und was bei Kroatien ab 1991 zu beobachten ist und nicht ohne Wohlwollen und Anerkennung auch in der deutschen Öffentlichkeit und in der Presse zur Kenntnis genommen wird - »es stehen 100.000 Soldaten bereit, die nach westlichen Profi-Maßstäben ausgerüstet sind« (»Stern« 34/95) - das gilt spätestens seit Herbst 1994 auch für die bosnisch-muslimische Kriegspartei; oder, um es in den Worten des bosnischen Botschafters in Washington, Sven Alkalaj, zu sagen: Illegale Aufrüstung? Kein Problem! »Es ist nicht schwierig, Waffen zu besorgen«, Waffenhändler, »die Zugang zu allen gewünschten Rüstungssystemen« haben, gibt es genug. Das aber heißt nichts anderes, als daß höchste staatliche Stellen ihre Finger mit im Spiel haben *müssen.*

Von offizieller Seite werden Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet natürlich dementiert - Dementis, deren Wahrheitsgehalt schwer zu überprüfen ist und die ohne Wert sind: Wieso sollten Waffenlieferanten oder deren Hintermänner zugeben, bestehendes Völkerrecht gebrochen zu haben? In den Debatten um den Krieg auf den Balkan hat es andererseits an eindeutigen Stellungnahmen und Aufrufen, das Waffenembargo zu mißachten, nicht gefehlt. »Bosnier und Kroaten

brauchen von uns jetzt dringend Waffenhilfe zur Selbstverteidigung gegen die Mörderbande der Serben. Das sollte die Bundesregierung ernsthaft prüfen«, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang von Geldern Anfang August 1992 gegenüber der »Bild«-Zeitung. Sein Parteikollege Heinrich Lummer schlägt im selben Blatt vor, aus Ex-NVA-Beständen Panzer- und Luftabwehrwaffen zu liefern, und der CSU-Abgeordnete Klaus Rose äußert: »Hier sollte man wirklich über Waffenlieferungen nachdenken.«

Unabhängig davon, inwieweit das Embargo ungerechte militärische Bedingungen geschaffen bzw. diese zu erhalten versucht hat und Interventionswünsche die Folge sind, ist hier eine bemerkenswerte Geisteshaltung zu verzeichnen: Während geltendes Völkerrecht Waffenlieferungen auf den Balkan verbietet, rufen CDU/CSU-Parlamentarier die Bundesregierung dazu auf, internationales Recht zu brechen und Kriegsparteien aufzurüsten.

Die dann tatsächlich so umfangreich erfolgten Waffenlieferungen sind natürlich nicht direkt über offizielle Kanäle erfolgt, aber etwas darf dabei nicht aus den Augen verloren werden: Der zu verzeichnende massenhafte, von vielen Ländern begangene Bruch des Waffenembargos ist ohne die Duldung und Rückendeckung staatlicher Stellen und internationaler Organisationen, wie z.B. der Nato, gar nicht denkbar. Das Beispiel Kroatien macht das deutlich: Innerhalb kürzester Zeit verfügt dieses Land über eine derartige Fülle von modernen Waffen und sogar über Großwaffen wie MiG-21-Flugzeuge oder - wie 1992 einer Meldung der »International Herald Tribune« zu entnehmen ist - deutsche Leopard-Kampfpanzer, daß es sich unmöglich nur um den Schmuggel einiger kleiner Waffendealer gehandelt haben kann. Hier ist eine gezielte Aufrüstung bestimmter Kriegsparteien erfolgt, die am Ende des Krieges nicht mal mehr auf Umwegen und unter großer Geheimhaltung erfolgt ist: »Um ein militärisches Gleichgewicht in Bosnien-Herzegowina herzustellen, liefern westliche Staaten jetzt der mehrheitlich moslemischen Regierungsarmee insgeheim Waffen. Über diese verdeckte Aktion ist ein Streit zwischen den UN und der Nato ausgebrochen. Offiziere der Unprofor bezeugen, daß mehrmals bislang unidentifizierte Transportmaschinen des Typs Herkules auf dem Flughafen von Tuzla gelandet seien oder diesen Flughafen in geringer Höhe überflogen hätten. Zum Teil seien die Transporter von Jagdflugzeugen eskortiert worden. Regierungssoldaten verweigerten den Blauhelmen einen näheren Augenschein.« (»FR«, 11.3.95). Hier hat offenkundig die Türkei den Worten (vieler islamischer Länder) Taten folgen lassen. Daß es sich hier um Waffenlieferungen aus der Türkei handelt, liegt auf der Hand: Die Türkei hat von Anfang an darauf gedrängt, das Waffenembargo gegen Bosnien aufzuheben. Das Eskortieren der Transportflugzeuge durch Nato-Jagdflugzeuge - andere kommen dafür gar nicht in Frage - ist ein Indiz, das eindeutiger nicht sein kann. Diese Aktion setzt außerdem das Wissen und Einverständnis weiterer Nato-Partner voraus.

Auch hierzu gibt es Stellungnahmen, die passende Mosaiksteinchen zum Gesamtbild sind. Bereits im August 1992 empfehlen CSU-Parlamentarier, der Türkei den Bruch des Waffenembargos zu gestatten. Bayerns Sozialminister Gebhard Glück bringt es auf den Punkt: Der Türkei müsse erlaubt werden, Waffen nach Bosnien zu liefern. Es sei »zweckmäßig«, eine solche Unterstützung der Muslime »nicht zu unterbinden«. Nachdem die kroatische Seite »erfolgreich« aufgerüstet worden ist und ihre Kriegsziele erreicht hat, droht vier Jahre nach Ausbruch des Kriegs die muslimische Kriegspartei zwischen den Serben und Kroaten aufgerieben zu werden. Das auf Druck der USA zustande gekommene Bündnis zwischen Kroaten und Muslimen sowie die massive Aufrüstung auch dieser Kriegspartei sind für die Nato zu dem Zeitpunkt »zweckmäßig«. Inzwischen wird der Bruch des Embargos bzw. das Wegschauen sogar hochoffiziell (durch den US-Vermittler Holbrooke) zugegeben. Holbrooke achtet dabei immerhin noch darauf, nicht Nato-Partner bloßzustellen, sondern den ohnehin durch die USA geächteten Iran der Waffenlieferungen zu bezichtigen: » ... (es) wußte jeder, daß Waffen durchkamen. Und wären sie nicht durchgekommen, hätte es Dayton nicht gegeben. Also war die Politik richtig. Aber wenn man heute auf die Details schaut, sind sie - wie Bismarck einst von der Wurstherstellung und der Gesetzgebung sagte - kein schöner Anblick« (»FR«, 14.6.96).

Ein Detail, das für die Bundesregierung vermutlich »keinen schönen Anblick« bedeutet, ist beim Beispiel Bosnien sicher weniger der wiederholt geforderte Bruch des Völkerrechts durch hochrangige Parteimitglieder der Union, sondern vielmehr die Tatsache, daß die Türkei mit ihren ab 1991 aus ehemaligen NVA-Beständen erhaltenen Waffen eigenwillige und dubiose Wege der Waffenhilfe für Verbündete beschreitet. Die Art, in der die Bundesregierung in einer »Waffen für die Welt«-Aktion den Nachlaß der NVA verschenkt und verkauft hat, konnte nicht ohne entsprechende Konsequenzen bleiben. Daß ehemalige NVA-Waffen auf vielen Kriegsschauplätzen der Welt inzwischen Verwendung finden, wird von der Bundesregierung abgestritten. Tatsächlich ist aber ein Waffenkarussell in Gang gesetzt worden, das so funktioniert: Die ungeheure Masse der verschenkten Waffen gerade an die Türkei (z.B. über 250.000 Kalaschnikow-Maschinenpistolen, über 1,5 Millionen Stück Munition usw.) versetzt diesen Nato-Partner in die Lage, ebenfalls großzügige Waffengeschenke zu machen. Die Meldung, daß z.B. von den so reichlich verschenkten Maschinenpistolen einige weiter nach Aserbaidschan geliefert worden sind, ist von der Türkei nicht einmal dementiert worden.

So wirft der Krieg auf dem Balkan einige interessante Fragen auf und die genauere Betrachtung läßt auf Vorgänge schließen, die bisher in der öffentlichen Auseinandersetzung weitgehend ausgeblendet bleiben. Der Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom z.B. kommt zu einem eindeutigen Resümee: Es würde viel Platz in Anspruch nehmen, »wollte man alle nachrichtendienstlichen Aktivitäten aus Pullach zur Verschärfung des Sezessionskrieges in Ex-Jugoslawien und anschließend zum Ausbau der geheimdienstlichen Einflußzone auf dem Balkan auch nur annähernd darstellen.

Festzuhalten bleibt, daß die Mehrzahl der von Kroatien importierten Rüstungsgüter deutschen Ursprungs ist und unter den Bedingungen eines Uno-Embargos ohne die geheimdienstliche Unterstützung durch den BND nicht ins Land gelangt wäre. Ob es sich um Waffen der ehemaligen NVA, von MBB entwickelte Panzerabwehrwaffen des Typs Armbrust aus Singapur, Schnellfeuerwaffen von Heckler und Koch (oder) um die >Abrüstungsmasse< der christlichen Milizen im Libanon ... handelt - der Bundesnachrichtendienst hat, was Kroatien betrifft, den größten Anteil an der Aushöhlung der Beschlüsse der Vereinten Nationen.«

Konkret 02/97, S. 39

Georg Fülberth

In diesem Sinne - Das wahre Wort

Kaum hatten Frau Lengsfeld und Frau Barbe mitgeteilt, sie wollten sich künftig nicht mehr von den »Grünen« bzw. der SPD ernähren, sondern von der CDU, war der Fall auch schon zu Ende kommentiert. Die Glossen lagen offensichtlich in den Schubladen der Redaktionen und Partei-Pressestellen bereit wie sonst nur die Nachrufe auf Ernst Jünger.

Alle Stellungnahmen enthielten ein hohes Maß an subjektiver Wahrheit: von der erleichterten Betroffenheit Joseph Fischers über die Genugtuung des Pastors Hintze bis zur fröhlichen Häme des PDS-Sprechers Harnisch. Doch die finale Erklärung, nämlich die Deutung aus objektiv-wissenschaftlicher, fast könnte man sagen: aus politologischer Sicht, kam von der Verursacherin selbst. Frau Lengsfeld wies darauf hin, ihr Gang zur CDU liege »in der Logik der Demokratiebewegung der DDR«.

Dies ist das Tiefste und Klarste, was in der Angelegenheit gesprochen werden konnte. Die Deutsche Revolution hatte die Wiederherstellung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse in der DDR zum Inhalt. Keine Partei ist dafür jemals effektiver eingetreten als die Christlich-Demokratische Union. Zwar sollen die Verdienste derer, die in Tarnorganisationen (z.B. in der SPD) mitgeholfen haben, nicht geschmälert werden. Doch die »Logik der Demokratiebewegung«, die Unruhe in der Uhr der Deutschen Einheit, war in der CDU. Dorthin wird jetzt heimgekommen.

Auch eine philologische Frage half uns Frau Lengsfeld beantworten. Sie lautet: Wie übersetzt man eigentlich »BürgerrechtlerIn« ins Französische? Dies wollte die Presse in Paris wissen, als Bohley, Schorlemmer und Herzog dort jüngst zu Gast waren. Die Schwierigkeit liegt nicht beim feministischen I. Zur Not hätte da ein Wort mit »-eNne« oder »-sE« geholfen. Doch was ist »Bürger« ? Citoyen ? Bourgeois?

Frau Lengsfeld klärt. Die Wiederherstellung des Kapitalismus bringt dem davon gesegneten Landstrich eine allseits beliebte Klasse wieder. »Membre du mouvement pour les droits de la bourgeoisie«. So muß es wohl gehen. Auch ohne »-eNne« und »-sE«.

Noch einmal bewährte sich der gute ML-Unterrricht, den frau einst in der Hölle genoß. Französisch lernt man schnell, auf dem Gymnasium oder in der Freien Waldorfschule. Gesamtschule ist PDS oder SPD, also totalitär.

Konkret 02/97, S. 39

Boris Gröndahl

In diesem Sinne - Schade

Zu den vielen Winston Churchill zugeschriebenen Bonmots über Kommunisten gehört der Satz, sie könnten nicht mit Geld umgehen. Da diese Behauptung vermutlich auf die regierende Sorte Kommunisten gemünzt war, taugt die österreichische Sorte Kommunisten kaum als Gegenbeweis - obwohl die KPÖ nach einem Mitte Dezember ergangenen Urteil des Berliner Verwaltungsgerichtes vorläufig wieder ein Pro-Kopf-Vermögen besitzt, bei dem man eher an das Sultanat Brunei denkt als an eine Agentur zur Abschaffung des Kapitalismus.

Die Fakten sind in KONKRET 7/93 geschildert worden: Durch die weltpolitische Ausnahmesituation Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg geriet die KPÖ in die lukrative Rolle eines Brokers im Ost- West-Handel. Nach dem von einer ihrer Firmen in der DDR angehäuften Vermögen (etwa eine halbe Milliarde Mark) streckte die deutsche Treuhandanstalt ihre Finger aus - und bekam nun erst mal etwas drauf, auf die Finger. So sehr man freilich der Treuhandanstalt jeden Rückschlag gönnt, so fraglich ist es, ob man der KPÖ diesen Sieg wünschen sollte.

Die KPÖ hat bewiesen, daß sie mit Geld umgehen und zugleich, daß sie damit nichts anfangen kann. Die Extraprofite, die die Partei aufgrund ihrer monopolähnlichen Stellung einstrich, steckte die Splitterpartei in die größte Parteizentrale Österreichs, in eine Tageszeitung, die niemand las, in Flugblätter, die niemand verteilte, und in Wahlkämpfe (»KPÖ - Immer Für Österreich!«), die niemand überzeugten.

Jede KP hätte das so gemacht. Regierende Kommunisten warfen die Erträge ihrer Nationalökonomien, die DKP das Geld der SED, K-Gruppen ihre Mitgliedsgroschen für ähnliche Projekte zum Fenster hinaus. Projekte, deren einziger Zweck darin bestand, ihren Nutznießern durch die Übererfüllung der Symbolik ihrer Feinde in Staat und Industrie eine Bedeutung vorzugaukeln, die sie nicht hatten.

Leider muß man angesichts der aktuellen Politik der KPÖ davon ausgehen, daß sie weiter gutes Geld schlechtem hinterherwerfen würde, wenn sie wieder über ihre Konten verfügen könnte. Ihren Prozeßgegner, die deutschen DDR-Abwicklungsorgane, vor Augen, zögert man dennoch, ihr die politisch vielleicht produktivere Niederlage zu wünschen. Wünschen würde man statt dessen, daß die Partei ihre Unfähigkeit, mit dem Geld etwas Eigenes anzufangen, akzeptierte, sich ihrer Fähigkeit, mit Geld umzugehen, besänne, und sich hinfort lediglich der kapitalistischen - und im übrigen sehr österreichischen - Übung des Sponsorings widmete. An bedürftigen Projekten ohne KP-typischen Größenwahn dürfte international kein Mangel sein.

Konkret 02/97, S. 39

Kay Sokolowsky

In diesem Sinne - You MUST Love Me

Zwei Naturgesetze regeln Hollywood. War's ein Erfolg, kopier es; und: Kein Mensch mag Filme mit Madonna sehen. Das eine Gesetz gegen das andere ausspielen wollten die Firma UIP und der Regisseur Alan Parker, als sie sich an die Verfilmung des Musicals »Evita« machten. Aber so wenig einer die Schwerkraft überwindet, indem er auf die Entropie vertraut, so verloren dürften die ca. 120 Millionen Dollar sein, die Produktion und PR des Streifens auffraßen. Einen Madonna-Film besuchen, das hat immer bedeutet: Dem sturen, sch weißfeuchten Versuch dieser Frau beizuwohnen, das, was Gott ihr nicht geben mochte: Talent, Präsenz und Erotik, mit aller Gewalt zu erzwingen. Wohl, Alan Parker läßt Ms. Ciccone besser aussehen denn je, aber deshalb sieht sie noch lange nicht gut aus. Gewiß, sie muß nicht viel reden, es wird ja nonstop gesungen, aber nicht mal mit den rund zweitausend Streichern, die das Filmorchester aufbietet, kommt auch nur die Spur von Seele in ihre Robotstimme.

Die US-Presse hat »Evita« in Stücke gerissen, die deutsche sich schier überschlagen: »strotzt vor Kraft« (»Spiegel«), »wunderbar« (»Hamburger Morgenpost«), »ein sehr gelungener Film« (» Taz«), »Go and see it!« (»Bild«), mehrseitige Fotostrecken in »Stern« und »Zeit-Magazin«. Als Reservate der Vernunft erwiesen sich ausgerechnet »TV-Spielfilm« (»plakativ-platt«) und die »FA Z« (»eine Qual«). Was in den USA nur mehr ennuyiert, die Verkleidung Madonnas als Filmstar - hier zieht es immer noch und macht zumal das liberale Feuilleton mit Begeisterung glauben, »Evita« sei das Ereignis, das UIP verspricht, und nicht der Schmarren, zu dem unweigerlich jeder Film wird, in dem Madonna erscheint. Das darf nicht sehr wundern in der Heimat von Katja Riemann.

Und vielleicht ist es auch schon normal, daß ein Stück, das Hektoliter von Glamour über die Heilige des Peronismus a ausgießt, das Che Guevara als ihren Liebhaber präsentiert, das Diktatur und Folter einschrumpft auf »temperamentvolle Polizeieinsätze« (Mariam Niroumand, in dem nie vergeblichen Bemühen, degoutanter als ihr Thema zu sein) - daß solch ein Paradestück von Verklärung eines faschistischen Regimes hierzulande genauso romantisch wahrgenommen wird, wie es daherkommt. Cordt Schnibben, »Spiegel« (4 Seiten): »Eine schöne große Oper über Pop und Politik«. Niroumand, »Taz« (2 Seiten): »Strahlend, pompös, elegant, wie es sein muß«. Doch es bleibt, in »Bild«, der einmaligen Dana Horáková vorbehalten, in zwei Sätzen zu sagen, worauf die Riesen-Riemen ihrer Kollegen hinauswollen: »Am besten, Sie vergessen, was Sie über ... Evita Perón, Argentinien und Politik VORHER gehört haben und wissen. Lassen Sie sich berauschen.«

Konkret 02/97, S. 40

Kunst & Gewerbe

Blaue Ruine

Zweimal bunt, einmal blau, was soll man sagen? Der »Spiegel« hat ein neues Outfit, die »Tagesschau« ein neues Design, die »Wochenpost« ein radikales Face-Lifting hinter sich. Die Gemeinsamkeiten: Alles wurde zu Neujahr eingeführt. Zur Kommentierung böte sich an, die Yuppie-Phrasen der PR-Meldungen zu monieren, Printdesign, Corporate identity, Outfit undsoweiter, aber das ist abgedroschen und zeugte von Ressentiments gegen die westliche Zivilisation, und in Wirklichkeit hat auch nur die ARD Leute aufgeboten, die, ohne mit der Wimper zu zucken, öffentlich behaupten, das »Erscheinungsbild« folge einer »Devise«. Absicht und Ergebnis vergleichen? Bei der »Wochenpost« geht das nicht, die sieht jetzt aus wie die »Woche«, deren achtseitiges Anhängsel sie nun ist, sehr bunt und mit viel PDS, weil Chefredakteur Bissinger schon immer für demokratischen Sozialismus war und die Ost-Abonnenten halten will; doch darüber, daß die »Wochenpost« fortan aussehe wie die »Woche«, ist nie ein Wort verloren worden, man kann also bezüglich des Layouts Idee und Resultat nicht vergleichen. Aber beim »Spiegel«: Die trotz neuerdings durchgängiger Vierfarbgestaltung versprochenen Schwarzweißfotos gibt es nur noch, wenn das Archiv die Motive in Couleur nicht hergibt: der frühe Mielke, Brandt in Norwegen, Schokoladenschachteln aus den Dreißigern. Außerdem wirkt der »Spiegel« jetzt überfüllt, weniger gediegen, aber vielleicht auch weniger autoritär. Und, das Wichtigste vielleicht: Die Seitenränder sind kleiner geworden.

Die »Tagesschau« aber ist ruiniert. Voreiliger Traditionsverrat, die Ruine nimmt den Untergang der Öffentlich-Rechtlichen vorweg. Früher gab es eine falsche, aber klar konturierte Weltkarte, die aussah, als hatte sie der davorsitzende Sprecher vor der Sendung persönlich zurechtgeschnitten, Nordamerika verschwand im Minutentakt zugunsten der eingeblendeten Fotos, tauchte dann aber stets zuverlässig links oben wieder auf. Das neue Konzept kommt zu früh und ist miserabel umgesetzt: Vergeblich auf die weitläufig coole Kommandozentralenatmosphäre von Sci-Fi-Raumschiffen anspielend, zwingt die bombastisch dominierende blau-unruhige Rückwand dem ganzen Ambiente die Anmutung auf, die Redaktion habe sich zur Notsendung im beengten Nato-Befehlsbunker getroffen. Stimmig ist daran nur noch, daß die Erde weit weg scheint, aber das wiederum tut dem Vertrauen in die Seriösität der Nachrichten Abbruch, überdies klaut das Techno-Ensemble dem Sprechpersonal jene Souveränität, welche vormals die Boten wichtiger machte als die Botschaft. Nie wieder werden Nachrichtensprecher Stars sein, eher wird der Verdacht aufkommen, Aliens hätten ein heimeliges Zuhause und Spaß am Manipulieren der Deutschen entdeckt. Ansonsten machen alle, was sie immer gemacht haben: Der »Spiegel« produziert Nachrichten, die »Tagesschau« verkündet sie. Und die »Woche« macht Woche für Woche schöne bunte Collagen daraus.

Ralf Schröder

Blauer Dunst

Nein, diese Cigarettenindustrie! Kaum daß aus Amerika von drastischen Schadensersatzurteilen in Sachen Lungenkrebs kolportiert wird, kaum daß auch hierzulande eine Handvoll unterbeschäftigter Parlamentarier in voller Überzeugung der eigenen Rechtschaffenheit eine fraktionsübergreifende Gesetzesinitiative bastelt, die unter anderem vierstellige Strafzahlungen für unsachgemäßes Rauchen an unerlaubten Orten vorsieht, geraten auch schon die hohen Tabakfunktionäre ins Rotieren; der Verband der Cigarettenindustrie, der sich selbst mit »C« schreibt und seinen Sitz mehr oder weniger zufällig in Bad Godesberg hat, tritt in Aktion. Die PR-Maschine wird angeschmissen, eine Agentur beauftragt, ein Konzept erstellt: Toleranz? Geht nicht, hatten wir schon mal, von wegen Raucher sind tolerantere Menschen usw., abgefrühstückt. Wie wär's mit Jugend? Jugend macht sich immer gut in der Werbung. Jugend, Gesundheit und Rauchen! Natürlich können wir nicht mit rauchenden Jugendlichen werben, da wird uns in nullkommanichts ein Strick draus gedreht. Viel besser noch, wir werben dagegen, daß Jugendliche rauchen, scheißegal, Hauptsache, der suggestive Subtext stimmt. Zusätzlich gibt's die volle Nimbuspunktzahl für Hochanständigkeit und Verantwortungsbewußtsein.

Bingo! So oder ähnlich müssen Kampagnen zustandekommen wie diejenige, die gegenwärtig in fünf großen Städten Plakatwände blockiert hält. Unter dem spiralnebeligen Logo und Motto »cool kids can wait« bekennen ausgesucht trantütige, gleichwohl neuzeitlich gewandete Teenager Dinge wie »Was heißt hier ich darf noch nicht? Ich will noch nicht rauchen. So einfach ist das.« Bzw.: »Ich suche mir meine Freunde nicht danach aus, ob sie rauchen oder nicht. Und ich will auch nicht danach ausgesucht werden.« Eher kryptisch das dritte der drei Motive: »Sagt der >Ey, warum rauchst'n nicht?< Sag ich > Ey, warum ziehst'n Dir nicht 'ne Decke über den Kopf? <«

Hiermit soll offenbar irgendwie einleuchten, daß Rauchen prinzipiell etwas Geiles sei, das man sich in Anlehnung an den Slogan »true love waits« besser noch eine Weile aufspare. Vorsichtshalber sind aber Typographic und Layout so ranschmeißerisch bieder bzw. anbiedernd jugendhaft gehalten, daß sie schnurstracks aus dem Hause Seehofer, eher noch

Nolte, hätten stammen können. Damit dürfte in puncto totaler Wirkungslosigkeit (den sich vielleicht tatsächlich einstellenden positiven Imageeffekt ausgenommen) wohl nichts mehr schiefgehen.

Holm Friebe

Gegen den Strom

Rudi Dutschke war »der Gedanke zuwider, daß Deutsche gegen Deutsche kämpfen könnten«, schreibt Gretchen Dutschke in ihrem Buch *Wir hatten ein barbarisch schönes Leben* Kiepenheuer & Witsch). Damit Deutsche niemals gegen Deutsche kämpfen müssen, hat Dutschke für Deutschland gekämpft, leidenschaftlich, viele Jahre lang. Gretchen Dutschke behauptet nicht, daß Rudi Dutschke ein Nationalist war. »Und doch«, mit diesem Satz beschließt sie feierlich ihr Werk, »hat Rudi so viele Jahre leidenschaftlich gegen den Strom für dieses Deutschland gekämpft und den Widerstand nie aufgegeben.«

Gegen den Strom, sollte man annehmen, hat eigentlich nur die Antiatomkraftbewegung gekämpft. Aber zu ihr zählte ja auch Rudi Dutschke, der den Kampf gegen den Strom mit dem Kampf für Deutschland verband.

In den Memoiren seiner Witwe macht Rudi Dutschke keine gute Figur; hier erscheint er so leidenschaftlich weltfremd, wie er möglicherweise tatsächlich viele Jahre lang gewesen ist. Eines Tages, als Gäste des NDR, kamen Gretchen und Rudi Dutschke aus dem Staunen kaum noch heraus: »Wir bekamen für uns zwei zusammenhängende Zimmer in einem der oberen Stockwerke in einem Hotel am Dammtor-Bahnhof. Es war eines der luxuriösesten Hotels, in denen wir je untergebracht waren. In jedem Zimmer gab es einen Kühlschrank, gefüllt mit verschiedenen alkoholischen Getränken. Wir tranken keinen Alkohol, dachten aber, bei den Flaschen handele es sich um ein Geschenk, und so packten wir sie ein, um Gästen zu Hause etwas anbieten zu können.«

Das scheint das Schicksal deutscher Revolutionäre zu sein: Sie kämpfen mit größtmöglichem Erfolg für dieses Deutschland, obwohl sie noch nicht einmal wissen, wie eine Mini-Bar funktioniert.

Gerhard Henschel

Anno Domini

Wer selbst mit dem inneren Auge der Unübersichtlichkeit dieser säkularen Welt nicht mehr Herr wird, seine Zivilisationsmüdigkeit nicht in den Griff oder seine Tassen sonstwie nicht mehr in den Schrank bekommt, der wird seit nunmehr einem Jahr sanft an die Hand genommen von »Anno Domini«, Zeitschrift für mittelalterliche Kulturgeschichte. Im ausgedehnten Inserententeil zu finden: interessante »Kosims«, Konfliktsimulationsspiele. Vermittels Würfel und Spielbrett können sich Interessierte auf diversen Schlachtszenarien des Mittelalters engagieren, gar die Ergebnisse der Schlacht auf dem Peipussee lassen sich mühelos im spielerischen Miteinander revidieren. Das Spiel »Rise of the West« (45 Mark) bezieht zudem den Computer mit ein, und dann kann der Tag nicht mehr weit sein, da jeder Volltrottel sein mediävales Deutschlandbild in den Grenzen der eigenen Schädelhöhle neu ausmalen kann.

Listigerweise offeriert der »Anno Domini«-Versandshop historische Handelswaren für die, denen es nach allzuviel Gewürfel und Taschenbillard in den Fingern und/oder auf dem Fell juckt: Staufische Männerröcke, Barett und Lederwams, das »Drachenschwert Fafnir« für 4.999 Mark (Scheide mit Bronzebortband 1.800 Mark Aufpreis) und Straußenfedern für Landsknechte. Ein gutes Kampfschwert ist aber auch schon für 500 Mark zu haben. Ferner bietet »Anno Domini« Videos zu »Schaukampf-Grundlagen-Training-Klingenkauf-Pflegetips« und die nötigen Dates, an denen sich das Völkchen treffen, sich mit Met, »ein bei Zwergen, Riesen und Göttern heißbegehrter Zaubertrank«, einstimmen kann. Und es wird anheben ein großes Meucheln und Metzeln unter den Abonnenten. Wir freuen uns schon.

Michael Rudolf

Kinderschänden tabu

Am ersten Weihnachtsfeiertag hatten mein Bruder und ich die Idee, unsere beiden Neffen zunächst zu schänden und anschließend zu erwürgen. Einfach so, ohne jedes Motiv. Das wollten wir zumindest bei unserer Festnahme erklären. In Wirklichkeit jedoch waren wir davon überzeugt, daß unsere grausame, sinnlose und vollkommen unverständliche Tat das Attentat der Frankfurter »Handgranaten-Frau« (»Bild«) vom Heiligabend toppen würde, so daß statt ihres Portraits unsere Bilder samt der unserer Neffen um die Welt gehen würden. Die »Bild«-Schlagzeile aber malten wir uns so aus: »Schöne Bescherung! Gräßlicher Mord von zwei Brüdern an zwei Brüdern!« So was in der Art. Als die Neffen, der eine neun, der andere fast elf, hörten, daß wir vier ganz schnell und ohne große Anstrengung unheimlich berühmt werden könnten, waren sie von dem Plan schwer begeistert. Zwar konnten sie sich unter »schänden« nichts Rechtes vorstellen, und kalkulierten wohl auch nicht mit ein, daß sie als Erdrosselte wenig von ihrem Ruhm haben würden... Aber Kinder müssen ja nicht alles

verstehen. Wichtig war uns Erwachsenen allein, daß die beiden voll und ganz einverstanden waren, und so wollten wir gerade mit unserer Arbeit beginnen, als mein Blick auf die aufgeschlagene Zeitung fiel. »Kinder sind... tabu«, stand da. Sofort ließen mein Bruder und ich von unserem Treiben ab und lasen mit wachsendem Entsetzen, daß »Vertreter aus Politik, Medien und Sport« die »Stiftung >Kinder sind tabu<« gegründet hätten, die forderte, »Kinderschänder zu ächten«. »Schirmherr der Initiative ist Außenminister Kinkel; dem Vorstand gehören die Tagesthemen-Moderatorin Christiansen, der Fernsehunterhalter Schautzer, der DFB-Präsident Braun und Claus Stauder, der Präsident des Deutschen Tennisbundes, an. Unterstützt wird die Stiftung zudem von den Präsidenten der Fußball-Bundesligaclubs, der Goldmedaillengewinnerin Kumbernuss und dem Bundestrainer Vogts.« Verdammt, das hatten wir nicht gewußt.

»Kinder sind ... «, stammelte ich, » ... tabu,« ergänzte mein Bruder. »Berti, Schautzi und Kinkel sind dagegen.« - »Na dann ... «, entfuhr es mir, » ... lassen wir die Sache besser bleiben.« Und so sehr unsere beiden Neffen auch bettelten und darauf bestanden, »wie versprochen« von uns »sofort« berühmt gemacht zu werden, von einem aufs andere Mal waren uns die Hände gebunden, und mit dem Schänden und Morden war es Essig. Da war das Geplärre natürlich groß und uns allen die restlichen Weihnachtsfeiertage gründlich verdorben.

Ähnlich wie den Kindern in Sarajevo, wo, so »Bild«, »moslemische Extremisten mit Gewalt das Auftreten von Weihnachtsmännern in der bosnischen Hauptstadt verhindern« wollten. Dort war es »auch nicht erlaubt, daß ein Weihnachtsmann Geschenke verteilt ... Ein Radiosender machte sich für Weihnachtsmänner stark. Der Chefredakteur wurde daraufhin von Mitgliedern der regierenden Moslempartei SDA verprügelt.« Hier aber, selbst unter den Augen unserer christlichen deutschen Armee, regte sich keine Bürgerinitiative. Weder Bosnienliebhaber Kinkel noch Sarajevobefreier Cohn-Berti, weder Joschka Schautzer (»Meldet sich Deutschland aus der Verantwortung für Bosnien ab, dann meldet sich Europa ab«) noch Krista Christiansen gründeten eine Stiftung»Weihnachtsmänner sind... tabu« oder forderten, Weihnachtsmannschänder zu ächten. So ist das also: Während man in Deutschland den Leuten zu Weihnachten das bißchen Kinderschänden unter den Nägeln nicht gönnt, darf in Sarajevo der Weihnachtsmann ruhig dran glauben. Sieht so die viel beschworene Globalisierung aus?

Christian Schmidt

Wortlose Helmut-Kohl-Plakate präsentieren einen strahlenden Kohl als Weihnachtsmann ohne Bart, flankiert von lächelnden jungen Menschen.

Douglas Coupland in »Polaroids from the dead« (Berlin)

Die Karl-Marx-Allee ist mit Plakaten für Barry Manilow und Rudolf Scharping, dem Kandidaten der liberalen SPD, übersät.

Douglas Coupland in »Polaroids from the dead« (Berlin)

Ein Berliner Künstler hat United-Colors-of-Benetton-Aufkleber auf die Kohl-Plakate gepappt, ohne daß die Aussage dadurch gebrochen oder merklich verändert wird.

Douglas Coupland in »Poloroids from the dead« (Berlin)

Hamburger Anthologie*

Wo bleibt da die Gerechtigkeit

'Ne Talk-Show hat es aufgedeckt
was bisher keiner wußte,
mit Betteln wird man reich im Nu
man fährt ein dickes Cabriu
und hat noch obendrein dazu

durch Steuern nie Verluste.

Das hat Minister aufgeschreckt
das gibt's doch nicht, das kann nicht sein, d
as ist doch nicht geheuer,
der Bettler zahlt wie'n Millionär
nicht einen Pfennig Steuer.

Doch siegt auch hier die Tüchtigkeit
es gibt ja noch Gesetze,
Minister und auch Millionär
sind einig wie noch nie vorher,
´ne Bettelsteuer muß jetzt her,
damit der dreiste Bettelmann nicht mehr
Gerechtigkeit verletze.

Bisweilen gelangen die Titanen der Wortmißhandlung, der Reimschändung und Metaphernfolter, für die diese Rubrik stets einen herzlichen Fußtritt übrig hat, allein einer Zeile, ja nur einer Silbe wegen in den Parnaß der Peinlichkeit. Axel Gundrum jedoch, über den man schon staunen könnte, weil er in Osnabrück nicht bloß lebt, sondern von dort sogar Briefe verschickt, in denen »Lyrische Blätter« stecken mit Stücker fünf, räusper, Gedichten - Axel Gundrum hat es geschafft mit einem einzigen Vokal. »Uuu«, mag die bewundernde Runde uneinsichtiger Urheber unverlangter Sendungen nun rufen, »su guht dus!« Einen nervenzersetzenden Neologism wie (Tusch:) »Cabriu« allerdings kriegt selbst ein Osnabrücker allenfalls einmal in seinem, schätzungsweis, endlosen Leben hin. Und nebenbei auch noch den Sozialneid von oben, der die Nation zerfrißt wie Krebs oder wenigstens Hummer, zu geißeln! Das zeugt von einer poetischen Leistungskraft, die fortan nie mehr grunddumm soll geheißen werden, sondern: gundrum. Solch ein Bettel von einem Verslumpen aber verdiente wenigstens, wo bliebe sonst die Gerechtigkeit, eine Steuer. Reduktor und Reduktar / sind einig wie noch nie vorher: / Endlich giib's a Ruh / in unserm Burea-u.

* unverlangt eingesandter Gedichte

Konkret 02/97, S. 43

Jürgen Roth

Vögeln für die Einheit?

Na bitte. »Ostdeutsche sind besser im Bett!« meldete »BamS« am 8. Dezember, »wenigstens beim Sex erreichten die Ostdeutschen Weltniveau«, und das bis auf den heutigen Tag. Ein Höhepunkt nach dem anderen. Gratulation.

So interessant ein solcher Befund, so vielfältig aber auch die jüngst wieder nachdrücklicher von maßgeblichen Vereinigungstheoretikern und -literaten ins Feld geführten Überlegungen, Schriften und Traktate, denn man fragt sich bei aller Freude über ungebrochene östlich-deutsche Liebestummelei schon hie und da, wie es sonst zwischen beiden Landeshälften ausschaut, wie beiderseitige Annäherungen und das geforderte, das gewünschte Zusammenwachsen gedeihen und vorankommen.

Ja, wie lebt der Ost-Deutsche eigentlich zur Zeit, wie fühlt er, was macht sein engeres Lebensumfeld? »Der Osten wird bunt«, verriet der »Spiegel« schon im Oktober (Heft 41/96), »mit der von oben erzwungenen Gleichheit ist es vorbei«, und obzwar sich minoritäre Elemente in »die gute alte SED-Zeit zurückmotzen«, sei »die -.. .,.. existierenden Sozialismus über 40 Jahre erzwungene geduckte Solidargemeinschaft zerbröselt«. Mit Ausnahme wiederum Jene, unter den Daunen.

Während dem »Spiegel« ein gelb getünchter Plattenbau zum Anlaß gerät, die Buntwerdung des schäbigen Ostens auszurufen, während Sex im Osten »phantasievoller, freier und lustbetonter« (»BamS«) ist als im Westen, während ja bereits Thomas Hettche das innerdeutsche »Verhältnis« entlang der Koordinaten eines westlich-yuppisierten Phallozentrismus und eines östlich-dämonischen Sadomasochismus beschrieb und im nun aber endlich auch realiter zu vollziehenden Einheitsbrachialfick kulminieren ließ (Nox), während Thomas Brussig, man erinnert sich noch, den antifaschistischen Schutzwall mit dem Genital seines Vereinigungshelden imaginär niederrammte *(Helden wie wir)* - während somit seitens der Dichter und Nachrichtenmagazine die nationalen Hausaufgaben fürs erste erledigt wurden, traten jüngst zwei fast Vergessene des Kulturmilieus auf den Plan, der West-Feuilletonist und die »unbequeme« Ost-Essayistin. Ob indes Daniela Dahn und Helmut Böttiger als Seismographen der geschundenen Vereinigungsseelen eine neue Denk-, ja Reflexionsoffensive einzuläuten vermögen, gewiß ist es nicht. Daß es ihnen, ziselierter, wägender und »weicher« (G. Seibt) in der Wahrnehmung, um die Stärkung ostzonaler Standpunkte, die Beschreibung quasimentaler Stärken und Vorteile der Ex-DDR zu tun ist und sie dergestalt kulturelle Frischzellenkuren für die Nation verordnen, mag niemand von der Hand weisen. Vor allem die »Taz« nicht. Sie überschrieb eine Sammelbesprechung am 12. November 1996: »Der Osten ist mehr als trotzig. Er ist das Zentrum der Veränderungen. Hier schimmert die Zukunft des neuen Deutschland hervor.«

Dahn sehnt zum Beschluß ihrer geharnischten Schelte *Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit* (Rowohlt 1996) ein Ländle vollendeter Friedfertigkeit herbei, in dem, durchaus den Traditionen sozialistischer Erotik verpflichtet, »nur noch das Schöne, Erfreuliche und Zärtliche, das >Programm des Lustprinzips(« Platz haben möge; ein Staat wär's obendrein, dessen Insassen auch wieder zu ihren Lesungen strömen würden. Dahns eitles Geschwätz über die eigene Prominenz und zwischenzeitlich eingebüßte VIP-Werte (»Seit dem Beitritt ... bin ich erst zu einer einzigen Lesung nach Westdeutschland (inklusive Westberlin) eingeladen worden«) führt schließlich so weit, trotz aller zutreffenden Kritik an den Abwicklungsgepflogenheiten und am Justizapparat der herrschenden Klasse frohgemut herauszukrähen, man gehöre jetzt - yippie! - gefälligst auch dazu: »Dieses sich Einmischenkönnen gehört zu den vereinigungsbedingten Errungenschaften, die mir ausgesprochenes Behagen bereiten.«

Zeilenquäler Helmut Böttiger hantiert via sein neuestes Opus *Ostzeit - Westzeit* (Luchterhand 1996) dagegen subtiler, um nicht zu klagen: nochmals impertinenter als eine hauptberuflich für »Widerspenstigkeit« und »Osttrotz« verantwortliche ehemalige DDR-Linke wie Daniela Dahn. Hervorgetan hat sich Böttiger bislang vor allem als Fußballkulturhistoriker, der ganz vernarrt ist in Günter Netzers »lange Haare«; der zwecks hymnischer Preisung eines Anfang der siebziger Jahre durch Zufall partiell demokratischer geratenen Deutschland zu schimmeligen Metaphern und den furchteinflößendsten Analogien griff, etwa »Netzer spielte wie Willy regierte« o.s.ä. Heute fühlt er sich zu ungleich Höherem berufen und diagnostiziert »Aufbrüche einer neuen Kultur«. Brachen die 68er noch »Strukturen«, so bricht dieser Tage die Kultur ohne jedes Zutun einfach ganz alleine auf, und zwar von Osten nach Osten. »Zum Kotzen« finden Ost-Deutsche laut Daniela Dahn »die permanente westliche Doppelmoral«, ordentlich gereihert werden darf aber auch anläßlich jener laut Böttiger durch die ostdeutsche Kulturszene initiierten Aufbrüche, an deren Anfang Überraschendes steht: »Plötzlich gibt es den Westen gar nicht mehr.«

Ob Böttiger frohlockt übers mögliche Ende der verhaßten Westbindung oder doch eine Horde gewiefter Ostdenker und -»Kulturarbeiter« den Kapitalismus niederstemmen wird, ist unklar - unklar wie Böttigers sprachlich inkommensurabler, gedanklich singulär verquollener Aufsatzband. Die »Taz« ihrerseits dürfte nicht falsch gelegen haben, als sie des Feuilletonisten Gerede übers »Laboratorium« für »ein ganz neues Lebensgefühl« in »Zentren der Bewegung« ummünzte. Hauptstadt der Bewegung: Berlin.

Jeder rechtsfühligen Deutung leistet Böttiger Vorschub. Castorf (»... hat gerade ein in diverse Geschichtsdaten peitschendes Premierenstakkato hinter sich«) ist sein neuer Netzer, Schlingensief - der auf arte mitteilte: »Im Westen wird nur noch verwaltet, die DDR hat einen Stallgeruch« - ein weiterer Gewährsmann für jene diffuse Melange aus angeblichen »Mentalitäten«, Deutschland-Mythologemen und einem schwülstigen Einfühlungsfeuilleton, dem zwei bis vier wechselnde Subkulturavantgarden zum »ästhetischen Vorschein der deutschen Zukunft« anschwellen: »Der Prenzlauer Berg weitet sich«, »im Aufbrechen der alten DDR wurden Energien freigesetzt, die auf nur noch müde Zirkulationsbewegungen in Westberlin stoßen. Die Brutstätten des neuen deutschen Gefühls und der Härte liegen schon längst in Mitte und am Prenzlauer Berg.«

Was hat aber der Ost-Deutsche vor? Staatsbürgerliche Kritik und Apologie schreiben ihm eine herausragende Rolle im Prozeß nationaler Konsolidierung zu. Dahns Plädoyer für mehr und mehr Demokratie genauso wie Böttigers Beschwörung einer ästhetisch projektierten neuen deutschen Antimoderne treiben die »innere« Zurüstung voran; Topoi sind der Osten, dem Aufschwung blüht, und seine Bewohner, die einer verkommenen Westler-Fraktion Lehrer des Lebens sein werden.

Zu guter Letzt also evtl. sogar vögeln für die Einheit? »Die Mauer im Kopf - fällt sie etwa im Bett, kuschelt dort zusammen, was zusammengehört?« »BamS« bleibt vorerst skeptisch. Was Herr Böttiger und Frau Dahn auf ihrem Weg in die vollendete Einheit empfinden, vermögen wir uns kaum auszumalen - es sei denn, wir lesen Dahns Protokoll einer Enttäuschung unter vertauschten Vorzeichen: »Der Prozeß der Annäherung wurde durch die Einheit abrupt abgebrochen. Dabei war das liebevolle Vorspiel schon weit gediehen. In dieser Stimmung konnte vielen glaubhaft gemacht werden, Beitritt sei etwas ähnlich Angenehmes wie Beischlaf. (Niemandem wird es schlechter gehen, sondern allen besser.) Vereinigung? Nur coitus interruptus. Mit fatalem Nachspiel: allgemeines Unbefriedigtsein.«

Konkret 02/97, S. 44

Georg Seeßlen

Kinderschänder, Bilderfälscher

Der Fall des Reportagenerfinders Born enthüllt, daß im Fernsehen keine Lüge tabu ist, wenn sie nur ein »authentisches« Bild produziert - der Fall des mutmaßlichen Mörders Dutroux offenbart das letzte Bildverbot des Mediums

Es gilt als einigermaßen ausgemacht, daß wir uns in einer Art selbst entfachtem Bildersturm befinden; wir sind fast verliebt in die Vorstellung von Paul Virilio, daß, nachdem das moderne Verkehrsmittel den Raum zum Verschwinden gebracht hat, die Medialisierung der Wahrnehmung die Person, den Menschen selber zum Verschwinden bringt. Die Beschleunigung der Bilder führt unter vielem anderen zu einer Verschiebung der Verhältnisse zwischen Geschehen und Bericht; das Original wird gewissermaßen von seinem eigenen Bild eingeholt. Anders gesagt: Ein Ereignis ist von seinem Bild nicht mehr wirklich zu unterscheiden. An vielen Beispielen sehen wir, daß ein Ereignis nur stattfindet, weil es als Bildproduktion dient. Man denke etwa an die tibetanischen Nonnen, die sich von den chinesischen Soldaten töten lassen, weil eine Fernsehkamera dieses Opfer in die westliche Welt tragen wird. Dieses strategische Vorgehen, der Selbstmord, der sich in eine appellative Nachricht verwandelt, ist zwar nicht neu; selbst Jesus Christus hätte sich das lästige Am-Kreuz-hängen sparen können, wenn es nicht Zeugen gegeben hätte, die aus seinem Opfer eine Legende gemacht hätten. Jedoch kommt der Bildverbreitung nach dem »Verschwinden« von Raum und Zeit eine vollkommen neue Funktion zu. Die Legende vom Kreuztod brauchte ein paar Jahrhunderte, bis sie um die Erde gelangte, und sie wurde natürlich von Lebensraum zu Lebensraum verändert. Der Opfertod der tibetanischen Nonnen dagegen ist sofort in die Wohnzimmer in aller Welt gekommen; die einzige Bearbeitung, die das Fernsehbild erlebt, geschah also im Augenblick seiner Herstellung. Das Opfer hat sich im Bild schneller verbraucht, als auch nur ein Ansatz von »Heiligkeit« entstehen kann.

Ist dieses Bild gefälscht oder ist es wahr? Ganz offensichtlich ist diese Frage gar nicht zu beantworten. Das Bild und die es produzierende materielle Wirklichkeit, das wirkliche Blut, der wirkliche Tod der tibetanischen Nonnen, verhalten sich zueinander wie ein endloses geflochtenes Band; das eine existiert nicht ohne das andere. Der Fälscher des Bildes ist sein Original. Was aber geschieht, wenn es einen wirklichen Fälscher gibt? Nehmen wir den Fernsehreporter, der eine Gruppe von Skinheads bezahlt und mit Bier abfüllt, damit sie ausländerfeindliche Parolen schreien und mit Steinen werfen. Auch er greift eigentlich nur ein wenig in eine vorhandene Wirklichkeit ein; die Skinheads tun vor der Kamera ja nur, was sie sowieso tun würden, oder was sie tun wollten, oder das, was wir wissen, daß sie täten oder tun wollten. Vielleicht tun sie auch nur das, was sie immer tun, wenn eine Kamera in der Nähe ist. Es sind Menschen, die sich durch ihr Outfit in ein bestimmtes Bild verwandelt haben, das paradoxerweise, um sich als Bild vollenden zu können, das im Bild vorhandene fiktionale Potential real werden lassen müssen. Die Kamera beschleunigt den Prozess der Faschisierung des Skinheads, ohne ihn (die »postmoderne« Variante) zu produzieren, vor allem aber auch, ohne ihn zu »verstehen«. Denn was als erstes in der Komplizenschaft zwischen »Ereignis« und »Abbildung« geopfert wird, ist die Fähigkeit des Bildes, eine Erkenntnis über das Abgebildete zu vermitteln. Die Beschleunigung der Bilder bringt vor allem die zur Sensation aufgeblasene Tautologie.

Im nächsten Schritt setzen wir einfach Schauspieler an die Stelle der wirklichen Skinheads, das Bild ist dann womöglich gefälscht, aber niemand vermag zu sagen, ob es ein falsches Bild ist oder nicht. Denn immer noch können diese Schauspieler tun, was wirkliche Skinheads tun oder getan haben. Der nächste Schritt, den schließlich Michael Born unternahm, bestand nun darin, ganze Ereignisse zu fälschen, deren einzige aber hinreichende Wahrheit im Umstand liegt, daß sie geglaubt werden, weil man sie erwartet und weil sie geglaubt werden wollen.

Je mehr wir darüber wissen, daß wir in einer Welt der gefälschten Bilder leben, was eben etwas anderes ist als in einer Welt der durch Zeit und Raum gebildeten Legenden zu leben, desto paradoxer und neurotischer wird unser Hunger nach der Authentizität im Bild. Da wir es nicht mehr als Ganzes der Inszenierung erwarten dürfen, richten wir unser Augenmerk zum einen auf das Detail: Reality TV ist nichts anderes als die Anhäufung von Bildern, die es aufgegeben haben, als Ganzes einen rationalen Sinn zu ergeben, aber dafür mit ihrer extremen Echtheit prahlen können. Die echte Wunde, die Operation am echten Herzen, der echte Autounfall, der echte Kopfschuß. Reality TV handelt indes nicht von echter Arbeit, echtem Verkehr, echten Körpern; der Glaube an das Echte hat sich untrennbar mit dem Katastrophalen, dem Destruktiven, dem Tabubruch verbunden. Anders gesagt: Das authentische Bild scheint nur dann zustande zu kommen, wenn die Kamera dort ist, wo sie eigentlich nicht sein dürfte. Das wirklich authentische Bild scheint zugleich das wirklich pornographische Bild, oder noch einmal anders gesagt: Wir können einem Bild nur dann glauben, wenn es die Grenze zum Verbotenen berührt. Weil es nicht zur Legende werden kann, steht das gegenwärtige Bild, das Echtzeit-Bild, in der doppelten Gefahr, entweder vollkommen trivial oder vollkommen böse zu werden. Insofern mag es nicht einmal allzu zynisch sein, zu behaupten, die einzige Möglichkeit der Humanisierung dieser Bilder sei ihre Fälschung.

Als nicht minder ausgemacht gilt, daß es gegen die Beschleunigung der Bilder eine Gegenbewegung gibt, die elektronische Produktion gemächlicher und überschaubarer Gegenwelten, ein mediales Abtauchen in regressive Parallelwelten von

Bergdoktoren, Forsthäusern, Schloßhotels und Lindenstraßen. Zwar gibt es auch hier eine Form der Beschleunigung, aber sie wird eher durch den Dialog als durch die Blickfolge konstruiert. Ansonsten geht es um die Konstruktion ausgesprochen stabiler und verläßlicher Bildwelten, die vor allem auf eines hinauswollen, auf die traumhafte Rekonstruktion vergangener Lebenswelten, auf die hermetische Herstellung eines Gefühls von »altem Glück« und auf das Prinzip der steten Wiederkehr. Was diese seriellen medialen Parallelwelten etwa von den klassischen Kino-Erzählungen unterscheidet, ist, daß sie nicht mehr so sehr eine Legende erzählen, als vielmehr eine sozusagen bewohnbare, in sich stimmige und im grunde unveränderbare Welt anbieten. Es ist immer was los in der Lindenstraße, aber nie wird sich etwas verändern.

Damit aber entsprechen einander die Bildwelten der ewigen Soap Operas und der Authentizitätsgeilheit: Das eine ist das heimelige Innen, das andere das chaotische Außen. Sehr deutlich drückt das ein Satz aus, den eine Redakteurin der »Lindenstraße« äußerte: die Serie bilde eine Welt ab, in die permanent »die Wirklichkeit hereinbreche«. Diese Konstruktion läßt sich bis in die Feinstrukturen der Dramaturgie nachvollziehen; die Probleme der wirklichen Welt werden in der Lindenstraße buchstäblich von draußen mitgebracht und eingeschleppt; der immer wiederholte Szenenaufbau zeigt einen Menschen, der von außen in die Wohnung kommt, erst einmal halb zusammenbricht und dann den seinen die eine oder andere schreckliche Nachricht bringt.

So verhält sich im Grunde die Konstruktion unserer Bildwelten als exaktes Gegenbild zur Legende. Die Legende geht davon aus, daß etwas Wunderbares, Virtuelles, Irreales in eine Wirklichkeit eingreift, und diese heftig in Gang bringt. Jede Legende kommt indes in ihrer kulturellen und semantischen Entwicklung zu einem Punkt, an dem der Zweifel daran formiert wird, ob dieser Einbruch des Irrealen nicht ganz einfach gefälscht wurde. Wir können uns durchaus vorstellen, daß Jesus Christus nichts anderes ist als eine Erfindung seiner sogenannten Jünger. Am Fortgang der Geschichte wie an der Konstruktion des Mythos ändert das vergleichsweise wenig, abgesehen davon, daß es vielleicht hier und dort einmal wieder ein paar Ketzer zu verbrennen gibt. In unserem neuen Alltag dagegen bildet das Irreale die Innenwelt und das Reale das außen. We are living inside a dream, sagt David Lynch, und er meint damit nicht die surrealistische Kette der Beziehung zwischen Traum und Wirklichkeit, in der es möglich wäre, daß ich nicht ein Mensch bin, der träumt, ein Schmetterling zu sein, sondern ein Schmetterling, der träumt, ein Mensch zu sein. Sondern er meint eine besondere, durchaus historische Gefangenschaft der Wahrnehmung in einem festen semiotischen System. Das Wirkliche, so muß es in dieser Konstruktion der Welt erscheinen, ist immer auch das Feindliche.

Die Voraussetzung für die Trennung von Wirklichkeit und Fiktion war die philosophische Annahme einer unabhängig vom menschlichen Wahrnehmungsvermögen, das heißt letzten Endes unabhängig von den Fiktionen und von den Fälschungen existierenden objektiven und materiellen Wirklichkeit, deren Ausdrucksweisen die Zeit und der Raum wären. Lange galt es als ausgemacht, daß das realistische Bild nichts anderes ist als der Versuch der Rekonstruktion dieser Wirklichkeit wenigstens in einem ihrer Medien. Deshalb war es für den Zuschauer des frühen Kinos keineswegs ein Akt der Fälschung, wenn historische Ereignisse in der Vorform der Wochenschau von Schauspielern dargestellt wurden. Die Wirklichkeit lag im Uniformknopf und in der Datumsangabe, vor allem aber in der Kongruenz der Ideologie.

Der Film trat also zunächst hinter die Revolution der Fotografie zurück, nämlich die Darstellung des Objektes durch sich selber. Und als er wirklich »dokumentarisch« werden konnte, da war der Film technisch und ästhetisch bereits so weit entwickelt, daß er sich bereits selber als System der Fälschung reflektierte. Seit es das Kino gibt, gibt es den Streit über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit des Dokumentarischen in der Inszenierung der Wirklichkeit, in der nicht allein das Objekt sich als sich selber darstellt, sondern in jeder Bewegung sich auch kommentieren und verbergen kann. Wir wissen ja, daß es in unserer Wahrnehmung keineswegs nur topographische Bedeutung hat, ob sich ein Gegenstand von rechts nach links oder von links nach rechts bewegt, und wir wissen, wie unterschiedliche Gefühle es in uns weckt, ob ein und derselbe Gegenstand gerade oder schräg, nah oder fern, ganz oder angeschnitten aufgenommen wird. Und nicht erst seit dem berühmten Kuleschow-Effekt wissen wir, daß jede Interpretation von Bild-Folgen eine Frage des Zusammenhangs ist. Mit anderen Worten: das Kino hat in seiner hundertjährigen Geschichte eigentlich nie an eine uneingeschränkte eigene Authentizität geglaubt. Aber all das wurde sozusagen mit einem Schlag bei der Einführung des Fernsehens vergessen. Weil es sich nur ungenügend über die Legende definieren konnte, behauptete es seine Authentizität. Das Fernsehen ersetzt die Prächtigkeit seines Konkurrenzmediums durch seine Geschwindigkeit. Es sprach freilich vor allem von der Umwandlung seiner Konsum-Klasse, die sich von einer erobernden in eine einverleibende Medienkultur verwandelte. *Wir können überall sein!* versprach das Kino den Bürgern (und fügte hinzu-. wenn wir uns trauen); *Uns kann man alles liefern!* sagte das Fernsehen den Bürgern (und fügte hinzu: solange wir über die Portionierung bestimmen).

Dummerweise wurde die Portionierung zum Mittel von Konkurrenz und Beschleunigung. Die Entwicklung der Nachricht im Fernsehen zeigt zum Beispiel, daß unser Problem offensichtlich von der Verlagerung der Nachricht vom Text auf das Bild ausgelöst wird. Es war in der Frühzeit des Fernsehens nicht nur möglich, sondern wohl wahrscheinlich, daß die meisten der von den soignierten Herren mit ruhiger Stimme verlesenen Nachrichten gefälscht waren, von den Produzenten, den Übermittlern und am Ende vom Apparat selber. Der Nachrichtensprecher verwandelte sich in den Schauspieler bei Kuleschow; sein vollkommen leeres, wenngleich autoritatives Gesicht wurde von den Zuschauern selbst den Nachrichten entsprechend verändert. Aber seine ganze Kunst diente der Aufrechterhaltung von Würde in der Konsumption der

Nachrichten(-Bilder) aus aller Welt. Er und sein Text wurden gleichsam zu Darstellern der Objektivität, und seine eigentliche Aufgabe war die Vermittlung von Seriosität. Der Bild- war vom Text-Teil damals säuberlich getrennt, und der Bild-Teil lag am Ende der Sendung, als illustrierte Beilage sozusagen, eindeutig der Text-Information kulturell unterlegen. Die Entwicklung ist bekannt; die Bildbeiträge diffundierten zunehmend, nahmen immer größeren Raum ein, wurden zur Leitwahrnehmung und infizierten dabei auch die Textbeiträge, die bildhafter und persönlicher wurden; der Nachrichtensprecher und die Nachrichtensprecherin werden zu schauspielerischen Vermittlern, zu Stars mit eigenen Legenden; während eine Nachricht imgrunde nur noch vermittelbar ist, wenn sie Bilder produziert hat, produziert die Anchor person ihre jeweils eigene Story.

Am Ende *dieser Entwicklung steht ein sehr bekannter Effekt: Der Bilderhunger des wuchernden Mediums ist strukturell größer als er von einer noch so chaotischen und katastrophalen Wirklichkeit befriedigt werden kann. Das hat unterschiedliche, aber durchaus nachvollziehbare Gründe. Zum einen ist das Bild-Angebot ein bedeutendes Mittel im Konkurrenzkampf geworden; andere und aufregendere Bilder als der Konkurrenzsender zu haben, bringt Vorteile. Zum anderen hat sich die Abfolge der Bilderpräsentation beschleunigt, sie beginnt im Frühstücksfernsehen und endet kurz vor dem Wecken in den Nachtausgaben der Nachrichtensendungen: Damit vernutzen sich Bilder schneller. Ein immer wiederholtes Bild, und sei es noch so sensationell, trivialisiert sich schneller als die zugehörige Nachricht. Zum dritten haben sich immer neue Formen der Magazine entwickelt, die verschiedene Formen der Unterhaltung und Information miteinander verknüpfen, politische Nachricht und Alltagsgeschichte in einer Sendung wie meinethalben bei »Brisant« oder »Stern TV«. Hier müssen die Bilder nicht nur sensationell, sondern auch möglichst exklusiv sein, das Dokumentarische muß mit dem Glamour so konkurrieren, daß es nur als Imitation der aus der Popular culture gewohnten dramatischen und komischen Konstruktionen überlebt: Es geht um nichts anderes als darum, halbwegs glaubwürdige Bilder für die Geschichten zu finden, von denen die Redaktionen wissen, daß das Publikum sie immer wieder sehen mag.

In dieser Situation wächst nicht nur der Bildhunger der Fernsehkanäle, sondern es ändert sich auch die Marktlage für Bilder. Kein Sender ist in der Lage, selber alle Bilder zu produzieren, die er senden muß. So entsteht ein Bildermarkt, der durch nichts wahrhaft kontrolliert werden kann als durch Angebot und Nachfrage. Wenn die Legende Wirklichkeit geworden ist, dann druckt die Legende, war das Fazit des Zeitungsredakteurs in John Fords mythopoetischem Versuch über die Legende des Westens in »The Man Who Shot Liberty Valance« (und der Film tat genau das Gegenteil, er beschrieb die Fälschung in der Legende). Wenn die Nachricht Unterhaltung geworden ist, dann sendet die Unterhaltung, wäre unser Pendant. Unterhaltung ist, wie das Wort schon andeuten mag, einfach die Bestätigung dessen, was schon da ist. Nicht die materielle und historische Wirklichkeit ist die Referenzgröße der Bild-Text-Montage, sondern der Kurzschluß zwischen Produktion und Neurose. Der Chef des Schweizer Fernsehmagazins »10 vor 10« Ulrich Haldimann stellt klar, daß für einen Redakteur die Frage zählt, ob ein Bericht plausibel ist, und nicht, ob er gefälscht sei. Übersetzen wir plausibel mit glaubwürdig: Die Aufgabe der Medien ist es, uns mit Glaubwürdigem zu versorgen, also mit dem, was wir glauben wollen (also mit dem, sagen wir mal so, was in der nivellierenden Medienlandschaft »Religion« sein muß: eine Art von Glauben, der unentwegt alles auf seinen Bilder-Scheiterhaufen verbrennt, was ihm als heilig oder gar »erhaben« erscheinen mag). Daß dabei die objektiv gefälschte Story akzeptiert ist, so lange sie keinen Skandal verursacht, ist ebenso klar wie der Umstand, daß eine vollkommen wahre Geschichte durchaus nutzlos wäre, wenn niemand sie glauben möchte.

Und doch wird die Definition der kulturellen Grenzen der Bildermaschine zu einem beständigen sozialen Diskurs, der gerade dadurch wohl so einfach zu manipulieren ist, weil er von sich selber nichts weiß. Nur in bestimmten mythischen Konstruktionen kommt der Zusammenhang von Bilderproduktion und gesellschaftlicher Verfaßtheit wieder zum Vorschein, vor allem dort, wo die Grenze zwischen dem fiktionalen Innen und dem authentischen Außen in Frage gestellt ist. Das Problematische unserer Mediennutzung scheint sich in gewissen Bildern zu offenbaren, eine Verdichtung und Erhöhung zugleich, das Entsetzlichste, was geschehen kann. Und derzeit äußert sich dies wohl in zwei mythischen Figuren, die deswegen nicht weniger mythisch werden, weil sie reale Menschen zum Inhalt haben: Die beiden Komplementärmythen, die sich als indifferente Phantasmen bilden, scheinen derzeit der sexuelle Mißbrauch von Kindern und das Fälschen von Fernseh-Bildern zu sein. So rätselhaft beides ist (das kranke, mörderische Begehren, gerichtet auf die allerschwächsten in der Gesellschaft; und die verschlungenen Wege der Fiktion in die Inszenierung der Wirklichkeit) so sehr scheinen wir beides sozusagen auf Anhieb zu verstehen, als Erklärung für das moralische und ästhetische Elend unserer Gesellschaft.

Der Kinderschänder und der Bilderfälscher sind die Verbrecher dieser Zeit, weil sie offenkundig beide die Endpunkte einer Entwicklung definieren, der man sich ursprünglich mit einem gewissen Enthusiasmus zugewandt hatte, und in der sie dazu verurteilt sind, ihren Umschlag ins genaue Gegenteil zu simulieren. Sie sprechen, tückischerweise, die reaktonären Segmente des Kleinbürgertums so sehr an wie die »progressiven«. Die Befreiung der Sexualität, der Versuch, sozusagen mit den sexuellen Minderheiten ebenso wie mit eigenem Begehren zu leben (»as long as nobody gets hurt«) und auf eine politisch korrekte Weise, erhält in der sexuellen Gewalt gegen Kinder sein radikales und vollkommen hoffnungsloses Ende. Es ist also durchaus nicht auszuschließen, daß der Pädophile die moralische Ausgrenzung so radikal erfährt, ja daß er medial noch einmal erfunden wird, weil der Bedarf nach einer Definition des anderen, des nun wirklich Verbotenen besteht, nach der »endgültigen Perversion«. Während das Fernsehen als seine eigene Legende behauptet, es könne sozusagen alles

zeigen und vor allem über alles reden, sehnt es sich nach einem Bild des Jenseitigen, des Bösen. Es ist wohl zugleich das Schreckbild jener strukturellen Gewalt, die so erbarmungslos die Schwächsten der Schwachen trifft, weil sozusagen eine kulturelle Vermittlung in der Mitte weggebrochen ist; ein sexualisiertes und dämonisiertes Bild des neuen Klassenkampfes, die direkte kannibalische Aneignung des Schwachen durch den Starken. Was ist Moral in dieser Zeit, in der wir überleben wollen, und wo die wirkungsvollsten oppositionellen Bewegungen nichts mit der Produktion eines arbeits- und geschichtslosen Menschendrittels zu tun haben wollen? Nun ja, wir sind gegen Tierversuche, gegen Genmanipulation, gegen sexuelle Ausbeutung. Wer gegen uns ist, ist so unmoralisch, daß wir schon mal ein Stück Rechtsstaatlichkeit dranzugeben bereit sind. Wir sind moralisch, aber wir leben in den nicht mehr ganz so großen Erzählungen der Moral majority. So erobert der neue moralische Diskurs die Stories und verläßt die History.

Natürlich liegt es auf der Hand, daß beide, der Kinderschänder und der Bilderfälscher, Sündenböcke für unsere eigenen Verfehlungen, für unsere eigenen Abhängigkeiten sind. Der Kinderschänder ist das Gespenst jenes Begehrens, das das Kleinbürgertum gegen seine ursprüngliche Moral freisetzte. Wo beginnt denn das, was dann als sexueller Mißbrauch von Kindern, vielleicht gar im Mord endet? Die sexuelle Gewalt gegen Kinder betrifft ja nicht nur den gefährlichen Psychopathen und seine Komplizen im organisierten Verbrechen, sondern den heiligen Raum der Familie selbst, den virtuellen, den magischen und den realen Familienroman, das allerletzte Heiligtum. Die Empfindung der Schuld weitet sich in das Grauen des Alltags: Jeder sexuelle Impuls, jede Nähe, jeder Blick scheint sich davon anstecken zu lassen. Schuldig ist nicht nur der Täter, sondern immer ein bißchen auch das Opfer, der brutale Zugriff des weißen, kapitalistischen, alten Mannes auf das sozial marginalisierte, schutzlose, unschuldige Kind überdeckt gleich beides, das Recht des Kindes, nicht Objekt der moralischen Konstruktion der Welt der Erwachsenen zu sein, und die Pflicht der Gesellschaft, ihre Mitglieder gegen Gewalt zu bewahren. Nur ein Kreuzzug gegen diese offenbar so tief implantierte Perversion scheint diese Gesellschaft retten zu können. Wir wollen nicht unsere Kinder schützen (die haben wir, als wir die Transformation des Kapitalismus geschehen ließen, während wir uns dem deutschen Wald widmeten, schon endgültig verraten), wir wollen unsere »Identität« schützen.

In der medialen Verbreitung dieses Schreckens bleiben Täter und Tat merkwürdig nebelhaft; er wird offensichtlich in sehr unterschiedliche Spiegelungen und Selbstidentifizierungen eingebaut. Der Kinderschänder als Mediengespenst produziert dreierlei: Erstens ein authentisches Bild des Entsetzens und der Distanzierung. Ich bin gut, wenn ich mich über die Kinderschänder empöre. Wie klein sind meine Sünden im Vergleich zu diesen. Zweitens ein Bild der Authentizität selber. Der Kinderschänder ist so schrecklich, daß er nur echt sein kann. Und drittens schließlich eine soziale Metapher. Der Kinderschänder ist in seiner Gier nach dem Unberührten und Unschuldigen auch Ausdruck der Ängste vor allem Berührten und Infizierten.

Aber offensichtlich gibt es auch eine paroxystische Bereitschaft, immer und überall Kinderpornographie zu wittern, wo ein Medium ins Spiel kommt. Wenn brave, gewerkschaftlich organisierte Damen und Herren in die Geheimnisse des Internet eingeführt werden, verwandeln sie sich in aufgeregte Fahnder, die vor allem nach einem suchen: nach Kinderpornographie. Und eigentlich wissen sie dabei gar nicht, wonach sie suchen, wollen es auch gar nicht wissen, sie suchen, so scheint's, eh nur nach einem mythischen Bild dafür., daß sie beides gleichzeitig verloren haben: die Leidenschaft und die Moral. In unseren Nachrichten kehrt das Wort »Kinderpornographie« Tag für Tag in den unterschiedlichsten Diskursen wieder auf, einmal geht es dabei in Wahrheit um Abhöranlagen, das andere Mal über den Zusammenschluß der europäischen Polizeiorgane, wieder ein anderes Mal um die Eröffnungsansprache bei der Einweihung des Kindergartens von Neustadt an der Wulz.

Und der Kinderschänder ist nicht nur ein Produkt der moralischen Verdrängung, eine Art Freddy Krueger, der nach den großen Revolten ganz buchstäblich seine Kinder frißt, sondern auch unabdingbar an das Medium gebunden. Er entweiht vor allem das Medium, macht aber auch alles, was mit dem Medium zu tun hat, verdächtig. Ist nicht plötzlich jeder Familienfilm mit den nackten Kindern beim Spielen und Baden im eigenen Pool nichts anderes als verkappte Kinderpornographie? Schon streitet man sich über die Beschlagnahme von FKK-Magazinen. Und plötzlich wird klar, daß vielleicht nur einerseits der Kinderschänder Gegenstand der gesellschaftlichen Verhandlung und Empörung ist, andrerseits aber auch das Kind selber. Und möglicherweise ist darin zu erkennen, daß das Medium die Beziehung zwischen den Generationen nicht nur gestört, sondern auch pornographisiert hat. Genau besehen steht im Zentrum der gesellschaftlichen Verhandlung nicht das Verbrechen allein, sondern das Bild-Werden des Verbrechens. Daß der Kinderschänder sozusagen zwanghaft auch Videobilder von seinen Vergehen produziert, entgrenzt ihn zweimal: Er ist nicht mehr der tragische Getriebene, einer wie Peter Lorres Kindermörder in Fritz Langs »M«, der nicht will, aber tun muß, was er tut; indem er Bilder produziert, sagt der Kinderschänder, daß er so etwas wie ein Bewußtsein und zugleich ein ausbeuterisches Interesse hat, und er tritt, wer weiß wie bewußt, in die Öffentlichkeit. Wissenschaft und Politik gehen wohl davon aus, daß es heute nicht mehr Kinderschänder gibt als zu anderen Zeiten, wohl aber gibt es ganz offensichtlich mehr Bilder. Die Bereitschaft zur moralischen Panik ist also wohl nicht allein durch die so treffliche soziale und moralische Metapher auf die böse Seite von Kapitalismus, Kolonialismus und Patriarchat ausgelöst, sondern auch durch das Medialisieren selbst.

Die sexuelle Schändung von Kindern ist ganz buchstäblich das letzte noch vorhandene Bild, das einzige Bild, das diese Gesellschaft nicht nur bestimmten Altersgruppen, den Kindern selbst, sondern allen ihren Mitgliedern kategorisch verbieten will. Zwar ist auch das Bild der Sexualität zwischen Mensch und Tier hierzulande ebenso verboten, auch die Verbindung von Gewalt und Sexualität, aber für beides lassen sich im wesentlichen recht nahe Abbildungen finden, leichte Verschiebungen in den narrativen Vorwänden und in der symbolischen Abstraktion.

Mit anderen Worten also: Kinderpornographie ist das eine wirkliche Ende der medialen Verfügung über die Welt, und je mehr es als solches Ende erkannt wird, desto mehr erkennt man seinen eigenen immer noch nicht gestillten Authentizitätshunger (eine mediale Form der »Mitschuld«, die sich über das mediale »Mitleid« legen will). So beginnen die Medien unaufhörlich von dem letzten ihnen verbotenen Bild zu schwatzen, in den Talkshows ebenso wie in den Tatort-Krimis, in denen nach der Russenmafia die Kinderporno-Szene einfach dran sein muß.

Merkwürdigerweise wird der Bilderfälscher nach dem fast gleichen Schema behandelt; er ist der Sündenbock, dem gegenüber sich der Mainstream sofort in die Rolle des Opfers flüchten kann. Aber was diese Endpunkte vor allem beschreiben, ist der Kampf darum, in der unübersichtlichen Welt der Bilder noch einmal die Beziehung zwischen Täter und Opfer zu rekonstruieren. Während sich überall die Täter-Opfer-Beziehungen aufzulösen scheinen, im kontrollierten Bürgerkrieg offensichtlich keine Partei unschuldig bleiben kann, ist in der sexuellen Gewalt gegen Kinder noch einmal das reine Opfer und der reine Täter rekonstruiert; so dürfen wir, was uns beständig verboten wird, nämlich jemanden wirklich hassen. So wie die Kinderpornographie die Medienwelt, in der wir uns doch so schön eingerichtet haben, von unten her bedroht, uns sozusagen aus jedem nur erdenklichen Kanal entgegendroht, so bedroht uns der Bilderfälscher von oben. Seine Enttarnung stört einerseits die Komplizenschaft zwischen dem Apparat und seinen Konsumenten, schafft aber ebenfalls zugleich noch einmal ein Täter-Opfer-Schema.

Tatsächlich kommt also das Bewußtsein der Bilderfälschung genauso über uns wie das Bewußtsein der Kinderschändung, nämlich in der Form einer Wahrnehmung, die wir so lange verdrängt und bearbeitet haben, daß ihre Freisetzung nur als psychotischer Schub erfahren werden kann. Aber beim Bilderfälscher wie beim Kinderschänder steht der Phantasie der militanten Ausgrenzung eine der nicht minder militanten Schuldübernahme entgegen. Schuld an den gefälschten Bildern ist der Fälscher, plus die Arbeitsbedingungen des Journalisten derzeit, plus die zynische Fahrlässigkeit des Redakteurs, plus der Sensationshunger des Mediums, plus die Erwartungshaltung des Zuschauers. Wir sind also alle schuld. Und schuld an der Kinderschändung ist der Schänder, plus skrupellose Geschäftemacher, plus kriminelle Elemente, plus nachsichtige bis korrupte Behörden, plus unaufmerksame bis kalte Öffentlichkeit, plus die Einpflanzung der Perversionen in den Medien. Also wiederum wir alle. Das panische Ende von beidem ist die Vorstellung, schuldhaft in einer Welt der gefälschten Bilder zu leben, in der man, eben weil es keine verläßlichen Bilder und damit keine verläßliche Selbstidentifikation mehr gibt, vergeblich versucht, die kollektiven und individuellen perversen, mörderischen Impulse zu kontrollieren.

Natürlich sind Bilderfälscher und Kinderschänder einander keineswegs analog; der eine markiert eine Farce im Zentrum des Mediums, der andere eine Tragödie außerhalb seiner. Die Kinderschändung reduziert sozusagen die Wirklichkeit auf einen einzigen, nicht mehr abbildbaren Punkt, die Bilderfälschung dehnt umgekehrt die Fiktionalisierung der Welt ins Unendliche. Damit aber ist sozusagen ein zumindest sozialer Endpunkt der beschleunigten Bilder erreicht. Natürlich reagiert das Medium auf das, was zugleich als das absolut Böse und das absolut verbotene Bild definiert wurde, noch einmal mit seinen bewährten Mitteln: mit einer manischen Bilderproduktion drumherum und indirekt, mit einem endlosen Schwall des Geschwätzes in den Talkshows, den Interviews und den Magazinen - ganz so wie mit allen anderen Formen von Sexualität und Dissidenz (man darf es nicht sein, man darf es nicht zeigen, aber man darf unendlich davon reden) - und schließlich mit der Fiktionalisierung; in den Soap operas und den Krimis, aber auch im kleinen Fernsehspiel wird Kinderpornographie, pädophiler Sextourismus und Kindesmißbrauch in der nächsten Zeit ein Hauptmotiv. Und dennoch wird, so vermute ich, die Versöhnung von unerträglicher Wirklichkeit und medialer Bilderfälschung nicht mehr vollkommen gelingen.

Diese doppelte Einpflanzung des Bösen in den medialen Alltag scheint indes die Chancen von Aufklärung, Dissidenz und Subversion vollständig zu zerstören. Weder läßt sich diese mythische Konstruktion sexuell oder ästhetisch provozieren - jede dissidente Jugendkultur muß damit rechnen, selbst in den Diskurs des Bösen einbezogen zu werden - noch läßt sich der klassische aufklärerische Gestus verwirklichen, nämlich eine Lüge eine Lüge zu nennen und das Interesse, das hinter ihr steht, aufzudecken. Das Medium opfert schnell den einen oder anderen und antwortet ansonsten auf die Anklage der Fälschung mit einem großen »Na und«.

So wird sich der aufklärerische Impetus zunächst auf eine zweite Größe richten müssen, die das Original und die Abbildung, die Produktion und den Bedarf umfaßt, den Mythos. Nicht welche Welt das Medium abbildet, ist dabei die Frage, sondern welche Welt es konstruiert. Das heißt nun keineswegs, daß man nicht auch weiterhin versuchen sollte, das Spiel der Fälscher zu verderben, nur muß eben genau dies mitbedacht werden: daß es ein Spiel ist. Die Regeln dieser Spiele freilich bleiben solange verborgen, solange sich die Kritik zum einen in moralische Beziehungsfallen locken läßt und zum anderen in zweidimensionalen Modellen von Wirklichkeit und Medium verhaftet bleibt, in denen das Medium als

Transportmittel für Aussagen über die Welt mißverstanden wird. Das bedeutet, und das mag für viele Menschen, die in der aufklärerischen Tradition stehen, ein schmerzlicher Prozeß sein, daß wir wohl auch unseren Begriff von Wirklichkeit verändern müssen, wenn wir das Spiel der Medien verstehen und im Zweifelsfall verderben wollen. Die Wahrheit im Medien-Bild unserer Kultur liegt nicht in der Scheidung zwischen dem Authentischen und dem Fiktionalen, sondern in der Macht der Produktion und der Neurose der Konsumtion. Insofern gibt es nichts Wahreres als die mythischen Konstruktionen der Medien, einschließlich der Einpflanzungen des Bösen, einschließlich der Konstruktion der Welt in ein fiktives, bewohnbares Innen und ein chaotisch authentisches Außen, es gibt nichts Wirklicheres aber auch nichts Unerklärteres als einen Fernsehalltag. Aufklärung mag nun weniger die Pflicht sein, dem Fernsehen nachzuweisen, daß es als Instrument der Aufklärung nicht taugt, es mag die Pflicht sein, diesen wirklichen Fernsehtag aufzuklären.

Konkret 02/97, S. 49

Otto K□ hler

Erledigt und abgehakt

SS beim □ Spiegel□ : Noch immer leugnet Rudolf Augstein die fr□ hen Be□ iehungen seines Blaues □ u Na□ i-F□ hrern

Während diese KONKRET-Ausgabe in Druck geht, hält - so ist es angekündigt - der Bundespräsident eine Rede zum 50jährigen Erscheinen des »Spiegel«. Tatsächlich ist dazu kaum einer besser geeignet als Roman Herzog, der als Schüler des Alt- und Neonazis Theodor Maunz im gemeinsamen Kommentar zum Grundgesetz den Artikel 139 über das Weitergelten der Vorschriften zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus als »in jeder Beziehung obsolet« aus der Verfassung entfernte.

Pünktlich zum »Spiegel«-Jubiläum hat der langjährige Direktor des Adolf-Grimme-Instituts, Lutz Hachmeister, in einer von der »Taz« vorgestellten Untersuchung die Vorwürfe aufgegriffen und wissenschaftlich untermauert, die ich schon 1992 wegen der Mitarbeit von ehemaligen SD-Führern im »Spiegel« der fünfziger Jahre erhoben hatte. Vor fünf Jahren mauerte der »Spiegel« und verweigerte nachfragenden Journalisten fast jede Antwort.

Das ließ sich zum Jubiläum nun nicht mehr ganz durchhalten. In den ARD»Tagesthemen« fragte Sabine Christiansen den »Spiegel«-Herausgeber nach seinen SS-Offizieren. »Es sind drei richtige Fälle«, antwortete Augstein der Moderatorin, »die kann ich erklären. « Nichts konnte er. Da war erstens der Fall des SS-Hauptsturmführers Bern(har)d Wehner vom Reichsicherheitshauptamt. Augstein, der alles erklären kann, sagte dies: »Da war der Kriminalrat Bernd Wehner, der wurde mein Polizeireporter, im übrigen war er kein SS-Mann natürlich, sondern ein Hauptmann der Kriminalpolizei, der 1954 die Kripo in Düsseldorf übernahm. Der Fall ist schon erledigt damit.«

Nichts dazugelernt und alles durcheinander gebracht. Schon 1950 hatte der junge Augstein dafür plädiert, man möge doch Kriminalbeamte, die ins Reichssicherheitshauptamt übernommen und mit einem SS-Rang »angeglichen« wurden, in den bundesdeutschen Polizeidienst aufnehmen. Doch das waren gerade die Schlimmsten. SS-Gruppenführer Arthur Nebe, der Held einer 30teiligen »Spiegel«-Serie über »Glanz und Elend der deutschen Kriminalpolizei«, kam - wie übrigens auch Gestapo-Chef Heinrich Müller - aus der Kriminalpolizei des Weimarer Staates, wurde 1941 Chef der Einsatzgruppe B, die nach seinen eigenen Erfolgsmeldungen 41.467 Personen liquidierte. Ganz persönlich ordnete er erste Vergasungen in abgedichteten Garagen an. Für Augstein war Nebe bedauernswerter als seine Opfer. »Wir sind alle Nebes«, schrieb er in einer abschließenden Kolumne - der Urtext der langen Serie selbst aber stammte von Nebes engstem Vertrauten, eben dem SS-Hauptsturmführer Bernd Wehner, Augsteins »Kriminalreporter«. Jener gehörte übrigens - auch da ist Augsteins Interview nicht ungelogen - schon 1931 der NSDAP und der SA an.

In der Nebe-Serie erklärt der »Spiegel«, warum Heydrichs Terrorsystem »nicht vollkommen« sein konnte: »Der Hitler-Terror krankte daran, daß Deutschland ein Volk ohne Raum war. Der Heydrich war nicht so dumm, daß er nicht gewußt hätte, daß Blut und Vergasungsterror in solcher Massierung üble Wirkungen zeitigten. Aber der Josef Stalin hatte da von jeher bessere Möglichkeiten.«

Vergasungsterror in solcher Massierung? Wieviel durfte es denn sein, damit er weniger üble Wirkungen zeitigte? Das ist wohl kaum auf Wehners Nazi-Mist gewachsen. Das dürfte Augstein pur sein - er selbst war es schließlich, der die Elaborate des Hauptsturmführers in die »Spiegel«-Schreibe übersetzte.

Folgt der zweite Hauptsturmführer des »Spiegel«-Gründers. Augstein: »Dann Georg Wolff, der war nie Nationalsozialist, er war ein naiver Europäer. Er hat mich beschimpft, weil ich so national sei, und niemand hat über die Achse de Gaulle/Adenauer so anrührend geschrieben wie er. Er war ein großer Journalist. Und litt bis zuletzt an der unbestreitbaren Tatsache, daß er Hauptsturmführer im SD gewesen war. Ich hake diesen Fall auch ab.«

Auch? Und abhaken? Ja! Die SS kämpfte schließlich schon immer für Europa. SS-Hauptsturmführer Georg Wolff hoch oben in Norwegen beim SD-Einsatzkommando - als 19jähriger war er schon in der SA, und seit 1936 arbeitete für den SD. Großer Journalist? Er war Mitverfasser einer wüsten antisemitischen Serie, die Rudolf Augstein 1950 vor den Kadi brachte.

Diese Serie - Hauptthema: jüdische Kaffeeschmuggler in der BRD - schrieb Wolff zusammen mit dem dritten SS-Hauptsturmführer, dessen Fall Augstein ebenfalls in den »Tagesthemen« erklären zu können versichert hatte. Doch über ihn, den mutmaßlich Schlimmsten, verlor er - entgegen seiner Ankündigung - kein Wort: Hauptsturmführer Horst Mahnke war - wie Georg Wolff - Student des Königsberger Zeitungswissenschaftlers Professor Franz Alfred Six, zog mit ihm 1936 in Heydrichs Reichssicherheitshauptamt, wo Six die Hauptabteilung Gegnerforschung übernahm. Mahnke bekam das Referat Marxismus. Six war von solch fanatischem Haß auf die Juden erfüllt, daß er es dem ihm ebenfalls unterstellten Adolf Eichmann untersagte, Hebräisch-Unterricht bei einem Rabbi zu nehmen - der Lehrer mußte arisch sein.

1941 übernahm Six eine der Todesschwadronen des SD, nämlich das Vorauskommando Moskau der Einsatzgruppe B, und brachte mit seinen Leuten 1941 innerhalb weniger Wochen eine nicht mehr feststellbare Zahl jüdischer Männer, Frauen und Kinder um. Darunter, so sein Bericht, »38 jüdische Intellektuelle, die versucht hatten, in dem neuerrichteten Ghetto von Smolensk Unruhe und Unzufriedenheit zu stiften«. Mahnke war immer dabei - jetzt als Adjutant seines nur vier Jahre älteren Professors und Standartenführers. 1945 tauchten Mahnke und Six unter, wurden von einem früheren SS-Mann namens Hirschfeld entdeckt und angezeigt, worauf im »Spiegel« ein journalistischer Steckbrief mit der sachdienlichen Fahndungs-Überschrift erschien: »Merkt Euch den Namen Hirschfeld!« Nach der gemeinsam verfaßten Serie über jüdische Kaffeeschmuggler wurden Mahnke und Wolff Ressortleiter des »Spiegel«.

Augstein schwieg in den »Tagesthemen« über Hauptsturmführer Mahnke, und über dessen Kollegen Wolff und Wehner hatte er kein wahres Wort zu sagen. Meine Bemühungen, danach von Pressesprecher Lohfeldt oder Chefredakteur Aust eine Stellungnahme zu den drei Hauptsturmführern des »Spiegel« und seine SD-Verflechtungen zu erhalten - da gab es noch einiges mehr - blieben ohne Erfolg.

Doch der einst zweite Mann neben Augstein, der pensionierte Verlagsleiter Hans Detlev Becker, hat der »Taz« über Mahnke schon alles Nötige gesagt: »Er hatte sich im Sinne nationalsozialistischer Unrechtstaten nichts vorzuwerfen. Anders hätte er weder Redakteur beim >Spiegel< noch Chefredakteur beim Axel-Springer-Verlag noch Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Zeitschriftenverleger werden können.«

Eine Schlußfolgerung von besonderer historischer Stringenz.

Konkret 02/97, S. 50

Mathias Wedel

Herrliches Morgen

In der Berliner Ausstellung »Parteiauftrag: Ein neues Deutschland« erscheint die Ikonographie der frühen DDR-Jahre als Fortsetzung der Nazipropaganda mit den gleichen Mitteln

Propaganda ist der Versuch, vereinzelten Menschenkindern das Gefühl überzuhelfen, zu einer moralisch legitimierten Mehrheit zu gehören. Sie ist eine Projektion, eine Fiktion, eine feste Einbildung. Sie ist eine Not-Lüge in defizitärer Gesellschaft und wird trotzdem zur materiellen Gewalt, wenn sich das Masseteilchen als Teil der Masse begreift. Propaganda empfindet man immer als lächerlich oder abstoßend, wenn man das Glück hat, nicht dazuzugehören.

Einmal, als ich im 12. Stock der Berliner Charite im Krankenbett lag, hatte ich -gewissermaßen als Ausgleich für vorenthaltene Reisen in den Kapitalismus - einen großflächigen Ausblick über Westberlin. Am Abend ging über der Frontstadt der Mercedes-Stern auf. Ich dachte, wie arm sind die Menschen dort dran, die selber ihre Sterne hissen müssen, damit sie sich unterm Firmament nicht schwach und verloren fühlen. Ich dachte, wie lächerlich, ein rigoros geschlossenes System von Volk und Mercedes zu simulieren, das - nach Hannah Arendt - keine weiteren Vermittlungen kennt, wie bedrohlich muß das auf die Menschen wirken! Manchmal denkt man ja so gebildet. Ich ahnte damals nicht, daß die Geschlossenheit dieses Systems gar keine Simulation war und daß das, was ich als Bedrohung unterstellte, für die Kerlchen dort unten das Symbol für Heimat (Freiheit, Wohlstand, Geborgenheit, Glück) war. Die Mehrheiten waren längst überredet, sich moralisch legitimiert zu fühlen, und aufgrund nur einer einzigen Erfahrung: Daß der Mercedes immer besser ist als gar kein Auto. Erst heute erlischt das Gleichheitsversprechen - Mercedes für alle! - und erweist sich als propagandistische Simulation.

Bei der DDR ging das schneller. Zwischen Volk und Parteiführung galt als verabredet, daß Propaganda ausschließlich der Simulation dient (u.a. der Täuschung des Gegners). Manchmal war sie Pfeifen im dunklen Walde. Die Bevölkerung registrierte so viel Fürsorge nicht ungerührt und besuchte tapfer und freiwillig die entsprechenden Großereignisse. Es ist schade, daß für etwas, das keiner so recht ernst genommen hat, so viel Geld ausgegeben wurde. Der Blick auf die Propaganda der ersten DDR-Jahre ist schon deshalb lustig, weil alles vorbei ist. Lustig ist auch der schreiende Gegensatz zwischen Selbstbild und damaliger Realität. Aber in einem anderen Sinne, als die Berliner Ausstellung »Parteiauftrag: Ein neues Deutschland« glauben machen will: Der Gegensatz bestand nicht zwischen den propapagierten angeblichen »guten Absichten« (Frieden, Einheit, Wohlstand) der Kommunisten und ihren wirklichen »heimlichen bösen Absichten« (Terror, Mauer und Schießbefehl). Freilich, so wird heute Geschichte für Otto Normalverbraucher erzählt, für den sturznaiven Westler, der durch die Ausstellung schleicht, um auf einen Horrortrip in propagandistisches Minenfeld zu gelangen: Geschichte schnurrt zusammen auf eine Dunkelmännerstory, ein Böse-Buben-Stück von sinistren Kerlen, die sich am Eingang zum seriösen Schein wie richtige Minister an einen richtigen Regierungstisch setzten - und ganz hinten, wenn man Ordensspangen und Winkelemente durchwandert hat, haben sie dann die böse Mauer aufgebaut, die Gauner!

Der Gegensatz zwischen propagiertem Selbstbild und Realität war bis in die fünfziger Jahre ein anderer, und wer den nicht mehr sehen will, wird sich schwerlich erklären können (aber will man das überhaupt noch?), warum die Propaganda so und nicht anders ausfiel: Die Propagandisten malten den »neuen Menschen« auf (die Gesichter glichen aufs Haar den der überglücklichen Moskauer Proletarierinnen und Proletarier, die die sowjetische Plakatlandschaft bis zum Beginn des Krieges bevölkerten). Aber das Volk war der Feind, 90 Prozent der SBZ-Einwohner waren freiwillige Mitläufer des Faschismus, Mitwisser aller großen Verbrechen, fanatische Aktivisten und Funktionäre der Mordmaschinerie gewesen - die Herrenrasse bzw. was von ihr übriggeblieben war. Noch gestern hätte fast jeder von ihnen einen Kommunisten der Gestapo ausgeliefert, wäre er ihnen über den Weg gelaufen. Heute sollten sie das bessere Deutschland sein und regiert werden, als seien sie »auch nur Opfer« gewesen. In dieser Situation hätte die Gruppe Ulbricht »eigentlich« zurück nach Moskau fahren und den Sieg den Alliierten überlassen können ...

Im Westen war der Gegensatz zwischen Siegern und Besiegten viel weniger tief. Die Alliierten waren den Mitläufern der liebere Feind. Das konnten sie auch deshalb sein, weil sie durch den Krieg viel weniger versehrt waren als die Russen (den Amerikanern ist es infolge des Krieges wirtschaftlich sogar besser gegangen). Auch die verbohrtesten Blockwarte wurden demokratisch, als die Care-Pakete kamen. Dennoch setzte auch im Westen eine keineswegs zimperliche Propaganda ein - Recducation genannt (inzwischen gut dokumentiert). Dessenungeachtet aber hatten alte Nazis in Gerichtswesen, Wehrmacht und Polizei, im Schulwesen, im Journalismus und in den Arbeitgeberverbänden das beruhigende Gefühl, mit der Niederlage nicht viel verloren zu haben. Zu dieser Zeit demontierten die Russen in Ostdeutschland noch, was sich demontieren ließ, verbannten Nazis (auch vermeintliche) ins Arbeitslager oder ließen sie ihre KZ von innen sehen. Sie erschienen den Nazi-Mitläufern als das, was sie - ungeachtet ihrer Bemühungen um die Wiederbelebung des kulturellen Lebens - waren, als feindliche Besatzungsmacht. Das, und nicht die Sehnsucht der Ostdeutschen nach der westdeutschen Demokratie, begründete in den frühen Jahren der DDR den Gegensatz zwischen »Partei« (notdürftig angepaßtem

Sowjetsystem) und »Volk« und verursachte die »vom Leben« abgehobene Staatslyrik. Was machten an jenem 17. Juni, als die Berliner Arbeiterschaft angeblich die freie, pluralistische Gesellschaft erkämpfen wollte, die Tausenden kleinen Nazis, die sich tapfer jeder sozialistischen Propaganda entzogen hatten?

Aber ohne Volk kann man schlechterdings nicht regieren. Die Propaganda betrieb also rasch die Generalabsolution, eine Voraussetzung, um den geduckten, am Endsieg verzweifelten Volkskörper strahlend, lachend, friedfertig im Lichte des sozialistischen Morgenrots erscheinen zu lassen. Sie hängte ihm neue Orden und »Aufbaunadeln« ans Revers, an die Stelle, wo noch die Einstiche von den Nazi-Devotionalien zu sehen waren. Sie nahm sich Goethe, Schiller, Beethoven und die Manns vor, um den Frontschweinen von gestern weiszumachen, welch ein Humanismus, welche Friedensliebe in ihnen wohnte. Sie rechnete ihnen jede Rübe, die im Erdreich reifte, jedes Dach, das sie sich über den Kopf bauten, als »gute Tat« für ein »besseres Deutschland« an. Sie zeichnete sie schön und jugendlich, auf daß sich das Gesocks ausrechnen konnte, noch ein paar Jährchen vor sich zu haben, für die es sich lohnen würde, aus den alten Uniformen und Feindbildern auszusteigen. Wenn das ideologischer Terror war, dann einer gegen den Terror.

»Von Anfang an, so zeigen die Originalplakate, Banner, Abzeichen, Ölgemälde und Bronzebüsten, verfolgte die SED ein Ziel: den Aufbau eines politischen Gesamtkunstwerks, die Corporate Identity eines sozialistischen Deutschland«, schreibt der »Spiegel«. Die Gruppe Ulbricht kommt in Karlshorst an und arbeitet an einer Corporate Identity, am »sozialistischen Design« - so seht ihr aus! Vielleicht gab es doch noch ein paar andere Sorgen. Propagandistisch griff man nach dem, was da war. Daraus erklärt sich die heute so albern wirkende Ästhetik, aber auch, warum vieles an die Nazis erinnert. Das alte, volksgemeinschaftliche Kollektivum des »Dritten Reichs« konnte aus kommunistischer (stalinistischer) Sicht nur durch ein neues Kollektivum ersetzt werden. Alle sollten dabei sein, jeder sollte erreicht werden. Das Geschenk der Generalabsolution sollte vom Volk mit vollständiger ideologischer Umkehr beantwortet werden. Manifestationen und Fackelmärsche waren deshalb nicht zufällig ein beliebtes propagandistisches Element: Daß in der alten, allen Hitler-Mitläufern vertrauten Form die neue, nun die gerechte, die gute Sache zum Ausdruck kommt, sollte den Umbruch besonders deutlich machen. Abgesehen davon war das die einzige Ästhetik, die vorbereitet war, sowohl auf der Seite der Sender als auf der Seite der Empfänger. Sie hatte sich schon in den Propagandaschlachten von Kommunisten und Nazis in der Weimarer Republik ausgebildet - auch damals setzten beide Seiten ausschließlich auf das anonyme Kollektiv, auf Klasse und auf Volksgemeinschaft, und pflegten den Kult um ihre Führer. Damals waren die Schlachten für die Kommunisten verlorengegangen, nun sollten bestimmte Formen - zwischenzeitlich »von den Nazis mißbraucht«, aber auch durch die Propaganda-Ikonographie der Sowjetunion angereichert - als Zeichen des »historisch gerechten« Sieges wieder in ihr moralisches Recht gesetzt werden.

Machten die deutschen Kommunisten einfach propagandistisch dort weiter, wo die Nazis aufhören mußten, weil ja Kommunisten und Nazis »prinzipiell dasselbe« sind? Die Deutschen, die durch die harte Schule der Nachwende-Geschichtspropaganda gehen, werden das uneingeschränkt bejahen. Mir sagte eine Besucherin der Ausstellung, man brauche für das Wort »Frieden« auf den Plakaten der DDR einfach nur das Wort »Endsieg« einzusetzen - schon stimmt's wieder! Gewiß, dann stimmt's wieder - und um das zu begreifen, dazu sind das Deutsche Historische Museum, der »Spiegel« und »FAZ« ja auch da.

Da ist es vielleicht nützlich aufzulisten, was in der Propaganda der DDR fehlte. Auch wenn die »Kriegstreiber« Adenauer und Eisenhower in der Karikatur als wildfuchtelnde Idioten erscheinen, die vom stolzen Dampfer Sowjetunion ins Meer getrieben werden - eine Aufforderung zum Mord ist das nicht. Das Plakat »Weg mit dem Dreck! « - Adenauer zwischen Besen und Kehrichtschaufel - findet der »Spiegel« besonders scheußlich, denn es erinnert ihn an das »Schmuddelbild vom jüdischen Ungeziefer«. (Eine vergleichbare Argumentation hatten wir kürzlich, als Droste/Henschels allerdings unpropagandistischer Roman *Der Barbier von Bebra,* in dem bärtige Bürgerrechtler sonderbare Tode erleiden, mit der Aufforderung zum Pogrom an den Juden verglichen wurde.) Adenauer als Dreck zu bezeichnen, war und ist gewiß unangemessen. Aber auf einer gedanklichen Ebene mit »Jude, verrecke! « und mit dem, was daraus wurde, stehen diese Muskelspielereien nicht. Auch wenn es zahlreiche kraftprotzende Sprüche gab, den Feind immer und überall »zu schlagen« - Kriegspropaganda, Aufwiegelung zum Rassenhaß, die Verbreitung von Untermenschen- und Herrenrassenideologie waren ausgeschlossen. Der FDJler mit der großen Trommel mag verblüffende Ähnlichkeit mit dem HJ-Pimpf haben. Aber in seinen Adern floß nicht das Blut der nordischen Edelrasse, und Pfingsttreffen von Erichs Jugendverband waren keine Sonnwendfeiern. Schließlich war das Propagandasystem der DDR auch in ihrer stalinistischen Phase nicht identisch mit dem der Nazis. Wer Westsender hörte, kam nicht aufs Schafott. Die DDR hat sich tüchtig, zumeist nicht sehr vorteilhaft und zuweilen ungewollt komisch inszeniert - in einen »nationalen Rausch der Begeisterung und der Führerliebe«, in ein »Führer befiel, wir folgen! «, auf die sich viele Mitläufer nach dem Kriege herausredeten, hat sie ihre oftmals sarkastisch-distanzierten Landeskinder nicht versetzt.

Wie ungeschlacht und tumb heute die Propaganda-Offensiven der DDR auch wirken - ganz weit weg vom kleinen Mann waren sie offensichtlich trotzdem nicht. Oft habe ich erlebt, wie ganz normale, mit gesundem Verstand begabte Leute voller Stolz ihre Orden vorwiesen. Die Ziele, die die Partei vorgab, waren gerade »in den frühen Jahren« nicht so weit entfernt, wie das heutige Propaganda gern glauben machen will. Meine Großmutter, die in Erfurt Trümmer wegräumte, bekam dafür

nicht einmal eine Suppe, aber eine »Ehrennadel«. Die war ihr, einer »Bürgerlichen«, teuer bis ans Lebensende. Zumeist hatte die SED wirklich nicht mehr zu bieten als »den Dank an unsere Werktätigen«. Noch heute höre ich ältere Westdeutsche inbrünstig von ihrer Wirtschaftswunder-Wunderleistung schwärmen. Das nimmt denen doch auch niemand weg! Wenn man im Deutschen Historischen Museum an einer bestimmten Stelle eine Lichtschranke passiert, fangen aufgereihte DDR-Fähnchen an, im Kreise zu tanzen. Zum Gaudi des Feuilletons: Ossis, das seid ihr!

Damit kommen wir zur Propaganda dieser Tage. Denn das ist natürlich interessanter, als unablässig im Panoptikum der ewig wahren Sprüche eines längst abgelebten Staates herumzustolpern. Auch heute steht den Propagandisten der Sinn danach, den im Besitzstandsdenken vereinzelten Menschenkindern das Gefühl überzuhelfen, zur moralisch legitimierten Mehrheit zu gehören. Leider gibt es keinen Aufbruchsplan für den Standort Deutschland, aus dem man ein oder zehn Gebote der postindustriellen Moral formulieren könnte (»Du sollst nicht schwarzarbeiten! «). Ein Feind steht auch nicht mehr zu Gebote. Aber wenigstens ein toter Feind. Die DDR darf nicht ganz und gar sterben. Die gruseligen periodischen Begegnungen mit ihr verhelfen den Westdeutschen, etwas vom Wir-Gefühl zu evozieren, das es gab, solange die Mauer stand. Auch die Ossis sind eingeladen, sich unauffällig drunterzumischen und auf die Seite der Sieger zu wechseln. Die Funktionsdefizite der BRD sind inzwischen so schwerwiegend, daß sie propagandistisch nicht mehr - wie weiland in der DDR - mit dem Verweis auf kommende Lösungen, auf »ein herrliches Morgen« zu kompensieren sind. Auch der Rückblick auf einen noch komischeren Staat kann milde stimmen. Vor allem muß man noch einmal vorführen, wohin das Ideal der Gleichheit führt: zu albernen Ikonen, zur geschlossenen Gesellschaft, zum Verlust von individuellen Freiräumen. Nur gut, daß die deutsche Gesellschaft gerade dabei ist, das Ideal der Gleichheit aus dem Kontext der Demokratie zu räumen, so daß von der berühmten Triade der Revolutionsgeschichte nur noch die Freiheit, in den Süden zu reisen, und die noch unfaßlichere »Brüderlichkeit« bleiben.

Also, Propagandisten, bleibt dran! Dann nennt euer Museum aber auch Dewag (wie die »Deutsche Werbeagentur« der DDR). Die Muster sind bekannt: Vorn steht der Tisch, an dem die Täter Taten planen -und hinten stehen im diffusen Licht Stacheldraht nebst Mauer. Ursache und Wirkung: Böse Menschen tun böse Taten. Der »Spiegel« meint, dies sei die »einzige naturalistische Eigeninszenierung der Ausstellung« -und hat sich damit verzählt. (Als ob »naturalistische Eigeninszenierungen« überhaupt erlaubt seien!) Authentizität ist hier reichlich »nachempfunden«. Ein Vitrinenerklärer behauptet vor einem Fenster voller Losungen und Plakate allen Ernstes, hier handle es sich um ein Schaufenster eines »normalen HO-Ladens«. An der Decke der Halle sind obskure Losungen auf rotem Tuch aufgehängt. »Made in GDR« ist keins dieser Objekte. Das Museum hat sie liebevoll nachempfunden und von fleißigen ABMlerinnen nähen lassen. In einer Ecke sind Päckchen gestapelt, mit Paketkarten dran, auf denen sich Kollektive zu Höchstleistungen verpflichten. Luft-Post an einen SED-Parteitag? Nein, auch nur eine museale Luftnummer. Vielleicht sind in des Kanzlers Lieblingsmuseum abgewickelte SED-Propagandisten am Werke, die ideologische Wiedergutmachung betreiben?

Sekundiert wird die propagandistische Glanzleistung von einer interpretationsfreudigen Presse. Den Vogel hat Herr Reißmüller in der »FAZ« vom 4. Januar abgeschossen. Er hat die Ausstellung auf der Suche nach den physiognomischen Merkmalen der Köpfe von Diktatoren durchwandert. Der Kommunist Pieck z.B. sah aus »wie das fleischgewordene Wohlwollen« und war zudem »unmöglich angezogen«. Das zumindest hätte doch die Deutschen jenseits der Elbe mißtrauisch machen können. Was Reißmüller auf den ersten Blick merkte, das wollen die Ossis all die Zeit nicht wahrgenommen haben - nämlich daß Ulbricht »in diesen frühen Jahren immer bedrohlich« aussah, daß er das ganz typische »Gesicht eines Staats-Terroristen« hatte? Ganz nach dem Grundsatz »Über 30 ist jeder für sein Gesicht selbst verantwortlich« hatte Ulbricht sogar die perfide Fähigkeit entwickelt, sein Gesicht entsprechend der politischen Großwetterlage zu verändern: Inder Zeit der beschleunigten Sowjetisierung hatte »Ulbrichts Gesicht gar einen Zug von Stalin«. Ob er anschließend Chruschtschow immer ähnlicher wurde, erfahren wir nicht. Ursprünglich wollte Ulbricht im Osten den Kommunismus erzeugen, dann hat er sich offenbar auf ein bescheideneres Ziel verlegt: »Ulbricht erzeugte Angst, und das muß er wohl gewollt haben«, denn meistens saß er »mit lauerndem Blick daneben«. Selbst wenn er sich einen Hut aufsetzte, um die Weltöffentlichkeit zu täuschen, ging das gründlich schief. Denn daß Sowjetdiplomat Semjonow und Ulbricht Mantel und Hut trugen, »erzeugt alles andere als den Eindruck von Bürgerlichkeit«.

Lauernde, bedrohlich aussehende, unmöglich angezogene Männer mit Hut, die immer mal ein wenig wie Stalin aussehen - und so was hat Geschichte gemacht?! Und die wird jetzt beschrieben.

Berliner Zeughaus unter den Linden, Deutsches Historisches Museum, bis 11. März 1997: »Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR«

Konkret 02/97, S. 53

Karl-Heinz Hansen

Freier Fall

Der Bremer Bürgermeister Scherf (SPD) hat sich an einer Diskussion darüber beteiligt, ob die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über die Verbrechen der Wehrmacht im Rathaus gezeigt werden dürfe. Karl-Heinz Hansen hat ihm daraufhin einen Offenen Brief geschrieben

An den Bürgermeister der

Freien Hansestadt Bremen

Herrn Dr. Henning Scherf

Rathaus, 28195 Bremen,

9.1.97

Lieber Henning Scherf,

ich schreibe Dir öffentlich in einer öffentlichen Sache, weil ich bis heute Anlaß zu haben glaubte, in Dir einen Sozialdemokraten mit hohem moralischen Anspruch an sich selbst, an Gesellschaft und Politik zu kennen. Zu diesem Glauben verleitet hatte mich auch unsere gemeinsame Solidaritätsbekundung für die Sandinistische Befreiungsbewegung durch einen - mehr symbolischen als körperlichen - Einsatz als Kaffeepflücker an der Nordgrenze Nicaraguas.

Dieser Glaube wurde soeben gründlich zerstört. Meine Enttäuschung durch und über den Menschen und Politiker Scherf ist groß, Denn eben ging eine Podiumsdiskussion zum Thema »Verbrechen der Wehrmacht/ Streit um die Ausstellung« zu Ende, die mir aus Bremen per TV von Nord 3 ins Haus gefunkt wurde. Eine Diskussion, die überflüssigerweise bewies, daß - nach Verjährungsdebatten, nach Historiker- und Goldhagen-Debatte - der freie Fall des intellektuellen und moralischen Niveaus öffentlichen Redens über den Nazi-Verbrecherstaat sich ungebremst fortsetzt und ahnen läßt, wie er an großdeutschen Stammtischen geführt wird.

Ich schreibe Dir auch, um Dich an meiner gar nicht kalten Wut teilhaben zu lassen, die in mir hochkam, als ich Euch dort oben auf dem Podest sitzen sah. Von links: Neben dem Bürgermeister Scherf der CDU-Koalitionär Neumann, dann Herr Wolffsohn, deutschnationaler Bundeswehrhochschulprofessor, ein Moderator, daneben der »Zeit«-Historiker Janßen, Herr Proske, Kampfflieger Hitlers und Veröffentlicher, und am Rande der Kommunist Hrdlicka, der nicht unerwartet die hierzulande übliche Allergie auslöste, wie an euren angewiderten Physiognomien abzulesen war, als der Bundeswehrhistoriker Wolffsohn zu dessen aktiver Verfolgung aufrief (Beifall im Publikum). Es sitzt sich so gemütlich in der Gemeinschaft der Demokraten, nicht wahr?

Es würgt mich, wenn ich zusehen muß, wie der ehemals linke Sozialdemokrat Scherf seinem Koalitionskollegen von der CDU begütigend den Arm tätschelt und gleich ihm verständnisinnig nach mehr Forschung verlangt, ehe »man vorschnell endgültige« Urteile über die verbrecherische Organisation der Wehrmacht abgibt - obwohl er weiß, daß seit Jahrzehnten ganze Berge von Tatsachen nur darauf warten, zur Kenntnis genommen zu werden. Nein, es geht nicht, daß Henning Scherf sich mit Leuten gemein macht, deren Partei für immer mit dem Makel behaftet ist, die Kontinuität des Nazi-Verbrecherstaates nach 1945 zumindest geduldet, wenn nicht befördert zu haben. Die deshalb an Wahrheitsfindung kein Interesse haben können und immer wieder gegen alle »Beweise« ablenken müssen von dem großen einzigartigen deutschen Verbrechen auf sekundäre Formalien, vom Was auf das Wie.

Zur Wahrheit über den deutschen Militarismus, den die Antihitlerkoalition der Alliierten »zerstören« wollte, damit »Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören«, gehören auch die Kontinuitäten in der mit alten Nazi-Generälen gegründeten Bundeswehr. Als Einstiegslektüre empfehle ich die »Himmeroder Denkschrift« von 1950, in der Hitlers Generäle die Rehabilitierung der Alten Kameraden als Vorbedingung fürs Wiedermitmachen verlangen, und die Verlautbarungen der Bundeswehrgeneräle Karst, Schnez oder Grashey, der beispielsweise die Bundeswehroffiziere ermunterte, endlich die demokratische »Maske« abzulegen. Deshalb geht es auch nicht, daß ein mit Resten von Anstand ausgestatteter Mensch geduldig und schweigend zuhört, wie der Ex-Kampfflieger Proske bräsig und selbstgefällig darüber räsoniert, ob manche der angeprangerten Erschießungen nicht doch irgendwie vom »Völkerrecht gedeckt« waren -statt ihm umgehend wenigstens verbal aufs Maul zu hauen.

Vom sozialdemokratischen Chef eines Bundeslandes hatte ich - immer noch und wider alle schlechtere Erfahrung - erwartet, daß er sich gar nicht erst einläßt auf eine Diskussion, ob eine Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht im Rathaus stattfinden dürfe oder nicht: Wer sich mit Verharmlosern einläßt, gerät leicht in den Sog der gewöhnlichen Geschichtsverleugnung. Unter Blinden wird selbst der Einäugige blind. Denn es stimmt ja: Die Zweite Deutsche Republik hat *nicht* gründlich mit dem Verbrecherstaat Hitlers gebrochen oder zumindest ihre unsauberen Anfänge bereinigt, ist kein

wirklich neuer Staat geworden. Der Moment der Entscheidung dafür wurde schon früh verpaßt, nämlich »das radikale Abstandnehmen vom Dritten Reich und von allem, was es ermöglicht hat. Hier darf es keine Kontinuität geben, denn Kontinuität bedeutet hier Weiterwirken des Giftes, Vorbereitung neuen Unheils ... Es bedarf der Erkenntnis der Neuartigkeit dieser Verbrechen, die nur durch den Verbrecherstaat möglich waren. In der Bestimmung und Aufdeckung dieser Verbrechen, der Massenmorde, und durch diese Auffassungsweise ergeben sich vielfache Belastungen, die zu verschleiern den Boden der Wahrhaftigkeit wegziehen würde« (Karl Jaspers, *Wohin treibt die Bundesrepublik?, 1966).*

Die Nazi-Verbrechen wurden und werden verleugnet, verschleiert, verharmlost, und dabei ist offensichtlich der einmal selbstverständliche Anstand verloren gegangen, der einen Henning Scherf seiner Freien Hansestadt sagen ließe: »Gerade diese Ausstellung findet im Rathaus statt! Wo denn sonst? « Leider wird die Abwesenheit solchen Anstandes weder bemerkt, noch wird er vermißt. Und deshalb kommt es nicht mal zu dem Versuch, Versäumtes nachzuholen, Unsauberkeiten der Anfänge dieser Republik zu bereinigen.

Ganz und gar nicht will ich mich schließlich damit abfinden, daß Taktieren und Finassieren um des Erhalts einer Großen Koalition willen, daß schäbiger Opportunismus vor Klarheit und Wahrheit gehen soll. Nur damit ist das Unfaßliche zu erklären: daß Du am Ende dieser »Diskussion«, sorgend und barmend, in sechsfacher Wiederholung Deinen Bürgerinnen und Bürgern Behutsamkeit und Rücksichtnahme auf »Kränkungen« und seelische »Schmerzen« versprichst, die ihnen die aufregende Ausstellung schon vor ihrer Ankunft in Bremen zugefügt hat und noch zufügen wird, und daß Du die Qualen der Suche nach einer einvernehmlichen Lösung weiter auf Dich nehmen willst. (Achtung: Wenn Herr Wolffsohn Dir an dieser, der falschen, Stelle die Hand gereicht hat, so liegt das daran, daß er ein schwacher Kopf ist und allgemein zu Mißverständnissen neigt.)

Rücksichtnahme auf die Täter, die ungestraft in dieser Republik frei herumlaufen! Behutsamkeit im Umgang mit den unbelehrbaren Nachkommen der Täter! Einvernehmlichkeit mit frechgewordenen alten und neuen Nazis und Nazissen! Fehlt nur noch, daß wir den toten Opfern ihren Tod verzeihen und den Überlebenden, in deren Seelen Auschwitz tagtägliche Realität ist, ihre Leiden vergeben! Damit das klar ist: »Belastet ist jeder. Zum mindesten hat er nicht rechtzeitig erkannt und gehandelt, hat er dann seit *1933* nicht eingegriffen und nicht sein Leben eingesetzt, als die Verbrechen geschahen, sondern dabeigestanden ... für die politische Schuld gibt es die Haftung aller Staatsangehörigen ... eine kollektive politische Haftung« (Jaspers).

Der Streit um die Ausstellung über die Verbrechen der Deutschen Wehrmacht am Standort Bremen ist heuchlerisch, beschämend, schändlich und verächtlich! Er läßt wenig Hoffnung auf Wiederherstellung von Humanität, auf eine Restauration der Trümmer des Gewissens. 1945 zwangen amerikanische und englische Soldaten in einigen wenigen von vielen Vernichtungslagern deutsche Männer und Frauen, sich die aufgehäuften Skelette der von Deutschen Ermordeten anzusehen. Ich wünsche der Freien Hansestadt Bremen eine zweite Besatzung an den Hals, die ihre zartfühlenden Bürgerinnen und Bürger in die Ausstellung führt und sie so wenigstens der »Wucht der Bilder« (Janßen) von deutschen Verbrechen und Verbrechern aussetzt.

Aber die Alliierten von heute sind leider damit beschäftigt, den altbewährten hohen moralischen Standards des christlichen Abendlandes weltweit Geltung zu verschaffen, zum Beispiel in den unzivilisierten Regionen des Balkans. Und die Deutschen in Uniform dürfen als »willing executioners.« dabei sein.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Heinz Hansen

Karl-Heinz Hansen, ehemaliges SPD-MdB, wurde wegen Beleidigung Helmut Schmidts aus der SPD ausgeschlossen

Konkret 02/97, S. 54

Jens Hoffmann

Buch & Deckel

Simha Rotem: Kazik. Erinnerungen eines Ghettokämpfers. Verlag der Buchladen Schwarze Risse/Rote Straße, Berlin 1996, 207 Seiten, 25 Mark

Zum utopischen Gehalt von Menschen und Dingen gehört, daß sie bereits in der Gegenwart auf gesellschaftliche Verhältnisse hindeuten, in denen jene nicht mehr nach Verwertbarkeit oder Funktion eingeschätzt und beurteilt werden müssen, sondern wahrgenommen werden, weil sie da sind. Auch Sätze und Geschichten hätten es unter diesen Bedingungen durchaus leichter. Sie wären mit einem Publikum konfrontiert, das läse, um Erfahrungen wahrzunehmen und nicht um Gedrucktes in gewinnversprechendes kulturelles Investitionsmaterial zu verwandeln. Die Wahrheit wäre einfach die Wahrheit, und keine Rechnung, die gefälligst restlos aufzugehen hat. Überdies könnte das Leben dann einmal etwas anderes sein als die auf Dauer doch recht ermüdende Bilanzierung empfangener und ausgeteilter Kopfnüsse.

Simha Rotem berichtet in dem bereits 1984 in Israel veröffentlichten Buch *Kazik. Erinnerungen eines Ghettokämpfers* über sein Leben vor, während und nach der Besetzung Polens durch die Deutschen. Er erzählt vom Kampf der jüdischen Untergrundarmee und von seiner Enttäuschung nach der Befreiung Warschaus durch die Rote Armee, die nicht die Befreiung vom Antisemitismus brachte. Er erinnert an die ermordeten und davongekommenen Genossen und Genossinnen und nennt die Namen hilfsbereiter Menschen, die Essen oder ein Versteck gaben, ohne etwas dafür zu verlangen. Er beschreibt, wie er Geld von Ghettogefangenen erpresste, um Waffen für die Untergrundarmee kaufen zu können. Und er beschreibt, wie er für diesen Zweck die Hinrichtung eines jüdischen »Kunden« - bis zum Entsichern der Waffe - durchspielte: »Diese Aktionen gehörten nicht zu den erfreulichen Ereignissen in meinem Leben.«

Die Unmöglichkeit, die von den Deutschen während des Zweiten Weltkriegs Verletzten und Ermordeten durch Erinnerung und Wahrnehmung der überlieferten Lebenszeichen zu retten, erzeugt eine Hilflosigkeit, die nicht aufzulösen ist. Auch die Identifizierung und Anklage der Täter/innen und Mitläufer/innen, die symbolische Verurteilung einer Welt, die nach 1945 nicht ganz anders wurde als davor, und die ebenso symbolische Annäherung an die Opfer, Davongekommenen und Widerstandskämpfer/innen sind keine Mittel gegen die Tatsache, daß Millionen für und wegen nichts ermordet worden oder bis heute dazu gezwungen sind, mit den Verbrechen der Deutschen zu leben.

Simha Rotem hat nach seiner Ankunft in Israel, das heißt nach einer mehrwöchigen Internierung im britischen Lager Atlit, auf dem Bau gearbeitet. Er wohnte einige Monate in Tel Aviv bei einem Paar, das ihn wegen der Schreie, die er im Schlaf ausstieß, nicht vor die Tür setzte. Eine Büroarbeit mochte er nicht annehmen - »Die körperliche Arbeit war für mich damals ein inneres Bedürfnis, etwas Heilsames. Nach einem Arbeitstag auf dem Bau kehrte ich müde und erschöpft, aber ruhiger nach Hause zurück.« Rotem lernte Hebräisch und sprach wenig. Er schwieg, weil er häufiger nach den Toten als nach den Davongekommenen gefragt wurde. Und er schwieg, weil ausgerechnet er es als Schuld empfand, am Leben geblieben zu sein.

Rotem telephonierte mit Marek Edelmann, einem Freund aus der jüdischen Untergrundarmee, der nach Kriegsende in Warschau als Kardiologe arbeitete. Es ließ ihm keine Ruhe, daß am 10. Mai 1943 nicht alle im Ghetto eingesperrten Kameradinnen und Kameraden mit dem von ihm herbeigeschafften LKW gerettet werden konnten. Im Gegensatz zu den Nazis und ihren Kindern hatte Rotem nicht die Wahl, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen oder nicht. Es ist das Privileg der Deutschen, die deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkrieges einfach zu ignorieren.

Simha Rotem lebt mit seiner Frau und zwei Kindern in Jerusalem.

Konkret 02/97, S. 54

Erwin Riess

Buch & Deckel

Hannah Arendt/Heinrich Blücher: Briefe 1936-1968. Piper Verlag, München 1996, 597 Seiten, 49,80 Mark

Die bürgerliche Revolution war, betrachtet man ihre Ergebnisse, nicht zuletzt eine Revolution der Post. Vor allen anderen bürgerlichen Unternehmungen beförderten Napoleons Kriege das Postwesen. Die Ware der Post ist der Brief, und Briefe sind Ersatzreden von Menschen, die keine andere Möglichkeit finden, sich auszutauschen. Zu Zeiten, da das Telefon noch nicht erfunden oder nur schwer verfügbar war, kam dem Brief ein hoher Gebrauchswert zu, in ihm wurden die Händel des Alltags erörtert. Wer schreibt was über wen an wen, lautet der dramaturgische Gehalt des Briefes, und es ist ohne Belang, um welche Art Brief - Geschäfts-, Kondolenz- oder Liebesbrief - es sich handelt. Selbst der Leserbrief, der ja zur Veröffentlichung bestimmt ist, kann seine briefliche Natur nicht abstreifen. Hat er keinen Gebrauchswert, ist es schade um die der Werbung entzogenen Zeilen.

Zieht man den Gebrauchswert vom Brief ab, erscheint erst seine Substanz: der Tratsch. Das ist nicht wenig, denn der Tratsch ist das Feld, auf dem die Menschen sich ihrer Sicht der Welt bewußt werden. Das ist aber andererseits auch nicht viel, denn die Weltsicht hat es an sich, daß sie verschoben, wenn nicht verschroben ist.

Auch kluge Menschen tratschen. Aus diesem Grund werden nach einer Schamfrist ihre Tratschereien posthum als kommentierte, ausgewählte oder gesamte Briefwechsel herausgegeben. Es empfiehlt sich aber, die veröffentlichten Briefwechsel schreibender Menschen mit Vorsicht zu lesen, denn der Tratsch hat die vertrackte Eigenschaft, den Blick auf das Werk eines Schriftstellers zu verstellen. Diese Regel ist so streng, daß von ihr nicht einmal Ausnahmen existieren, denn auch diese, der Briefwechsel Flauberts mit George Sand etwa oder die Briefe Lichtenbergs und Brechts, sind Tratsch und bleiben hinter dem Werk zurück. Daß sie mit Gewinn gelesen werden können, zeugt nur davon, daß manche Köpfe geistvoll zu tratschen vermögen.

Hannah Arendt und Heinrich Blücher schrieben einander von 1936 bis 1968 über vierhundert Briefe, von denen im vorliegenden Band immerhin dreihundertvier veröffentlicht worden sind. Welche Kriterien zum Ausschluß der übrigen führten, wird in dem sorgfältig editierten Band nicht gesagt. Der Tratsch wurde also zensuriert, was auf ein doppeltes Mißverständnis zurückgehen dürfte, denn weder fügt der Briefwechsel mit ihrem Mann, dem Ex-Kommunisten und Philosophieprofessor, dem Werk Hannah Arendts neue Erkenntnisse hinzu, noch ist vorstellbar, wodurch der in den aufgenommenen Briefen ausgebreitete Tratsch noch übertroffen werden könnte. Der Tratsch nämlich verträgt aus Prinzip keine Beschränkung. Er ist, da nicht für andere bestimmt, gern bodenlos, oft gemein, immer aber ungerecht. ihn zensurieren heißt ihn zerstören.

In den fünfziger und sechziger Jahren unternahm Hannah Arendt ausgedehnte Reisen durch Europa und Israel. Fixpunkte waren Deutschland und Basel, wo sie bei ihrem Freund und Lehrer Jaspers abstieg, dem sie gleichwohl ihre fortdauernde Affäre zu Heidegger verschwieg. In ihren Briefen berichtet Arendt über das wieder aufgebaute Deutschland. In Heidelberg trifft sie 1952 auf Korpsstudenten: »So viele, daß man sich am liebsten nicht auf die Straße begibt. Alles was über 20 Jahre alt ist, ist hoffnungslos, danach allerdings wird es anders.« Arendt beschreibt, was sie sieht, Blücher antwortet mit Reflexionen über das deutsche Wesen. »Wenn Jaspers das wahre deutsche Wesen sucht, findet er niemals den wahren deutschen Konflikt, der immer in dem republikanisch-freiheitlichen Willen Weniger gegen die kosakisch-knechtischen Neigungen Vieler bestand.«

Napoleon hat recht gehabt, stimmt Hannah Arendt zu, es handele sich darum, ob die Weit republikanisch oder kosakisch werde, und in diesem Sinne seien die Engländer am weitesten. »The most civilized country on earth, aber auch das langweiligste!« Drei Jahre später, 1955, besucht sie Griechenland und Israel und berichtet, ganz deutsche Bildungsbürgerin, daß die Menschen in Griechenland so »kotzdämlich« wie die Portugiesen seien. »Arm und faul und dumm«, eine rechte Schande also für die Antike. Blücher will da nicht zurückstehen. »Die Deutschen haben sich nicht aus der Schuld zu retten, sondern aus der Schande«, schreibt er und jammert über den heißen Sommer in New York, der unerträglich sei, noch dazu habe ein Stahlstreik den Nachschub an Klimageräten unterbunden, und, was dem Skandal die Krone aufsetzt, der Streik spiele nur den Russen in die Hände. Wie der Fall der Exportquote und die bundesdeutsche Anti-Atombewegung der späten fünfziger Jahre. Über Israel äußert Hannah Arendt sich wohlwollend. »Was geleistet ist, oft sehr eindrucksvoll, geht schließlich in den Städten und der Sozialarbeit doch auf deutsche Juden zurück«, sie ist aber dann doch froh, wieder in »menschliche Gegenden« zu kommen, Zürich und Basel, »wie von Katzen saubergeleckt« und nicht so dreckig wie der Balkan. »Klima + Sprache + Armut = Fanatismus«, schließt Arendt ihre Israel-Betrachtungen ab und eilt zu einem Kongreß, wo sie auf den »wunderbaren« Ignazio Silone trifft, leider aber auch auf einen Vertreter der »Schweinebande«, wie sie die Frankfurter Schule nennt, den »dummdreisten Ignoranten und Schwätzer« Horkheimer.

immer wieder äußert sich Arendt begeistert über die Musik des von den Nazis geschätzten Carl Orff, in Zürich findet sie Gefallen an einem Lorgnon und in Berkeley an der Höflichkeit der Studenten. Die Auswahl obiger Zitate ist ebenso

willkürlich wie ungerecht, folgt also den Vorgaben des Tratsches. Unschwer ließen sich auch heitere Passagen aus dem Liebes - leben der beiden anführen. So Hannah Arendts warmherzige und kluge Bemerkungen über Flüsse: »Angenehm, mal was zu sehen, was selbst die Deutschen nicht funkelnagelneu machen können«, sagt sie über den Rhein. Sie rühmt den Mississippi, bedauert den Hudson wegen dessen Steilufer und gerät angesichts des Colorado ins Schwärmen: ».la, ohne die Flüsse wäre die Erde hier verloren. Die Flüsse sind das Entscheidendste. Die lieben Flüsse.«

Schriftsteller sollten in ihrem Werk aufgesucht werden, nicht während ihrer Ausgänge. Was sie zu sagen haben, findet sich in ihren Publikationen, kaum aber in ihren Briefen. Es ist kein Zufall, daß Hannah Arendts Briefe während des Eichmann-Prozesses in Jerusalem im Vergleich zu ihrem Text über den Prozeß unergiebig, fast belanglos anmuten. Briefe von Schriftstellern sind fast immer enttäuschend. Die interessantesten Briefe stammen eben von Briefschreibern, welche nicht publizieren. Leider verhält es sich so, daß diese Menschen, mindestens neunzig Prozent der Bevölkerung, nicht nur nicht publizieren, sondern auch keine Briefe schreiben. Folglich hat Lichtenberg recht, wenn er sagt, mit Abstand die besten Briefe seien die ungeschriebenen.

Wer allerdings eine Neigung für Tratsch hegt, der sei beruhigt. Die Briefwechsel Hannah Arendts mit Mary McCarthy, Karl Jaspers, Kurt Blumenfeld, Martin Heidegger, Hermann Broch sind bereits erschienen oder erscheinen demnächst.

Konkret 02/97, S. 55

Anja Krüger

Buch & Deckel

Frigga Haug: Frauen-Politiken. Argument-Verlag, Hamburg 1996, 264 Seiten, 27 Mark

Nachdem die Hamburger Professorin Frigga Haug bei einer Veranstaltung zu Ehren des 75. Geburtstags von Willy Brandt einen Vortrag über die Pressereaktionen auf den Frauen-Quotierungsbeschluß der SPD gehalten hatte, wurde sie von den Organisator/innen darum gebeten, für eine geplante Publikation nicht ihren Quotierungstext zur Verfügung zu stellen, sondern einen Beitrag zum Thema Marxismus-Feminismus. Noch sieben Jahre später ärgert sich die Sozialwissenschaftlerin darüber, da sie dieses Vorgehen als exemplarisch dafür erachtet, wie die Forderungen einer »feministischen Realpolitik« zugunsten grundsätzlicher Veränderungsoptionen verdrängt würden. Keine falsche Einschätzung, die aber nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß die Haugschen Ausführungen zur Verknüpfung von Marxismus und Feminismus ergiebiger und schon deshalb interessanter sind als jene zu vermeintlich möglichen konkreten Veränderungsschritten.

Die sich selbst als »Feministin unter Sozialisten« und »Sozialistin unter Feministinnen« bezeichnende Frigga Haug hat in ihrem Sammelband Frau*en-Politiken* Beiträge zusammengestellt, die um Frauenpolitik in unterschiedlichen Politikfeldern, um Lage und Geschichte der Frauenbewegung sowie um die theoretische Verbindung von Marxismus und Feminismus kreisen. Neben der Analyse der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen - die eben immer auch frauenpolitische Aspekte haben - will Hang Ansätze für interventionsfähige »Frauen-Poitiken« entwickeln. Das gelingt ihr nicht, und die Rosa Luxemburg entlehnte Begrifflichkeit einer »feministischen Realpolitik« kippt um in eine Antje-Vollmer-Variante. So schlägt sie beispielsweise vor, die Diskussion um einen »neuen Geschlechtervertrag« zwischen den Geschlechtern zu beginnen. Erster und wichtigster Verhandlungspunkt: eine gesamtgesellschaftliche Frauenquotierung. Die Wichtigkeit der Quotierung zugunsten von Frauen ist nicht nur im Hinblick auf ökonomische Asymmetrien nicht zu unterschätzen, und zu recht ist Quotierung für Hang eine zentrale Forderung, die in fast allen Beiträgen argumentativ gut untermauert wird. Unanalytisch und zweckoptimistisch aber ist ihre Einschätzung von Quotenpolitik unter den gegebenen Voraussetzungen: »Es herrscht kein Zweifel: Mit dem Quotierungsbeschluß der SPD ist die Gesellschaft nicht die gleiche wie vordem.« Immerhin räumt sie ein, daß Frauenquoten »Teil des Wegs, nicht das Ziel« seien.

Haugs Stärke ist nicht die Entwicklung feministischer Strategien, sondern deren Reflexion. Hier ist ihr Buch lesenswert, schon allein deshalb, weil sie patriarchale Strukturen nicht aus sich heraus erklärt, sondern in Kontext von Gesellschaftssystemen darstellt; nicht zuletzt, indem sie Geschlechterverhältnisse auch als Produktionsverhältnisse definiert. Der Marxistin gelingt es, mit ihrem Instrumentarium, das mit der unter anderem von ihr entwickelten Methode der »Erinnerungsarbeit« die marxistische Vorgehensweise produktiv ergänzt, Auswirkungen und Wechselbeziehungen der kapitalistischen Produktions- und patriarchalen Funktionsweie zu analysieren, und zwar ohne in einen platten Ökonomismus oder ausschließlich metaphysische Kategorien zu verfallen. Haugs erfolgreiche Bemühungen um eine Verbindung von Marxismus und Feminismus schlagen sich nicht nur in ihren theoretischen Ausführungen darüber nieder. Sie praktiziert diese Verbindung gemäß der gewählten Methode(n) nicht nur formal, sondern auch substantiell, für Marxistinnen und Marxisten klassischer Prägung wie für einer materialistischen Analyse ferne Feministinnen sicher ein hartes Brot.

Interessant ist Haug vor allem, wenn sie die Frage nach dem Zusammenhang von Produktionsweise und Frauenunterdrückung vor dem Hintergrund frauenpolitischer Erfahrungen in der DDR neu stellt und dabei die Betrachtung subjektiver Faktoren nicht vergißt. Denn hier kristallisieren sich interessante patriarchale Strukturdominanten heraus: Eine annähernde Gleichheit der Geschlechter in der DDR in bezug auf sozioökonomische Bedingungen und/oder der gleiche Zugang zu Bildung haben offenbar keine entsprechende Beteiligung an politischer und gesellschaftlicher Macht zur Folge gehabt. Heute sei festzustellen, daß »Ostfrauen« weniger als Frauen aus dem Westen einen »passiven Sexismus« verinnerlicht hätten und zwar selbstbewußter seien, aber mit Gleichgültigkeit auf offenkundige Diskriminierungen reagierten.

Jenseits von Haugs aufschlußreichen analytischen Angeboten ist ihr Buch auch in anderer Hinsicht lesenswert: Es ist eine kleine Geschichte des sozialistischen Feminismus in der Bundesrepublik, die Fehler benennt, ohne die Protagonistinnen zu diffamieren, und Widersprüche stehen läßt, ohne sie zu verklären.

Konkret 02/97, S. 56

Jens Hoffmann

Buch & Deckel

T. C. Boyle: América. Deutsch von Werner Richter. Carl Hanser Verlag, München 1996, 389 Seiten, 45 Mark

Flüchtlinge brauchen bekanntlich offene Grenzen, Geld, Essen, Wohnungen und Kleidung. Auf Verständnis und teilnahmsvollen Zuspruch in Form von Kulturprodukten können sie verzichten. Das hat Boyle aber nicht davon abgehalten, *América* - der Originaltitel *The Tortilla Curtain* klingt nicht ganz so fein - zu schreiben. Im Vorspruch wird irritierenderweise Steinbecks *Früchte des Zorns,* ein Roman über verarmte, weiße Bürger der Vereinigten Staaten, zitiert. Gewidmet ist América Pablo und Theresa Campos. Will sagen: Das Publikum hält echte, ehrliche Sozialkritik in den Händen. Da wird es also auch bewußtseinsmäßig allerlei zu lernen geben.

Boyles Geschichte geht so: Cándido und América Rinc□n sind vor der Armut in Mexiko nach Kalifornien geflohen. Sie leben als vogelfreie Indocumentados an einem Bach am Stadtrand von Los Angeles und halten sich mit Gelegenheitsjobs und der Hoffnung auf eine bessere Zukunft am Leben. Nicht weit von ihrem Lagerplatz entfernt erstreckt sich Arroyo Blanco, eine Wohnanlage für Leute, die ihr häusliches Sicherheitssystem duzen und Keime im Swimmingpool als Anschlag auf ihre persönliche Freiheit begreifen. Dort leben Delaney Mossbacher und Kyra Mossbacher-Menaker mit Kyras Sohn Jordan, zwei Hunden und der Katze Edith. Kyra ist eine erfolgreiche Immobilienmaklerin, Delaney macht den Haushalt und schreibt Kolumnen für das Naturmagazin »Wide Open Spaces«. Die beiden rauchen nicht, trinken selten, trennen ihren Müll und leben auch sonst nach liberal-humanistischen Prinzipien. Ihre zwei Autos sind wachsversiegelt und vollkaskoversichert. Im Kühlschrank der Mossbachers saß nie eine weinende Maus.

Daß ihre humanistischen Prinzipien nur bedingt für wirkliche Menschen gelten, wird deutlich, als Delaney Cándido Rincôn mit dem Auto anfährt. Nach diesem Unfall sieht der Naturfreund plötzlich überall Mexikaner. Mexikaner campieren in seinem geliebten Cañon, Mexikaner stehen vor dem Supermarkt herum, Mexikaner erledigen die dreckigen Arbeiten, Mexikaner placieren sein Auto auf dem Restaurantparkplatz - »mußten sie denn alle Mexikaner sein?« Delaney fühlt sich belagert. Und auch Kyra sind plötzlich zu viele Mexikaner im Viertel. Sie bemerkt den säuerlichen Ausdruck auf den Gesichtern potentieller Kunden. »Jemand mußte etwas gegen diese Typen unternehmen - sie waren überall, sie vermehrten sich wie die Karnickel, und für das Geschäft bedeuteten sie den Tod.«

Widerspruch gegen die rassistische Hetze ihrer Nachbarn ist von den Mossbachers nun nicht mehr zu erwarten. Ein privater Sicherheitsdienst soll die Zufahrt von Arroyo Blanco kontrollieren - warum nicht? Schließlich möchte man doch gern wissen, wer sich in der Nachbarschaft aufhält. War da nicht eine Notiz zu professionellen Einbrecherbanden in der Zeitung?

Die Gemeinschaft der Hauseigentümer von Arroyo Blanco beschließt den Bau einer zwei Meter hohen Mauer. Nun ja, das ist nicht gerade eine liberale Maßnahme - aber irgend etwas muß man schließlich tun gegen die herumstreunenden Kojoten und Ausländer. Zwei Hunde wurden den Mossbachers getötet. In der Nachbarschaft soll ein Baby durch einen Kojoten verletzt worden sein. Und außerdem wurden auch weiße Frauen belästigt. Irgendwer hat das erst kürzlich erzählt. Wenn der Staat die Sache im Griff hat, wird die Mauer selbstverständlich wieder verschwinden. Keine Frage. Aber solange dies nicht der Fall ist, zählt die Initiative freier, rechtschaffener Bürger, die ja wohl noch sich selbst und ihr Eigentum schützen dürfen.

Als ein Feuer der Rincôns durch den Wind im Cañon außer Kontrolle gerät und die Wohnanlage bedroht, muß die Polizei zwei vorläufig festgenommene Männer vor dem lynchsüchtigen Mob der Hauseigentümer in Sicherheit bringen. Delaney hat sich Mut angetrunken und prügelt auf einen der Festgenommenen ein. Später erinnert er sich an die Abtreibungsgegner, die ihn und seine erste Frau vor Jahren am Betreten der Frauenklinik hindern wollten: »Tja, und jetzt war er einer von denen. Er war der Hasser, er war der Spießer, der Rassist, der Geiferer.«

Aber das stört ihn nicht mehr. Im Gegenteil. Er hat seine Aufgabe gefunden. Mittels allerlei elektronischer Verstärkung will er dafür sorgen, daß die Störenfriede und Brandstifter endgültig dingfest gemacht werden und »ein einfaches Ticket nach Tijuana bekommen«. Er legt sich auf die Lauer und macht den Unterschlupf)seines(Mexikaners Cándido ausfindig. Mit einem geladenen Revolver schleicht er sich an. »Wichtig war nur eins: ihn zu finden, ihn aus seinem Bau zu scheuchen, seine Zähne und Zehen und die Haare auf seinem Kopf zu zählen und das alles aufzuzeichnen als Beweis.« Den Rest werden dann schon die Einwanderungsbehörde und die Polizei mit ihren Clipboards, Handschellen und kotzegrünen Bussen erledigen.

Zur Auflösung der Geschichte bastelt Boyle eine sentimentale Pest von Naturschauspiel zusammen. Ein neugeborenes, blindes Mädchen verschwindet in tosenden Wassermassen, die Körper der Liebenden vereinen sich auf dem Dach eines Postamtes, und eine rettende Hand fischt schließlich auch Delaney heraus. Raten Sie, wessen Hand. Nachdem das Wasser dann ein bißchen abgeflossen ist, schwenken die Lebenden wieder tapfer ihre Hoffnungsfähnchen. Merke: Weiße, die sich

schweren Herzens für Rassismus entscheiden, kriegen eine zweite Chance. Boyle smiles. Mit einem passagenweise auch als Appetitmacher funktionierenden Flüchtlingsroman ins Geschäft zu kommen, ist ziemlich cool. Die Filmrechte sind wahrscheinlich schon verkauft.

Der »Feuersturm von Dresden« ist übrigens auch in América wieder dabei. Boyle verwendet ihn zur Beschreibung des Feuers im Cañon. In World's End(1987)mußte er den schlechten Zustand eines Kochtopfbodens verdeutlichen. Der kommt rum, der Feuersturm.

Konkret 02/97, S. 56

Ischrak Kamaluldin

Buch & Deckel

Katrin de Vries/Anke Feuchtenberger: Die Hure H. Comic. Jochen Enterprises, Berlin 1996, 19,80 Mark

Die Zeichnerin Anke Feuchtenberger ist in den letzten Jahren durch ihre Plakate und Illustrationen aufgefallen. Auf dem Ramschmarkt der Mediengrafik, wo jeder jeden kopiert und auch gute Arbeit schnell zur schicken Masche verkommt, stehen ihre Zeichnungen eigentümlich für sich. Ihre Figuren sind uns nah in ihrer Zeitgenossenschaft, aber zugleich so fremd, wie uns schlimme oder schöne Träume fremd sein können.

Das Befremden, das diese Bilder auslösen können, wurde zum Affront, als die Gouvernante des deutschen Zeitungswesens, die Hamburger »Zeit«, Ende 1995 Anke Feuchtenberger die vorweihnachtliche Literaturbeilage illustrieren ließ. Die Bildgeschichte, die Feuchtenberger nach einer Erzählung der Berliner Autorin Katrin de Vries gezeichnet hatte, weckte den Spießer im liberalen Intellektuellen. Der Vorwurf unerträglicher Häßlichkeit tauchte in Leserbriefen auf, und dieser Vorwurf wird die Zusammenarbeit der beiden Künstlerinnen wahrscheinlich auch in Zukunft begleiten.

Die erste gemeinsame Buchveröffentlichung von Anke Feuchtenberger und Katrin de Vries liegt jetzt unter dem Titel *Die H□re H.*vor. Der Berliner Comic-Verlag Jochen Enterprises sprang über seinen Schatten und veröffentlichte die drei Bilderzählungen, die den Rahmen dessen, was zur Zeit Comic sein darf, gründlich sprengen. Die drei Geschichten eignen sich nicht zum schnellen Verzehr. Jedes der ganzseitigen Bilder ist gegen den flüchtigen Blick gezeichnet. Der Körper der Hure H besitzt eine Präsenz, die nichts mit der Glätte unserer Fastfood-Ästhetik zu tun hat, sondern an die Dreidimensionalität und das Gewicht von Statuen erinnert. Die Nacktheit dieser Figur ist eben nicht obszön, wie man in der ersten Irritation unterstellen möchte. Im Gegenteil, in Feuchtenbergers Zeichnungen ist der weibliche Körper nicht Funktion eines Zwecks, sondern immer auf rätselhafte Weise mehrdeutig und damit moralisch und ästhetisch im Vollbesitz seiner Rechte.

Die drei Bildgeschichten, die das Buch enthält, basieren auf Erzählungen von Katrin de Vries. Die Zeichnerin hat den Text gekürzt und auf kluge Weise in die einzelnen Bilder integriert. Die schnörkellose, mit jedem Wort Wirklichkeit setzende Prosa von de Vries wird nicht zur Informationskrücke degradiert, sondern Bild und Text erzählen auf schlüssige Weise gemeinsam und machen sich dadurch gegenseitig unentbehrlich. Die Titelheldin der drei Geschichten ist eine Figur, für die es kein direktes Vorbild gibt, eine Abenteurerin, die, halbnackt und doch wohlbehütet, in eine surreale Welt hinauszieht.

Die amerikanische Schriftstellerin Gertrude Stein hat festgestellt, daß das Neue in der Kunst zunächst zwangsläufig für häßlich gehalten wird. Die Hure-H.-Geschichten haben die besten Aussichten, in diesem Sinne als häßlich mißverstanden zu werden, aber wer sie aushalten kann, sollte nicht bis übermorgen damit warten, ihre Schönheit zu entdecken.

Konkret 02/97, S. 57

Christel Dormagen

Buch & Deckel

James Hawes: Ein weißer Mercedes mit Heckflossen. Deutsch von Wolfgang Mittelmaier. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1996, 304 Seiten, 39,80 Mark

Los geht's, als hätte der namenlose Icherzähler seine Hifi-Anlage sprachlich auf Kleinstadtbeschallung hochgetunt. Volle Dröhnung, die abtörnt und einen dieser öden, supercoolen Wir-Männer-sind-doch-die-Tollsten-Haudrauf-Metropolen-Romane befürchten läßt, für die der Verlag das Label »Kult« immer gleich mitliefert: »Du angestunkener, bescheuerter Wichser hast von der ganzen verfluchten Scheiß-Sache keinen Furz verstanden ... « usw. Aber dann entspannt sich, schön verschachtelt, doch eine witzig-lakonische und verblüffend komplexe Geschichte von vier jungen Loosern - drei Männern, einer Frau - im London der 90er und ihrem bis zuletzt unausgeplauderten »Plan«, mit dem sie ihr »Leben retten« wollen. Was heißt, nicht mit 30 kleinmütig als Buchhalter mit Glatzkopf im Wohnklo zu landen. Das klingt nach Klischee, aber James Hawes, 1960 geboren und Literaturprofessor, kennt sich verdammt gut aus. Drinnen in den ebenso sehnsüchtigen wie abgebrühten Köpfen seiner Figuren und draußen in der Gesellschaft, die, wie man gerne vergißt, in England immer noch eine la Klassengesellschaft ist.

Und vom Krieg handelt das Buch auch. Nicht nur ganz allgemein á la jeder ist des anderen Wolf, sondern konkret. Der Plan vom leichenfreien Banküberfall sieht nämlich nicht nur den Einsatz des titelgebenden Heckflossers, sondern auch der IRA vor, und über deren Appetitlichkeit herrscht nicht die mindeste Illusion: »Stell dir einfach mal das Spezialmenü vor: nimm als erstes den wasserdichten Jesuitismus des Leninismus, der dir auf angenehme Weise erlaubt, gleichzeitig demokratisch und elitär zu sein. Pack noch die einzig anständigen Revolutionslieder der englischen Sprache dazu und die Erlaubnis, sich in zweifelhaften völkischen Gefühlen zu baden, was den weißen Amis, den Engländern, den Deutschen und ähnlichen Leuten wohlweislich verboten worden ist (kein Wunder, daß die Amis und die Deutschen so auf die Iren abfahren). Verrühre das alles mit einem Hauch von Guiness-durchtränkter Subkultur und tue etwas David-gegen-Goliath-Gefühl und ein wenig Straßenweisheit dazu. Garniert wird das alles mit Seen und ländlichen Idyllen, dann gibt es noch eine Prise revolutionäre Sexualität, und dann servierst du das jedem beliebigen, ungeduldigen Zwanzigjährigen ... «

Ein scharfer Aufklärungsroman über ebendiese im heutigen London.

Konkret 02/97, S. 57

Jürgen Roth

Buch & Deckel

Mario Moretti/Carla Mosca/Rossana Rossanda: Brigate Rosse - Eine italienische Geschichte. Verlag Libertäre Assoziation/Verlag der Buchläden Schwarze Risse und Rote Straße, Hamburg/Berlin 1996, 284 Seiten, 29 Mark

»Tausende von Genossen haben die Erinnerung zum Schweigen gebracht, den Sinn eines ganzen Abschnittes ihres Lebens ausradiert«, klagt Mario Moretti, Mitgründer der Roten Brigaden, in einem Streitgespräch, das er 1993 an sechs Tagen mit Carla Mosca und Rossana Rossanda, Initiatorin der Tageszeitung »il manifesto« und ehemaliges Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens, hat führen können. Aus dem Knast heraus liegt damit ein Rechenschaftsbericht vor, der Entstehung, Organisation und Niedergang des Guerilla-Kampfes in Italien ohne sentimentale Verklärungen und phraseologische Bemäntelung nachzeichnet.

Obgleich Rossanda, die in den siebziger Jahren zwischen PCI-Dissidenz und bewaffneten Auseinandersetzungen nach eigenem Bekunden das Leben einer »kommunistischen Outsiderin« führte, ab und an nicht der Versuchung widersteht, die Beschreibung des Scheiterns linker Militanz mit der Klage über den Verlust einer - manchem RAF-Mitglied besonders liebgewordenen - spezifisch linken »Identität« zu verbinden, nimmt das Interview durch seine analytische Stringenz ein. Moretti, der die Entführung Aldo Moros leitete, den Vorsitzenden der Christdemokraten nach 55 Tagen erschoß, 1981 verhaftet wurde und seither einsitzt, läßt die Geschichte einer revolutionären Bewegung Revue passieren, die zu keiner Zeit am Paradigma »nationaler Befreiung« orientiert war. Im Gegensatz zur isolierten RAF bestanden die Brigaden, als man 1974 den Sprung von den Klassenkämpfen inmitten der Fabriken zum »Angriff auf das Herz des Staates« vollzogen hatte, noch auf ihrer Anbindung an die Ziele kommunistischer Agitation. Gleichwohl erwuchs der Entschluß zum militärischen Schlag gegen den »imperialistischen Staat der multinationalen Konzerne« aus objektiv veränderten gesellschaftlichen Bedingungen: »Wir kamen aus jahrelangen Arbeiterkämpfen, auch harten, und wir kannten ihre Grenzen. Man mußte darüber hinaus.« Denn »du kannst das Kapital nicht nur aus der Fabrik heraus angreifen«, zumal dann, wenn der Staat bereits zur Provokation und zur repressiven Konsolidierung übergegangen ist.

Morettis akribische Rekonstruktion, die von der Beschreibung taktischer Details, der theoretischen Reflexion klandestiner Aktionen bis zur Darstellung zahlloser Schwellensituationen reicht, greift weder zu moralischen Entlastungen noch mythischen Überhöhungen einer Auseinandersetzung, die in die politische Tragödie mündete. Stand am Anfang der Roten Brigaden das Wissen, eine »extremistische Avantgarde, aber innerhalb der Arbeiterkämpfe«, zu sein, beschließt zwanzig Jahre später den Versuch, durch »bewaffnete Propaganda« für eine Umwälzung der Verhältnisse zu sorgen, die Erkenntnis, es sei »nicht eine Bedingung des Kampfzyklus, aus dem wir entstanden, ... übriggeblieben«. Dem erklärten Verzicht auf bewaffnete Auseinandersetzungen korrespondiert mithin Morettis Forderung nach Amnestie: »Keine Gesellschaft kann ewig die prozessualen Rattenschwänze einer vergangenen Konfrontation, von der nicht mal mehr die realen sozialen Subjekte existieren, hinter sich herschleifen.«

Kann sie aber augenscheinlich sehr wohl.

Konkret 02/97, S. 58

Stefan Ripplinger

Provokation Literatur
Herr Kurz, in den OP, bitte

Was taugt die Avantgarde? Stefan Ripplinger und Michael Scharang entgegnen auf Robert Kurz' Beitrag »Der Kollaps der Kommunikation« (KONKRET 1/97)

In der Welt von Robert Kurz geht es zu wie auf einer Intensivstation: Erst kollabiert die Modernisierung, dann sogar die Kommunikation (KONKRET 1/97). Wäre es in der mir bekannten Welt nur ebenso! Doch in ihr treibt die Modernisierung stets neue Blüten, und das Ende der Kommunikation läßt - so sehr man sich die Globalisierung der globalen Aphasie oder wenigstens eine Atempause wünscht - auf sich warten.

Die Apokalyptik ist halt auch nur eine Eschatologie, sie besänftigt die Leidenden. »Krise der Weltökonomie«, »Zusammenbruch jeglicher Kommunikation«, solche Warnrufe sind eigentlich Anfeuerungen. Wer des Ganzen müde war, dem wird nun versichert, das Ende nahe, und noch einmal rafft sich der Müde auf. Er hätte es besser wissen müssen: Ist das Gerede vom Ende der Kommunikation nicht auch Kommunikation? Was soll es überhaupt bedeuten?

Kurz konstatiert das »Verenden« des Kapitalismus »im allgemeinen Kommunikationskollaps«. Diese beiden Patienten sind gleichzeitig in seinen OP eingeliefert worden: der Kapitalismus und die Kommunikation. Indem es mit ihnen zu Ende geht, zappeln sie noch heftig. Der Kollaps der Kommunikation äußert sich beispielsweise in einem starken »Redestrom«; vielleicht ist Schlagfluß die richtige Diagnose, oder Inkontinenz.

Hereingeschoben hat den Todkranken ein Schriftsteller, William Gaddis, der in seinem »gigantomanischen Sabber-Epos« JR »empirisch« zeigt, was »de Saussure als Theoretiker schon vor dem 1. Weltkrieg dargestellt hat: Da sprechen keine Subjekte mehr, sondern >die Sprache spricht<«. Dann ist also wahr geworden, was de Saussure und hundert Jahre vor ihm Wilhelm von Humboldt und noch etwas früher Johann Georg Hamann erkannt haben, daß durch Sprache eine von den jeweils Sprechenden unabhängige, gesellschaftliche Dynamik sich durchsetzt, daß sie gewissermaßen selbst mitredet? Und das ist dann der Kollaps? Dann müßte Sprache eine Totgeburt sein. Kurz beeilt sich hinzuzufügen, es spreche eine Sprache, »die sich gleichzeitig in rostigen und verbeulten Wortschrott auflöst«.

Fragt sich, wie diese sich selbst in Wortschrott auflösende Sprache aussehen soll? Vielleicht wie ein »alltäglicher grammatikalischer Zusammenbruch«? Und wie sieht der aus?: »Als bevorzugte Satzform figuriert der Anakoluth, ein Satz also, der schon keiner mehr ist.« - Solange einer die Definition dessen, was ein Satz ist, der Schulgrammatik überläßt. Für die anderen gilt, daß die Logik eines Textes oder eines Gesprächs nicht durch Sätze regiert wird, sondern umgekehrt. Wer aber die Sätze separat betrachten will, muß feststellen, daß in frei gesprochener Sprache vollständige, schulgrammatisch korrekte Sätze nicht sehr häufig vorkommen - woran aber noch selten eine Kommunikation gescheitert ist. Die »Duden«-Grammatik weist den Anakoluth als Stilmittel bereits bei Goethe nach, Gaddis beherrscht es meisterhaft.

Dann führt Kurz für seinen Kollaps an, daß bei Gaddis und im Kapitalismus »sämtliche Personen konsequent aneinander vorbeireden«. Das sagt sich so dahin, am Ende werden die Geschäfte in JR (der Roman handelt von einem elfjährigen Spekulanten) und anderswo aber doch abgewickelt. Ein anderes Indiz für das Gelingen von Kommunikation als das pragmatische gibt es nicht: Wenn irgendwo eine Firmenzusammenführung oder ein Aktientransfer nicht klappen sollte, weil die Akteure aneinander vorbei kommuniziert haben, reden wir noch einmal über den Kollaps der Kommunikation.

Bleibt zu klären, wie einer einen Roman schreiben kann, der »einfach zeit- und ortloser Kapitalismus pur« ist, und wie Gaddis die »kapitalistische Realsatire reflexionslos aufgezeichnet und transkribiert« hat. Kurz stellt sich das so vor: »Es ist, als wäre Gaddis mit einem versteckten Cassetten-Aufnahmegerät unterwegs gewesen wie einst Andy Warhol mit seiner Kamera.« Eine besonders lustige Bemerkung, weil Warhol bekanntlich bei jeder Gelegenheit ein Tonbandgerät mit sich führte und aus den Aufzeichnungen seinen Roman a (N.Y. 1968; dt. Köln 1971) destillierte. Aber, Scherz beiseite: Jeder, der schon einmal die Ton-Aufzeichnung eines Gesprächs transkribiert hat, ahnt, wieviele Arten es gibt, einen gesprochenen Satz wiederzugeben, ja erst einmal einen Satz als solchen zu bestimmen, und wieviel Reflexion man darauf verwenden muß, ein wörtliches Protokoll anzufertigen. Aber diese Reflexion meint Kurz nicht, er will auf die »kritische Reflexion« hinaus. Und die mißlinge Gaddis schon deshalb, weil er »totale Faktizität« anstrebe.

Wir können uns ersparen, auf Einzelheiten in JR einzugehen; es geht Kurz nicht um Gaddis - für ihn nur ein »Spätling« - , sondern um die literarische Moderne insgesamt, die den unsinnigen Anspruch erhebe, das »gesamte Gefüge dessen, was ist und gewesen ist, im Maßstab 1: 1 reproduzieren zu wollen«; er nennt Joyces *Ulysses*, Prousts *Recherche,* Musils *Mann ohne Eigenschaften.* Allesamt unlesbare Bücher von Größenwahnsinnigen.

Ziehen wir ein Werk zu Rate, das Kurz nicht nennt, in dem aber, im Gegensatz zu denen, die er nennt, der Versuch, eine Totalität zu bieten, tatsächlich explizit eingestanden wird, Gertrude Steins *The Making of Americans (1906-1908).* Dort heißt es: »Ich werde irgendwann eine vollständige graphische Darstellung machen und das wird ein sehr langes Buch sein das alles über jede Art erzählen wird die es von Männern und Frauen gibt. « Selbstverständlich handelt es sich um eine »graphische Darstellung«, ein quasigeometrisches *Modell* also, und in *The Making of Americans* als dem ersten Versuch, diese »vollständige Darstellung« zu erreichen, geht es folgerichtig ausschließlich um zwei typische bürgerliche Familien und ihre Mitglieder, von denen jeweils behauptet wird, daß es »viele Millionen« gibt, »die immer genau wie er (oder sie) gemacht sind«.

Man könnte vielleicht sagen, daß der moderne Roman *partes* und nicht bloß *pars pro toto zu* geben versucht. Das idiotische Unterfangen jedoch, statt wie Marx und Hegel zu einer »Arbeit des Begriffs« anzuregen, *»konkrete Totalität* in all ihren Farben, Formen, Gedanken, Mikro- und Makro-Ereignissen« wiederbeleben zu wollen, wird man keinem der von Kurz erwähnten Autoren unterstellen dürfen. Kurz tut es aber und freut sich dann, daß sie an der »logischen Unmöglichkeit des Anspruchs« scheitern und sich mit »abkürzenden Kunstgriffen« behelfen. Sollte ausgerechnet James Joyce die Tatsache unterschätzt haben, daß ein Text endlich ist und aus Wörtern besteht?

Aus alledem soll sich dann die »Unlesbarkeit« der Moderne ergeben, während *Le Comte de Monte-Cristo* von Dumas père »sogar von Halbwüchsigen nicht selten auf einen Sitz verschlungen« wird. Kurzens Lektüre-Ideal: ein Kolportageroman, rasch gelesen. Darauf läuft es hinaus. Und man fragt sich, was seine großangelegte Verhohnepipelung der Moderne soll, wenn es ihm doch nur darum geht, nach des Tages Mühen in den Bergwerken des Begriffs bei leichter Unterhaltung zu entspannen? Provoziert ihn Literatur, die diesem Zweck nicht genügen will?

Konkret 02/97, S. 59

Michael Scharang

Provokation Literatur
Hand aufs Herz, Herr Kollaps,

Was taugt die Avantgarde? Stefan Ripplinger und Michael Scharang entgegnen auf Robert Kurz' Beitrag »Der Kollaps der Kommunikation« (KONKRET 1/97)

Wenn der Spießer die Welt nicht mehr versteht, läßt er sie untergehen. Wenn sie das nicht tut, beginnt er sie darob zu hassen.

Wenn der *linke* Spießer die Welt nicht mehr versteht, läßt er den Kapitalismus zusammenbrechen. Wenn der trotz wiederholter Aufforderung nicht pariert, greift der linke Spießer zur Feder, zeichnet seine Texte mit Robert Kurz und schickt den Kapitalismus mit wachsender Zuversicht zur Hölle.

Statiker sprechen bereits vom Kurz'schen Gesetz, welches besagt, daß so viel Kapitalismus, wie jener Mann schon hat zusammenbrechen lassen, diese Welt gar nicht tragen kann. Gleichviel, die Gemeinde lauscht den Predigten, und draußen vor der Kirche ist man froh, bei der politischen, theoretischen und sonstigen Arbeit von diesen Leuten nicht behelligt zu werden, weshalb im großen und ganzen Frieden herrschte zwischen Kurz und der Linken.

Nun aber brach Kurz den Frieden, indem er sich neben dem Kapitalismus auch die Literatur vorknöpfte, wohl in der Meinung, daß es unter Linken ohnedies nur ein oder zwei Leute gibt, die sich für Literatur interessieren. Der eine freilich ist sich nicht zu blöd, Kurz zu ersuchen, bei seinem Leisten zu bleiben und seine rückwärtsgewandte Phantasie weiterhin in Kapitalismuszusammenbrüchen auszuleben.

Ich verstehe zwar, daß der Prediger nichts ist, wenn er seinen Ekel vor der Welt, seinen Abscheu vor Revolutionen und seine Ekstase für den geld- und warenlosen Himmel nicht von Saison zu Saison zu steigern vermag, ich behaupte allerdings, daß Kurzens Versuch, diese Steigerung auf Kosten der Literatur zu betreiben, für Kurz nachteilig ausfällt: Der reaktionäre Impetus des Autors, in dessen Kapitalismuskritik nur Kennern erkennbar, zeigt sich ungeschminkt in Kurz' Literaturbetrachtung.

Gegen das Werk von William Gaddis wendet Kurz ein: »Es ist nicht nur der Zusammenbruch der Grammatik, sondern auch der Zusammenbruch jeglicher Kommunikation«, ein Einwand, der zumindest in Wien mehr ist als borniert. Hier verteilen Abendlandretter mit gleicher Argumentation Flugblätter gegen Ernst Jandl.

Gelänge es Gaddis tatsächlich, Grammatik und Kommunikation zusammenbrechen zu lassen, er wäre der Größte. Seit hundert Jahren bemüht bedeutende Literatur sich, das Phänomen darzustellen, daß Kommunikation, für Kurz offenbar eine positive Sache, in jeder Gesellschaftsordnung nichts ist als das gesellschaftlich notwendige Geplapper, das umso reibungsloser abläuft, je besser die Regeln, fälschlich Grammatik genannt, eingehalten werden. Grammatik nämlich ist mehr: Sie ist die Verbindung der überkommenen Regel mit der inneren Logik und der inneren Ökonomie eines sprachlichen Gebildes.

Kurz verwendet Grammatik nur als Regel, die seine Sätze, deren innere Logik spießig und demagogisch ist, nach außen hin vernünftig erscheinen läßt. Ich zitiere Sätze von Kurz, die so tun, als hingen sie zusammen, und die doch nur zusammengehalten werden durch kunstfeindliches Ressentiment: »Wer diese Lektüre durchhalten will, muß wirklich erst mal mit dem Postleitzahlenbuch ... trainieren. Nun haben die Menschen ... noch nie druckreif dahergeredet. Aber das allein macht die Unerträglichkeit ... von Gaddis nicht aus. Vielmehr wird auf die mühsamste Art und Weise deutlich, daß sämtliche Personen konsequent aneinander vorbeireden.« Ein Satz, der nur die Allerweltsweisheit beinhaltet, Menschen redeten nicht druckreif, wird damit verbunden, daß das allein die Unerträglichkeit eines Autors noch nicht ausmacht: Solcher Blödsinn schwingt sich bei Kurz auf zu Literaturkritik.

Heutzutage muß man in entlegensten Winkeln suchen, um noch einen Hinterwäldler zu finden, der wie Kurz die Hände über dem Kopf zusammenschlägt, weil »sämtliche Personen konsequent aneinander vorbeireden«. Aneinander vorbeizureden, angesichts der Kurz'schen Klage muß man sagen: aneinander vorbeireden zu *dürfen,* ist eine Errungenschaft der arbeitsteiligen Gesellschaft. Eine bessere als die bürgerliche Gesellschaft wird die Möglichkeit, aneinander vorbeizureden, *bewußt* als Annehmlichkeit schätzen, als hohe, wenn auch nicht als höchste Form der Zivilisation.

Kurz stellt dagegen eine Volksgemeinschaft, in der man sich nicht nur aussprechen kann, sondern auch aussprechen *muß.* Harmonisierung als Ende des Denkens: Dieses Bedürfnis tritt aus den Poren eines jeden Kurz'schen Satzes.

Dennoch würde ich mich nicht dieserart über Kurz äußern, verbände er nicht in seinem Artikel den Abscheu vor Gaddis mit einer Verachtung gegenüber der literarischen Moderne. Der Abscheu wird aufgeregt artikuliert, die Verachtung moderat.

Die literarische Moderne hat sich gegen den Geschmack von Kurz und seinesgleichen so sehr durchgesetzt, daß Kurz ihr das Messer nicht in die Brust zu stoßen wagt. Er stößt es ihr in den Rücken.

Der linke Spießer, der es sich beim Ausweiden der literarischen Moderne gemütlich macht wie der alternative Spießer beim Seminar für Stallausmisten, redet von,»Robert Musils Mammutroman *Der Mann ohne Eigenschaften,* der in nicht weniger als 181 Kapiteln das >negative Weltmodell< (Adolf Frise) des untergehenden Habsburgerreiches abbilden will«. Er will es. Nach Ansicht von Kurz hat Musil das wohl nicht geschafft. Nach Ansicht eines Kurz, der den Herausgeber Frise zitieren muß, weil er selbst wahrscheinlich die Zumutung, »nicht weniger als 181 Kapitel« zu lesen, von sich wies.

Mit der Leistung, Musil nachzusagen, er habe in seinem Lebenswerk etwas abbilden wollen, also nicht darstellen können, ist es nicht getan. Kurz macht auch noch eine Verbeugung in Richtung Wehrsportgruppe und ermuntert sie in beispielhaft schmieriger Sprache, den Krempel (Proust, Joyce, Döblin, Musil), den ohnedies keiner versteht, zu ächten: »Alle diese Großversuche haben Literaturgeschichte gemacht, aber Hand aufs Herz: Welcher leidenschaftliche Leser ist nicht schon mehr als einmal in einem dieser überfälligen Welt- und Bewußtseinsmodelle kläglich verhungert? «

Der *leidenschaftliche* Leser! Endlich weiß man, was das für einer ist: Er verhungert, wenn man ihm bedeutende Literatur vorsetzt. Was für eine wundersame Leidenschaft!

Dem Kurz'schen Leser jedenfalls möchte ich, Hand aufs Herz, nachts nicht begegnen. Vermutlich fällt er, um nicht verhungern zu müssen, intelligente Leser an.

Konkret 02/97, S. 60

Rayk Wieland

Melodie & Rhythmus

Volker Kühn, Roland Schneider: Politparade; 4 CD; Bear Family
Versch.: Die Schalmei hat immer Recht; Hansa Music (BMG)

Der Unterschied zwischen Politikern und Stimmenimitatoren ist vielleicht nicht so groß, wie vielerorts geglaubt wird. Dabei ist leicht zu sehen, daß auch Politiker heutzutage nur imitieren, was sie für das Geschäft von Politikern halten, und dabei ebenso wie ihre deklarierten Nachahmer zumeist mit Possen und Albernheiten in Erscheinung treten. In beiden Lagern haben so Figuren ein Auskommen, die früheren Zeiten als Kasperköpfe galten. Wo Stimmenimitatoren indes, wenn auch vergeblich, durchaus Komik erzeugen wollen, suchen Politiker diesen Eindruck zu vermeiden, ebenso vergeblich. Beides scheint kaum erbaulich.

Frappant ist freilich, daß die Plage der Stimmenimitatoren just in dem Moment epidemisch wurde, wo markante Stimmen und Typen im Politikerchor merklich ausdünnten bzw. ganz ausstarben. Mit dem Ergebnis, daß nunmehr diejenigen, die das Polit-Geschehen überhaupt noch verfolgen, sich nicht nur einer schier global agierenden Mediokrität zu erwehren haben, sondern auch noch deren unerfreulichen Multiplikatoren. Seitdem nämlich Brandt, Wehner, Strauß et.a1., die im Unterschied zu den ihnen nachfolgenden Instant-Chargen immerhin als personale Wesen angesprochen werden konnten, abgetreten sind, »ist die Musike raus« - was Volker Kühn, Herausgeber und Arrangeur der vielgerühmten »Pol(h)itparaden« der siebziger Jahre wehmütig werden läßt. »Wehmut kommt auf in einer mehr und mehr anonym verwalteten Welt, in der fischblütige Katasterbeamte an den Schalthebeln zu sitzen scheinen, die mit der Verve eines valiumbefriedeten Steuerprüfers darüber befinden, wohin unser aller Reise gehen soll.«

Zwischen 1969 und 1980 hatte Kühn gemeinsam mit dem Musiker Roland Schneider die Schallplatten »Wie die Alten singen«, »Musik aus Studio Bonn«, »Die Liedermacher aus Bonn«, »Das Duell«, »Bonn Apart« und »Lübke ... redet für Deutschland« zusammengestellt und herausgegeben, die Eckhard Henscheid seinerzeit »dauerhaft zu den Sternstunden der Sprechschallplatten-Geschichte« zählen mochte. Auf ihnen finden sich nichts- bzw. vielsagende Sentenzen und Aussprüche der Politikergarde dieser Jahre, die mit Schlager-, Volks- oder auch Jazzmusik unterlegt und verschnitten sind und so erhellende wie decouvrierende Effekte zeitigen - und relativ komische. Ein Extrakt aus diesen Platten, die lange vergriffen waren, ist nun wieder auf vier CDs zu hören.

Indes dürfte der durchschlagende Erfolg, den die Schallplatten hatten, den CDs nicht beschieden sein. Denn zum einen waren die sechziger und

siebziger Jahre in Westdeutschland von vielfältigen politischen Auseinandersetzungen, ja Kämpfen geprägt, was eine Gegenwart, die politisch weitgehend debilisiert ist, nur mehr mit Befremden zur Kenntnis nehmen wird Die Jüngeren werden Namen wie etwa Schütz, Mattick, Amrehn, Barzel, Gerstenmeier, Lemmer, Achenbach, von Hassel, Schiller nicht mal vom Hörensagen kennen, geschweige denn mit »irgendetwas« (Karl Valentin) verbinden und so die Diskrepanz zwischen politischer Geltung und unfreiwilliger Entblößung kaum erahnen. Zum anderen aber wirkt die satirische Methode, Politiker der Lächerlichkeit preiszugeben, indem ihre rhetorischen (Fehl-)Leistungen dekontextualisiert und mit Jodlern unterlegt werden, etwas altvorderenhaft. Es ist ein wenig so wie bei pornographischen Photographien der Jahrhundertwende, die heute kaum mit Indizierung rechnen und in dieser Hinsicht lediglich kulturhistorische Relevanz beanspruchen können.

Allerdings liegen im Dokumentarischen auch die Stärken der Kompilation: Die großspurigen Rhetoren vom Dienst, die Männerrunden-Jovialität der Bundestagsdebatten, das falsche Pathos der banalen Grundsatzerklärungen, die Minderqualifikation und habituelle Unredlichkeit der maßgeblichen Politparvenüs jener Jahre ist vielleicht nirgendwo so schön zu studieren wie an diesen Stücken. Zudem enthält die »Politparade« einige Kleinodien von zeitlosem Glanz - so beispielsweise Wehners lapidaren Anwurf: »Ihre Behauptungen haben kurze Beine. Sie kennen das Sprichwort. Oder ins Politische übertragen: CDU/CSU haben kurze Beine. Das wird auch in das Bewußtsein des Volkes übergehen« wie auch Strauß' kasuistische Reklamation: »Die schlichte Simplifizierung, daß der Geist schlechthin links stünde, daß alles, was links sei, Geist habe, und daß, was Geist habe, aber nicht links stehe, durch eine Prädikatisierungsstelle dieses Vorzugs entkleidet würde, das können wir natürlich in der Form nicht mitmachen«, der sich als Refrain anschließt: »Der Geist weht, wo er will, wie er will, wohin er will, wann er will«. Oder die einsam-großen Reden des Bundespräsidenten Heinrich Lübke, der sich nach seiner Rückkehr von einer Kanadareise mit folgender Erklärung zurückmeldete: Ach wurde auch von der kanadischen Regierung nach Ottawa eingeladen, zur Hauptstadt, zu Besprechungen. Ich habe, befragt wegen meines Interesses, habe ich gesagt, ich wäre dort in meiner Jugend schon längst mit meinem Freunde Karl May spazieren gegangen. Dafür hatten sie volles Verständnis.« Das sind wertvolle Spezereien des bundesdeutschen Parlamentarismus, die nebenbei davon künden, daß Politik einmal besser als jedes Kabarett ennuyierte, auch wenn das vielleicht ihr einziger Vorzug gewesen ist.

Zum komparatistischen Vergleich lädt die ebenfalls unlängst erschienene CD »Die Schalmei hat immer recht« ein, die weniger speziell den DDR-Volkskammerton, sondern vielmehr den gesamtkulturellen Ausfluß der realsozialistischen Ideologie aufs Korn zu nehmen scheint und ein Sampling aus Originalaufnahmen von Ansprachen, Arbeiter- und Pionierchören, Schlagern, Agitpropsongs, Ausschnitten aus Fernseh- und Rundfunksendungen vorstellt. Während die »Politparade« mehr Zeugnis der intellektuellen und moralischen Verkommenheit der bundesdeutschen Parlamentarier ist, will diese Collage die stupende Stupidität der SED-Funktionäre bezeugen und Beispiele für die allgemeine Indoktrination und Gängelei anführen. Die vorgestellten Stücke animieren weniger zu Kritik als zu Schmunzelei, wobei die ausgelernten DDR-Bürger ein zwiespältiges Behagen ankommen dürfte, da hier vor allem Teile der »eigenen Biographie« bzw. Identität durch den Kakao gezogen werden.

Zusammengestellt sind hier ausnahmslos Stücke, die auch in den achtziger Jahren in der DDR Heiterkeit ausgelöst hätten wie z.B. die Ausführungen der Genossin Inge Lange, Mitglied des Politbüros der SED und verantwortlich für Frauenfragen: »Meiner Meinung nach besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den durch und durch unsauberen Geschichten, republikfeindlichen Geschichten, über die wir hier sprechen, und den Schwierigkeiten, die uns die sozialistische Erziehung der Jugend bereitet. Das wird ja immer schlimmer. Das, was wir gestern gesehen haben in diesem Film, das ist doch der letzte Dreck. So was hat's doch noch nie gegeben. Da steht im Programm: Es wird gezeigt >Tiefe Furchen<.Aha, denke ich, ein Stück über die Bodenreform. Ich habe eine 15jährige Tochter, ich denke mir, hat die nicht erlebt, kann überhaupt nicht schaden, wenn sie sich mal anguckt, wie das damals war. Also ich gestatte ihr, zu gucken. Ja, liebe Genossen, wenn ich gewußt hätte, was da für eine widerliche Bettszene kommt, hätte ich die doch nicht gucken lassen.« Das ist fast anrührend, zumal nur ein kleiner Teil der DDR-Bevölkerung der Bodenreform den Vorzug vor Bettszenen gegeben hat.

Kommentiert und ergänzt werden die Einspielungen von Herrn Fuchs, Frau Elster, Meister Nadelöhr und Pittiplatsch, beliebten Figuren des DDR-Kinderfernsehens, die den Klamauk unvermeidlich machen und - als wäre es nicht genug - die Reden von Ulbricht, Honecker und Lange, das »Kampfgruppenlied« und den »Aufbauwalzer«, den Schlager »Was willst du denn in Rio« und die Hymne »Mit Walter Ulbricht kämpft sich's gut« durchweg infantilisieren. Dieser Kniff macht, daß die anvisierten ehemaligen DDR-Bürger nun belächeln können, worunter sie einst gelitten haben. Und unter der Hand gerät so die Nonsense-Revue zu einer Hommage an die versunkene Heimat und die ganze verrückte Zeit damals.

Ein weiterer Unterschied zwischen der »Politparade« und der »Schalmei«-CD ist der, daß es sich bei dieser gewissermaßen um eine nachholende und insofern nicht besonders mutige Form der Belustigung handelt, die überdies heutzutage nicht nur gratis, sondern sozusagen regierungsamtlich zu haben ist. Diese Sorte Vergnügen war stets denen vorbehalten, die bereits 1989 nicht mehr »das Volk«, sondern nur noch »ein Volk« gewesen sein wollten: Zweitklassige Deutsche, die erst dann zu lachen wagen, wenn's genehm ist.

Konkret 02/97, S. 61

Michael Rudolf

Melodie & Rhythmus

Les Claypool And The Holy Mackerel: Highball With The Devil; MCA
Big Olifr M. Guz: In Guz We Trust; TOM Produkt

Anzuzeigen gilt es die CD von Les Claypool, weil sich hierbei unsere Zappelzöpfe ein Ohr abholen können, wo ihr allgegenwärtiges Drum & Bass-Geschmurgel garantiert nicht herrührt, wohl aber, was passiert, wenn die nämlichen Instrumente und nicht Maschinen bedient werden. Les Claypool handelt nach der Devise »Ich bin 10 Bassgitarristen und 5 Trommler«. Unterstützung erfährt sein Makrelen-Projekt dabei vom Tom Waits-Gitarristen Joe Gore, von Mark Haggard (Limbomaniacs), Charlie Hunter sowie Henry Rollins als Narrator.

In einem anderen Leben ist Claypool Bassist und Sänger der kruden Durcheinandercombo Primus, der sogar nachweislich nicht konfessionell gebundene Journalistenkollegen bereit sind, Götterstatus zuzusprechen. Starker Tobak, nicht wahr? Da verwundert es nicht, wenn wir erfahren, daß das reputierliche Trio aus stilistischen Zettelkästen schöpft, in denen sich Zitate von Henry Cow, Tom Waits, Red Hot Chili Peppers, Frank Zappa, Don Van Vliet, Rush, John Zorn, Residents, XTC etc. anfinden. Ferner verwundert nicht, daß Claypools Baß mal wie ein Brummkreisel, mal wie eine russische Militärkapellentuba, mal wie ein Rudel Betonmischer klingt. Dazu in einer bizarren Technik, die ihm in geschlossenen Dorfmeistereien Spielverbot eintrüge, denn er ist einfach zu schnell.

Wer dachte, bei Musik ginge es vorrangig um Musik, der muß vom »Taz«-Skribenten Soundso erfahren, daß es bei Drums & Bass um »Traditionsbewußtsein, elitäres Wissen, soziales Erlebnis« geht. Was ja nichts anderes bedeutet, als daß hier bei Rum und Käs' banale Nervensägerei im Konformismus der Mikromilieus kultiviert, das Tragen orthopädischer Kleidung und die Lektüre des Karaoke-Fachblatts aus Köln verordnet wird. Claypool bedient solche Klientel freilich nicht, könnte aber auf das Rezeptionsverhalten solcher Hörer bezogen, schnell selbst zum mittelständischen Nervensägewerksbesitzer avancieren.

Funktioniert die Primus-Textur tatsächlich als Band, so ist »Highball With The Devil« nicht minder ein Soloausflug allerersten Ranges, der strikt die Schaffung eines sozialen Raums verweigert, indem selbst interdisziplinäre Zusammenrottungen mit unterlegter Claypool-Musik kaum vorstellbar sind. Das liegt zum Gutteil daran, daß seine Stücke die üblichen Songstrukturen konsequent vermissen lassen und nur selten den körperlichen Mitvollzug induzieren. Von Limbo gehts da über Funkjazz bis hin zu herrlich sperrigen Sachen, für die es Gott sei Dank noch keine Begriffe gibt. Was sonst hätten wir von heiligen Makrelen auch zu erwarten?

Für Erholungssuchende noch ein wohlwollender Verweis auf den schönen, von Franz Dobler zusammengestellten Sampler »In Guz We Trust«. Vierzig Ministücke aus den Jahren 1984 bis 1995 sind da drauf, daß man sogleich an »The Residents Commercial Album« denken muß. Guz, der Gummigitarrist der Aeronauten bietet nicht allein legeren Querulantenpop. Nein, frühsechziger Zappa trifft den Oktoberklub, oder Fanny van Dannen den Expander des Fortschritts. Trommeln und Baß sind es auch, die ihm wohltuenderweise hie und da entbehrlich erscheinen.

Konkret 02/97, S. 62

Carsten Otte

Heine Über alles,

Über die bizarren Aktivitäten der Stadt Düsseldorf zum 200. Geburtstag Heinrich Heines

Es gab Zeiten, da wurde hierzulande heftig darüber gestritten, ob ein Denkmal für Heinrich Heine aufgestellt werden soll oder nicht. Allerdings war nicht die (mangelhafte) Qualität seiner Dichtung der Grund des Streites, sondern Heines »echt jüdischer Zynismus und französelnde Frivolität«. Diese Zeiten sind erst einmal vorbei, es gibt in Deutschland nun zahlreiche Denkmäler zu Heines Ehren, ja, Harry, der erst später Heinrich hieß, wird mittlerweile »Weltautor« genannt, gehört also zur Goetheschiller-Garde. Ob der »Heinische Vers« vielleicht doch nicht die hohe Dichtkunst, sondern vielmehr »Opperettenlyrik« sei, »die auch gute Musik vertrüge«, wie dies Karl Kraus in seinem Aufsatz »Heine und die Folgen« schrieb, interessiert heute weniger.

Am 13. Dezember 1797 wurde Heinrich Heine in Düsseldorf geboren. Dieses Jahr jährt sich demgemäß sein Geburtstag zum 200. Male, und zumindest die kulturbeflissenen Düsseldorfer sind froh, daß solch ein berühmter Mann in der schicken Stadt am Rhein das Licht der Welt erblickte. Was haben die Düsseldorfer auch nicht schon alles getan, um aus dem populären Schreiberling einen bedeutenden Dichter zu machen? Die Heine-Gesellschaft wurde 1956 in Düsseldorf gegründet, das Heine-Institut wurde 1970 eröffnet, 1972 stiftete die Stadt den mit 25.000 Mark dotierten Heine-Preis, 1981 wurde Bert Gerresheims Heine-Monument errichtet, in Heines Geburtshaus befinden sich heute die nach einem Heine-Schelmenstück benannte Kneipe »Schnabelewopski«, die Heine-Gesellschaft, die unter anderem die Heine-Plakette verleiht, hat sich dort ebenfalls eingenistet, in Düsseldorf findet man eine Heinrich-Heine-Allee, Heinrich-Heine-Schulen und eine Heinrich-Heine-Universität, das Heine-Archiv gibt das Heine-Jahrbuch heraus, das Heine-Institut veröffentlicht die Heine-Studien, 1989 erfand Nordrhein-Westfalen die Heine-Gastprofessur, es werden in Düsseldorf alle Jahre wieder Heine-Kongresse abgehalten, die auf 16 Bände angelegte Düsseldorfer Heine-Gesamtausgabe ist Dank des Heine-Forschers Prof. Dr. Manfred Windfuhr bald fertig, im Rathaus zu Düsseldorf sind in einem Heine-Gedenkraum eine Heine-Büste und diverse Heine-Manuskripte ausgestellt.

Nicht immer waren die Freunde und Förderer Heinrich Heines sofort erfolgreich: Die Leitung der Düsseldorfer Universität lehnte es zum Beispiel mehrfach ab, sich in Heinrich-Heine-Universität umzubenennen. 1988 war es dann schließlich soweit, man hatte eingesehen, daß endlich auch die Wissenschaft den »streitbaren Poeten« auszeichnen müsse. Verständlich, daß bei derlei Mühen in der Vergangenheit jetzt auch der 200. Geburtstag des Schriftstellers ordentlich gefeiert werden muß: Wer 1997 nach Düsseldorf fährt, wird sich mit Heine beschäftigen müssen, da führt kein Weg dran vorbei. Der Pressedienst der Landeshauptstadt Düsseldorf hat überdeutlich angekündigt: »Die Vaterstadt bekennt sich zu ihrem großen Sohn.«

Wie sieht das Bekenntnis einer Vaterstadt aus? Zunächst hat Düsseldorf 1997 offiziell zum Heine-Jahr gekürt. Begründung: »Er (H.H.; CO.) steht für Verstand und Witz, Kunst und Zivilcourage, Kritik und Selbstreflexion, Schönheit und Wahrheit; für Aufklärung, Toleranz und Weltbürgertum ebenso wie für Romantik, Rosen und Nachtigallen.« All dies, vom Verstand bis zu den Nachtigallen, soll im Heine-Jahr mit vielen Veranstaltungen bejubelt werden. Zum Beispiel mit einer Heine-Gedenkausstellung in der Düsseldorfer Kunsthalle; im Mittelpunkt stehen Heines Texte: »Wie in einem ins Räumliche übertragenen künstlerisch gestalteten Lesebuch sollen die Besucherinnen und Besucher umherwandern und sich hineinziehen lassen in die Gefühls- und Vorstellungswelt Heinrich Heines«, und damit das mit der raumlichen Übertragung des künstlerisch gestalteten Lesebuchs auch klappt, müssen die Düsseldorfer mithelfen, die Gefühls- und Vorstellungswelt Heinrich Heines aufzubauen. In einem Raum der Ausstellung soll es um »Die Loreley« gehen; man erinnere sich: »Den Schiffer im kleinen Schiffe / Ergreift es mit wildem Weh; / Er schaut nicht die Felsenriffe, / Er schaut nur hinauf in die Höh.« Man sagt, der Kaiser Hirohito habe sämtliche Strophen dieses Heine-Liedes gesungen, als er an der Loreley vorbeifuhr. Wie wird aber ein Loreley-Feeling in der Düsseldorfer Kunsthalle produziert? Ganz einfach: »Für unseren Loreley-Raum suchen wir: Souvenirs, Fotografien, Postkarten... Besitzen Sie etwas, das zu Heinrich Heines Loreley passen könnte? Bitte stellen Sie es uns als Leihgabe zur Verfügung. Wir danken für Ihre Mitarbeit. Ihr Heinrich-Heine-Institut.« Die Themen der anderen Ausstellungsräume lauten: Deutschland, Frankreich und Europa, die Frauen, die Nordsee und die Matratzengruft.

An einem anderen Ort, nämlich in der Heine-Universität, soll es während des Heine-Jahres etwas seriöser zugehen. 60 Vorträge werden zu hören sein; es gilt, der Weltöffentlichkeit den »Fortschritt in der Heine-Forschung« mitzuteilen. Den Fortschritt in Sachen Volksfest werden die Düsseldorfer mit dem »sommerlichen Heine-Spektakel mit Musik, Theater, Literatur, Tanz, Gastronomie und Feuerwerk« erleben. Nachts fließt das Alt-Bier, tagsüber laden »Erlebnisplätze und poetische Orte zum Verweilen« ein. An den poetischen Orten werden Heine-Bücher ausliegen, es darf gelesen werden. Unter den verschiedenen Erlebnisplätzen muß man sich eine Art dezentralisiertes Düsseldorf-Disney vorstellen; zu bewundern sind: »inszenierte Straßen, die - mit Musik belebt oder durch Kulissen gestaltet - Hinweise auf Heines Leben in Düsseldorf geben«.

Unmöglich, über alles zu berichten, was das Heine-Jahr den Düsseldorfern beschert, und doch weiß in Düsseldorf wohl kaum einer, wer Heinrich Heine überhaupt gewesen ist. Das macht allerdings nichts. Läsen die Düsseldorfer seine Verse, sie liebten ihn über alles. Zum Beispiel dieses süße Gedichtchen: »Hör ich das Liedchen klingen, / Das einst die Liebste sang, / So will mir die Brust zerspringen / Vor wildem Schmerzensdrang.« Vor Schmerz zersprang auch den Studenten der Fachhochschule Düsseldorf die Brust, als der Dozent für Design Wilfried Korfmacher ihnen vorschlug, zum Thema »Heine« eine Plakatserie zu gestalten. Zum neuen Armani-Parfum mögen sie mühelos eine Graphik erfinden, doch zu Heine fiel den Studenten wahrlich nichts ein. Auch deshalb stimmt es nicht, was die Organisatoren des Heine-Jahrs verbreiten-. »Heine gehört der ganzen Welt. Er wird in der ganzen Welt gelesen; es gibt Taxifahrer in Warschau und anderswo, die auf das Stichwort >Deutschland< hin unmittelbar beginnen, Heine-Verse zu rezitieren.« Mir ist bislang noch kein Taxifahrer begegnet, der, nachdem er festgestellt hat, daß ich aus »Deutschland« komme, damit begann, Heine-Verse aufzusagen, was vielleicht daran liegt, daß ich zu selten Taxi fahre. Die Taxifahrer in Afrika, in Asien oder in Lateinamerika, die ich kennenlernte, haben meist nur von Beckenbauer oder Boris Becker geredet. Manchmal von Hitler. Das ist wohl auch der Grund, warum die Goethe-Institute eine mehrsprachige »Tafelausstellung« zum Leben und Werk Heinrich Heines über den Erdball verschicken wollen. Die Premiere der wandernden »Tafelausstellung« ist selbstverständlich in Düsseldorf vorgesehen.

Das Heine-Jahr ist im wahrsten Sinne des Wortes totalitär, keine Zielgruppe wird ausgelassen. Ein Schülerwettbewerb unter dem Motto »Heimat und Fremde« soll auch den Nachwuchs davon überzeugen, daß Heinrich Heine nicht nur ein großer Dichter, sondern auch ein Vordenker der Europäischen Union, daß er sogar der Erfinder der deutsch-französischen Freundschaft gewesen sei. Weil aus der Sache selbst nicht genug Legitimation zu ziehen ist, müssen die Planer des vereinten Europa auf die Helden der Kultur verweisen, und zwar gerade jetzt, da die Menschen auf die französische Außenpolitik mäßig und auf den Euro ganz schlecht zu sprechen sind. Nicht umsonst hat neben Roman Herzog auch Jacques Chirac die Schirmherrschaft über das Düsseldorfer Heine-Jahr übernommen. Die beiden Staatsmänner, so lautet die amtliche Erklärung, »würdigen damit nicht nur Heines herausragende Stellung in der Weltliteratur, sondern besonders sein Bemühen um Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich zu einer Zeit, als der Graben zwischen beiden Nationen noch sehr tief war.« Als sei es ein besonders exquisiter Spleen, machen die Pressefuzzis überall eine »Versöhnung« aus.

Den Deutschen war Heinrich Heine jedoch überwiegend nicht allzu wohl gesonnen: »Ja, diese Überbleibsel oder Nachfahren der Teutomanen von 1815, die nur ihr altes ultradeutsches Narrenkostüm modernisiert haben und sich ein wenig die Ohren haben stutzen lassen - mein ganzes Leben lang habe ich sie verabscheut und bekämpft, und jetzt, da das Schwert der Hand des Sterbenden entfällt, fühle ich mich getröstet durch die Überzeugung, daß der Kommunismus, der sie als erste auf seinem Wege finden wird, ihnen den Gnadenstoß versetzen wird«, schrieb Heine in seinem »Vermächtnis« am 30. März 1855, und man darf zumindest bezweifeln, daß Roman Herzog sich mit diesen heftigen Worten anfreunden könnte. Mit den Schirmherrschaften ist das schon eine dumme Angelegenheit.

Oder auch nicht. Denn ob nun ein Bundespräsident weiß, für welche Dichterehrung er seinen Namen hergibt, ist vollkommen unerheblich. Hauptsache Schirmherrschaft; das gibt dem Ganzen so eine Art heilige Aura. Abgesehen davon hat Heinrich Heine auch einige Zeilen zünftiger Heimatlyrik von sich gegeben, so daß Herzog bei seiner Eröffnungsrede einfach jene Strophe aus den »Reisebildern« vortragen kann, in denen Heine zugibt, während seiner Jugend in Düsseldorf gerne Apfeltörtchen gegessen zu haben. Die Lobeshymnen auf Heine, die Veranstaltungen, überhaupt das ganze Heine-Jahr sind sowieso lediglich Beiwerk. Geehrt wird nur, weil die Chose Geld bringt - im Kuratorium des Heinrich-Heine-Jahres sitzen unter anderem: Hans G. Adenauer (Dresdner Bank), Richard Deutsch (Deutsche Apotheker- und Ärztebank), Joachim Funk (Mannesmann), Ulrich Hartmann (Veba), Claus Liesen (Ruhrgas), Friedel Neuber (Westdeutsche Landesbank), Alexander von Tippelskirch (Deutsche Industriebank), Dieter H. Vogel (Thyssen), Hans-Dietrich Winkhaus (Henkel). Marlies Smeets, Oberbürgermeisterin von Düsseldorf, weiß das Engagement der Manager zu schätzen: »Mein tiefer Dank gilt den im Kuratorium Heine-Jahr vertretenen Unternehmen und Stiftungen, ohne deren Unterstützung Heines 200. Geburtstag nicht in diesem Rahmen hätte gefeiert werden können. « 4,72 Millionen Mark soll das Heine-Jahr kosten, wobei nur rund ein Viertel davon die Stadt Düsseldorf zu tragen hat. Den Rest zahlen die Vogels und Funks.

Am 16. Februar, dem Tag vor Heines Todestag, wird das Heine-Jahr 1997 mit einem Festakt eröffnet. Am 13. Dezember gibt's zum Ausklang dann noch einmal einen Festakt, zwischendurch stehen ein paar kleinere Festakte auf dem Programm, im November etwa, wenn die Heinrich-Heine-Sondermarke der Deutschen Bundespost vorgestellt wird. Es soll im Herbst auch eine Zehn-Mark-Gedenkmünze auf den Markt geworfen werden. - Was als Wahn daherkommt, ist bloß das Marktgesetz: Wäre ich Konditor in Düsseldorf, hätte ich auf jeden Fall Heinrich-Heine-Apfeltörtchen im Angebot.

Konkret 02/97, S. 64

Kay Sokolowsky

Film & Theater

Rossini

Regie: Helmut Dietl; mit: Götz George, Mario Adorf; Veronica Ferres; BRD 1996; 110 Minuten; ab 23, 1. im Kino

Preisfrage: Helmut Dietl versteht von Timing, Technik, Dialog und Licht mehr als alle anderen Regisseure hierzulande - wieso bekommt er, Dietl, dennoch keine runden Filme zustande? Antwort: Weil er sich nie entscheiden mag, welches Genre ihm lieber ist: Komödie oder Melodram. »Rossini«, sagt Dietl über seinen neuesten Film, »ist eine, na ja, eine Melodramödie. Es ist von allem etwas drin ... « Wie im »Stern«. Oder im Hundefutter. Dietl hat- so gut wie alle deutschen Stars in seinem Spielfilm zusammengespannt und bekommt doch kaum Glamour heraus, nur eine hübsch fotografierte Nummernrevue. Was ist da schiefgelaufen?

»Rossini« hat eigentlich nichts zu erzählen; und so amüsant, sogar kurzweilig die vielen Anekdoten, die Patrick Süskind und Dietl ins Drehbuch geschrieben haben, sich ansehen, so gleichgültig ist im Grunde, was den Figuren geschieht. Sie strotzen alle prall vor Leben und sind doch »tot wie ein Gummifuß« (Ror Wolf). Das wäre nicht weiter fatal, hätte Dietl sich nicht ausdrücklich vorgenommen, einen »Film über Menschen« zu drehen. Freilich - wenn die Kasperlepuppen, die er so glänzend inszeniert, auch nur von fern wie Menschen wirken, dann ist München eine Weltstadt mit Herz.

Dietls Bilderbogen aus dem noblen Lokal »Rossini« würde vielleicht funktionieren, wenn er ohne Mitleid über die Stammgäste herfiele. Dafür aber fühlt der Regisseur sich ihnen, den Very Impertinent People, zu sehr verwandt (»ich liebe die Figuren«). Das bißchen Bosheit, das er und sein Co-Autor entfesseln, tut im Grunde niemandem weh. In den besten Szenen ist Loriot präsent wie in keinem Loriot-Film. In den schlechtesten hat Wigald Boning vorgearbeitet.

Die Satire, die Süskind und Dietl probieren, ist, wie schon in ihrem »Kir Royal«Duett, weit entfernt von jeder Gesellschaft außer der sog. besseren; die Hanswurste, die sie herumlaufen lassen, sind so nah am Leben wie eine Redaktionssitzung der »Brigitte«. Für die hohe Eleganz seines neuen Films gehört Helmut Dietl gepriesen; für die höhere Überflüssigkeit dieses Stücks darf er, Dietl, strafhalber mit Veronica Ferres verlobt bleiben. (Die sich, bitte, einen dritten Gesichtsausdruck anschaffen sollte, ehe sie wieder vor eine Kamera tritt.)

Sleepers

Regie: Barry Levinson; mit Kevin Bacon, Robert De Niro, Brad Pitt; USA 1996; 147 Minuten; ab 30. 1. im Kino

Es riecht immer etwas komisch, wenn die KameradInnen vom Feuilleton sich darüber beschweren, daß ein Autor oder ein Regisseur es in seinem Werk nicht so genau mit der Wahrheit genommen hat. Auf die hohlsten Schwätzer fallen sie herein, die übelsten Nachlügen verbreiten sie begeistert; sobald aber einer auftritt mit seinem Stück und behauptet: »Dies ist eine wahre Geschichte«, fallen sie darüber her und führen Indizienprozesse dagegen wie der letzte Stammheimer Gerichtsassessor. Lorenzo Carcaterra (Roman) und Barry Levinson (Film) ist eben dies mit »Sleepers« geschehen; die US-amerikanische Kritik hat sich vor allem für die »historische Genauigkeit« der Geschichte interessiert - und nur sehr widerwillig registriert, daß es Levinson gelungen ist, aus einem ziemlich flachen und schwachen Text einen weithin überwältigenden Film zu machen.

Die Handlung setzt ein in Hell's Kitchen, einem der wüsteren Viertel von Manhattan, Ende der 60er Jahre. Es geht um vier Jungs, Freunde fürs Leben, die aus lauter Übermut einen Hot-Dog-Verkäufer um seine Existenz und einen alten Herrn fast ums Leben bringen. Man verknackt sie zu ein bis anderthalb Jahren Jugendknast. Und sie geraten in eine Hölle, gegen die Hell's Kitchen wirklich nichts weiter als Teufels Küche gewesen ist. Sie werden von den Wärtern gedemütigt, verprügelt, gefoltert und vergewaltigt. Jeden Tag. Jede Nacht. Ein gutes Jahrzehnt danach begegnen zwei der Jungen - mittlerweile zu respektablen Raubmördern herangewachsen (»Sleepers« bedeutet im Jargon sowohl »Auftragskiller« als auch »Häftling«) - dem schlimmsten ihrer Peiniger in einer Trattoria wieder und schießen ihn kurzerhand tot. Ihre beiden zivil gebliebenen Freunde setzen nun, aufgeschreckt, alles daran, sie straflos davon- und den Folterern Strafe zukommen zu lassen.

Es spielt überhaupt keine Rolle, was wahr, was erfunden ist an dieser Geschichte. Daß jeder Knast, einer für Kinder zumal, nichts ist als eine Institution zur Vernichtung von Würde, eine Anstalt des öffentlichen Unrechts, daß jeden Schutz verloren hat, wer in den Schutz des Staates befohlen worden ist, bestreiten nicht einmal die Erbsenzähler, die gegen Levinsons Film das schartige Besteck auspacken, ernstlich. Die visuelle Umsetzung der Qual, die den vier »Sleepers« angetan wird, ist Levinson und seinem sehr großen Kameramann Michael Ballhaus so herzzerreißend gelungen, so diskret zugleich und unerträglich, daß während der Pressevorführung (wo gewöhnlich alle Anwesenden so cool tun, als könnten sie Eiswürfel

kacken) eine Journalistin haltlos zu weinen begann. Man muß freilich aus Stein sein, um diesen Szenen ungerührt zu begegnen.

Aber Levinson wäre nicht der Macher von »Enthüllung«, verstünde er es nicht, die bestürzende Kraft der Bilder zu entwerten, ja zu denunzieren durch eine reaktionäre Moral von der Geschicht. Er, der sich von seinem ersten bedeutenden Film, von »Diners« an, stets mehr dafür interessiert hat, seine Helden menschlich, und weniger dafür, sie wie Menschen aussehen zu lassen - er, Levinson, verwandelt Nostalgie und Not plötzlich in ein Hohelied der Selbstjustiz.

Der Dreh, mit dem die »Sleepers« ihre Rache bekommen und das Gesetz für ihre illegalen Zwecke ausspielen, entbehrt zwar jeglicher Glaubwürdigkeit, ist aber im Kontext des Films völlig legitim und konsequent. Das öffentliche Recht, will uns der letzte Akt weismachen, ist ethisch gerechtfertigt nur dort, wo es sich privater Rechtsmoral unterwirft. Die offene (und äußerst suggestive) Reklame fürs Lynchen funktioniert keineswegs besser, weil sie angeblich auf einer »wahren Geschichte« beruht; sie funktioniert überhaupt nur, weil Barry Levinson und Ballhaus eine Filmwelt erschaffen, vor deren optischer Wucht sowieso jeder Einspruch verstummt. Daß »Sleepers« zusammen mit der »Jury« (s. KONKRET 11 /96) und dem neuen Mel-Gibson-Thriller »Kopfgeld« eine außerordentlich erfolgreiche Phalanx von Filmen bildet, die mit sämtlichen Phrasen des Liberalismus für die Abschaffung liberalen Rechts werben, erzählt einem Ober die fortschreitende Barbarisierung der kapitalistischen Gesellschaft mehr als irgendeine Serienmörderschmiere. Levinsons Produktionsfirma heißt übrigens »Propaganda Films«.

Mein Mann Picasso (Surviving Picasso)

Regie: James Ivory; mit Anthony Hopkins, Natascha McElhone, Joan Plowright; GB 1996, 120 Minuten; seit 2. 1. im Kino

I Shot Andy Warhol

Regie: Mary Harron; mit Lili Taylor, Jared Harris, Stephen Dorff; USA 1996; 106 Minuten; ab 30. 1. im Kino

Die eine Frau ist verheiratet mit dem bedeutendsten Maler des Jahrhunderts, die andere jagt dem berühmtesten Künstlerdarsteller der Neuzeit Kugeln in den Leib. Der eine Film kommt daher wie einer dieser entsetzlich edlen, in Eichhörnchenleder gebundenen Folianten, bei denen alles stimmt, die Farben, das Layout, sogar die Untertitel - das Papier aber glänzt und spiegelt derart, daß die Drucke kaum zu erkennen sind. Der andere Film wirkt wie ein reichlich zerfleddertes Paperback mit einer Girlande aus Randnotizen - die sich aufregender lesen als der gesetzte Text. Beide Stücke setzen ihren Ehrgeiz daran, Biographien zu rekonstruieren, beide erzählen von Menschen, die in den Bannkreis übermächtiger Persönlichkeiten geraten sind, und doch haben beide Produktionen allein die Sorgfalt in der Requisite gemein.

James Ivory hat sich einem Kino verschrieben, das alles ignoriert, was seit ca. 1940 an Codes und Möglichkeiten im Medium entwickelt worden ist (dafür wurde ihm vo;r zwei Jahren der D.W. Griffith Award verliehen). Die technische Bravour seiner Filme ist aufs Innigste liiert mit ostentativer Bravheit. Ivorys Unwille zu formalen Ausschweifungen, die altmodische, fast aseptische Eleganz seiner Szenen darf man durchaus einen Stil nennen, aber das darf man ja auch bei Spitzendeckchen. Daß ausgerechnet dieser Regisseur sich ausgerechnet ein Genie des Experiments und der Formerneuerung wie Picasso zum Gegenstand setzt, hat nur einen Grund: Demontage des Antipoden.

Vorgeführt wird ein Egomane von einsamen Graden, ein Frauenverbraucher und Narziß, dem keine zwei Meter weit zu trauen ist, der mit seiner hypervirilen Aura und seinem Bombentalent alles erdrückt, was in seine Nähe gerät. Die Sympathie des Films gehört Francoise Gilot, die zehn Jahre mit Picasso lebte und ihn verließ, ehe er »sie brechen und zerstören« konnte, »so wie er es bei allen anderen Frauen getan hat« (Presseheft) - der englische Verleihtitel ist ebenso programmatisch wie der deutsche idiotisch. Steckte nicht der außerordentliche Sir Anthony Hopkins in der Maske Picassos, es wäre nicht zu begreifen, was (außer der Neigung, in Porträts die Nase an das Schläfenbein zu kleben) so staunenswert an diesem selbstsüchtigen Saukerl gewesen sein soll.

Weder mag Ivory zeigen, welch ein exzessiver, unermüdlicher Arbeiter Picasso gewesen ist, noch auch bekommen wir überhaupt einmal eins seiner Werke zu sehen: Weil die Erben jegliche Reproduktion untersagt haben, präsentiert der Film als »Picasso-Bilder« fade kubistische Hommagen irgendeines Vernon Witham. So schlägt die Demontage um in blanke Erniedrigung: Der. begnadete Ikonoklast erscheint als Kunsthandwerker; Ivory zieht seinen Widerpart herab aufs eigene Niveau.

Mary Harron, die mit A Shot Andy Warhol« ihr Kinodebüt liefert, versteht nicht nur erheblich mehr von ihrem Thema als Ivory (für zahlreiche TV-Dokumentationen hat sie sich mit Pop-Art und Pop-Artisten beschäftigt). Da sie den Traum Warhols von einer Kunst, die sich in einen Katalog aus Gesten und Grimassen auflöst, zutiefst respektiert, und weil sie nicht so dumm ist, die Stilisierung zum malenden Androiden, die Warhol mit sich selbst betrieb, lächerlich zu finden, läßt

sie ihn genauso marginal und schattenhaft erscheinen, wie er scheinen wollte, seit er sein »Factory«Konzept erfunden hatte.

Vor allem jedoch nimmt Harron die Frau, aus deren Perspektive sie uns die Künstler-Ikone darstellt, viel ernster als Ivory seine Francoise. Valerie Solanas, die dank offenbarer Verstörtheit und offensiver Unverschämtheit Aufnahme fand in Warhols Jüngerschaft - jedoch daraus verstoßen wurde, als die hübschen Vollidioten, die an Warhol kletteten, bemerkten, welch ein Feuerkopf zwischen ihnen brannte - Valerie Solanas erhält in Mary Harrons Film ein ziemlich gerechtes Denkmal. So gerecht, daß die brillanten, haßerfüllten Aphorismen, die sie in ihrem militant feministischen »SCUM-Manifest« veröffentlichte (auf dt. beim Maro-Verlag), die Filmszenen einrahmen wie ein Kommentar und Solanas' Mordversuch an Warhol beinah verständlich erscheinen lassen.

»1 Shot Andy Warhol« - obschon belastet von dem Versuch, den rüden Stil der Factory-Streifen zu revozieren und zugleich einen durchstrukturierten Spielfilm zu drehen - ist von bemerkenswerter Sicherheit in den Mitteln (außer, leider, in der Beleuchtung) und vielleicht das Beste, was wir erwarten dürfen, wenn ein Mainstream-Film versucht, *solchen* Meinungen ein Forum zu verschaffen: »Den Mann ein Tier zu nennen, heißt ihm schmeicheln« (»SCUM«).

Die vielen stilistischen und formalen Brüche in »I Shot Andy Warhol« machen den fundamentalen Unterschied zwischen dieser und der Ivory-Produktion aus. Mary Harron war sich ihrer Sache alles andere als sicher. James Ivory hingegen wußte von Anfang an, was er wollte (eine Liquidierung). Und darum hat man an dem Debüt von Mary Harron einiges zu knabbern - und kann Ivorys' Giftschleim einfach nur zum Brechen finden.

Looking for Richard

Regie: Al Pacino; mit A1 Pacino, Alec Baldwin, Winona Ryder; USA 1996; 112 Minuten; ab 30. 1. im Kino

Daß »Richard III.« von William Shakespeare eines der tiefsten und erregendsten Kunststücke über das Böse, über Macht und Korruption und Al Pacino ein Wunderwerk von einem charismatischen Schauspieler ist - dürfte sich herumgesprochen haben. Daß Pacino in der Rolle des jungen »Paten« Michael Corleone einen Charakter geschaffen hat, der seinesgleichen in der Filmgeschichte nicht findet, so randvoll von Melancholie und zugleich Grausamkeit - sollte bekannt sein. Daß diesem hinreißenden kurzbeinigen Darsteller der satanische Richard Gloster also wie ein Maßanzug paßt - kann man sich vorstellen.

Daß andererseits ein Monument und Monolith wie »Richard III.« noch nie, auch vor 400 Jahren nicht, leicht zu fassen war und, mit Arno Schmidt zu donnern, das Publikum, das vor dem Artefakt erstarrt, sich gefälligst zum Künstler hinauf und nicht etwa er sich zu den Laien hinab zu bemühen habe - ist leider überhaupt kein Konsens. Daß »Looking for Richard« vorführt, wie Pacino und sein Team sich das Stück erarbeiten, und manchmal, wie sie Szenen daraus spielen, also den Deppen erspart, sich durch drei Stunden elisabethanisches Englisch und mehrere Tonnen »großen Geist« (Goethe) zu quälen - liegt genau an falscher Rücksicht. Daß der Film fortwährend um Nachsicht dafür bettelt, einen Gegenstand gewählt zu haben, der dem Betrachter etwas mehr als anderthalb Gedanken zumutet - verdirbt ihn vollends.

Daß Pacinos (zweite) Regiearbeit ansonsten bemerkenswert professionell, die Mischung aus Spiel-, Interview- und dokumentarischen Szenen wohlgeraten und vorbildlich montiert, der Hauptdarsteller wieder einmal eine Show für sich und Alec Baldwin sogar mit Blut im Gesicht ein hassenswert schöner Mann ist - verleiht der Sache immerhin optischen Reiz. Daß man allerdings mehr als mehrere gute Witze, einen unfreiwilligen Feueralarm in Stratford-upon-Avon und eben den hinreißenden kurzbeinigen Mr. Pacino verpassen würde, versäumte man seinen Film - wäre geprahlt.

Konkret 02/97, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Enzensberger beginnt einen Aufsatz, in dem er, ein wahrer Essenzberger, seinen immergleichen Einfall, den jeweils letzten Schrei der Bourgeoisie als dernier cri der Sphärenmusik auszuposaunen, an das Thema wendet, daß auch Reichtum nicht immer glücklich macht, mit der Frage an die Leser des »Spiegel«:

Lohnt es sich denn, darüber zu reden?

Augsteins, Buchhaltung weiß es allein.

Mit den Nazis ist das so: Wenn ein Geschäft nicht läuft, wie sie sich das gedacht haben, fangen sie, anstatt auf jüdisch-kapitalistische Weise einen Konkurs anzumelden, lieber einen mittleren Weltkrieg an. Und solange sie keine Wunderwaffe haben, nehmen sie eine Postwurfsendung:

Die »Junge Freiheit« durchsteht bis zum Jahresende eine beispiellose Krise. Es ist der nackte Kampf ums Überleben. In einer aufsehenerregenden Kampagne.. bis fast ans Ziel....

Ihr Kampf, beispiellos, auf Leben und Tod, durchgestanden, aufsehenerregend und - wie immer: fast - bis zum Endsieg. Nur mit der Sprache haperts bei dem »Journalismus für Deutschland«, aber Deutsch ist ja sowieso eine deutschfeindliche Erfindung. Kampf ums nackte Überleben war es, was sie sagen gewollt, aber nicht gekonnt haben. Nackte Kämpfe nämlich gehen nicht um das Überleben eines braunen Käsblatts, sondern um die Fortpflanzung der Art. In diesem Fall: der arischen.

Obwohl er bloß Friedrich Karl Fromme heißt und keineswegs Carl Friedebald Graf Fromme zu Schmetterwitz, plärrt er mindestens einmal pro Monat um die enteigneten ostelbischen Güter:

Der Gang der Weltgeschichte hängt nicht davon ab,

beginnt er diesmal ungewohnt kleinmütig, ja relativistisch,

ob die zunehmend so genannten »Junker«, die in der Sowjetzone zwischen 1945 und 1949 enteignet, vertrieben, gequält und vielfach umgebracht wurden, ihr Eigentum zurückbekommen.

Allen wird mans nicht recht machen können, deshalb - und um ihm, seinem Blatt und uns die nächsten fünfzig Elegien in dieser Sache zu ersparen – ein Vorschlag zur Güte. Die es am schlimmsten getroffen hat, bekommen ihr Eigentum sofort vollständig zurück: die vielfach Umgebrachten. Das wäre mal eine Härtefall-Regelung, die ihren Namen verdient.

Michael Maier, vor wenigen Jahren noch der Stolz der »Kärntner Kirchenzeitung«, will jetzt aus der »Berliner Zeitung« die »Süddeutsche des Nordens« machen. Aber nicht als einer jener ominösen Blattmacher, die, wie man weiß, allesamt keinen graden Satz schreiben können, sondern als dichtender Chefredakteur. Bitte:

Vor allem aber ist die Utopie von der Machbarkeit dahin, jene einigende Sackgasse, in der auf der je anderen Seite

der zweiseitig einigenden Sackgasse

ganz behaglich über einige Jahrzehnte hinweg gelebt werden konnte Es fällt in Deutschland offenbar schwer, sich vom ideologischen Sicherheitsnetz zu verabschieden. Eine der Fallen

der Netzabschiedsfallen der zweiseitig einigenden Sackgasse

ist die mangelnde Fähigkeit zur pragmatischen Sicht

durchs ideologische Sicherheitsnetz auf die Abschiedsfallen der zweiseitig einigenden Sackgasse.

Wer spricht denn von der Leere, die hinter der blanken, egoistischen Rücksichtslosigkeit herrscht? Leistung ist das eine, Darwin das andere.

Wittenau das dritte.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Kolbow verabschiedet seine Feldgrauen an die Balkanfront:

Mögen alle unversehrt zurückkommen. Dieses Parlament ist bei ihnen.

Schön wärs.

Wenn der »Spiegel« einmal seinen sozialen Tag hat:

Was ist bloß mit den Arbeitgebern los? Die Präsidenten der drei Wirtschaftsverbände führen untereinander einen Kleinkrieg um Positionen und Prestige. Der Bundespräsident fordert jetzt die Verbandsfunktionäre auf, sich endlich um die Arbeitslosen zu kümmern.

Bitte, nicht auch noch kümmern. Wenn sie den Leuten schon keinen Lohn mehr zahlen, sollen sie sie wenigstens in Ruhe lassen.

Damit der kleine Mann nicht im Zweifel bleibt, was in seinem großen Kanzler zwischen Weihnachtsgans und Silvesterkarpfen so vor sich geht:

Das Jahr 1996 war eine Zeit wichtiger Entscheidungen, damit unser Land gut vorbereitet in das 21. Jahrhundert geht. Auch im neuen Jahr sind auf diesem Weg noch schwierige Aufgaben zu meistern. Es gibt keine einfachen und bequemen Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit! Jeder von uns spürt: Wir stehen mitten in einer Periode leidenschaftlichen Ringens um die Gestaltung einer guten Zukunft

Die Bundesregierung hat zwei Hektar feinsten finnischen Waldes roden und, verarbeitet zu sechs Millionen Exemplaren eines Sonderdrucks, der »Bild«-Zeitung beilegen lassen. Aber wie Chirac immer zu seinem Elmüt sagt: Tout comprendre c'est tout pardonner - alles verstehen heißt alles begreifen.

Leserbriefe in der Tageszeitung »Die Welt« an einem einzigen Tag, dem 27. Dezember 1996:

Eine weitere Fortsetzung des verstockten Schweigens könnte später, falls Deutschland einmal eine deutschbewußte Regierung haben sollte, den Polen zu Schaden gereichen. Stellt man sich weiter feindlich, könnte der deutsche Michel doch einmal auf die Idee kommen, den Raub zurück haben zu wollen.

Jens Uwe Brinckmann, Hamburg

Nur die Wahrheit heilt Wunden. Wie wenige wissen von den Motiven der vielen jungen Freiwilligen von Wehrmacht und Waffen-SS? Von der offiziellen *deutschen Seite läßt sich sagen, daß zwar die Wahrheit über vergangene Schuld in Permanenz bekannt wird, daß aber die Wahrheit ausgeklammert und unterdrückt wird, wenn es darum geht, den deutschen Opfern von Krieg und Vertreibung und den deutschen Soldaten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.*

Dieter Pfeiffer, Berlin

Als ich den Artikel las, stand das Kriegsende 1945 wieder auf, die gnadenlose Auslieferung der Überlebenden an die Sowjets und an die Franzosen.

Günther Mlynek, Neustadt

Scharping hat mit seiner Forderung auf Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate seinen bisherigen Blamagen eine weitere hinzugefügt. Konsequenterweise hätte er gleichzeitig für die Bundeswehr die Bewaffnung mit Pfeil und Bogen, wie bei früheren Buschvölkern, für ausreichend erklären müssen.

Erich Wittor, Hermannsburg

Das Vorhaben der pauschalen Rehabilitierung der NS-Deserteure kommt aus Sachsen-Anhalt, wo die Erben der SED mitregieren. Aber es gibt noch andere Gruppen und Kräfte, die im Modell Sachsen-Anhalt die deutsche Zukunft sehen, in der dann die Soldaten der deutschen Wehrmacht nur noch durch die Reemtsma-Heer-Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht repräsentiert werden. Unser Deutschland wird das dann nicht mehr sein.

Herbert Schmeling, Berlin

Sie lesen alle die »Welt«. Das erklärt, warum der »Jungen Freiheit« die Abonnenten fehlen.

Die CSU, hat ihr Bonner Anführer Glos gesagt, sei in der Regierungskoalition erstens

die treibende Kraft

zweitens

der Motor

und drittens

ein starker Faktor der Stabilität

Im Turnunterricht, der in den Fünfzigern von leicht versehrten Unteroffizieren der Wehrmacht erteilt wurde, hieß die Übung: Hopsergang an Ort.

Aus einem Polenstädtchen berichtet das »Deutschland-Magazin« des alten Nazis Kurt Ziesel:

Gotthilf Fischer, Leiter der gleichnamigen Chöre, spürte wieder einmal die völkerverbindende Kraft der Musik. Auf zwei vom Bund der Vertriebenen organisierten Veranstaltungen in Allenstein und Heilsberg - im heute polnischen Teil Ostpreußens gelegen -

welcher gestern der deutsche Teil Ostpreußens war und morgen sein wird

sangen nicht nur die deutschstämmigen Teilnehmer die deutschen Volkslieder begeistert mit; auch die zahlreichen polnischen Besucher ließen sich von der guten Stimmung schnell anstecken.

Die Rechte der Live-Übertragung hat exklusiv der Sender Gleiwitz erworben.